

14042

Nationalrat XI. GP. — 164. Sitzung — 9. Dezember 1969

Machunze

beschließen: Dem Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie, des Bundesvoranschlags für das Jahr 1970 (1388 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich stelle den Antrag, das Hohe Haus möge in die Spezialdebatte eintreten.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Meißl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Meißl (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Handel, Gewerbe, Fremdenverkehr — man könnte auch sagen: die kleinen und mittleren Wirtschaftstreibenden — sind Stiefkinder der großen Koalition gewesen, sie sind aber ebenso Stiefkinder der ÖVP-Alleinregierung seit 1966. Daran ändert auch nichts der Umstand, daß man jetzt im letzten Moment durch Versprechungen, Forderungen und durch ein Gesetz, das wir in der letzten Woche verabschiedet haben, versuchen und beweisen will, daß man sehr wohl für diese Gruppe der kleinen und mittleren Wirtschaftstreibenden etwas übrig hat. Wir glauben aber, daß sich an der grundsätzlichen Einstellung nichts geändert hat.

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß man anscheinend diese Gruppe vergessen hat. Vielleicht ist auch in der ÖVP der neue Schlüssel schuld — das 3 : 2 : 1 —, der hier anscheinend zu einer weiteren Schwächung einer Gruppe führt, sodaß sie die Interessen ihrer Standesgruppen nicht mehr entsprechend vertritt. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Haider.)* Herr Staatssekretär in Ruhe, bitte? *(Abg. Dr. Haider: Der Schlüssel macht gar nichts! Der sperrt immer!)* Der Schlüssel macht gar nichts? Sehr gut! Da bin ich sehr froh darüber. Der Herr Generalsekretär wird auch sehr froh sein über diese Feststellung. Er hat ja eine Erklärung in der Öffentlichkeit abgegeben. *(Abg. Dr. Haider: Hauptsache, er sperrt immer auf, nämlich auf in die Zukunft!)*

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen sind nicht in der Lage, diesem Kapitel die Zustimmung zu geben aus der grundsätzlichen Einstellung, die wir in diesem Haus gegen diese Regierung, der wir kein Vertrauen entgegen bringen, wiederholt bekundet haben. Wir haben jetzt nach dreieinhalb Jahren auch den Beweis vor uns, in der Öffentlichkeit liegen. Es ist ja nicht die Beurteilung durch die beiden Oppositionsparteien oder im besonderen durch die Freiheitlichen entscheidend, sondern das Urteil des Wählers und der Bevölkerung ist das Entscheidende.

Als Beweis dafür, daß man diese Gruppen wirklich als Stiefkinder behandelt, darf ich auch noch anführen, daß der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede wohl einige

Worte für das Gewerbe gefunden hat, aber Handel und Fremdenverkehr überhaupt nicht erwähnt hat. Er hat kein Wort über diese beiden Gruppen gesagt, und das zeigt, welche Einstellung man dazu hat.

Ich darf noch folgendes dazu sagen: Wir wissen sehr wohl, daß man jetzt — ich habe es schon erwähnt — im letzten Moment mit einer gesetzlichen Maßnahme, der wir zugestimmt haben, die wir begrüßen, versucht, nunmehr für diese Berufsgruppe, vor allem für das Gewerbe im besonderen, etwas zu tun. Man versucht, die Schwächen, die diese Gruppe strukturmäßig hat, durch die Bereitstellung von 3 Prozent der Bundesgewerbesteuer — allerdings erst im nächsten Jahr — in ihrer Struktur beseitigen zu helfen.

Ich möchte aber an dieser Stelle gleich sagen, daß wir Freiheitlichen der Meinung sind, es müsse dabei aber auch darauf Bedacht genommen werden, daß wirklich verbessert wird, daß wirklich im Sinne dieses Gesetzes die Strukturen dieser Berufsgruppe verbessert werden, und daß nicht neuerliche Subventionierungen erfolgen, die letzten Endes keinen Effekt zeigen.

Der Österreichische Wirtschaftsbund hat jetzt — ich habe es ja schon erwähnt —, ich möchte sagen als Wunderwaffe, ein Programm veröffentlicht. Es nennt sich: „Mittelstandspolitik in einer modernen Industriegesellschaft. Ein Konzept des Österreichischen Wirtschaftsbundes“. Ich darf dazu folgendes sagen:

Es ist dies ein Katalog von Versprechungen, der nunmehr im letzten Moment anscheinend die Zügel herumreißen soll. Wenn Sie dieses Konzept durchsehen, so sehen Sie in 40 Schlagworten geordnet, möchte ich sagen, die Versprechungen, die man schon immer gemacht hat und die jetzt wiederholt werden. Natürlich sind es durchaus Dinge, denen man zustimmen kann. Beim Durchsehen fällt zum Beispiel das Gewerberecht auf. Dazu haben wir Freiheitlichen seit 15 Jahren gesagt: Schaffen Sie — das war zur Zeit der Koalitionsregierung; und die Forderung haben wir jetzt an die ÖVP-Regierung gestellt — endlich ein modernes Gewerberecht!

Der Herr Minister bemüht sich; das wollen wir ihm ruhig zugestehen. Aber er war auch nicht in der Lage, dem Haus noch rechtzeitig einen Entwurf zuzuleiten, um noch in dieser Gesetzgebungsperiode die Voraussetzung für die Erfüllung des Koren-Planes — und es steht ja im Koren-Plan drinnen, daß das neue, moderne Gewerberecht eine Voraussetzung ist — zu schaffen.

Wir sind hier der Meinung, daß der Herr Minister sehr wohl über den Bündestreit in

Meißl

der ÖVP hinweg dem Haus den Entwurf hätte zuleiten sollen. Denn, meine Damen und Herren, wir haben mehrere Beweise, daß im Haus sehr wohl Gesetze noch verändert wurden, zu ihrem Vorteil verändert wurden.

Vor einem Jahr, als die Möglichkeit bestand, dem Haus in Form einer Regierungsvorlage einen Entwurf zuzuleiten, hätten wir durch die Einsetzung eines Unterausschusses sehr wohl die Möglichkeit gehabt, Fachleute heranzuziehen und dann vielleicht doch, und ich glaube von allen Gruppen heute fast unbestritten, dieses moderne neue Gewerberecht nach den zwei Grundsätzen zu schaffen. Kein Schutzdenken mehr, nur Befähigungen dort, wo sie zum Schutz des Konsumenten, zum Schutz des Gastes und so weiter notwendig sind. Dabei ist die Regierung und der Herr Minister in Verzug geraten, und das muß man ihm zum Vorwurf machen.

„Pfuscherbekämpfung“. Meine Damen und Herren! Diesbezüglich hätten längst gesetzliche Maßnahmen gesetzt werden können, und zwar in Form einer entsprechenden Steuerreform. Solange die Überstunden entsprechend besteuert werden, wird natürlich das Pfuscherunwesen nicht bekämpft werden können.

„Wettbewerbsneutrale Stellung der landwirtschaftlichen Genossenschaften“. Ich komme noch darauf, meine Damen und Herren: Wieder ein Schlagwort! Hier steht zu lesen: „Der Wettbewerb als Leistungsordnung erfordert gleiche Startbedingungen für alle Marktteilnehmer. Einseitige Subventionen und steuerliche Vorteile verzerren aber den Wettbewerb zwischen gewerblichen Betrieben und landwirtschaftlichen Genossenschaften. Diese Vorzugstellung der landwirtschaftlichen Genossenschaften muß im Interesse der Wettbewerbsgleichheit der klein- und mittelbetrieblichen Wirtschaft beseitigt werden.“

Das hören wir seit Jahrzehnten, möchte ich sagen. Wir kennen auch das Spiel, das immer wieder getrieben wird, wir kennen die Versicherungen, die im Haus abgegeben werden, vom Minister, vor allem von den maßgeblichen Funktionären des Wirtschaftsbundes. Meine Damen und Herren! Hier stehen wir vor der gleichen Situation wie vor vier Jahren, vor acht Jahren und so weiter. Vor einer Wahl wird wieder einmal geredet.

Ich darf bei dieser Gelegenheit, weil ich gerade den Zettel vor mir habe, ein Detailproblem anführen. Ich habe im Ausschuß in bezug auf eine landwirtschaftliche Genossenschaft angefragt, und zwar in bezug auf die Lapro, die neuerlich Gewerbererechtigungen für Waren aller Art für Niederösterreich erhalten hat. Wie ist es damit? Ich darf fest-

stellen, daß die Beamten sofort erheben konnten, daß das tatsächlich der Fall war. Aber das zeigt nur deutlich, daß man dem Vormarsch in ein Gebiet, das von der Widmung her gesehen den landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht zusteht, trotz aller Versicherungen anscheinend hilflos gegenübersteht.

Es folgen „Verbesserung der Wettbewerbsposition“, „Öffentliche Auftragsvergabe“, und wenn Sie dann weiterschauen, stoßen Sie auf sehr interessante Dinge: „Datenbank“. Ich habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die Bundeswirtschaftskammer nun darangeht oder schon darangegangen ist, eine Datenbank einzurichten, aber ich möchte gleich im Namen der Freiheitlichen hier deponieren, daß wir dann aber wollen, daß für die gewerbliche Wirtschaft, für die mittelständische Wirtschaft auch der Jahresbericht kommt. Es hat auch von seiten des Herrn Ministers geheißt, wir haben keine Möglichkeit, wir haben nicht die Unterlagen dafür, wir können uns nicht die Unterlagen erarbeiten, um einen solchen Bericht ins Haus zu liefern.

Meine Damen und Herren! Es geht ohne weiteres. Wenn das zuständige Gremium, die Bundeswirtschaftskammer, sich nunmehr durch Einrichtung dieser modernen Anlagen die Voraussetzungen schaffen kann, diesen Bericht zu erarbeiten, dann möchte ich deponieren, daß wir sehr wohl der Meinung sind, daß auch für diese Gruppe der Selbständigen, für die kleinen und mittleren Wirtschaftstreibenden, für Handel, Gewerbe, Industrie in Form eines jährlichen Berichtes der mittelständischen Wirtschaft aufgezeigt werden soll, wie die Lage steht und was getan werden muß, weil es in einem anderen Bereich durch das Landwirtschaftsgesetz durch den Grünen Plan ja schon geschieht.

„Informationsdienst“. Das will ich gar nicht berühren. Das ist durch die Informationstätigkeit der Bundesregierung schon so anrühlich.

„Milderung der Besteuerung von Einkommen und Vermögen“. Auch dabei handelt es sich um ein Schlagwort. Was haben Sie dazu getan? Vorläufig nichts!

Dann lesen wir: „Gerechtere Umsatz- und Verkehrsbesteuerung“, „Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung“. Meine Damen und Herren! Das lag bei der ÖVP-Bundesregierung. Sie hat vier Jahre Zeit gehabt, wirklich etwas zu tun und die Bevölkerung zu überzeugen, daß man sehr wohl selbst bereit ist, zu sparen. Aber diesbezüglich war das parteipolitische Denken anscheinend stärker. Die zwei wesentlichen Merkmale der Verwaltungsreform sind die Berufung und die Abberufung des Staatssekretärs Dr. Gruber geblieben. Das war alles.

14044

Nationalrat XI. GP. — 164. Sitzung — 9. Dezember 1969

Meißl

„Arbeitszeitverkürzung“. Wir haben, so darf ich sagen, von seiten unserer freiheitlichen Fraktion einen sehr klaren Standpunkt vertreten, einen Standpunkt, der nicht unbestritten war, und ich möchte sogar sagen, innerhalb der Partei nicht unbestritten war. Aber wir haben gesagt: So geht es eben nicht. Man kann diese Dinge nicht über einen Kamm scheren und man kann nicht Berufsgruppen wie dem Fremdenverkehr, dem Handel und so weiter durch eine gesetzliche Maßnahme neue Belastungen auferlegen. In diesem Programm wird die Arbeitszeitverkürzung aber als Forderung erhoben.

Ein sehr populäres Schlagwort ist „Selbstbehalt in der Krankenversicherung“. Wir haben uns grundsätzlich dazu bekannt. Die ÖVP-Regierung hätte diesbezüglich selbstverständlich die Unterstützung von uns Freiheitlichen gehabt.

Meine Damen und Herren! Im Endeffekt — ich sagte es schon — sind es 40 Schlagworte, von denen eines, nämlich das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, Gesetz geworden ist, eine gesetzliche Maßnahme. Wir haben das auch begrüßt. Ich möchte nur sagen, daß die Richtlinien, die zu erstellen sind, aber auch die Voraussetzung bieten müssen, daß im Sinne des Gesetzes diese Mittel, diese Zinsenzuschüsse eingesetzt werden.

Es gab zwischen den zwei alten Parteien einen Streit im Hause, die ihre Programme nach Seiten abwägen wollten. Ich möchte dazu folgendes sagen: Wir sind der Meinung, daß nicht das Gewicht, nicht die Seitenzahl entscheidend ist, sondern der Inhalt. Ich möchte sogar noch ein weiteres sagen. Ich verstehe es völlig, daß der sozialistische Freie Wirtschaftsverband ein Programm, ein Versprechen hat. Er hat bisher auch nicht die Möglichkeit gehabt, es zu verwirklichen, zumindest nicht in Zeiten der ÖVP-Alleinregierung; in der großen Koalition hätte diese Möglichkeit sehr wohl bestanden: Auch das möchte ich feststellen. Aber für die ÖVP-Regierung, muß ich sagen, hätte die Möglichkeit sehr wohl bestanden, daß man rechtzeitig begonnen hätte, diese verschiedenen Maßnahmen, die hier aufgezählt sind, zumindest — auch diesbezüglich sind wir Realisten — zum Teil zu verwirklichen. Es ist aber nicht geschehen. Ich glaube, in einem Vorwort steht sogar drinnen, daß die ÖVP-Bundesregierung im Jahre 1966 mit Maßnahmen begonnen hat, und im Jahre 1969 hat dann der Österreichische Wirtschaftsbund ein Programm vorgelegt. Dreieinhalb Jahre hat man mehr oder weniger verstreichen lassen und hat nichts gemacht!

Meine Damen und Herren! Ich möchte zu diesem Problem noch einmal folgendes sagen;

ich habe das bei der Verabschiedung des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes schon getan. Wir sind der Meinung, daß auch die Begriffe zu klären sind. Es wird mit „Mittelstand“ operiert. Es ist eine Studienkommission für den Mittelstand eingesetzt worden. Es ist nach unserer Meinung falsch. Es gibt eine mittelständische Wirtschaft, aber wenn man heute von „Mittelstand“ spricht, dann kann das nur die Leistungsgemeinschaft aller sein, sowohl der Selbständigen wie der Unselbständigen, zu denen wir Freiheitlichen uns auch bekannt haben.

Ich darf noch etwas hinzufügen. Wir haben sehr klare Formulierungen gefunden, und in unserer „Formel 70“ haben wir beispielsweise zum „Aufstieg im Gewerbe“ folgendes gesagt:

„Alte gewerbliche Strukturen können nicht verewigt werden. Auch das Gewerbe muß mit der industriellen Entwicklung Schritt halten können. Rechtsgrundlage dazu kann daher nicht mehr das alte — an mittelalterliche Zunftordnungen anknüpfende — Gewerbe-recht sein. Ebensowenig ist eine schrankenlose Gewerbefreiheit dort zu rechtfertigen, wo mangelndes Können dem einzelnen oder der Gesamtheit Schaden zufügen kann.“

Das Gewerbe muß zum unentbehrlichen Anbieter von Spezialleistungen werden, die von der Großindustrie nicht geboten werden können. Diesem Ziel stehen vor allem auch außerordentliche Steuerbelastungen entgegen, die beseitigt werden müssen. Für die erforderlichen Veränderungen in der Struktur des österreichischen Gewerbes muß die notwendige Kapitalbildung gesichert werden.“ So und nur so kann eben das Siechtum des Gewerbes, das heute zum Teil eingetreten ist, überwunden werden.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen waren hier im Hause ständig der Anwalt dafür, daß man für diese Berufsgruppen, die heute bei der Budgetgruppe Handel zur Diskussion stehen, hätte Entlastungen schaffen können, in erster Linie natürlich von der steuerlichen Seite her und durch gezielte Förderungsmaßnahmen, wovon eine — das gebe ich selbstverständlich zu und das unterstreiche ich — das verabschiedete Gesetz über die Gewerbestrukturverbesserung ist. Aber steuerlich ist doch nichts geschehen. Man hätte dem Finanzminister sagen müssen, es ist kein Wunder, daß die Steuereinnahmen der Selbständigen gegenüber denen der Unselbständigen zurückgehen, wenn man durch eine falsche Steuerpolitik, durch steuerliche Belastungen diesen Gruppen den Anreiz nimmt, initiativ zu werden oder noch mehr initiativ zu werden.

Meißl

Eine alte Forderung von uns Freiheitlichen ist, den Freibetrag für den mittätigen Ehegatten zu erhöhen. Das ist zweimal im geringen Ausmaß geschehen, aber es war nicht der entscheidende Sprung, der notwendig wäre.

Ein zweites, um nur ein paar Dinge herauszunehmen, ist die Herabsetzung der Umsatzsteuer für die Küchenbetriebe. Ich komme dann noch darauf. Das wäre doch auch eine selbstverständliche Forderung gewesen, aber nicht so sehr im Interesse des Wirtschaftszweiges der unmittelbar Betroffenen, sondern im Interesse des Fremdenverkehrs. Manche von Ihnen werden vielleicht im Urlaub auch damit konfrontiert, daß es heute oft schon schwierig ist, die Hauptmahlzeiten in den Fremdenverkehrsgebieten einnehmen zu können. Es ist ganz deutlich der Zug zur Frühstückspension zu erkennen. Warum? Weil der Küchenbetrieb nicht rentabel ist, weil er ein notwendiges Übel geworden ist. Hier hätte man zumindest von der steuerlichen Seite her einen Anreiz, eine gewisse Voraussetzung schaffen können.

Die Mehrwertsteuer ist ein Problem, das uns seit Jahren ins Haus steht. Wir wissen, daß es nicht leicht sein wird und daß auf der einen Seite beispielsweise für den Handel eine Entlastung eintreten wird, daß es aber notwendig ist, beim Fremdenverkehr eine gewisse Vorsicht walten zu lassen. Aber die Mehrwertsteuer muß kommen, weil diese Mehrwertsteuer ja in den Wirtschaftsräumen, in die wir hoffentlich bald integrieren werden, schon eingeführt wurde.

Ich möchte Ihnen jetzt ein paar Zitationen aus der Fachpresse vortragen, die ich mir herausgesucht habe, die einerseits die Schwierigkeiten dieser Gruppe aufzeigen, die aber auf der anderen Seite auch wieder Alibimaßnahmen darstellen. Man macht sich stark, stellt Forderungen auf, hat aber in Wirklichkeit hier im Hause trotz der 85 Mandate nichts gemacht.

Ich zitiere aus der „Wirtschaft“, meine Damen und Herren. Die „Wirtschaft“ ist ein Organ, das sicherlich nicht uns Freiheitlichen nahesteht, das vielmehr der Regierungspartei nahesteht. Hier wird unter dem Schlagwort „Handel: Harte Prognose für 1980“ folgendes aufgezeigt: Ernste Worte fielen im Burgenland bei einer Freisprechungsfeier. Und dann wurde festgestellt, daß im Jahre 1980 die Zahl der Handelsgeschäfte nur mehr halb so groß sein werde, die Personalkosten werden doppelt so hoch sein, die Spanne werde nur mehr zwei Drittel betragen und so weiter, ein Geschäft werde mindestens 150 m² haben müssen, mit Ausnahme der reinen Fachgeschäfte.

Das bedeutet doch, daß man hier rechtzeitig die Weichen zu stellen hat, um diese eintretende Strukturverbesserung vorzubereiten. Aber man hat schon vier Jahre verstreichen lassen. Jetzt liegt ein Programm vor. Wir sind sehr neugierig, was von diesem Programm in der nächsten Regierungsperiode verwirklicht werden wird. Wir glauben, daß dieses Programm am besten verwirklicht wird, wenn diese Regierungspartei weiß, daß sie nicht mehr alles allein machen kann, daß sie sehr wohl eine Konkurrenz bekommen hat. Das ist unserer Meinung nach das wichtigste für die Realisierung dieses Programms.

„Fort mit Alkohol- und Getränkesteuer!“ steht in einer Fachzeitschrift der steirischen Handelskammer — ich glaube, es war in allen übrigen Zeitschriften auch — und man bezieht sich auf die Jahrestagung der Österreichischen Hotelierversammlung, wo diese Forderung aufgestellt wurde. Ja, man übernimmt sie, man schreibt sie groß hinein, aber was ist geschehen? Meine Damen und Herren! Wir haben größte Bedenken, daß, obwohl auch drinnen steht, daß die befristeten Steuern auslaufen müssen, nicht weiter eingehoben werden dürfen, diese Steuern sehr wohl weitergeführt werden. Hier sagt man aber und übernimmt dieses Schlagwort — es ist kein Schlagwort, es ist eine berechtigte Forderung in diesem Falle —: „Fort mit Alkohol- und Getränkesteuer!“ Wir werden Sie daran erinnern!

Ein anderes Kapitel: Neuer Anlauf für die Vereinfachung der Lohnverrechnung. Wir haben den Handelsminister ständig darauf aufmerksam gemacht. Aber nicht den heute amtierenden, sondern schon seinen Vorgänger. Durch zehn Jahre! Mein Klubkollege Doktor Tongel war es, der ständig auf die notwendige Vereinfachung der Lohnverrechnung hingewiesen hat. Was ist geschehen? Wir lesen jetzt folgendes. Ich zitiere ebenfalls die steirische Gewerbezeitung vom 1. 12.: „Ein neuer, ernster Versuch von Finanz- und Steuerexperten der Interessenvertretungen und des Finanzministeriums zur Vereinfachung der Lohnverrechnung ist in Gang gekommen. Beratungsgremium ist der Arbeitskreis ‚Vereinfachung der Lohnverrechnung‘ im Rahmen der unter Federführung des Finanzministeriums im Sommer eingesetzten Steuerreformkommission. Die nächste Zusammenkunft ist für November in Aussicht genommen.“ Und dann heißt es weiter, daß aber wieder Schwierigkeiten aufgetaucht sind. Das ist das Spiel, welches wir Freiheitlichen verurteilen, daß man dann immer im letzten Moment das Problem in der Öffentlichkeit wohl aufgezeigt, aber gleichzeitig feststellt, es gehe eben aus

Meißl

diesem oder jenem Grunde nicht. Im Endeffekt heißt es, Herr Minister, daß auch auf diesem Gebiet nichts geschehen ist und anscheinend vorläufig nichts Entscheidendes geschieht. Ich habe schon erwähnt, es liegt nicht so sehr in Ihrer Amtszeit, sondern in der Amtszeit Ihres Vorgängers. Damals ist überhaupt nichts geschehen. Sie haben wenigstens versucht, einige Probleme in Angriff zu nehmen, sind aber damit nicht durchgekommen.

Im Organ des Österreichischen Gastwirteverbandes kann man noch eine weitere sehr berechtigte Forderung lesen, daß man nämlich den Küchenbetrieben diese Ermäßigung der Umsatzsteuer vielleicht doch hätte gewähren können, wenn man bedenkt, daß für eine andere Gruppe, nämlich für die Bücher — sicherlich berechtigt und durch den einstimmigen Beschluß in diesem Hause festgelegt —, eine entsprechende Herabsetzung beschlossen wurde. Also hätte man sicherlich auch für die Küchenbetriebe eine Herabsetzung der Umsatzsteuer vornehmen können. Man hat es aber nicht gemacht. Ich darf auf die entsprechende Entschliebung hinweisen.

Man kann in diesem Organ weiter lesen, daß alle Regierungsmitglieder die Entschliebung des Gastwirteverbandes zur Kenntnis genommen haben, daran interessiert sind und so weiter. Das sind nur schöne Worte, die zu nichts führen. Wir Freiheitlichen haben diese Forderungen immer unterstützt und unserer Unterstützung auch Ausdruck gegeben.

Herr Minister! Ich möchte jetzt einige Fragen an Sie richten. Ich habe schon die Gewerberechtsreform erwähnt. Es wäre wirklich interessant, wenn Sie vor dem Hohen Hause zu dieser Frage eine klare Stellungnahme beziehen würden. Sie werden natürlich mit Recht sagen, in dieser Gesetzgebungsperiode wird es nicht mehr dazu kommen. Wir wissen es. Was waren die Ursachen, weshalb es nicht dazu gekommen ist, und was hat Sie veranlaßt, daß Sie den Entwurf, der schon vorbereitet war, nicht vorgelegt haben? Ich darf noch einmal wiederholen: Wir sind der Meinung: Wenn wir ein Jahr Zeit gehabt hätten, ihn im zuständigen Ausschuß nach Einsetzung eines Unterausschusses zu behandeln, dann hätten wir hier im Hause einen brauchbaren Entwurf als umgearbeitete Regierungsvorlage durchbringen können. Uns Freiheitliche würde interessieren, wie hier die Dinge liegen. Zuerst war die Koalition — das wissen wir — und jetzt ist die ÖVP-Bundesregierung echt damit in Verzug.

Ich darf noch einmal erwähnen, daß ja der Koren-Plan als entscheidende Voraussetzung

für die Strukturverbesserungen im Gewerbe und natürlich auch im Fremdenverkehr und im Handel anzusehen ist, wie das das neue Gewerberecht beinhaltet hat.

Eine zweite Frage, Herr Minister. Ich muß sie wieder vorbringen, und wir werden sie so lange im Hause vorbringen, bis sie realisiert ist.

Anläßlich der Novellierung des Handelskammerwahlgesetzes, die durch einen Einspruch des Verfassungsgerichtshofes in bezug auf das Umlagenrecht bedingt war, wurden hier im Hause Erklärungen abgegeben. Wir haben dem Gesetz bedingt die Zustimmung gegeben, weil uns versichert wurde, es werde auch die Demokratisierung der Handelskammern erfolgen. Was verstehen wir unter Demokratisierung? Daß hier durch eine Novellierung des Handelskammergesetzes die Strukturen der Handelskammern — ein Schlagwort, wenn ich das sagen darf — so gestaltet werden, daß auch die Einführung des amtlichen Stimmzettels in der Praxis möglich ist. Denn das ist ja das alte Spiel — und ich habe es wiederholt betont —, daß man sagt: Die Handelskammerwahlordnung läßt in der Praxis die Einführung des amtlichen Stimmzettels nicht zu. Es wurden dazu vom Herrn Präsidenten Sallinger und auch vom Herrn Minister im Hause diesbezügliche Erklärungen abgegeben, Sie haben es nicht ganz dezidiert getan, es ist immer noch ein kleiner Spielraum geblieben. Das merkt man, wenn man sich das durchliest. Deshalb sage ich es heute wieder.

Der Herr Präsident Sallinger hat dazu gesagt: „Ich möchte aber an dieser Stelle betonen, daß die technischen Schwierigkeiten, die mit der Einführung des amtlichen Stimmzettels verbunden sind, früher oder später“ — das „später“ paßt uns nicht — „zu lösen sein werden und zu lösen sein müssen. Die Abgeordneten des Wirtschaftsbundes werden sich dann auch dafür einsetzen, daß durch eine abermalige Novellierung des Handelskammergesetzes der amtliche Stimmzettel auch für den Bereich der Handelskammern eingeführt werden kann.“

Der Herr Minister gab dann dazu auch noch eine Erklärung: „Ich möchte nur zu der angeschnittenen Frage des amtlichen Stimmzettels folgendes sagen. Selbstverständlich werde ich im Ministerium dafür sorgen, daß diese Frage sehr ernst neuerlich studiert wird, um Lösungen zu finden, die allen hier vorgebrachten Wünschen soweit wie möglich“ — „so weit wie möglich“, das ist es, was uns hier wieder nicht paßt — „Rechnung tragen. Diese Erklärung wollte ich auf die Anfrage

Meißl

des Herrn Abgeordneten Meißl abgeben.“ Und so weiter.

Ich möchte heute neuerlich die Frage an den zuständigen Herrn Ressortminister richten: Werden Sie oder allenfalls auch Ihr Nachfolger ressortmäßig dafür sorgen und wirklich sofort die Voraussetzungen schaffen — nicht im letzten Moment; dann kommt wieder die Ausrede —, damit wir bei der nächsten Handelskammerwahl mit der Einführung des amtlichen Stimmzettels rechnen können? Das möchte ich neuerlich an dieser Stelle hier deponieren. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Der Minister muß das unbedingt dem Nachfolger dann sagen!*) Ich nehme an, daß er es ihm sagen wird. Falls er wieder auf der Bank sitzt, dann werde selbstverständlich ich ihn wieder befragen. Oder sonst werden wir es dem Nachfolger sagen. Sind Sie mit diesem Vorschlag zufrieden?

Meine Damen und Herren! Und jetzt zu einem Kapitel, das, glaube ich, allen am Herzen liegen muß und das auch uns Freiheitlichen besonders am Herzen liegt. Das sind die Sorgen des österreichischen Fremdenverkehrs, der Fremdenverkehrswirtschaft.

Ich habe schon in einer Entschliebung auf die Stellungnahme des Gastwirteverbandes hingewiesen, der sehr wohl hier einige der wichtigsten Sorgen aufgezeigt hat.

Ich darf vielleicht daraus nur noch einmal auf etwas verweisen — es sind ja Stellungnahmen zu verschiedenen wichtigen Problemen —, auf die Vereinfachung der Steuer. Hiezu wird gesagt:

„Im Finanzministerium befaßt sich jetzt ein eigenes Komitee mit der Frage der vereinfachten Steuergebarung. Gleichzeitig aber wurde die Lohnabrechnung für ein- und austretendes Personal (während des Monats) erheblich erschwert! Es drohen für den Dienstgeber Nachforderungen an Lohnsteuer, die beim Arbeitnehmer kaum mehr einbringlich sind. So sieht der Ernst der Vorkehrungen aus, die man für die Vereinfachung der Steuer macht. Andererseits nehmen die Abgabenschwierigkeiten nicht mehr zu bewältigende Formen an. Die finanziellen Säumnisstrafen häufen sich. Hier muß ein anderer Hebel angesetzt werden, der dem Abgabewust ein Ende setzt.“

Ich möchte wirklich mit allem Ernst darauf verweisen, daß gerade auf diesem Gebiet die Dinge nicht weitergehen, wie wir ja wiederholt feststellen können.

Zum Fremdenverkehr selbst möchte ich noch folgendes sagen. Ich habe über die Gewerbeordnung schon gesprochen. Ich habe bei der

Durchsicht der ganzen Fachlektüre noch dieses nette Bild gefunden. (*Redner zeigt ein Bild vor.*) Hier sollte aber nicht Kaiser Franz Josef der Erste mit Otto Mitterer dem Ersten abgebildet sein, sondern eher Bock. Aber Herr Mitterer ist nun der verantwortliche Minister. Man zeigt hier auf, daß es solange gebraucht hat und heute noch nicht soweit ist, daß wir in der Zeit seit dem Beginn des alten Gewerbe-rechtes ein neues, modernes Gewerbe-recht bekommen haben. Dieses Kapitel ist in den Warteraum des Bündestreites zurück-verwiesen worden.

Zum Fremdenverkehr möchte ich noch sagen, daß gerade die neue Gewerbeordnung als besonders dringend urgiert wird. Seit langem fordert die Fremdenverkehrswirtschaft eine Neuregelung des Gastgewerberechtes, und es bedeutet eine ungeheure Zumutung gerade für diesen expansiven Wirtschaftszweig, daß hier nichts geschehen ist.

Es gibt Forderungen des Fremdenverkehrs, zum Beispiel die Staffelung der Schulferien; das wurde schon bei der Debatte über das Kapitel Unterricht von unseren Sprechern vorgebracht. Als weitere Forderung haben wir die Ermäßigung der Beförderungsteuer im Kraft-fahrlinienverkehr. Auch auf diesem Gebiet ist nichts geschehen.

Es ist jetzt ein Fremdenverkehrskonzept des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie vorgebracht worden. Es ist sehr viel Positives drinnen — das wollen wir ohne weiteres feststellen —, aber bedauern muß man den späten Zeitpunkt der Ausarbeitung und daß diese Maßnahmen natürlich alle nicht mehr wirksam werden können, die — sicherlich zum Teil zu Recht — erkannt und auch vorgeschlagen werden.

Meine Damen und Herren! Sie wissen ja, daß im Fremdenverkehr ganz besondere Probleme ins Haus stehen. Denken Sie nur daran, daß plötzlich durch „Riesenvögel“ ein ganzer Personenzug voll mit Touristen an einer einzigen Stelle abgeladen wird, wenn plötzlich 500, 600 oder 700 ausländische Touristen zu versorgen sind. Man muß hier sehr wohl die Fremdenverkehrswirtschaft darauf vorbereiten; um nur ein Beispiel herauszugreifen.

Ich will gar nicht neuerlich betonen, was für eine Rolle der Fremdenverkehr für die österreichische Volkswirtschaft spielt in bezug auf das große Handelspassivum und dessen Abdeckung, das letzten Endes im wesentlichen durch den Fremdenverkehr erfolgt.

Es ist eine lange Liste von Maßnahmen, die dringend notwendig sind, für deren Verwirklichung jedoch soeben erst Konzepte fertig-gestellt worden sind. Die Konzepte sind weit

Meißl

von der Realisierung entfernt. Aber Realität ist zurzeit etwa die 40-Stunden-Woche für den Fremdenverkehr mit all den Folgen für diesen Berufsstand. Das ist Realität!

Darf ich auf noch etwas verweisen. Es sind sehr wohl die mahnenden Stimmen in der Öffentlichkeit, in der Fachpresse, in der wissenschaftlichen Diskussion, möchte ich sagen, wach geworden. Beispielsweise hat Professor Horst Knapp in den „Finanznachrichten“ Vorschläge gemacht; sicherlich revolutionisierende, so wie es alle seine Forderungen sind, die er aufstellt. Das wissen wir ja. Sie sind provokant, aber sie sind bewußt provokant. Sie sind ja auch von der Bundeswirtschaftskammer sehr wohl mehr oder weniger nicht übernommen oder entsprechend gut kommentiert worden.

Ich möchte aus diesen „Finanznachrichten“ die erste These herausnehmen. Horst Knapp stellt hier sieben Thesen auf. Ich nehme also die erste These heraus: Der Fremdenverkehr wächst rascher als die Industrieproduktion. Ich glaube, das ist die entscheidende These. Sie besagt doch, daß man in diesen Fremdenverkehr zu intensivieren hat, weil hier liegt wahrscheinlich eine der entscheidenden Voraussetzungen für das Wachstum der gesamten Wirtschaft.

Ich möchte das nicht im einzelnen behandeln, aber ich hoffe, daß sehr viele von Ihnen diese „Finanznachrichten“ vom 25. Juli durchgesehen haben. Man kann im großen und ganzen den hier aufgestellten Dingen, auch wenn sie manchmal sehr provokant sind, beipflichten; wie beziehungsweise der Qualitätsverbesserung, die ja unter Umständen zur Folge haben könnte, daß der Inländer wirklich keinen Platz mehr in unserem Lande findet, wenn durch eine entsprechende Ausstattung natürlich auch der Verkaufswert entsprechend ansteigt. Aber auch hier sind in bezug auf die Landwirtschaft Wege aufgezeigt worden, die man sehr wohl beschreiten könnte. Wir glauben also, daß die Strukturverbesserung wirklich die beste Investition ist, die in unserer Volkswirtschaft angelegt werden kann.

Fremdenverkehrskonzept: Hier handelt es sich sicherlich um eine gute Alternative, aber sie kommt nicht mehr zum Tragen; auch das bleibt letzten Endes ein Versprechen.

Herr Minister! Ich darf noch ein paar Dinge streifen. Ich denke da an die Reform der Beförderungssteuer. Mehr oder weniger haben alle Sprecher im Hause bei der Verabschiedung der Beförderungssteuer-Novelle, die Verschiebungen mit sich gebracht hat, neue Ungerechtigkeiten im Gefolge gehabt hat, betont, daß

die Beförderungssteuer grundsätzlich überholt werden muß, daß sie im Prinzip vor allem durch die Mehrwertsteuer eigentlich aufgelöst werden müßte. Jetzt ist wieder die Diskussion im Gange. Ich darf hier wieder die „Presse“ zitieren. Es ist wieder die Wirtschaft, die ich zitiere. Hier sehen wir wieder das gleiche Spiel, das wir Freiheitlichen verurteilen. Es heißt hier im Übertitel „Verstärkte Wirtschaftsförderung“ und „Die Beförderungssteueränderung ist noch blockiert“ im Untertitel. Es heißt: Und dazu bedauerte Generalsekretär Dr. Mussil, „daß in der dringenden Frage einer Systemänderung der Beförderungssteuer noch kein Erfolg erzielt werden konnte. Die nur noch geringen Differenzen ließen bereits vor Monaten ein Ergebnis greifbar nahe erscheinen.“

Jetzt kommt wieder das alte Spiel, es kommt das Verkehrsministerium, und dieses Ministerium ist jetzt schuld — aber auch dieses Ministerium ist ein ÖVP-Ministerium —, weil es diese Vorschläge als nicht akzeptabel betrachtet. Man muß neuerlich darüber reden. Das heißt: Auch das kommt in den Warteraum des Bündestreites oder des Ministerstreites — ich weiß nicht, wie man hier sagen soll — der ÖVP-Regierung zurück.

Hinsichtlich des gleichen Artikels darf ich aber noch ein Plus anbringen. Es handelt sich um die Mitteilung, die der Generalsekretär machte. Es heißt hier:

„Abschließend berichtete Dr. Mussil von den Vorbereitungsarbeiten zur Errichtung einer zentralen elektronischen Datenbank mit Anschlußstellen für die Landeskammern.“

Es ist noch nicht so weit, aber hoffen wir, daß diese Anlage bald Wirklichkeit wird und daß der von uns Freiheitlichen geforderte Mittelstandsbericht auch dadurch ermöglicht wird und wir eine brauchbare Arbeitsgrundlage in das Haus bekommen. Wir haben also wieder den Schuldigen gefunden. Ich habe das schon festgestellt.

Ich darf nun an den Herrn Minister eine zweite Frage stellen. Ich möchte fragen, was zur Lösung der Genossenschaftsfrage geschieht. Er wird natürlich sagen: Das geht mich nichts an, das ist Sache der Betroffenen. — Die Betroffenen sind hier die beiden Bünde. Nicht sie sind es, aber sie geben ja vor, daß sie diese Agenden vertreten. Sie sagen ja: Wir sind dazu da, dieses Problem zu lösen. — Wir sind ja nicht der Meinung, daß sie es lösen müßten, das heißt, daß sie unbedingt dafür zuständig sind. Sie haben sich eigentlich die Zuständigkeit selbst zugesprochen.

Meißl

Hier geschieht natürlich das gleiche, was wir schon anderswo festgestellt haben. Herr Präsident (zum Abgeordneten Ing. Sallinger gewendet), ich will jetzt nicht zitieren, was Sie schon drei- oder viermal hier im Hause erklärt haben. Wir hörten immer wieder Erklärungen wie: Wir stehen unmittelbar vor der Lösung dieses schwierigen Problems. — Wir müssen heute feststellen — ich sage das wirklich mit aller Deutlichkeit —, daß wir glauben, daß man sich in dieser Frage sagt: Die Zeit wird dieses Problem von selbst lösen. Das heißt, der betroffene Handel wird eben dieser Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen, die eingetreten ist, zweifellos nicht standhalten können. Er wird resignieren, und dann ist das Problem gelöst. Ich glaube, das ist die Einstellung, die man heute leider Gottes weitgehend auch schon in Kreisen des Wirtschaftsbundes hat, wo man sagt: Wir können nichts machen, überlassen wir das — ich hätte fast gesagt — der gesunden Auslese. Das heißt, daß eben durch die Verzerrung, durch die ungleichen Startbedingungen nicht nur der Handel, sondern auch die Landwirtschaft Schaden erleidet. Man müßte ein echtes Interesse daran haben, daß hier noch zwei Gruppen vorhanden sind.

Wir haben wiederholt erklärt, daß wir eine positive Einstellung zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften dort haben, wo sie im Sinne ihrer ursprünglichen Widmung arbeiten. Es geht aber um die Konkurrenz, die sehr wohl dann für die Betroffenen einen Vorteil bildet. Denn wir wissen: Dort, wo die Macht in einer Hand vereinigt ist, wird sich dies nie zum Vorteil des Abhängigen auswirken.

Herr Präsident Sallinger! Ich will nicht Ihre seinerzeitigen Erklärungen zitieren. Sie werden vielleicht heute wieder eine Erklärung abgegeben, die da lautet, man sei dabei, man werde — und so weiter. Aber geschehen ist im Grunde genommen nichts!

Ich darf in diesem Zusammenhang auch noch auf ein kleines Problem verweisen. Da müssen einzelne Gruppen, wie zum Beispiel der Radio-Elektrohandel, zum Gerichtshof gehen, um sich ihr Recht zu verschaffen. Ich entnehme einer Mitteilung der Österreichischen kaufmännischen Presse, wo es heißt: „Landgenossenschaft Wels in die Schranken gewiesen. Oberster Gerichtshof entschied für Welser Kaufleute. Radio- und Fernsehgeräte zählen nicht zu den landwirtschaftlichen Betriebserfordernissen. Direkter und indirekter Verkauf ist untersagt.“ Es wird dann geschildert, wie das geschehen ist.

Es müssen sich also einzelne Gruppen in einem Notwehrakt an die Höchstgerichte wen-

den, um dann doch noch Recht zu bekommen, wie dies in diesem Falle geschehen ist.

Ich habe schon gesagt: Unter „Mittelstand“ verstehen wir in diesem Fall die mittelständische Wirtschaft, und diese ist durch den Koren-Plan gröblich vernachlässigt worden. Ich darf noch einmal kurz die Struktur der österreichischen Betriebe mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Betriebe in Erinnerung rufen. Es ist dem Programm beziehungsweise Konzept des Österreichischen Wirtschaftsbundes nachzulesen, daß von den insgesamt 214.390 nichtlandwirtschaftlichen Betrieben fast 80 Prozent nur bis 5 Beschäftigte und 98,7 Prozent, also fast 99 Prozent, weniger als 100 Beschäftigte aufweisen. Daraus ergibt sich klarerweise die Forderung, daß man dieser Wirtschaftsgruppe, der Gruppe der kleineren und mittleren Wirtschaftstreibenden, wegen ihrer besonderen Struktur besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden hätte. Das ist aber nicht geschehen. Das Mittelstandskonzept liegt vor, weitere Studien werden durchgeführt. Aber was ist im Grunde geschehen? Nichts geschah, um die steuerliche Diskriminierung zu beseitigen. Die Mehrwertsteuer haben wir nicht. Die von uns geforderte Vereinfachung des Abgabenrechtes ist nicht erfolgt, ebenso geschah nichts auf dem Gebiete der Lohnverrechnung. Bei der Verbesserung der Kreditmöglichkeiten geschah einiges. Beim Ausbau der Exportberatung für Klein- und Mittelbetriebe steckt man ganz in den Anfängen, und zwar zum Teil auf Länderebene. Hinsichtlich der Erhöhung des Absatzbetrages für den mittätigen Ehegatten ist nichts Entscheidendes geschehen.

Wir glauben, daß selbstverständlich in einer modernen Gesellschaft, in einer Industriegesellschaft, wie wir sie heute haben, die Industriepolitik selbstverständlich eine entscheidende Rolle spielt. Dazu gehört aber rechtzeitig auch eine entsprechende Politik für die mittelständische Wirtschaft, für die gewerbliche Wirtschaft. Wir müssen heute mit Recht sagen: Hier kommt man um dreieinhalb Jahre zu spät. Das, was heute vorgelegt wird, hat leider Gottes den Geruch eines Wahlzuckerls, und das ist zu verurteilen. Man hat manchmal das Gefühl, daß man diese Dinge im Laufe der Jahre bewußt angespart hat, um dann im Wahljahr etwas anbieten zu können.

Alle diese Konzepte sind dann unrealistisch, wenn der Kleine und Mittlere seine Steuervorschreibung in der Hand hat und nicht weiß, wie er dieser Verpflichtung nachkommen soll. Es ist nicht etwa so, daß er vielleicht nicht gewußt hat, daß er Steuer zahlen muß, sondern er hat die Mittel, die er für die Steuer beziehungsweise die Nachzahlung

14050

Nationalrat XI. GP. — 164. Sitzung — 9. Dezember 1969

Meißl

braucht, vorher verbrauchen müssen, weil es sein Betrieb sozusagen nicht mehr getragen hat. Ich kenne da aus eigener Erfahrung einige Beispiele, die zeigen, daß viele dieser kleinen Betriebe jahrzehntelang an ihrer Substanz zehren. Sie stellen am Schlusse nach der Übergabe, in vielen Fällen nach der Liquidation fest: Es ist nichts anderes geblieben als vielleicht ein Bündel von Schulden, die dann ebenfalls abgebaut werden müssen. Denn mit einem Warenkredit konnte er sich noch eine Zeitlang über Wasser halten. Wenn er aber dann liquidieren muß, das heißt, auch seine Warenschulden begleichen muß, dann muß er feststellen, die Frucht einer jahrzehntelangen Arbeit ist im Grunde genommen nichts anderes, als daß er heute schlechter dasteht als am Anfang.

Das ist vielfach die Situation bei den kleinen Wirtschaftstreibenden, ich denke da vor allem an den Lebensmittelhandel. Ich kenne hier die Situation, sie ist einem mörderischen und erbarmungslosen Kampf ausgesetzt.

Meine Damen und Herren! Wenn wir das Ergebnis der ÖVP-Alleinregierung im großen und ganzen anschauen, dann müssen wir feststellen, daß sie dem österreichischen Volk vor allem auf dem steuerlichen Sektor neue Belastungen gebracht hat — es wurde ja schon heute hier im Hause erklärt, es sind, wenn man alle zusammenzählt, über 30 oder 40 Erhöhungen —, und daß die größte Staatsverschuldung eingetreten ist, die es in dieser Periode überhaupt gegeben hat.

Deshalb kann man dieser Regierung nicht bestätigen, daß sie mit einem brauchbaren und guten Saldo abschließt — um das kaufmännisch zu sagen. Wir Freiheitlichen haben deshalb zu dieser Regierung kein Vertrauen und sind daher der Meinung, daß man dieser Regierung und auch dem Kapitel Handel die Ablehnung erteilen muß.

Ich darf als Sprecher der Freiheitlichen sagen: Dieser Regierung keine Zustimmung, diesem Budget keine Zustimmung! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ing. Sallinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. **Sallinger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner, Abgeordneter Meißl, hat in seinen Ausführungen anklingen lassen, daß in der Zeit vom Jahre 1966 bis 1969 für den Mittelstand nichts geschehen ist. Ich glaube, daß er da etwas zu weit gegangen ist und die vielen Möglichkeiten, die für die kleinen Mittelbetriebe geschaffen worden sind, vernachlässigt hat.

Man kann ein Haus auf zweierlei Arten bauen: Man kann anfangen zu bauen, und der Plan wird dann fertig, wenn das Haus fertig ist, dann schaut das Haus auch dementsprechend aus. Oder man plant richtig, man bereitet die Sache ordentlich vor, dann kann in der Zwischenzeit schon etwas geschehen, und das Haus ist dann wirklich bewohnbar und ein gutes Haus.

Den Ausführungen, die ich bei der Novellierung des Handelskammergesetzes wegen der Wahlordnung gemacht habe, habe ich nichts hinzuzufügen, und ich glaube, daß wir hier wirklich zu einer guten Lösung kommen werden. *(Abg. Meißl: Streichen Sie das „später“, Herr Präsident!)*

Der Bundeshaushalt für 1970 steht diesmal im Zeichen der wirklichen Bemühungen der Bundesregierung, der Wachstumspolitik im Rahmen des Möglichen Vorrang einzuräumen.

Die Schwerpunkte, von denen wir wissen, daß sie notwendig sind: Bildung und Unterricht, Wirtschaftsförderung, Forschungsförderung und Investitionen, stehen deutlich im Mittelpunkt. Freilich kann das Budget 1970 nicht allen Anforderungen und Wünschen gleich gerecht werden. Die Spannung zwischen den steigenden Anforderungen an den Staatshaushalt und den vorhandenen Finanzierungsmitteln ist gerade in den letzten Jahren besonders deutlich zutage getreten. Der frei verfügbare Ausgabenrahmen, der uns zur Verfügung steht, wurde durch eine Fülle von gesetzlichen Verpflichtungen stark eingeeengt.

Die überaus hohe Steuerbelastung — mit 38 Prozent des Bruttonationalproduktes liegen wir im europäischen Spitzenfeld — läßt die Erschließung neuer Einnahmequellen überaus problematisch erscheinen. Damit wird die Leistungskraft der Wirtschaft gefährdet und der Erfolg der Wachstumspolitik in Frage gestellt.

Dank der realistischen Wachstumspolitik der Bundesregierung konnte Österreich in der Periode 1966 bis 1969 eine Steigerung des Bruttonationalproduktes um 18,5 Prozent erzielen, obwohl gerade in dieser Periode weltweit eine Konjunkturdämpfung festzustellen war. Die österreichische Industrieproduktion stieg aber gerade in diesem Zeitraum um 24 Prozent.

Im Rahmen des wirtschaftspolitischen Konzeptes der Bundesregierung ist eine Reihe von Maßnahmen gesetzt worden, die zu diesem Erfolg maßgebend beigetragen haben. In diesem Zusammenhang möchte ich nur auf die Wachstumsgesetze, das Strukturverbesserungsgesetz, die Rationalisierungs- und Kooperationserleichterungen, die durch die 5. Kartellgesetznovelle besonders hervorgehoben

Ing. Sallinger

werden, auf das Forschungsförderungsgesetz und den dadurch konstituierten Forschungsförderungsfonds, auf den Entwicklung- und Erneuerungsfonds und nicht zuletzt auf die massive Steigerung der Investitionen auf dem Gebiet von Infrastruktur und Bildung verweisen.

Unter den Bemühungen, die Struktur der österreichischen Wirtschaft zu verbessern, stellt das OIG-Gesetz 1967 und die in diesem Jahr durchgeführte Novellierung eine der wesentlichsten Maßnahmen dar.

In dem Bundesvoranschlag für 1970 sind für die Gesamtinvestitionen des Bundes, das sind Eigeninvestitionen und Investitionsförderung, wieder um mehr als 10 Prozent höhere Mittel vorgesehen als 1969.

Besonders erfreulich ist, daß die wachstumswirksamen Ausgaben im Kapitel Handel fühlbar erhöht wurden. Mit 487,5 Millionen Schilling sind die Gesamtausgaben dieses Ressorts um 31,5 Prozent gestiegen.

Die Förderungsausgaben für die gewerblich-industrielle Wirtschaft belaufen sich im Jahre 1970 auf 166,5 Millionen Schilling. Sie wurden damit gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Diese starke Steigerung ist insbesondere auf die bessere Dotierung des Forschungsförderungsfonds, auf die Bereitstellung von entsprechenden Mitteln für das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz und auf die Erhöhung der Ausgaben für Fremdenverkehrsförderung zurückzuführen. Ich möchte den Kollegen Meißl daran erinnern, daß hier vom Handelsministerium wirklich dafür Vorsorge getroffen worden ist.

So wurde die gewerbliche Zweckforschung im Budget 1970 mit 49 Millionen Schilling gegenüber 29 Millionen Schilling im letzten Bundesvoranschlag um fast 70 Prozent höher dotiert. (*Abg. Meißl: Das ist aber nur um die Hälfte des erforderlichen Betrages!*) Beim Rechnungsabschluß werden Sie das dann feststellen können, Herr Kollege. Dies ist zweifellos ein Fortschritt in der staatlichen Forschungsförderung. Im Vergleich zum Ausland und auch in Anbetracht der im Forschungsbericht der Bundesregierung ausgewiesenen Forschungserfordernisse der österreichischen Wirtschaft wäre sicher ein erhöhter Ansatz im Budget 1970 wünschenswerter gewesen.

Die von der Wirtschaft aus eigenem finanzierten Ausgaben für Forschung sind in den letzten Jahren viel stärker gestiegen als die staatliche Forschungsförderung. Heuer überschreitet der betriebliche Forschungsaufwand der gewerblichen Wirtschaft erstmals die Milliardengrenze. Diese imponierende Steigerung der Forschungstätigkeit wurde erzielt, obwohl

auch die steuerliche Förderung der privaten Zweckforschung immer noch zu wünschen übrigläßt.

Besonders bemerkenswert erscheint mir die Tatsache, daß nach einer Untersuchung der Bundeswirtschaftskammer mehr als die Hälfte des Forschungsaufwandes von Betrieben mit weniger als 3000 Beschäftigten ausgegeben wird. Rund 3 Prozent stammen sogar aus Betrieben, die weniger als 100 Mitarbeiter haben. Dies zeigt deutlich, daß eine intensive Forschungstätigkeit durchaus nicht Großbetrieben allein vorbehalten ist. Auch kleine und mittlere Betriebe, vor allem in Bereichen der Spezialfertigung, können erfolgreiche Forschungsarbeit leisten.

Große Bedeutung kommt bei Klein- und Mittelbetrieben der Kooperation in der Forschung zu, wofür die 5. Kartellgesetznovelle gewisse Voraussetzungen geschaffen hat.

Die Mittel für die Fremdenverkehrsförderung wurden im Bundesvoranschlag für 1970 auf 36,6 Millionen Schilling, also um 46,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr, erhöht. Der Fremdenverkehrswerbung werden im kommenden Jahr vom Bund 51,9 Millionen Schilling gegenüber 38,8 Millionen Schilling im Jahre 1969 zur Verfügung gestellt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Aufwand für die Fremdenverkehrswerbung in der Bundesrepublik Deutschland allein durch die DM-Aufwertung 1970 um 1 Million Schilling steigt. Ich habe ihm Vorjahr schon gesagt und möchte es heute wiederholen, daß die Bundeswirtschaftskammer für diese Fremdenverkehrswerbung genauso viel Mittel zur Verfügung stellt wie alle neun Bundesländer zusammen. Die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft wird im heurigen Jahr Deviseneinnahmen von rund 20 Milliarden Schilling erzielen, womit zirka 85 Prozent des österreichischen Handelsbilanzpassivums gedeckt werden.

Erstmals wurde im Budget 1970 das vor wenigen Tagen hier in diesem Haus verabschiedete Gewerbestrukturverbesserungsgesetz mit 72 Millionen Schilling dotiert. Zur Erfüllung dieses Gesetzes ist jährlich ein Betrag in der Höhe von 3 Prozent des Gewerbesteueraufkommens vorgesehen. Durch die Gewährung von Kreditkostenzuschüssen sollen vor allem den kleinen und mittleren Betrieben der gewerblichen Wirtschaft die Strukturumwandlungsprozesse und die Anpassung an die modernen Marktverhältnisse erleichtert werden. Damit kann ihre Wettbewerbsfähigkeit erheblich gesteigert werden. Vor allem soll dieses Gesetz die zwischenbetriebliche Kooperation fördern und die Durchführung von Rationalisierungsinvestitionen erleichtern.

Ing. Sallinger

Das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz ist eine typische Maßnahme, mit der im Bereich der kleinen und mittleren Betriebe eine Hilfe zur Selbsthilfe gewährleistet wird. Es geht dabei um Betriebe, deren Leistungsfähigkeit durch Modernisierungsinvestitionen erheblich gesteigert werden kann, die aber bei der Finanzierung solcher Investitionen gegenüber Großbetrieben oft im Nachteil sind. Damit wird die Einrichtung der Kreditgarantiegemeinschaften, die die Haftungslücke zwischen dem Bürgschaftsfonds und dem Entwicklungs- und Erneuerungsfonds schließen soll, wirkungsvoll ergänzt. Es sollte übrigens dafür gesorgt werden — dahin geht auch meine Bitte —, daß möglichst bald in allen Bundesländern Kreditgarantiegemeinschaften zur Verfügung stehen.

An dieser Stelle möchte ich auch Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, Kommerzialrat Otto Mitterer, herzlichst danken, der maßgeblich und initiativ am Zustandekommen des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes mitgewirkt hat.

Mit dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz wurde eine Forderung erfüllt, die der Österreichische Wirtschaftsbund in seinem Konzept für eine Mittelstandspolitik in der modernen Industriegesellschaft vor kurzem aufgestellt hat.

Die Schaffung eines Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes wurde übrigens vom Österreichischen Wirtschaftsbund schon seit langem gefordert; diese Forderung ist so ernst, daß man nicht der Meinung sein kann, es handle sich hier um wahltaktische Überlegungen.

Die Wachstumsmaßnahmen in den letzten Jahren waren sicherlich mehr industriepolitisch ausgerichtet. Sie haben allerdings auch für die kleinen und mittleren Betriebe Vorteile gebracht. Das mittelstandspolitische Konzept des Österreichischen Wirtschaftsbundes ist auf die spezifischen Probleme der Klein- und Mittelbetriebe ausgerichtet. Das überdurchschnittlich starke Wachstum der Industrieproduktion im heurigen Jahr zeigt, daß die industriepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung der Industrie bedeutende Impulse gegeben haben. In den nächsten Jahren sollte eine gezielte Wirtschaftspolitik darauf gerichtet werden — ich glaube, das kann man genauso ernst nehmen —, die Leistungsreserven im Bereich der kleinen und mittleren Betriebe zu mobilisieren. Damit soll die bisher so erfolgreiche Wachstumspolitik konsequent fortgesetzt und auf die kleinen und mittleren Betriebe sinnvoll ergänzt werden.

Die Vorschläge im Mittelstandskonzept des Österreichischen Wirtschaftsbundes zielen

darauf ab, die durch den Strukturwandel und den raschen technischen Fortschritt bedingten Anpassungsprozesse in den Betrieben zu erleichtern und zu beschleunigen. Bestehende Diskriminierungen der kleinen und mittleren Betriebe sollen abgebaut und Leistungshemmnisse beseitigt werden. Dies gilt insbesondere für den Bereich des Gewerberechtes; auch eine Änderung des geltenden Umsatzsteuersystems könnte zu einem Abbau bestehender Diskriminierungen führen.

Das Konzept des Wirtschaftsbundes enthält eine Reihe von Maßnahmen, die im Bereiche der unternehmerischen Selbsthilfe beziehungsweise im Rahmen der gesetzlichen Interessenvertretung durchgeführt werden können; nur ein Teil der Vorschläge richtet sich an den Staat, wovon wieder nur einige mit budgetären Belastungen verbunden sind.

Eine besondere Rolle weist das Mittelstandskonzept den Wirtschaftsförderungsinstituten der Handelskammern zu. Ich glaube kaum, daß man von Wirtschaftsförderung oder von Hilfe an Klein- und Mittelbetriebe reden kann, wenn sie nicht überall diese Wirtschaftsförderungsinstitute mit ihren Maßnahmen spüren. Insbesondere wird die Notwendigkeit hervorgehoben, das Schulungs- und Ausbildungswesen der Unternehmer und ihrer Mitarbeiter methodisch und fachlich jeweils dem letzten Stand der Entwicklung anzupassen. Darüber hinaus soll die Betriebsberatung stark intensiviert und vor allem die Rationalisierung in den Betrieben forciert werden.

Die Bundeskammer hat bereits vor kurzem durch die Einstellung zusätzlicher Betriebsberater die Beratung von Handelsbetrieben verstärkt, vor allem auf dem Gebiete der Betriebsführung, dem Rechenwesen und auf dem Ladenbausektor. Weiters ist in Aussicht genommen, Betriebsberatungen auch für andere Unternehmungen speziell hinsichtlich der Datenverarbeitung, neuer Fertigungstechniken und Management auszubauen. Großes Augenmerk wird darauf zu legen sein, den Betrieben die vielfältigen Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung nutzbar zu machen.

Kollege Meißl hat von einer Datenbank und von der Einrichtung einer Computeranlage der Bundeskammer gesprochen. Wir sind bereits mitten drin und hoffen, daß diese Anlage nicht nur der gewerblichen Wirtschaft, sondern allen zur Verfügung gestellt werden kann und nutzbare Anwendung findet.

Auf Initiative der Handelskammer wurde heuer im Frühjahr in Salzburg ein modernes Rechenzentrum errichtet, das Lohnverrechnungsarbeiten für Gewerbe-, Industrie- und Handelsbetriebe ausführt. Dadurch ergibt sich

Ing. Sallinger

vor allem für kleinere und mittlere Betriebe eine große verwaltungsmäßige Entlastung. Das Rechenzentrum konkurrenziert keinesfalls andere Wirtschaftsgruppen, weil ja alle Interessierten diese Einrichtung in Anspruch nehmen können. Neben der Lohnverrechnung können im Rechenzentrum auch andere im Betrieb anfallende Rechenarbeiten, wie zum Beispiel statistische Berechnungen, Lagerverrechnungen usw., durchgeführt werden.

Eine Reihe von Vorschlägen in unserem Konzept dient der Verbesserung der Eigenfinanzierung kleiner und mittlerer Betriebe und zielt auf die Sicherstellung einer wirtschaftsgerechten Fremdfinanzierung ab.

Ein wichtiges Kapitel befaßt sich mit der Förderung des Wettbewerbes und mit Maßnahmen zur Beseitigung bestehender Wettbewerbsverzerrungen.

Schon im wirtschaftspolitischen Konzept der Bundesregierung für die gegenwärtige Legislaturperiode ist im Maßnahmenkatalog zur Wachstums- und Strukturpolitik die Erstellung einer neuen Gewerbeordnung mit der Zielsetzung der Verstärkung des Wettbewerbs und der Leistungssteigerung der Betriebe enthalten. Auch im Mittelstandskonzept ist dieser Frage breiter Raum gewidmet.

Leider ist es nicht gelungen, noch in dieser Legislaturperiode eine Reform des Gewerbe-rechtes in Richtung einer Verbesserung des Wettbewerbes, der Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen und einer Erhöhung der Mobilität der Betriebe durchzuführen. Dafür waren verschiedene Gründe maßgebend: Vor allem konnte das überaus komplexe Problem des Verhältnisses der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der gewerblichen Betriebe in den Verhandlungen noch nicht gelöst werden.

Eine Reform der Gewerbeordnung — so wichtig ihr Zustandekommen für die Förderung des Wettbewerbes und der Leistungssteigerung in den Betrieben auch ist — setzt für die gewerbliche Wirtschaft eine zufriedenstellende Regelung der Genossenschaftsfrage voraus. Die gewerberechtliche Stellung der Genossenschaften kann nur in der Gewerbeordnung geregelt werden. Wir wollen in dieser Frage neue Wege gehen, die allerdings gründlich vorbereitet werden müssen und auch vorbereitet werden. (*Abg. Meißl: Inzwischen ist der Handel ausgeschaltet, Herr Präsident!*) Die Schaffung einer modernen Gewerbeordnung zählt zu den vordringlichsten Anliegen in der kommenden Legislaturperiode, Herr Kollege Meißl!

Ziel der Gewerbe-rechtsreform ist einerseits die Kodifikation aller gewerberechtlichen Be-

stimmungen und andererseits die Durchführung echter Reformmaßnahmen im Sinne einer Liberalisierung des Gewerbe-rechtes.

Die Liberalisierung soll aber nicht zu einer kritiklosen Umreihung einer möglichst großen Zahl von Gewerben, die an einen Befähigungsnachweis gebunden sind, in freie Gewerbe führen. Selbstverständlich werden viele notwendige Umreihungen erfolgen müssen. Es sollte aber dort auf den Befähigungsnachweis nicht verzichtet werden, wo sonst die Gefahr besteht, daß der Leistungsstandard sinkt und der Konsument einem chaotischen Wettbewerb unqualifizierter Anbieter ausgesetzt wird. Durch eine Liberalisierung des Gewerbe-rechtes sollen vielmehr Voraussetzungen für eine Leistungssteigerung durch betriebliche Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen geschaffen werden. Ich glaube, aus meinen Ausführungen ist zu ersehen, daß wir diese kleinen Mittelbetriebe an den technisch modernsten Stand anpassen wollen und daß wir nicht daran denken, alte Strukturen einzubetonieren.

Die bevorstehende stufenweise Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden verlangt überhaupt, alle Möglichkeiten zur Rationalisierung auszuschöpfen. Nur dadurch kann es gelingen, die nachteiligen Folgen auf die Produktionskapazität und die Preise möglichst gering zu halten. Die erste Etappe der Arbeitszeitverkürzung fällt in eine Phase der Hochkonjunktur.

Nach den Untersuchungen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen ist es gerade in einer solchen Periode, die durch ausgelastete Kapazitäten und eine angespannte Arbeitsmarktlage gekennzeichnet ist, besonders schwierig, die geringere Arbeitszeit durch Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte und Rationalisierungsinvestitionen zu kompensieren. Man müßte zumindest versuchen, den durch die Arbeitszeitverkürzung verschärften Arbeitskräftemangel durch eine liberalere Politik bei der Ausländerbeschäftigung, am besten durch die Schaffung eines modernen und zweckmäßigen Ausländerbeschäftigungsgesetzes und durch die Erleichterung von Überstunden, zu mildern. Darüber hinaus sollten auch die Möglichkeiten des Arbeitsmarktförderungsgesetzes zur Umschichtung von Arbeitskräften voll ausgenützt werden. Ich glaube, daß auch hier vom Sozialministerium budgetmäßig vorgesorgt wurde.

Daß eine Arbeitszeitverkürzung Kostensteigerungen zur Folge hat, ist unbestritten. In den nächsten Monaten werden zusätzlich zu den kostensteigernden Effekten der Arbeitszeitverkürzung von der Konjunkturlage im

Ing. Sallinger

Inland, von der international festzustellenden Beschleunigung des Preisauftriebes und von der DM-Aufwertung Auswirkungen auf das Kosten- und Preisgefüge zu erwarten sein. Ich bin aber der Meinung, daß man diese Hintergründe genau beleuchten und betrachten muß, um die Regierung nicht für Entwicklungen verantwortlich zu machen, die außerhalb ihres Einflußbereiches liegen.

Das bereits absehbare Zusammentreffen aller dieser Preisauftriebstendenzen in den nächsten Monaten hat dazu geführt, daß die weitere Entwicklung des Preisniveaus in allen verantwortlichen Gremien mit Aufmerksamkeit betrachtet wird. Verschiedene Maßnahmen wurden von der Regierung in Zusammenarbeit mit der Notenbank und den Sozialpartnern in die Wege geleitet, um einem unkontrollierten Preisauftrieb möglichst entgegenzuwirken. Der unmittelbare Anlaß für die stabilitätspolitischen Bemühungen war zwar die DM-Aufwertung; die währungspolitische Entscheidung der Deutschen Bundesrepublik ist aber nur eine der verschiedenen Preisauftriebskomponenten, die gleichzeitig wirksam werden. Bei den flankierenden Maßnahmen handelt es sich im einzelnen um Zollsensenkungen, Ausgleichssteuerbefreiungen, Einfuhrkontingenterhöhungen, Ausdehnung des Nettopreissystems und um die Erhöhung der Mindestreserven.

Die Sozialpartner werden sich gemeinsam bemühen, daß sich diese Maßnahmen tatsächlich zugunsten der Konsumenten auswirken. Die Bundeskammer hat sich bei den Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern energisch gegen alle Bestrebungen gewendet, im Zuge der flankierenden Maßnahmen dirigistische Praktiken zu installieren. Dies wäre aber der Fall gewesen, hätte man der Forderung von Arbeitnehmerseite zugestimmt, den § 3 a des Preisregelungsgesetzes bei den durch Zoll- und Ausgleichssteuersenkungen begünstigten Waren anzuwenden. Nach meiner Meinung wäre dies gleichbedeutend mit einem Rückfall in den Dirigismus gewesen und hätte den langjährigen Bemühungen widersprochen, unsere Wirtschaftsordnung immer mehr im Sinne einer Marktwirtschaft auszugestalten. *(Abg. Ing. Häuser: Kein Dirigismus, aber die Verantwortung müssen wir gemeinsam tragen!)* Bei allem, nicht nur da, Kollege Häuser!

Um jedoch die Weitergabe der Zoll- und Ausgleichssteuerbegünstigungen überprüfen zu können, hat die Bundeskammer die Schaffung einer befristeten Sonderkommission im Rahmen der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen vorgeschlagen, die die Preisgestaltung bei den betreffenden Waren zu überwachen hat. Im Rahmen der flankie-

renden Maßnahmen ist es der Bundeskammer auch gelungen, bei Büchern eine generelle Preissenkung zu erzielen. Es konnte erreicht werden, bei importierten Büchern eine Ausgleichssteuerbefreiung zu erwirken und die Umsatzsteuer für Bücher von 5,5 Prozent auf 1,7 Prozent zu senken.

Im Interesse der Dämpfung des zu erwartenden Preisauftriebes hat die Bundeskammer auch der Einbeziehung einer Reihe von weiteren Waren in das Nettopreissystem zugestimmt. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß bei gewissen Warengruppen, bei denen die Rabattkonkurrenz überhand genommen hat, der Preiswettbewerb durch die freie Kalkulation verbessert werden konnte. Bei bestimmten Artikeln sind durch die Einführung des Nettopreissystems gewisse Preissenkungen festzustellen.

Widersprüche zum Nettopreissystem ergeben sich allerdings durch den Fortbestand des Preistreibereigesetzes. Während von der Nettopreisverordnung die freie Kalkulation gefordert wird, erkennt das Preistreibereigesetz bei einer unzulässigen Überschreitung des ortsüblichen Preises Kalkulationsargumente nicht an. Diese Widersprüche müßten doch beseitigt werden. Das Nettopreissystem wird umso wirkungsvoller zur Preisstabilisierung beitragen, je preisbewußter die Konsumenten ihre Kaufentscheidungen treffen. Auf diese Weise kann auch der Konsument die Preise nicht unwesentlich beeinflussen.

Der preissteigernde Effekt der DM-Aufwertung wird vielfach überschätzt, die Auswirkung einer Schilling-Aufwertung auf den österreichischen Außenhandel weit unterschätzt. Die direkte Auswirkung der DM-Aufwertung auf den Preisindex wurde vom Institut für Wirtschaftsforschung lediglich mit zirka 0,3 Prozent berechnet. Dem gegenüber steht die Tatsache, daß von einer Schilling-Aufwertung ein Großteil unserer Exporte direkt betroffen würde. Überdies würde die Wettbewerbsposition der österreichischen Waren auf dem deutschen Markt gegenüber den anderen ausländischen Konkurrenten stark beeinträchtigt.

Dadurch könnte aber die österreichische Exportentwicklung, die gerade in den letzten zwei Jahren einen starken Aufschwung genommen hat, auf längere Sicht empfindlich gestört werden und neu errungene Weltmarktplätze wieder verloren gehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, daß die Diskriminierung unserer Exporte in die EWG-Staaten noch immer besteht. Österreich hat gerade in der letzten Zeit in Brüssel wieder vehement seinen

Ing. Sallinger

Wunsch deponiert, im Wege von Verhandlungen mit der EWG einen Modus zu finden, den Handelsverkehr von den derzeit bestehenden Hindernissen zu befreien und auf diese Weise zumindest einen Teil der Integrationsvorteile wahrnehmen zu können. Nach dem „grünen Licht“ der gestrigen Sitzung der Außenminister der EWG-Staaten in Brüssel besteht nun die berechtigte Hoffnung, daß auch für Österreich die Aussichten günstiger geworden sind, in absehbarer Zeit zu einer befriedigenden Lösung seines Verhältnisses zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu kommen.

Mit den Bemühungen der Bundesregierung, den Österreichischen Warenverkehr mit allen Handelspartnern zu intensivieren, geht die Bundeswirtschaftskammer durchaus konform. Neben den Versuchen, stärker an der europäischen Integration teilzunehmen, sind wir aber ebenso bestrebt, den Warenaustausch mit den Oststaaten auszubauen. In diesem Sinne hat das Präsidium der Bundeswirtschaftskammer kürzlich in Aussicht genommen, in der Deutschen Demokratischen Republik eine Vertretung einzurichten. Durch die zunehmende Dezentralisierung des Wirtschaftsapparates in der DDR erweist es sich zur Wahrung unserer Wirtschaftschancen in diesem Gebiet als notwendig, die Kontakte zu verbessern.

Der Erfolg der intensiven Bemühungen um eine weitere Steigerung der österreichischen Exporte müßte durch eine Aufwertung des Schillings beeinträchtigt werden. Auch unsere Zahlungsbilanzsituation gibt keineswegs Anlaß für eine Änderung der Schilling-Parität. Ich bin daher der Auffassung, daß die Entscheidung, an der Schilling-Parität unter den gegebenen Voraussetzungen festzuhalten, richtig war. Falsch wäre es allerdings, die sich damit ergebenden Fragen zu bagatellisieren oder gar die günstige Konjunkturlage dazu zu benützen, zusätzliche Auftriebskräfte wirksam werden zu lassen.

Die Sozialpartner haben angesichts dieser Entwicklung eine überaus große Verantwortung zu tragen. Sicherlich wäre es eine Illusion, würde man glauben, in einer Hochkonjunktur und bei international steigendem Preisniveau in Österreich Löhne und Preise einfrieren zu können. Andererseits steht die moderne Wirtschaftspolitik der sich abzeichnenden Entwicklung nicht machtlos gegenüber und verfügt über Möglichkeiten, das Lohn- und das Preisniveau bis zu einem gewissen Ausmaß zu beeinflussen.

Die bisherige Zusammenarbeit der Sozialpartner, nicht zuletzt beim Zustandekommen der sogenannten „flankierenden Maßnahmen“, hat bewiesen, daß es durchaus möglich ist, im

Interesse einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung gemeinsam angemessene Lösungen zu finden. Zweifellos wird die Zusammenarbeit der Sozialpartner in einer Vorwahlzeit einer größeren Beanspruchung oder Belastungsprobe als sonst ausgesetzt sein. Gerade in dieser Zeit wird ein verantwortungsvolles Handeln nicht nur im Interesse der österreichischen Wirtschaft, sondern auch im Interesse der gesamten Bevölkerung umso wichtiger sein. Die sachlichen Erfordernisse der Wirtschaft sollten aus einer rein wahlpolitischen Argumentation ausgeklammert bleiben.

Die Sozialpartnerschaft kann in Österreich nun schon auf eine jahrelange bewährte Zusammenarbeit verweisen und war sowohl zu Zeiten der Koalitionsregierung als auch in der nunmehrigen Periode der Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei ein wirtschaftlicher Stabilitätsfaktor. Der Vorwurf, daß damit praktisch die schwarz-rote Koalition fortgesetzt wurde, sieht diese Zusammenarbeit unter völlig falschen Aspekten und läßt die Tatsache unberücksichtigt, daß die überbetriebliche Mitbestimmung ein allgemeines gesellschaftspolitisches und wirtschaftspolitisches Ziel ist. Es wird auch niemand in Abrede stellen, daß die Zusammenarbeit der Sozialpartner wesentlich zur Erhaltung des sozialen Friedens und damit auch zur Steigerung der wirtschaftlichen Leistung beigetragen hat.

Unter Bedachtnahme auf diese gegebenen Möglichkeiten erfüllt das Kapitel Handel des Budgets 1970 durchaus die Erwartungen der gewerblichen Wirtschaft. Von ihm werden wachstumsfördernde Impulse zu einer weiteren Expansion der Wirtschaft Österreichs ausgehen. Meine Fraktion wird daher diesem Kapitel ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Kostroun. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Kostroun (SPO):** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die zur Behandlung stehende Budgetgruppe bietet die Gelegenheit, diesmal einige Gedanken über die gegenwärtige Situation und die künftige Entwicklung unserer Wirtschaft zu äußern. Wir können heute sicher übereinstimmend mit Befriedigung feststellen, welches Glück es für Österreich war, daß sich die Weltkonjunktur nunmehr auch auf unser Land voll auszuwirken begonnen hat und daß dazu noch die erfolgreichen Bemühungen der Regierung der deutschen Bundesrepublik unter Führung ihres Wirtschaftsministers, unseres Parteifreundes Professor Dr. Schiller, wesentlich beigetragen haben. *(Abg. Lola Solar: Wozu denn in die*

Kostroun

Ferne schweifen?) Die Auswirkungen der Auslandskonjunktur auf die Wirtschaft unseres Landes haben nicht nur die Arbeitsplätze gesichert und zur Erhaltung des vielseitigen Wohlstandes beigetragen, sondern die heuer erheblich gestiegenen Exporte haben uns auch weit größere Deviseneinnahmen gebracht, die nicht nur unser chronisches Defizit in der Handelsbilanz erträglicher gestalten werden, sondern auch die Voraussetzungen für unseren Bedarf an Importen geschaffen haben.

Aber auch die zweite Säule unserer Wirtschaft, der Fremdenverkehr, wird heuer angesichts der Hochkonjunktur in den demokratischen Ländern ebenso eine gute Bilanz aufzuweisen haben.

Die Konjunktur hat auch in anderen Ländern für breitere Kreise wieder Auslandsreisen möglich gemacht. Unser Fremdenverkehr konnte daher die Rückschläge in den vergangenen Jahren wieder einholen, ja vielfach sogar weit überholen. Die enormen Deviseneinnahmen aus unserem Ausländerfremdenverkehr werden heuer dazu beitragen, daß das durch die Exporterfolge verringerte Defizit in unserer Handelsbilanz in der Zahlungsbilanz wieder ausgeglichen werden kann. Durch die Erfolge unserer Export- und Fremdenverkehrswirtschaft, die voraussichtlich im nächsten Jahr noch weiter expandieren wird, ist die Möglichkeit erschlossen, daß wir auch nächstes Jahr wieder insbesondere unserer Wirtschaft fehlende Güter importieren und unseren Landsleuten Auslandsreisen und Auslandsaufenthalte möglich machen können.

Ich möchte zusammenfassend feststellen: Wir verdanken der gegenwärtigen günstigen Konjunktur in fast allen industrialisierten Weltteilen den bisherigen Erfolg der Bemühungen unserer Exportwirtschaft und unseres Fremdenverkehrs, damit aber auch der Konjunktur in allen anderen Wirtschaftsteilen.

Umso mehr, meine Damen und Herren, kann es nicht verstanden und mußes bedauert werden, daß in dieser Zeit der Hochkonjunktur und trotz aller Belastungen, denen unsere Wirtschaft und unsere Bevölkerung durch die vielseitigen und bisher fast unentwegten Steuer-, Abgaben- und Tarifbelastungen der Regierung ausgesetzt war, unsere Staatsverschuldung nicht verringert, sondern in den letzten Jahren sogar erheblich vergrößert wurde und in diesem Budget für das nächste Jahr noch höher veranschlagt wird.

Erst recht aber wird es unsere Bevölkerung nicht verstehen können, daß uns die Regierung und ihr Finanzminister in dieser Zeit der vielseitigen positiven Auswirkungen der Welt-

konjunktur auf unser Land und unsere Wirtschaft ein Budget vorgelegt und zur Annahme empfohlen hat, in dem trotz Vollbeschäftigung und steigender Steuereinnahmen, die damit zwangsläufig verbunden sind, für 1970 ein Budgetabgang von nahezu 10 Milliarden Schilling prognostiziert wurde, der dazu noch nach allen Erfahrungen weitaus höher liegen wird.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine weitere Feststellung. Daß wir die Auswirkungen der Rezessionserscheinungen in der Weltwirtschaft insbesondere in den Jahren 1967 bis 1968 überdauern und jetzt die Auswirkungen der Weltkonjunktur für unsere Wirtschaft nützen konnten, ist sicher den Bemühungen unserer Wirtschaft, aber in gleichem Maße der Erhaltung des sozialen Friedens in unserem Lande zu danken.

Wenn wir das Fernsehen verfolgen, die Zeitungen lesen, von den ungeheuren Arbeitskämpfen in anderen Ländern, von Massenstreiks und Unruhen in Italien und Frankreich lesen, dann kommt uns erst zu Bewußtsein, wie wichtig es war (*Abg. Lola Solar: ... was die Alleinregierung kann! — Abg. Weikhart: Das hängt aber nicht von der Alleinregierung ab!*), in unserem Land den sozialen Frieden zu erhalten. (*Beifall bei der SPÖ. — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um den Frieden im Parlament!

Abgeordneter Kostroun (fortsetzend): Die Erhaltung des sozialen Friedens in unserem Land ist einzig und allein der Zusammenarbeit der Sozialpartner, der Bereitschaft der Gewerkschaften und der verantwortungsbewußten und staatsbewußten Haltung unserer Partei zu danken. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Das gleiche gilt — hier möchte ich abrechnen mit Plakaten und falschen Behauptungen — für die Sicherung unserer demokratischen Republik, der Freiheit der Staatsbürger im Innern wie nach außen.

Erlauben Sie, meine Damen und Herren, daß ich zu einer neuen Überlegung komme. Jeder, der die Budgets dieser Regierung in den vergangenen Jahren und erst recht das zur Debatte stehende Budget für 1970 prüft und es daher nicht verstehen kann, daß uns die Regierung mit diesem Budget trotz der vielseitigen Steuerabgaben und Tarifbelastungen der vergangenen Jahre und trotz der konjunkturbedingten höheren Steuerabgaben und Tarifeingänge neuerlich die Kenntnissnahme einer vergrößerten Staatsverschuldung und dazu noch ein 10-Milliarden-Defizit im nächsten Jahr zumutet, jeder, der das alles weiß, muß sich die bange Frage vorlegen: Was wird in Österreich sein, meine

Kostroun

Damen und Herren, wenn sich in unserer Wirtschaft ein Rückgang der Weltkonjunktur abzuzeichnen und auszuwirken beginnen wird?

Jeder Unvoreingenommene, der sich darüber Gedanken macht, wird zwangsläufig zu dem Schluß kommen: Mit der heutigen Regierung und ihrer Regierungspolitik ist nach solchen Ergebnissen kein Staat zu machen und werden die Aufgaben der Zukunft keinesfalls gelöst werden können.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie Zeitschriften lesen, die sich mit unserer Exportwirtschaft beschäftigen, oder gar mit einem verantwortlichen Leiter eines Exportunternehmens reden, werden Sie bald erkennen können, wie schwer es viele unserer Exporteure selbst heute in der Zeit einer weltweiten Konjunktur haben, auf den Weltmärkten gegenüber der ausländischen Konkurrenz bestehen zu können. Um wieviel schwerer werden es erst recht mangelhaft ausgerüstete Exportbetriebe gegenüber der Konkurrenz modernst ausgestatteter ausländischer Unternehmungen haben, wenn es uns in den nächsten Jahren nicht gelingt, Versäumes nachzuholen, die Produktionseinrichtungen unserer Betriebe modernst gestalten zu helfen, damit sie auch in schwereren Zeiten gegenüber der Konkurrenz im Interesse aller Teile unseres Volkes bestehen können?

Was für die Exportbetriebe gilt, gilt in gleichem Maße für die Betriebe unseres Fremdenverkehrs sowie für die vielen Betriebe des Gewerbes und des Handels, die für den Inlandsmarkt tätig sind. Darum haben wir für die Wirtschaft gegenüber dem völlig unzulänglichen Koren-Plan und gegenüber dem dürftigen sogenannten Mittelstandskonzept des Wirtschaftsbundes der Volkspartei unser ökonomisches Programm und in freier Entscheidung einer freien unabhängigen Organisation auch das Zielprogramm für die gewerbliche Wirtschaft in monatelanger Zusammenarbeit von Wirtschaftswissenschaftlern mit Wirtschaftspraktikern erstellt.

Wir wollen wissen, was wir in den nächsten Jahren zu tun haben. Wir wollen wissen, was zu tun ist, und diese Fragen wurden in beiden Programmen für die Wirtschaft beantwortet.

Meine Damen und Herren! Ich könnte Ihnen jetzt eine Reihe von Passagen aus dem Programm unserer Partei für eine Modernisierung der österreichischen Wirtschaft vorlesen. Das Grundsätzlichste scheint mir in diesem Rahmen erwähnenswert zu sein, damit ich nicht zu lange aufhalte.

In der Einleitung zum ökonomischen Programm der SPO wird festgestellt, daß die Sozialistische Partei das Nebeneinander von ver-

schiedenen Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln bejaht: das bäuerliche, das genossenschaftliche Eigentum, die Unternehmungen der Gebietskörperschaften, die verstaatlichten Unternehmungen und die Betriebe privater Eigentümer. Sie sollen gleichberechtigte Bestandteile, Teile einer demokratisch organisierten, gemischten Wirtschaft sein.

Jeder objektiv denkende Mensch, der diese verantwortungsbewußt erstellten Sätze, für die unsere Partei in der Praxis bürgt, liest, wird sich erinnern, welche unterschiedliche Auffassung dazu in den Bereichen der kommunistischen Staaten besteht.

Eine wichtige Voraussetzung für eine moderne Wirtschaftspolitik ist ein alljährlicher Wirtschaftsbericht über die voraussichtliche Entwicklung in den einzelnen Zweigen der Industrie, des Gewerbes, des Handels, der Energie, der Landwirtschaft, des Kreditwesens, des Fremdenverkehrs und des Verkehrs. Angesichts der Vielschichtigkeit der Probleme in den großen Sektoren und Branchen ist eine ständige Überprüfung der Entwicklungstendenzen von größter Bedeutung. Seit dem Jahre 1962 hat unser Freier Wirtschaftsverband die Forderung nach einem Gesetz aufgestellt, wonach die Regierung verpflichtet werden soll, einen jährlichen Bericht über die Situation in der gewerblichen Wirtschaft auszuarbeiten und dem Parlament zu überantworten, damit wir aus der Sicht dieses Berichtes zu beurteilen vermögen, wie wir fördernde Maßnahmen für unsere Gesamtwirtschaft zweckmäßig einsetzen. Jahrelang wurde das abgelehnt und negiert, und in der Studie zum Mittelstandskonzept der Regierung, ausgearbeitet von Professoren der Universitäten, ist plötzlich dieser Gedanke übernommen worden. Ich will der Hoffnung Ausdruck geben, daß es wenigstens nach dem 1. März in der neuen Regierung möglich sein wird, zu dieser Notwendigkeit zu kommen.

Das Zielprogramm, das unser Freier Wirtschaftsverband für die gewerbliche Wirtschaft in monatelanger Arbeit ausgearbeitet hat, stellt nur die Ergänzung zum ökonomischen Programm unserer Partei dar. Hier scheinen mir einige Sätze bedeutsam.

In allen Industriestaaten der Welt sind die Betriebe der gewerblichen Wirtschaft tragende Elemente der Gesamtwirtschaft. In den kommunistischen Staaten hingegen hat man die bedeutsame wirtschaftliche Funktion privater Klein- und Mittelbetriebe völlig verkannt. Ständige Engpässe in der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern, die Monotonie der Angebote, die Mängel im Dienstleistungs- und Servicewesen sowie im Reparaturbereich sind

Kostroun

in diesen Ländern die Folgen der Vergesellschaftung der gewerblichen Klein- und Mittelbetriebe. In Österreich ist das Privateigentum auch an Produktionsmitteln ein anerkanntes Grundrecht, und wir haben es erhärtet durch unsere Feststellung im Programm unserer Partei.

Meine Damen und Herren! Wir haben monatelang an diesem Programm gearbeitet. Wir haben uns zuerst das Ziel gesteckt: Wir müssen einmal untersuchen, welche Bedeutung die gewerbliche Wirtschaft im Rahmen unserer Gesamtwirtschaft hat. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die gewerbliche Wirtschaft sowohl in der Zahl der Beschäftigten wie in der Wertschöpfung eine bedeutsame Rolle in der Gesamtwirtschaft spielt.

Meine Damen und Herren! Wir haben das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe, den Handel und seine Funktion, das Dienstleistungsgewerbe, das Verkehrsgewerbe untersucht und wir haben uns schließlich und endlich der Frage zugewendet: Welche Bedeutung werden die Klein- und Mittelbetriebe bei einer neuen Industrialisierungswelle, in der weiteren Entwicklung haben? Werden sie völlig untergehen oder werden sie nicht auch bedeutsame wirtschaftliche Funktionen im Rahmen einer neuen Industrialisierungswelle zu erfüllen haben? Wir haben festgestellt, daß dem Gewerbe, dem Handel, den Dienstleistungsberufen in weiten Bereichen der Industriegesellschaft große, unentbehrliche Funktionen zufallen werden, daß also keinerlei Grund für eine Weltuntergangsstimmung vorliegt.

Wir haben uns schließlich und endlich den Erfordernissen, den Voraussetzungen für den Bestand der gewerblichen Wirtschaft zugewendet. Wir haben die Finanzierung der gewerblichen Wirtschaft, den Kapitalbedarf, die Kapitalversorgung, untersucht, haben uns eingehend mit der Verbesserung der Finanzierung beschäftigt, mit der Aufbringung von Eigenkapital, Fremdkapital und haben konkrete Gedanken niedergelegt, wie wir die Kreditversorgung und damit die Verbesserung der Produktionsmittel, die moderne Ausgestaltung der Betriebe früher erreichen können.

Wir haben uns auch mit der Umgestaltung des österreichischen Steuerwesens beschäftigt und klar zum Ausdruck gebracht, was wir uns hier als Ziel vorstellen, dem wir etappenweise zustreben wollen.

Wir haben uns mit dem Gewerberecht und der Gewerbepolitik, mit der Modernisierung der Gewerbeordnung, mit der wirtschaftlichen Kooperation, mit dem Nachwuchsproblem in

der gewerblichen Wirtschaft und im Zusammenhang damit auch mit den Aufgaben der Handelskammerorganisation beschäftigt und wir haben uns auch mit den Fragen des Exports auseinandergesetzt.

Wir haben aber auch einen breiten Raum verwendet, um die gegenwärtige soziale Sicherheit der selbständigen Wirtschaftstreibenden zu beleuchten. Wir haben ein Pensionsrecht erreicht, wir haben aber noch immer ein zersplittertes Krankenkassenwesen. Wir müssen daher zu einer einheitlichen, alle Selbständigen und Gewerbepensionisten umfassenden Selbständigenkrankenversicherung kommen. Nur durch diese Vereinheitlichung wird es möglich sein, diese Kassen leistungstark zu machen und nicht ständig krank zu sehen.

Meine Damen und Herren! Ich habe nur einiges aus unserem Zielprogramm angeführt und komme nun auf Gedankengänge, die der Herr Präsident Sallinger — wie nicht anders zu erwarten — in einem Teil seiner Ausführungen geäußert hat.

Er mußte das Budget verteidigen, er mußte die Regierung verteidigen; das ist seine Aufgabe, und er hat sie zum Teil zu erfüllen versucht. Er hat aber vergessen, welche Sünden und Versäumnisse (*Abg. Dr. Haider: „Sünden“ ist gut!*) die Regierung in diesen paar Jahren ihrer Alleinregierung gegenüber der gewerblichen Wirtschaft begangen hat. Ich muß daran erinnern — das steht auf Ihrem Schuldkonto, das haben Sie vor Ihrem Gewissen und gegenüber den Wählern zu verantworten, und das werden Ihnen die Wähler nicht vergessen —: Sie haben hier mit Ihrer knappen Parlamentsmehrheit gegen unsere Warnungen, gegen unsere Proteste, gegen unsere Stimmen durch das Mietrechtsänderungsgesetz die Verdoppelung der Hauptmietzinse für Werkstätten und Geschäftslokale beschlossen, ohne Rücksichtnahme auf die soziale Situation der einzelnen Mieter und ohne jede Bedachtnahme auf die örtliche Lage dieser Geschäftsräumlichkeiten. Einfach Verdoppelung im ersten Jahr, Verdoppelung im zweiten Jahr! Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich Ihnen mitteile: Viele der davon betroffenen Selbständigen werden das nicht nur nicht vergessen, sondern sie fürchten, daß noch mehr kommen wird, wenn die ÖVP am 1. März wider Erwarten etwa wieder die Mehrheit erhalten sollte. (*Abg. Guggenberger: Schau, schau! — Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich muß Sie auch daran erinnern, welche Sünden Sie begangen haben, als Sie gegen unsere Warnungen

Kostroun

die Kosten für Portalbauten in unbeschränkter Höhe zur vorzeitigen steuerlichen Abschreibung zuließen. Wir wissen, daß der kleinere und mittlere Geschäftsmann nicht den Ertrag hat, um vorzeitige Abschreibungen in größerem Ausmaß vornehmen zu können. Er ist froh, wenn er soviel verdient, daß er und seine Familie durchschnittlich leben können. Aber die großen Warenhäuser, die Banken — sie haben das ausgenützt! Die Großen unserer Wirtschaft haben ihre gar nicht so schlechten Portale modernisiert, und das ist die Ursache, eine der Hauptursachen, warum das Einkommensteueraufkommen gegenüber dem Lohnsteueraufkommen so sehr zurückgeblieben ist: Weil die Großunternehmungen alles abschreiben konnten; aber auch nur sie. (*Abg. Linsbauer: Das ist der Konsum!*) Ja, von mir aus auch der Konsum. — Ich halte jetzt wie schon damals diesen Gesetzesbeschluß für volkswirtschaftlich völlig falsch. Er steht auch im Widerspruch zu einer Mittelstandspolitik, die angeblich vom ÖVP-Wirtschaftsbund so sehr vertreten wird.

Meine Damen und Herren! Das erste Teilstück der Gewerbeordnung, das nach mühseligen jahrelangen Verhandlungen endlich fertiggestellt werden konnte, konnte nicht ins Parlament kommen; der Wirtschaftsbund mußte — der erste meiner Vorredner hat es schon gesagt — gegenüber dem Widerstand und den Forderungen der landwirtschaftlichen Genossenschaften kapitulieren. Nach wie vor also besteht die alte, aus ganz anderen Wirtschaftsverhältnissen entstandene Gewerbeordnung, und die Reform der Gewerbeordnung, zwar oft versprochen, ist in dieser Legislaturperiode wieder unter den Tisch gefallen.

Wir haben jetzt in den letzten Tagen knapp vor Torschluß, knapp vor den Nationalratswahlen, eine Regierungsvorlage über ein Gewerbestrukturverbesserungsgesetz bekommen. Auf den ersten Blick, aber auch nach Prüfung der Berichte, der Stellungnahmen und Gutachten aller Ämter der Landesregierungen — also auch solcher, wo die ÖVP die Mehrheit hat —, aber auch nach Prüfung der Stellungnahme des Finanzministeriums, des Städtebundes sind wir zur Feststellung gelangt: Hier ist knapp vor den Wahlen rasch ein Gesetz zusammengestoppelt worden, das so nicht brauchbar ist.

In langen Verhandlungen im Rahmen der Kammerorganisation und anschließend im Handelsausschuß ist es uns dann gemeinsam gelungen, jene Verbesserungen in das Gesetz und in den Ausschlußbericht zu bekommen, die das Gesetz nunmehr zu einem brauchbareren Gesetz gemacht haben. Wir haben in der Vorwoche das Gesetz in diesem Haus mit den

Stimmen aller Parteien beschlossen. Trotzdem haftet ihm ein entscheidender Mangel an: Über die Kreditzinsenansuchen im einzelnen entscheiden allein die Beamten, entscheidet die Ministerialbürokratie des Handelsministeriums und des Finanzministeriums in der Bürges-Fonds-Gesellschaft.

Das erscheint uns untragbar. Es können nicht Beamte allein entscheiden, es müssen Wirtschaftspraktiker dabei sein, die aus ihrer Erfahrung die Situation der einzelnen Fälle echt beurteilen können. Nur so ist eine objektive Handhabung der Entscheidungen gewährleistet. Um diese Verbesserung werden wir nach dem 1. März zu kämpfen und zu wirken verstehen.

Nun, ein halbes Jahr vor den Wahlen ist der Wirtschaftsbund — der Herr Abgeordnete Meißl hat schon darauf hingewiesen — mit einem Mittelstandskonzept herausgerückt. Dürftig zwar, spät zwar, aber doch. Es ist unvermeidlich, daß ... (*Abg. Dr. Withalm: Meinen Sie die Sozialistische Partei?*) Das ist der Unterschied. Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie mich erinnern und ich Ihnen Antwort geben kann. (*Abg. Dr. Withalm: Wann hat die Sozialistische Partei ihre Programme gebracht? Vor 14 Tagen sind sie vorgestellt worden! — Zwischenruf des Abg. Dr. Androsch.*)

Sie hätten Gelegenheit gehabt, die Dinge, die Sie jetzt in Ihrem Mittelstandskonzept propagieren, in der Zeit Ihrer Alleinregierung längst durchzuführen! (*Beifall bei der SPÖ.*) Jetzt ist Ihnen das eingefallen?

Wir aber müssen eine Standortbestimmung vornehmen — ich habe schon darauf hingewiesen —, wir haben unser „Zielprogramm für die gewerbliche Wirtschaft“ festgelegt und unser Ökonomisches Programm in monatelanger Arbeit formuliert. Wir müssen wissen, was wir wollen, wenn die fällige Wende am 1. März kommt.

Jeder, der dieses Budget und die Regierungspolitik prüft, wird zu dem Ergebnis kommen, daß es auf Grund der mit dieser Regierung gewonnenen Erfahrungen und angesichts der Ergebnisse ihrer Politik, die sich in einer Zeit der Auswirkungen der Weltkonjunktur in einer weiteren exorbitanten Erhöhung der Auslandsverschuldung unseres Landes und dazu noch mit einem Milliardendefizit im vorliegenden Budget für das nächste Jahr manifestieren, mit dieser Regierung nicht weitergehen kann und nicht weitergehen wird und daß ein gründlicher Wandel dringend im Interesse unserer Wirtschaft und unserer Bevölkerung erforderlich ist, der in den Not-

Kostroun

wendigkeiten für die Zukunft unseres Landes und unserer Wirtschaft begründet ist.

Wir wollen daher in der Zeit der nahen Jahreswende nicht nur der Erwartung, sondern ebenso der festen Überzeugung Ausdruck geben, daß es mit der Entscheidung des 1. März zu der erforderlichen Wende kommt, damit vieles anders, ja besser wird (*Abg. Guggenberger: Die „Andersmacher“!*), damit wieder realer und vernünftiger regiert wird (*Abg. Guggenberger: „Es muß ganz anders werden als bisher!“*) und unser Land wenigstens langsam wieder aus der heutigen Schuldenwirtschaft herauskommt, unsere Wirtschaft wieder ruhiger in die Zukunft blicken kann. ... (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Guggenberger. — Ruf bei der SPÖ: Sie sind ohnehin nicht mehr im Parlament zu dieser Zeit! — Abg. Guggenberger: Das fünfte Mandat holen wir uns wieder in Kärnten!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, sich wieder ein wenig zu beruhigen. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Abgeordneter **Kostroun** (*fortsetzend*): ... die Klein- und Mittelbetriebe ohne Angst um ihre Existenz arbeiten können — meine Damen und Herren, reden Sie nach mir hier — und durch eine moderne, vernünftig koordinierte Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß unsere Wirtschaft auch bei weltwirtschaftlich bedingten Rückschlägen bestehen können wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Zittmayr. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. **Zittmayr** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte an die Worte meines Vorredners anknüpfen, die Sozialisten wollen alles anders machen. (*Rufe bei der SPÖ: Besser!*)

Das ist, glaube ich, auch ein Grundsatz, den man ja draußen überall sehen und hören kann. Es ist, glaube ich, doch notwendig, zu diesen Ausführungen einige Feststellungen zu machen.

Es ist offensichtlich für die österreichischen Sozialisten sehr schwer, zuzugeben, daß die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in Österreich auf eine gute Wirtschaftspolitik der OVP-Alleinregierung zurückzuführen ist. Deshalb wird dafür Deutschland und der deutsche Wirtschaftsminister Schiller herangezogen, weil man offensichtlich doch zugeben muß, daß sich die wirtschaftliche Situation Österreichs in den abgelaufenen dreieinhalb Jahren sehr beachtlich verbessert hat. (*Beifall bei der OVP.*)

Es ist leider so, daß der Herr Kollege Kostroun bei seiner Zitierung ... (*Zwischenrufe der Abg. Ing. Kunst und Guggenberger.*)

Präsident: Bitte, keine Zwischenrufe von einer Höhe zur anderen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Zittmayr** (*fortsetzend*): Ich habe das Gefühl, daß der Herr Abgeordnete Kostroun das falsche Beispiel erwischt hat. Denn, wenn wir an das Jahr 1967 zurückdenken, hat es in Deutschland einen ganz beachtlichen Rückstand gegeben und einen Rückschlag in wirtschaftlicher Hinsicht, der selbstverständlich auch Auswirkungen auf unser Land gehabt hat. Ich verweise darauf, daß damals von der deutschen Regierung, also von der Koalitionsregierung und dem vielgerühmten Minister Schiller, unter anderem ein Einsparungsprogramm im Ausmaß von 3,5 Milliarden D-Mark verwirklicht wurde. Mit einem Schlag wurden Schulbauten und Straßenbauten eingestellt. Ich verweise auch darauf, daß einige Sozialleistungen gekürzt wurden.

Was sich damals Deutschland geleistet hat, hätte sich eine österreichische Alleinregierung der OVP nie erlauben dürfen. Es war auch so, daß das Wirtschaftswachstum Deutschlands für das Jahr 1967 um über 1 Prozent gegenüber dem Vorjahr rückläufig war. In Österreich wurden 3,5 Milliarden Schilling von dieser Regierung, die angeblich so schlecht gewirtschaftet hat, investiert und nicht wie in Deutschland eingespart. Damit wurde erreicht, daß unser Wirtschaftswachstum auch im Jahre 1967 ... (*Abg. Dr. Androsch: Wieviel wurde investiert?*) Es wurden 3,5 Milliarden Schilling zusätzlich eingesetzt. Selbstverständlich wurden sie im Kreditwege beschafft. Sie wissen ganz genau, daß hier der Unterschied zwischen Österreich und Deutschland ganz markant in Erscheinung getreten ist, weil man in Deutschland zuerst zu viel zugedreht und nachher in der konjunkturellen Entwicklung zu viel aufgedreht hat. Das wissen Sie genau. Die Überhitzungserscheinungen der jetzigen Zeit sind die Folge dieser Fehlhaltung der deutschen Regierung und auch eines Herrn Schiller. (*Abg. Jungwirth: Zuerst hat der Erhardt Pleite gemacht!*) Jedenfalls haben wir in Österreich keine Sozialleistungen kürzen brauchen. Wir konnten die Sozialleistungen erhöhen, und unsere Wirtschaft ist auch im konjunkturschwachen Jahr 1967 um 2,1 Prozent gewachsen.

Das ist eine Tatsache, die man hier feststellen muß. Daher ist die Ausrede, daß die

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Entwicklung immer nur von auswärts auf Österreich zukommt und die Regierung daher nichts getan hätte, nicht zutreffend. Das möchte ich ausdrücklich hier feststellen. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Doktor Androsch. — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.)*

Ich möchte auch noch eine Bemerkung anschneiden, und zwar bezüglich der Wachstumsgesetze, die man uns hier wieder einmal zum Vorwurf macht und die man so darstellt, als ob sie vollkommen verkehrt gewesen wären.

Wer heute sehr früh aufgestanden ist, hat auch eine Sendung der Bundeskammer gehört. Wir sind von Schärding sehr früh weggefahren, um hier rechtzeitig einzutreffen. Wir haben sowohl die Sendung der Arbeiterkammer wie auch die der Bundeskammer gehört. *(Abg. Peter: Wir sind noch früher aufgestanden!)* Die Bemerkungen in dieser Sendung haben sich auch auf diese Wirtschaftswachstumsgesetze und auf die vorzeitige Abschreibungsmöglichkeit bezogen.

Es wurde eindeutig festgestellt, daß die vorzeitige Abschreibung mehr oder weniger eine Peitsche für die Wirtschaft in der Form ist, daß eben Abschreibungen vorgezogen werden können, daß im Grunde genommen aber diese vorzeitigen Abschreibungen nichts anderes sind als eine gewisse Steuerstundung im Interesse einer Wirtschaftsankurbelung. Denn die Steuern müssen, wenn vielleicht auch etwas später, auf jeden Fall bezahlt werden. Zum Abgeordneten Meißl möchte ich noch ... *(Abg. Dr. Androsch: Wirkt die Abschreibung pro- oder antizyklisch?)* Herr Dr. Androsch, Sie sind ja in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ als ein so charmanter Mann dargestellt worden. Ich würde Ihnen empfehlen: Machen wir keine Zwischengespräche, Sie kommen dann sicher ja selbst noch dran. *(Abg. Dr. Androsch: Fällt Ihnen nichts Besseres ein dazu? — Abg. Peter: Die Zwischengespräche haben allein Ihrem Charme gegolten!)*

Ich darf hinsichtlich der Ausführungen des Abgeordneten Meißl ganz kurz etwas feststellen. Zu der Frage ... Ja, mit seinem Charm. Der wurde besonders hervorgehoben. Ich habe ihn zwar schon oftmals vergeblich gesucht, und vor allen Dingen auch seine übertriebene Bescheidenheit. *(Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Dr. Androsch: War das Ihr Beitrag zu den Wachstumsgesetzen?)*

Zur Genossenschaftsfrage möchte ich auch noch ganz kurz einiges feststellen. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Androsch.)* Herr Abgeordneter Dr. Androsch! Ich spreche gerade

zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Meißl und möchte ganz kurz auch auf die Genossenschaftsfrage eingehen.

Es ist, wie wir alle wissen, überall in der Welt und auch bei uns eine ungeheuer rasche technische und industrielle Weiterentwicklung im Gange. Es werden moderne Produktionsverfahren eingeführt, es wird in der Erzeugung spezialisiert und rationalisiert, es werden von allen Gruppen moderne Vertriebsmethoden angewendet, es entsteht eine Reihe von Verbrauchermärkten, Supermärkten und anderen Vertriebsorganisationen des Handels. Wir können eine Konzentration der Unternehmungen feststellen und haben auch in unserem Bereich in den abgelaufenen Jahren durch das Strukturverbesserungsgesetz eine gewisse Basis dafür gelegt.

Es ist also die gesamte Wirtschaft, die gesamte Produktion, der gesamte Vertrieb in Umstellung begriffen. Daß sich in einer solchen Zeit besonders für den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, für den kleinen und mittleren Bauern, aber auch für andere Bereiche der Wirtschaft ungeheure Umstellungsprobleme ergeben, ist, glaube ich, selbstverständlich. Wir dürfen nämlich nicht immer von Strukturveränderungen reden und diese verlangen, sondern wir müssen uns hier darüber im klaren sein, daß jede Strukturänderung natürlich Schwierigkeiten und Härten mit sich bringt. Es liegt im Interesse der Selbständigen, der kleinen und mittleren Selbständigen, daß wir uns alle mitsammen bemühen, neue Formen der Zusammenarbeit zu suchen und nicht gegeneinander vorzugehen, sondern zusammenzuarbeiten, um neue Vertriebsformen, neue Unternehmensformen und neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu finden. Denn sonst kommt es so weit, daß unsere Betriebe nicht mitkommen, und daß womöglich vom Ausland her übermächtige Konzerne oder sonstige Geldgebergruppen investieren werden, die unserer gewerblichen Wirtschaft, aber auch unserer Landwirtschaft schaden. Ich glaube, so, in dieser Weise, soll man vorgehen. Wenn in dieser Weise vorgegangen wird, dann, glaube ich, tun wir auch unseren Selbständigen den größten Dienst.

Ich möchte nun aber zu meinen eigentlichen Ausführungen kommen, und einige Fragen ... *(Abg. Meißl: Eine Antwort war das nicht!)* Herr Abgeordneter Meißl! Das ist ja auch Ihre Angelegenheit, wie Sie sich dazu stellen. Ich will Ihnen gar nicht vorschreiben, daß Sie diese Antwort als für Sie 100prozentig befriedigend ansehen.

Ich möchte nun auf einige Fragen des österreichischen Außenhandels und insbesondere

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

des landwirtschaftlichen Außenhandels und seiner Entwicklung in den letzten vier Jahren eingehen. Ein Vergleich des Jahres 1965 mit dem Jahre 1968 ergibt für Österreich ein sehr günstiges Bild. Die Zahlen habe ich aus dem Wirtschaftsstatistischen Handbuch der Arbeiterkammer vom Jahre 1968 entnommen (*Abg. Skritek: Woher denn sonst?*), also von einer Körperschaft, die der Wirtschaftspolitik der Österreichischen Volkspartei und der ÖVP-Regierung und insbesondere der Agrarpolitik äußerst kritisch gegenübersteht. (*Abg. Pay: Mit Recht!*)

So hat sich der gesamte Außenhandel Österreichs folgendermaßen entwickelt: Die Gesamtausfuhr Österreichs ist von 41,6 Milliarden Schilling im Jahre 1965 auf 51,7 Milliarden Schilling im Jahre 1968 angestiegen, hat sich also um 10,1 Milliarden Schilling oder um 26,7 Prozent erhöht. Die Gesamteinfuhr ist von 54,6 Milliarden Schilling auf 64,9 Milliarden Schilling angestiegen, hat sich also um 10,3 Milliarden Schilling oder um 18,9 Prozent erhöht. Der Einfuhrüberschuß im Rahmen der österreichischen Handelsbilanz hat sich daher von 13 Milliarden Schilling im Jahre 1965 auf 13,2 Milliarden Schilling im Jahre 1968 erhöht, das sind also 0,2 Milliarden Schilling oder 1,6 Prozent.

Man kann also feststellen, daß einer überdurchschnittlichen Ausfuhr eine unterdurchschnittliche Einfuhr gegenübersteht und daß der Einfuhrüberschuß der österreichischen Volkswirtschaft in diesen vier Jahren, also von 1965 bis 1968, praktisch gleichgeblieben ist.

Der Außenhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln entwickelte sich in diesen Vergleichszahlen noch wesentlich günstiger. Ich darf auch hier einige Zahlen anführen, um zu zeigen, wie sich die Dinge entwickelt haben.

Die Ausfuhr an Nahrungs- und Genußmitteln ist von 2171 Millionen Schilling im Jahre 1965 auf 2353 Millionen Schilling im Jahre 1968 oder um 182 Millionen Schilling angestiegen. Diese Steigerung beträgt also 8,4 Prozent. Die Einfuhr an Nahrungs- und Genußmitteln ist von 6729 Millionen Schilling im Jahre 1965 auf 5874 Millionen Schilling im Jahre 1968 zurückgegangen, also um 855 Millionen Schilling abgesunken oder um 12,7 Prozent. Der Einfuhrüberschuß, der nach wie vor auf dem Nahrungs- und Genußmittel-sektor besteht, hat sich von 4558 Millionen Schilling im Jahre 1965 auf 3521 Millionen Schilling im Jahre 1968 verringert. Das bedeutet eine Verringerung um 1037 Millionen Schilling oder 22,7 Prozent.

In diesen Jahren hat die österreichische Landwirtschaft die österreichische Handelsbilanz um rund 1 Milliarde Schilling entlastet und damit wesentlich zur günstigen Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft beigetragen. Das möchte ich hier ausdrücklich feststellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Von der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung wird ja der Landwirtschaft die Ausfuhr von Agrarprodukten vielfach zum Vorwurf gemacht. Sie haben ja die ersten Ansätze bereits gehört. So wie die Industrie oder das Gewerbe (*Zwischenruf des Abg. Peter*) ist jedoch auch die Landwirtschaft auf die Ausfuhr bestimmter Produkte angewiesen, wenn sie sich aufwärtsentwickeln soll und wenn wir sie nicht dazu verurteilen wollen, daß sie radikal schrumpfen muß. (*Abg. Peter: Die Schüler von Wieselburg kommen erst morgen!*) Den österreichischen Sozialisten ist der Agrar-export ein Dorn im Auge. (*Abg. Jungwirth: Dem Mussil auch!*)

Es gibt aber auch soundso viele andere Länder, unter anderem auch Dänemark, wo es eine Selbstverständlichkeit ist, daß eine leistungsfähige Landwirtschaft ihre Produkte auch auf den ausländischen Märkten verkauft. (*Abg. Jungwirth: Die Überschüsse!*) Was heißt „Überschüsse“, Herr Abgeordneter? Es geht hier darum, daß bei gewissen Produkten sich Ein- und Ausfuhr die Waage halten. Man kann nicht einmal sagen, das sind Produkte, die auf ausländischen Märkten angeboten werden, denn andere Länder bieten bei uns ihre Produkte an, zum Beispiel Käse, der vollkommen liberalisiert ist. Da kann man nicht einfach sagen „Überschüsse“. Man muß sich mit diesen Fragen näher auseinandersetzen, dann kann man in dieser Angelegenheit wirklich etwas aussagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Österreich muß besonders darauf hinweisen, daß zwei Drittel des landwirtschaftlich genutzten Bodens in Österreich auf Bergbauerngebiet und auf niederschlagsreiche Zonen entfällt. Diese Gebiete sind von Natur aus auf Grünland und damit auf Viehwirtschaft, verbunden mit starker Milchwirtschaft, angewiesen.

Auf Grund dieser natürlichen Produktionsbasis, die wir in Österreich haben, ergibt sich ein struktureller Exportbedarf für Vieh, für Fleisch und für Milchprodukte, die wir einfach auf Grund dieser gegebenen Produktionsstruktur in größeren Mengen erzeugen, als sie im Inlandmarkt untergebracht werden können, während wir andere agrarische Produkte oder Genußmittel auf Grund unserer wirtschaftlichen Bedingungen einführen müssen.

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Von einer Verschleuderung dieser Produkte ins Ausland kann keine Rede sein. Die Preiskonkurrenz auf den ausländischen Märkten ist ausgesprochen hart, aber wenn sie nicht durch zusätzliche Maßnahmen verfälscht wird, tragbar (*Abg. Herta Winkler: Mit Subventionen!*), jedoch werden besonders von den EWG-Staaten hohe Abschöpfungen an der Grenze eingehoben, und diese Regelungen sind es, die unserem Agrarexport große Schwierigkeiten bereiten.

Diese Abschöpfungen betragen in der letzten Zeit zum Beispiel bei Lebendrindern 4,21 S pro Kilo. Diese Belastung mußte die österreichische Landwirtschaft weitgehend auf sich nehmen, weil nur ein Betrag von 1,50 S pro Kilo zur Überwindung dieser Exporthindernisse aus öffentlichen Mitteln aufgewendet werden konnte. Diese Abschöpfungsregelung drückt daher auf das Preisniveau unserer Landwirtschaft, und daher müssen wir alles tun, um solche Belastungen abzubauen oder zu beseitigen.

Ich möchte daher bitten, daß man die in letzter Zeit so heftig kritisierten Maßnahmen der Exportförderung auf dem Viehsektor unter diesen Gesichtspunkten betrachtet.

Sie wissen, meine Damen und Herren, daß wir bei Milchprodukten eine Umstellung im Export auf Käse und Milchpulver vollzogen haben und daß der Butterexport seit Juli heurigen Jahres eingestellt wurde.

Es wird nur mehr ein Veredlungsverkehr für Rahm im Rahmen des Zollvormerkverkehrs vorgenommen, um die traditionellen Exportmärkte zu halten. (*Abg. Herta Winkler: Warum ist der Butterexport eingestellt? Weil so hohe Giftstoffe darin enthalten sind! — Widerspruch bei der ÖVP.*) Liebe Frau Abgeordnete Winkler! Wenn Sie solche Behauptungen aufstellen, dann möchte ich Ihnen folgendes mitteilen. (*Abg. Dr. Mussil: Frau Kollegin! Sie sind eine propagandistische Giftmischerin! — Abg. Herta Winkler: Fragen Sie den Herrn Landwirtschaftsminister, was das Gutachten des Herrn Professor Beran aussagt! Fragen Sie ihn, warum England unsere Butter nicht mehr nimmt! Weil so viele Giftstoffe darin sind!*) Liebe Frau Abgeordnete Winkler! Sie haben eine ungeheure Ruhe, Dinge gelassen auszusprechen, die Sie in keiner Weise kennen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube, ich muß hier ausdrücklich einmal feststellen: In dem Produkt Butter dürfen keine wie immer gearteten chemischen Zusätze, keine sonstigen Fremdstoffe verwendet werden, und sie werden auch nicht verwendet. Wenn irgendeine Illustrierte etwas schreibt,

dann nehmen Sie das so hin, wie viele andere Zeitungsmeldungen auch anzusehen sind. Wenn Sie irgendwelche Beschwerden tatsächlich hätten, dann bräuchten Sie damit nur das Marktamt zu beschäftigen. (*Abg. Sekanina: Herr Kollege, gilt das auch für die ÖVP-Illustrierten?*) Aber jedenfalls, solche Behauptungen hier im Hohen Hause aufzustellen, das ist eine Frechheit sondergleichen; das muß ich schon sagen. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: Eine Diffamierung der Landwirtschaft ist das! — Abg. Wodica: Das ist eine Überheblichkeit sondergleichen!*) Denn das ist ja eine Geschäftsstörung, die überhaupt keine Berechtigung hat. Alles, was recht ist, wir lassen uns diese Dinge ganz einfach nicht bieten! Man kann doch nicht hier etwas zitieren und einen ganzen Berufsstand schlecht machen!

Nachdem die EWG-Märkte für die österreichische Landwirtschaft von besonderer Bedeutung sind, sind wir an speziellen Handelserleichterungen mit der EWG sehr interessiert. Die diesbezüglichen Regelungen bei Nutztürken, bei Einstellrindern, bei Kälbern, bei Emmentaler und Tilsiter haben sich als besonders günstig für die österreichische Landwirtschaft ausgewirkt. Wir sind auch sehr froh, daß, wie wir heute und gestern in den Nachrichten gehört haben, das italienische Veto aufgehoben ist und nunmehr der Ministerrat der EWG in nächster Zukunft Verhandlungen mit Österreich in Aussicht gestellt hat.

Vom landwirtschaftlichen Standpunkt her sind wir sehr daran interessiert, daß hier Regelungen gefunden werden, weil, wie gesagt, besonders die Abschöpfungsregelungen uns sehr weh tun und große Belastungen verursachen. (*Ruf bei der SPÖ: Mit der Bagatellisierung der Illustriertenmeldungen und des Gutachtens sind Sie auf die Seife gestiegen!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu der Frage von Rückständen von Pflanzenschutzmitteln in Nahrungsmitteln, die hier offensichtlich angezogen werden, noch einmal feststellen: Sie wissen sehr genau, daß die Milchprodukte jene Produkte darstellen, wo sich Veränderungen und Rückstände am wenigsten ergeben. Wenn hier von einem Wissenschaftler theoretische Erwägungen ausgesprochen wurden, so möchte ich schon bitten, daß man sich es überlegt, bevor man ganze Gruppen mit solchen Ausführungen im Schutz der Immunität in Schwierigkeiten bringt. (*Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: So etwas ist einfach unverantwortlich!*)

Ich möchte vielleicht auch noch einige Dinge des landwirtschaftlichen Außenhandels mit lebenden Tieren, Vieh und Fleisch anführen. Es hat sich auch hier in den letzten Jahren

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

eine starke Veränderung ergeben. Wir müssen feststellen, daß sich der Ausfuhrüberschuß bei Vieh von 436 Millionen Schilling im Jahre 1965 auf 817 Millionen Schilling im Jahre 1968 erhöht hat, also um 381 Millionen Schilling oder um 87 Prozent zugenommen hat. *(Abg. Ing. Kunst: Dafür zahlen die Konsumenten die hohen Preise!)*

Bei Molkereiprodukten hingegen hat sich die Situation folgendermaßen entwickelt: Der Ausfuhrüberschuß bei Molkereiprodukten und Eiern ist von 362 Millionen Schilling im Jahre 1965 auf 196 Millionen Schilling im Jahre 1968 zurückgegangen; das ist eine Verringerung um 166 Millionen Schilling oder 45,9 Prozent.

Aus diesen wenigen Zahlen über die Entwicklung des Außenhandels mit Vieh und Fleisch einerseits und auf der anderen Seite mit Molkereiprodukten ersehen wir ein Ansteigen des Fleischexportes und einen Rückgang des Milchproduktenexportes. So hat sich dieser positive Umstellungsprozeß von Milch auf Fleisch entsprechend ausgewirkt. *(Abg. Ing. Kunst: Sind die Preiserhöhungen eine positive Sache?)*

Diese eingeleitete Umstellung von Milch auf Fleisch, die vom Bauernbund und von der Agrarführung angeregt wurde, hat sich positiv ausgewirkt und findet auch in der Außenhandelsstatistik ihre Bestätigung. *(Abg. Ing. Kunst: In der Preissteigerung!)*

Herr Abgeordneter Kunst! Sie wissen wahrscheinlich sehr genau, wie sich die Löhne und die Preise der einzelnen Produkte entwickelt haben. Ich würde Ihnen empfehlen, die Mitteilungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung regelmäßig zu studieren. Aus diesen Berichten können Sie sowohl die Lohn- als auch die Preisentwicklung in den letzten Jahren herauslesen, und Sie können ihnen entnehmen, daß die Preissteigerungen nicht einmal ein Drittel der Steigerung der Löhne in den letzten zehn Jahren ausmachen. Sie wissen, daß Österreich bei der Steigerung der Reallöhne, also unter Berücksichtigung der Kaufkraft, in der Entwicklung Europas in den letzten zehn Jahren an dritter Stelle liegt. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Ing. Kunst.)* Sie werfen da Dinge ein, die nicht hieher gehören. Wenn Sie genau aufpassen, dann werden Sie feststellen können, daß bei den Reallöhnen selbstverständlich auch die Kaufkraft berücksichtigt ist. *(Abg. E. Hofstetter: Das verstehen Sie nicht! — Weitere Zwischenrufe.)* Wenn Sie Ihre Unterhaltungen beendet haben, werde ich mir erlauben, fortzusetzen.

Die Landwirtschaft muß jedoch wie die Industrie und das Gewerbe die Auslandsmärkte pflegen und nachhaltig beliefern. Die österreichischen Konsumenten stellen sich oft vor,

die Landwirtschaft sollte möglichst wenig produzieren, wir sollten nur genügend importieren und viel Maschinen und sonstige Industriegüter ins Ausland liefern. Wenn aber eine kleine Verknappung eintritt, dann wird sofort verlangt, daß alle Grenzen geschlossen werden und daß nichts mehr exportiert wird, sodaß wir mühsam aufgebaute Märkte mit einem Schlag verlieren und aufgeben müßten.

Das beweist, daß Sie von der Entwicklung zu einem Käufermarkt in ganz Europa wenig wissen und daß Sie diese Dinge einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Ein Käufermarkt muß gepflegt werden, denn der Käufer läßt es sich nicht bieten, daß er einmal beliefert und nächste Woche aus irgendeiner Überlegung heraus nicht beliefert wird. Wird er nicht beliefert, dann fällt er eben für die Zukunft als Käufer aus *(Abg. Zingler: Für die inländischen Käufer gilt das nicht?)* Auf diese Situation kann und darf sich die österreichische Landwirtschaft genauso wie die Industrie und wie das Gewerbe nicht einlassen. Jede Sparte muß ihre Märkte im Inland und im Ausland pflegen, wenn sie sich weiter aufwärts entwickeln will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einer geregelten Einfuhr bei gegebenem Bedarf hat sich die Landwirtschaft nie verschlossen. Es ist auch ausgewiesen, daß sich auf diesem Gebiet, wie Sie den Monatsberichten des Agrarwirtschaftlichen Instituts entnehmen können, im heurigen Jahr sowohl bei den Importen von Kalbfleisch als auch bei den Importen von Schweinen gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Steigerung ergeben hat. So wird zum Beispiel im Novemberheft berichtet: Die Exporte von Kälbern wurden heuer infolge des inländischen Kälbermangels sehr stark gedrosselt und erreichten nur ein Zehntel des vorjährigen Umfanges, also nur das unbedingt Notwendige, um die Abnehmer nicht zu verlieren. Die Importe an Kalbfleisch wurden jedoch stark erhöht. Vom Juli bis September ergibt sich im Vergleich zu den gleichen Monaten des Jahres 1968 eine Zunahme um mehr als ein Drittel. — Das sind die Feststellungen bezüglich der Kälber.

Von den Schweineimporten ist folgendes zu berichten: Im Vorjahr wurde im dritten Vierteljahr kein Schweinefleisch importiert. Heuer betrug in diesem Zeitraum der Fleischimport umgerechnet in Stück 2515 Schweine.

Ich wollte das nur anführen, um zu zeigen, daß die österreichische Landwirtschaft sich Importen nicht verschließt, wenn sie in geregelten Bahnen erfolgen und wenn sie nicht dazu geeignet sind, das inländische Preisniveau vollkommen durcheinander zu bringen.

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Im gegenwärtigen Zeitpunkt ergibt sich eine internationale Nachfrage nach diesen Produkten und somit eine Preissteigerung. Die Importschweine, die jetzt hereinkommen, kosten über 18 S pro Kilo, während der Inlandspreis zwischen 17 S und 17,70 S liegt. Die importierten Kälber kosten zwischen 32 und 35 S pro Kilo, während das inländische Preisniveau zwischen 23 und 26 S liegt. So ist die Situation gegenwärtig auf den internationalen Märkten, und daß sich diese Situation auch auf das Inland auswirkt, ist selbstverständlich. Die österreichischen Konsumenten sollten endlich erkennen, daß nur eine leistungsfähige eigene Landwirtschaft eine ausreichende Versorgung zu angemessenen Preisen garantiert. Wenn eine Verknappung eintritt, wissen auch sozialistische Staaten, daß sie für ihre Produkte höchste Preise verlangen können.

Die Grundnahrungsmittelpreise sind ein besonders heißes Eisen. Wir haben bei diesem Fragenkomplex ein Musterbeispiel in den letzten Tagen gesehen, zum Teil auch gestern noch in den Interviews, die im Fernsehen gesendet wurden. Es wird eben wieder einmal versucht, dieses brennende Problem anzuhetzen. Die Grundauffassung der Bevölkerung ist ja, daß sich bei diesen Grundnahrungsmitteln im Preis möglichst nichts ändern soll. Diese Auffassung ist auch richtig, weil vor allem kinderreiche Familien und Menschen mit niedrigerem Einkommen auf Grundnahrungsmittel besonders angewiesen sind und weniger Ausweichmöglichkeiten haben. Auch wir sind der Meinung, daß wir hier möglichst wenig verändern sollten. Aber wenn eine Arbeitszeitverkürzung im Ausmaß von 2 Stunden mit 1. Jänner 1970 wirksam wird, die ungefähr eine Belastung von 4,5 Prozent bedeutet, und wenn dazu eine 9,5prozentige Lohnerhöhung ab 1. Dezember dieses Jahres kommt, sodaß wir eine Größenordnung der Mehrbelastung von zusammen rund 15 Prozent haben, dann muß man sagen: Wenn in dieser Situation behauptet wird, daß die Schuld für diese Preiserhöhungen der Grundnahrungsmittel die Landwirtschaft trifft, dann sind solche Behauptungen reine Demagogie. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das würde ja bedeuten, daß man von 100 Beschäftigten 15 entlassen müßte, um diese Mehrbelastungen auffangen zu können. Das ist natürlich unmöglich. Man kann einen gewissen Teil durch Rationalisierung auffangen; wer mit der Wirtschaft zu tun hat, wird das wissen. Aber es ist unmöglich, mit einem Schlag eine Belastung von rund 15 Prozent aufzufangen und an den Preisen überhaupt nichts zu ändern. Sie können uns glauben, daß die ÖVP-Regierung lieber keine Neuregelung dieser Preise in Angriff genommen hätte,

aber sie war dazu durch die überhöhten Belastungen, die momentan mit Wirkung vom 1. Jänner 1970 auf den gesamten Sektor der Nahrungs- und Genußmittelindustrie zukommen, gezwungen. *(Abg. Ing. Kunst: Erzählen Sie dem Haus, zu welchem Preis die Butter exportiert wird.)*

Lieber Herr Ing. Kunst! Wenn Sie genau aufgepaßt haben, werden Sie es ja gehört haben: Im gegenwärtigen Zeitpunkt wird keine österreichische Butter ins Ausland geliefert, sondern es wird Butter ins Ausland exportiert, die aus importiertem Rahm im Zollvormerkverkehr erzeugt wird. Die EWG stützt mit Erstattungen diesen Rahm so weit, daß für die Lieferung in andere Länder — England, Vatikan, Zollfreizonen — kein Schilling an Stützungsmitteln für den Zollvormerkverkehr bei Butter notwendig ist. Wenn die Abgeordnete Winkler glaubt, das sei eine Bestätigung dafür, daß die österreichische Butter nicht nach England geliefert werden darf, dann ist sie ganz gewaltig auf dem Holzweg! Das darf ich ihr sagen. Denn es ist eine Angelegenheit der Handelspolitik, und diese Butter ist die gleiche Butter, die vorher auch in denselben Betrieben hergestellt wurde und die ins Ausland geliefert wird. Ich möchte Sie bitten, daß wir diese Frage einer gründlichen Untersuchung zuführen. Ich darf Ihnen versichern: Wir lassen diese Anschuldigungen auf keinen Fall auf uns sitzen, weil wir der Meinung sind, daß man ein Naturprodukt, zu dem überhaupt keine Fremdzusätze dazukommen dürfen bei der Erzeugung und auch nicht dazukommen, nicht so einfach hier im Hohen Haus schlechtmachen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auf dem Sektor der Agrarimporte kommt es in der letzten Zeit immer mehr zu einer Verlagerung von Rohstoffen zu Verarbeitungsprodukten, zum Beispiel Süß- oder Backwaren, Stärkederivate, Nahrungsmittelzubereitungen und so weiter. Diese Produkte werden oftmals zu manipulierten Preisen oder mit enormen Erstattungen der EWG geliefert. Deshalb sind von österreichischer Seite geeignete Maßnahmen notwendig.

Ein Beispiel für solche Erstattungen habe ich schon erwähnt, das sind diese Rahmlieferungen nach Österreich im Zollvormerkverkehr. Ich darf aber doch vielleicht des Interesses halber die EWG-Erstattungsbeträge im November 1969 anführen. Diese Beträge werden jenen Leuten gegeben, die Agrarprodukte aus der EWG in Drittlandmärkte verkaufen, um die EWG dort konkurrenzfähig zu machen. Es werden zum Beispiel gegenwärtig 19 Groschen pro Stück Hühnerei, 3,70 S pro Kilogramm Schlachtgeflügel von der EWG an Er-

14066

Nationalrat XI. GP. — 164. Sitzung — 9. Dezember 1969

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

stattungen gewährt. Bei Butter betragen die Erstattungen bis zu 36,90 S; das ist mehr als unser Großhandelspreis! Bei Emmentaler nach Amerika beträgt die Erstattung bis zu 11,18 S pro Kilo, bei Tilsiter 11,70 S, bei Vollmilchpulver 13,90 S und bei Gerste, wenn diese verarbeitet ist, 1,33 S.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind die Erstattungsbeträge der EWG aus dem Garantiefonds, die uns selbstverständlich auf den Drittlandmärkten sehr zu schaffen machen.

In den letzten Jahren wurden mit den Stimmen der ÖVP wichtige Gesetze beschlossen, so das Zucker-, das Stärke-, das Ausgleichsabgabengesetz, die Einbeziehung von Malz in das Ausgleichsabgabengesetz, die Abschöpfungsregelung für Eier und Geflügel, und andere. Ihre ablehnende Haltung zur Landwirtschaft haben die Sozialisten durch die Ablehnung all dieser gesetzlichen Maßnahmen zum Ausdruck gebracht, obwohl jetzt vor der Wahl das Verständnis der SPÖ für die Bauern in Worten immer größer wird. Für die Bauern sind aber Taten entscheidend, und die konnten wir leider bei den Sozialisten nicht feststellen, denn die Ablehnung wichtiger Gesetze für die Landwirtschaft durch die Sozialisten kann nicht als freundlicher Akt gegenüber der Landwirtschaft angesehen werden.

Frau Abgeordnete Winkler! Ich darf aber noch darauf hinweisen, daß Sie mir damals bei der Debatte über die Abschöpfungsregelung für Eier und Geflügel vorgeworfen haben, daß nunmehr eine wahnsinnige Erhöhung der Eierpreise eintreten wird. Ich bitte Sie nachzublättern, wie sich die Eierpreise entwickelt haben. Sie können feststellen, daß auf diesem Sektor eine Stabilität sondergleichen vorhanden war! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Daher soll man sich vor Prophezeiungen hüten, die offensichtlich sehr die Stärke Ihrer Partei sind. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Neben agrarpolitischen Maßnahmen zur Lösung der Agrarprobleme ist die Schaffung von industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen im ländlichen Raum von größter Bedeutung. Dadurch können auch Klein- und Mittelbauern eine außerlandwirtschaftliche Tätigkeit aufnehmen und ein familiengerechtes Einkommen erwirtschaften, wenn die Möglichkeiten der Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens nicht ausreichen.

Wenn sich in den schwierigen Gebieten die Arbeits- und die Lebensbedingungen der Bevölkerung verschlechtern, besteht die Gefahr der Entsiedlung mit allen ihren negativen Auswirkungen. Deshalb kommt auch allen Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruk-

tur, wie der Verkehrserschließung, dem Straßen- und Güterwegebau, dem Ausbau des Schulwesens, des Telephonnetzes und so weiter, im Rahmen einer gezielten Regionalpolitik besondere Bedeutung zu. In den abgelaufenen Jahren ist auf allen diesen Gebieten außerordentlich viel geschehen. Für seine Bemühungen um Betriebsansiedlungen und die Bestrebungen, auch ausländische Investoren für Österreich zu interessieren, möchte ich dem Herrn Handelsminister herzlich danken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Ausbau des Fremdenverkehrs wird sich vor allem in jenen Berggebieten positiv auswirken, die bisher nur wenig erschlossen waren. Die Berggebiete sind die natürlichen Erholungsgebiete der Zukunft. Die Pflege und Erhaltung dieser Erholungsgebiete kann volkswirtschaftlich nur dann tragbar sein, wenn sie sich auf mehrere Säulen stützt. Dazu gehören die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft, der Fremdenverkehr und in gewissen Regionen auch eine industrielle Entwicklung.

Glücklicherweise bevorzugen immer mehr Menschen des städtischen Lebensraumes die „Ferien auf dem Bauernhof“. Ich möchte auf diese Frage etwas näher eingehen, weil sie mir als sehr, sehr wichtig erscheint, und zwar im Interesse der Gesamtbevölkerung.

Mit dieser Aktion oder, mit dieser Entwicklung ergibt sich für die Bauernhöfe in landschaftlich schöner Lage eine Nebenerwerbsmöglichkeit. Es können Produkte des eigenen Hofes günstiger verwertet werden, es wird die Einkommenslage verbessert, und dadurch ist es wiederum möglich, sowohl die Wohnverhältnisse als auch den landwirtschaftlichen Betrieb selbst zu verbessern und zu modernisieren. In dieser Richtung wurden in einzelnen österreichischen Bundesländern besonders von den Hauswirtschaftsabteilungen der Landwirtschaftskammern beachtliche Initiativen ergriffen. So wurden von Niederösterreich, vom Burgenland und von Oberösterreich bereits Verzeichnisse über Ferienquartiere am Bauernhof nach einem strengen Ausleseverfahren erstellt und der österreichischen Fremdenverkehrswerbung zur Verfügung gestellt. Ähnliche Verzeichnisse über andere Bundesländer sind in Vorbereitung.

Österreich — und darauf möchte ich besonders hinweisen — steht dabei international gesehen einem starken Konkurrenzangebot gegenüber. Insbesondere ist der Freistaat Bayern in dieser Frage sehr aktiv. Das Bayrische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat einer Mitteilung vom 9. Juni 1969 zufolge Richtlinien er-

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

lassen, wonach den Inhabern landwirtschaftlicher Vollerwerbs- sowie Nebenerwerbsbetriebe in Erholungsgebieten für den Ausbau, für die Ausstattung und für die Einrichtung von Zimmern für Feriengäste Beihilfen gewährt werden. Ich möchte die Betonung auf „Beihilfen“ legen, weil wir sehen, daß zum Beispiel in Bayern dieser Frage erhöhtes Augenmerk geschenkt wird und weil natürlich Beihilfen wesentlich besser wirken als verbilligte Darlehen. Selbstverständlich gibt es auch in den Ländern wie Bayern und der Schweiz sowie auch in Österreich zinsverbilligte Darlehen für diesen Zweck. Diese massive Förderung in Bayern mit nichtrückzahlbaren Beihilfen muß uns aus Konkurrenzgründen zur größten Anstrengung anspornen, wenn wir verhindern wollen, daß viele deutsche Urlauber, die Ferien im Bauernhof suchen, in Bayern bleiben und nicht nach Österreich kommen. Die gesamte Fremdenverkehrswirtschaft und unsere Volkswirtschaft müssen an dieser Frage brennend interessiert sein. Deshalb bin ich der Meinung, daß wir auch in Österreich den Ausbau von Fremdenzimmern im Bauernhof mit Zuschüssen fördern sollten.

Abschließend möchte ich noch ganz kurz auf die wirtschaftliche Landesverteidigung zu sprechen kommen. Die Schaffung eines Vorratsbestandes an lebenswichtigen Gütern, um für den Fall des Eintrittes eines Krisenzustandes im Interesse der ordnungsgemäßen Versorgung der Bevölkerung gerüstet zu sein, ist für Österreich als neutrales Land außerordentlich wichtig. Viel zu wenig wird im Zeitalter des Überflusses bedacht, daß wir zum Beispiel in Österreich die Hälfte des Dieselölbedarfes importieren müssen, das die Landwirtschaft sehr dringend braucht, daß die Fettversorgung der Bevölkerung zu 50 Prozent aus dem Ausland gedeckt wird, daß fast sämtliche Kali- und Phosphordüngemittel eingeführt werden müssen und daß daher die Ertragsleistung des Bodens und damit die Leistungen der Haustiere im Krisenfall sofort stark abfallen würden. Rechtzeitig vorzusorgen, liegt daher nicht nur im landwirtschaftlichen, sondern insbesondere im nationalen Interesse. Die Schaffung eines Bevorratungsgesetzes, die Sicherung der finanziellen Mittel für den erforderlichen lebenswichtigen Vorrat — er wird im allgemeinen mit rund 7 Milliarden Schilling beziffert — und die Information der Bevölkerung über die Bedeutung der staatlichen, aber auch der privaten Vorratshaltung bis in den einzelnen Haushalt ist notwendig und vordringlich.

Angesichts der Spannungen in der Welt möchte ich trotz des Friedens und der Sicher-

heit in Österreich auf die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Landesverteidigung besonders hinweisen und geeignete Schritte fordern. Die Landwirtschaft selbst hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereits viel geleistet. Durch die Schaffung von Siloanlagen für Brot- und Futtergetreide, von Lagerhallen für Handelsdünger, von Kühlhäusern für Fleisch und Butter, von Trocknungsanlagen für Milch mit den entsprechenden Lagerräumen ist unendlich viel geschehen. Deshalb, glaube ich, können wir auch verlangen, daß vom Staatshaushalt im Gesamtinteresse entsprechende Mittel für die Vorratshaltung zur Verfügung gestellt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Peter das Wort.

Abgeordneter **Peter** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn der Sprecher der Österreichischen Volkspartei der Meinung Ausdruck verlieh, daß das Genossenschaftswesen einer Strukturveränderung unterliege, so ist dem grundsätzlich nichts hinzuzufügen. Es handelt sich nicht allein um Strukturbewältigungen, um die das Genossenschaftswesen heute bemüht ist. Darüber hinaus hat der Österreichische Raiffeisenverband in den letzten Monaten eine neuerliche Initiative ergriffen, um eine weitere Überschreitung des Mitgliedergeschäftes satzungsgemäß zu erreichen.

Mit der weiteren Überschreitung des Mitgliedergeschäftes will der Raiffeisenverband massiv in den Bereich der mittelständischen Wirtschaft eindringen. Ich verweise auf jene neuen Mustersatzungen, die bei den Handelsgerichten bereits eingereicht sind. Es geht darum, das Genossenschaftswesen in seiner Zweckbestimmung so auszuweiten, daß die Konkurrenz zu Handel und Gewerbe noch augenfälliger und noch unerbittlicher in Erscheinung tritt, als das in der abgelaufenen Zeit der Fall war. Bedauerlich ist, daß die Einparteienregierung die Konkurrenz, Genossenschaften einerseits, Handel und Gewerbe andererseits, nicht in den Griff bekam. Es ist bedauerlich, daß zur Zeit der Einparteienregierung der Bruderkampf Handel und Gewerbe einerseits und Genossenschaften andererseits eine weitere Verschärfung erfahren hat. Ich erinnere noch einmal an die neuen Mustersatzungen des Raiffeisenverbandes, die bei den Handelsgerichten aufliegen. Der § 2 verlangt als Zweckparagraph elementar die Ausweitung des Genossenschaftsgeschäftes in den Bereich des Gewerbes und des Handels. Die ersten negativen Reaktionen aus dem Bereich der mittelständischen Wirtschaft liegen zu den neuen Mustersatzungen der Genossenschaften bereits vor.

14068

Nationalrat XI. GP. — 164. Sitzung — 9. Dezember 1969

Peter

Eine dieser kritischen Stimmen aus der mittelständischen Wirtschaft sagt: „Wer sonst, wenn nicht die nach Marktwirtschaft und Privateigentum orientierte“ — Österreichische Volkspartei — „soll in dieser Frage Ordnung zwischen der Bauernschaft und der Unternehmerschaft, also zwischen zwei ihrer wesentlichsten Wählergruppen, herstellen? Und wann sonst“ — so fährt diese Kritik aus der mittelständischen Wirtschaft weiter fort — „soll diese Ordnung hergestellt werden, wenn nicht zu der Zeit, zu der“ die Österreichische Volkspartei als Alleinregierung selbst die Verantwortung ausübt. Anstatt dieses Mißverhältnis zwischen der mittelständischen Wirtschaft einerseits und dem Genossenschaftswesen andererseits in den Griff zu bekommen, werden nunmehr die Satzungsaußerungen durch den Raiffeisenverband mit aller Kraft angestrebt und durchgesetzt.

Der § 2 Abs. 1 der neuen Satzungen lautet: „Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung der Mitglieder“ — bis hieher in Ordnung —, „insbesondere durch a) Beschaffung und Abgabe von Waren aller Art.“ Das ist die 100prozentige Kampfansage des Genossenschaftswesens gegenüber Handel und Gewerbe.

Der § 2 Abs. 1 b) die Alibi-Passage: „Bearbeitung, Verarbeitung und Verwertung land- und forstwirtschaftlicher Produkte;“ ist weiter als Ziel gesetzt. Dagegen ist nichts einzuwenden.

Im § 2 Abs. 1 lit. c heißt es: „Erbringung von Dienstleistungen aller Art“ durch die Genossenschaften „einschließlich der Reparatur und Instandhaltung von Maschinen und Geräten;“.

Im nächsten Punkt ist der Autoverkauf untergebracht. § 2 Abs. 1 lit. e: „Errichtung und Betrieb von Anlagen ... aller Art“ und lit. d: „Überlassung von Maschinen und Geräten;“.

Im nächsten Absatz lassen die Genossenschaften die Katze aus dem Sack. § 2 Abs. 2: „Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Genossenschaft berechtigt: a) erforderliche Gewerbeberechtigungen zu erwerben, b) sich an Genossenschaften und Gesellschaften anderer Rechtsform zu beteiligen.“ Und zwar unbeschränkt zu beteiligen, also Gewerbe-konzessionen aller Art anzustreben.

Das ist also das Ziel. Jetzt liegen die Karten auf dem Tisch. Wir Freiheitlichen kreiden der Einparteienregierung auf dem Gebiete der mittelständischen Wirtschaft besonders an, daß es ihr nicht gelungen ist, dieses Mißverhältnis zwischen Bauernschaft und mittelständischer Wirtschaft in den Griff

zu bekommen und so abzubauen, daß das Nebeneinander, daß das gedeihliche Sowohl-als-auch der beiden Bereiche gewährleistet ist.

Hier wird erkennbar, was vom Bundesparteiobermann der Österreichischen Volkspartei und dem derzeitigen Regierungschef Dr. Josef Klaus in den letzten Monaten mit aller Kraft vorangetrieben wurde, nämlich die Veränderung des Gewichtes der Bünde innerhalb der Österreichischen Volkspartei. Aus der Dreidrittelpartei soll jetzt die Sechsechstelpartei werden. Aus dem 1:1:1 der Bünde das neue 3:2:1-Verhältnis. Das Sallinger-Sechstel, der Wirtschaftsbund, darf bezahlen. Das Bauern-Sechstel oder die zwei Schleinker-Sechstel dürfen noch mitschuffen, und die drei Sechstel des Arbeiter- und Angestelltenbundes haben praktisch die Entscheidung innerhalb der ÖVP in der Hand. Die drei Sechstel des AAB blockieren. Sie dirigieren und beherrschen die Österreichische Volkspartei. (Abg. Ströer: Kollege Gruber, schön wär's!)

Damit tritt dieses Mißverhältnis innerhalb der Österreichischen Volkspartei immer mehr zutage. (Abg. Kern: Gerade haben Sie gesagt, daß die Bauern mehr zu reden haben, und jetzt sagen Sie: die Arbeiter!) Die Bauern haben mehr zu schuffen, und die AABler geben den Kurs in der ÖVP an: Richtung „Links überholen“ ab dem 1. März 1970! (Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: „Damit die Richtung stimmt!“) Die Richtung, die jetzt in der Österreichischen Volkspartei eingeschlagen wird, stimmt nicht, Herr Wiesinger! Die Richtung der Freiheitlichen Partei hingegen stimmt sehr wohl! (Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Ich habe ja gesagt: „Damit die Richtung stimmt!“) Hauptsache, daß unsere freiheitliche Richtung stimmt. Ob Ihre stimmt, kümmert mich weniger.

Nun zurück zum Generalangriff des Raiffeisenverbandes auf die mittelständische Wirtschaft, ein Problem, das zweifellos von der Österreichischen Volkspartei am 1. März 1970 verantwortet werden muß. Die Österreichische Volkspartei ist mit ihrem wirtschaftspolitischen Konzept in Form des Koren-Planes am 26. April 1968 vor die Öffentlichkeit getreten. Es ist heute unmißverständlich klar, daß der Koren-Plan als amtliches wirtschaftspolitisches Konzept der ÖVP-Alleinregierung schwere Enttäuschung im Bereich der mittelständischen Wirtschaft hervorgerufen hat.

Es kam nicht von ungefähr, daß der Österreichische Wirtschaftsverband in der letzten Zeit ein Konzept für die mittelständische Wirtschaft der Öffentlichkeit vorgelegt hat. Dieses Konzept des Österreichischen Wirtschafts-

Peter

bundes für die mittelständische Wirtschaft wird in einschlägigen Kreisen offen als „Anti-Koren-Plan“ bezeichnet.

So stehen am Ende der Herrschaft der ÖVP-Alleinregierung das regierungsamtliche Wirtschaftskonzept des Koren-Planes und das mittelständische Konzept des Österreichischen Wirtschaftsbundes konkurrenzierend einander gegenüber. Warum? Weil der Koren-Plan den Bedürfnissen und Erfordernissen der mittelständischen Wirtschaft nicht Rechnung getragen hat, was von meinem Parteifreund Meißl heute bereits eindrucksvoll unter Beweis gestellt wurde. Dem Koren-Plan fehlt jeder mittelstandspolitische Gehalt. Deswegen gab es die negativen Reaktionen aus dem Bereich der mittelständischen Wirtschaft.

Präsident Sallinger hat sich zur Herausgabe des Konzeptes der mittelständischen Wirtschaft durch den Österreichischen Wirtschaftsbund vermutlich auch deswegen entschlossen, weil der Koren-Plan keine Zugkraft für den Handel und das Gewerbe aufzuweisen vermochte.

In diese Entwicklung fiel auch eine Maßnahme der Einparteienregierung, auf die ich noch verweisen muß. Die ÖVP-Alleinregierung hat eine Mittelstandsstudie an Professoren der Linzer Hochschule in Auftrag gegeben. Diese Mittelstandsstudie der Bundesregierung liegt seit dem 29. März dieses Jahres vor, hat aber in den Beratungen des Parlaments bis zur Stunde keinen Niederschlag gefunden.

Die Mittelstandsstudie der Bundesregierung gliedert sich in zwei Teile: einmal in jenen Fragenkomplex, der sich mit der mittelständischen Wirtschaft auseinandersetzt, und in jenen Bereich, der der Landwirtschaft zugeordnet ist.

Nach Auffassung von uns Freiheitlichen gehören zum Bereich der mittelständischen Wirtschaft aber auch die freien Berufe. Die freien Berufe sind in der Mittelstandsstudie der Bundesregierung genauso wenig berücksichtigt wie im Konzept des Österreichischen Wirtschaftsbundes. Auch dort wurden sie stiefmütterlich behandelt, Herr Präsident Sallinger! Wir Freiheitlichen fordern, eben weil die freien Berufe unter besonders schwierigen Voraussetzungen ihren Aufgaben nachkommen müssen, die Gleichrangigkeit. Diese ist vom Standpunkt der Freiheitlichen aus voll und ganz gerechtfertigt. *(Abg. Robert Graf: Herr Peter! Wir haben unser Programm nicht so erstellt, ob es Ihnen paßt oder nicht! Nehmen Sie das zur Kenntnis! Es ist nicht für Sie gemacht worden! — Abg. Meißl: Es ist zur Täuschung des österreichischen Wählers gemacht worden!)* Herr Abgeordneter Graf! Ich diskutiere dieses Programm nicht vom Standpunkt des Passens oder

Nichtpassens, sondern vielmehr vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit für die österreichische Wirtschaft. Ich glaube, daß alle Fraktionen von der Überlegung auszugehen haben, inwieweit ein Programm jenen Bevölkerungsgruppen dient, für die es letzten Endes gemacht worden ist.

Nun zur Mittelstandsstudie der Bundesregierung noch einige Feststellungen: Sie stellt in erster Linie eine Mittelstandsförderung nach Schweizer Programmen dar, worüber man einer Meinung sein kann. Sie enthält darüber hinaus mittelstandspolitische Leitsätze der CDU-CSU, wie sie im letzten Bundestagswahlkampf zutage getreten sind. Sie enthält darüber hinaus, was an Vergangenheitsprogrammen zur mittelständischen Wirtschaft vorhanden ist, und verweist auf eine überaus sinnvolle Ergänzung durch zeitgemäße marktwirtschaftliche Forderungen, wie den Ruf nach einer Verbrauchererziehung nach den Bedürfnissen der österreichischen Wirtschaft und der Konsumenten. Gerade darauf ist die Einparteienregierung zur Zeit ihrer Herrschaft nicht eingegangen.

Wir Freiheitlichen bedauern, daß die Mittelstandsstudie der Bundesregierung, die seit März dieses Jahres dem zuständigen Ministerkomitee vorliegt und von diesem beraten wird, noch zu keinen brauchbaren Konsequenzen geführt hat. Wir werden, da die Herrschaft der Einparteienregierung mit 1. März 1970 zu Ende geht, über diese Mittelstandsstudie in diesem Hohen Hause vermutlich auch nichts mehr erfahren.

Gerade die Mittelstandsstudie hätte dazu dienen können, eine Änderung, Ergänzung und Erweiterung des Koren-Planes dort zu veranlassen, wo dies dringend geboten ist, nämlich im Bereich der mittelständischen Wirtschaft.

Darüber hinaus muß man der Einparteienregierung den Vorwurf machen, daß sie in den letzten dreieinhalb Jahren sehr viele Erschwernisse, aber zuwenig Erleichterungen für die mittelständische Wirtschaft herbeigeführt hat. Ohne eine gesunde, leistungsorientierte und wettbewerbsfähige mittelständische Wirtschaft wird es keine moderne Industriepolitik auf weite Sicht in Österreich geben können.

Man muß an jene Forderungen erinnern, die über Parteigrenzen hinaus für den Bereich der mittelständischen Wirtschaft Gültigkeit haben, nämlich an die Beweglichkeit der mittelständischen Wirtschaft an Stelle des Beharrens, an die Suche nach Neuem anstatt des Festhaltens am Hergebrachten, an die erforderliche Dynamik anstelle jener Statik,

Peter

die weitgehend noch vorhanden ist, an die Veränderung und Weiterentwicklung anstelle einer Konservierung und an die permanente Anpassung an die sich stets verändernden Marktverhältnisse.

Wenn in letzter Zeit ein Mahnwort aus Industriekreisen zum Ausdruck gebracht wurde, so kann man sich auch damit auseinandersetzen. Diese Industriekreise meinten, wir sollen weder einer Gigantomanie verfallen, noch einer Meistersingerromantik huldigen, ein Grundsatz, zu dem sich jeder vernünftig denkende Österreicher bekennen wird.

Das unterstreicht, daß wir auf dem Gebiet der Koordination, der Konzentration wie der Fusion in Österreich erst am Anfang stehen und einen grundlegenden Nachholbedarf zu bewältigen haben. Nicht das Gegeneinander ist es, sondern das Miteinander, das zwischen Industriepolitik und der Politik der mittelständischen Wirtschaft gefunden werden muß. Mittelstandspolitik und Industriepolitik müssen eine widerspruchsfreie wirtschaftliche Einheit gewährleisten, dann ist Österreichs Wirtschaft auf dem richtigen Weg.

Noch aber sind die Sorgen der mittelständischen Wirtschaft drückend. War es vor kurzer Zeit noch so, daß in 79 Prozent aller Betriebe Österreichs bis zu fünf Personen beschäftigt waren, so stehen wir im Augenblick der Situation gegenüber, daß in 80 Prozent aller österreichischen Betriebe nur mehr vier Menschen beschäftigt werden. Nur in einem Prozent aller Betriebe Österreichs werden mehr als 100 Arbeitskräfte beschäftigt.

Vorhin stimmte der Sprecher der ÖVP-Regierungsmehrheit ein Lamento über die negativen Auswirkungen der 40-Stunden-Woche an. Dieses Lamento ist so lange von der Österreichischen Volkspartei unangebracht, solange die ÖVP der Sozialistischen Partei die Mauer bei der Herabsetzung der Arbeitszeit zu einem Zeitpunkt macht, zu dem die österreichische Wirtschaft auf die Herabsetzung der Arbeitszeit nicht vorbereitet ist. Die Sozialisten konnten sich mit ihrer Auffassung nur deswegen durchsetzen, weil die Österreichische Volkspartei nachgegeben hat.

Es hat jetzt keinen Sinn, wenn die Österreichische Volkspartei über die frühzeitig auf uns zukommenden negativen Auswirkungen der Herabsetzung der Arbeitszeit lamentiert. Das hätten Sie, die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, vorher wissen müssen, bevor Sie sich mit den Sozialisten auf die schrittweise Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden geeinigt haben.

Unverständlich wird immer bleiben, daß die ÖVP mit ihrer Haltung einen entscheidenden Impuls ausgelöst hat, selbständig arbeitende Menschen, risikobereite Staatsbürger der mittelständischen Wirtschaft noch früher von ihren Betrieben zu vertreiben, als es an und für sich auf Grund der technologischen Entwicklung da und dort notwendig wäre. (*Abg. Dr. Mussil: Tun Sie da keine frommen Sprüche klopfen, Herr Peter, das hat ja keinen Sinn! — Abg. Meißl: Das tut euch weh!*) Herr Abgeordneter Mussil! Das Klopfen frommer Sprüche steht einem Schwarzen viel eher an als einem Freiheitlichen! (*Abg. Doktor Mussil: Deswegen habe ich es ja gesagt!*) Ich klopfe also keine frommen Sprüche, sondern ich gebe Ihnen das wieder und gebe Ihnen das weiter, was an Meinung in Mitgliederkreisen des Österreichischen Wirtschaftsbundes vorhanden ist, was man aber anscheinend an der Spitze des Österreichischen Wirtschaftsbundes beabsichtigt oder unbeabsichtigt überhört.

Das ist einer der Vorwürfe, den wir Freiheitlichen gegenüber der ÖVP-Alleinregierung zu erheben haben. Hier sitzt eine allein von der Österreichischen Volkspartei getragene Bundesregierung. Aber im außerparlamentarischen Bereich, in jenem Bereich, der verfassungsmäßig nicht verankert ist, da wuchert die schwarz-rote Koalition weiter und treibt jene Blüten, die der Österreichischen Volkspartei noch schwer zu schaffen machen werden.

Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Die österreichische Wirtschaft ist im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht auf die 40-Stunden-Woche vorbereitet. Früher als den Konsumenten lieb ist und früher als den Arbeitnehmern lieb ist, werden sie die negativen Auswirkungen der 40-Stunden-Woche zur Kenntnis nehmen müssen. Der Arbeitnehmer will nicht weniger arbeiten, sondern er will mehr verdienen, um die Teuerungswelle durch Lohnerhöhungen mildern zu können. Beides in einem, meine Herren der ÖVP, geht aber nicht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das ist die unlautere Politik, die wir Freiheitlichen der Österreichischen Volkspartei mit allem Nachdruck ins Stammbuch zu schreiben haben. Das ist die Doppelgesichtigkeit der Politik der Österreichischen Volkspartei, draußen vor ihren Mitgliedern, vor ihren Interessenten ganz anders zu reden, als die ÖVP-Abgeordneten hier im Parlament handeln. Ich bin neugierig, welche Haltung der Herr Abgeordnete Dr. Zittmayr im Parlament einnehmen wird, wenn es in den nächsten Tagen um die 40-Stunden-Woche geht. Wird er das tun, was er heute von diesem Rednerpult aus vertreten hat, oder wird er dem

Peter

Klubzwang der Österreichischen Volkspartei gemäß umfallen und Stimmvieh sein, um das zu vollziehen, was die ÖVP mit den Sozialisten bezüglich der 40-Stunden-Woche vereinbart hat.

Wir Freiheitlichen fordern mit allem Nachdruck: Von der Gefälligkeitsdemokratie, von den Relikten der schwarz-roten Gefälligkeitsdemokratie zur Leistungsgesellschaft durch eine rationale Wirtschaftspolitik, mit Hilfe eines freien Unternehmers aller Größenklassen, der nicht diffamiert werden darf, und durch die Erhaltung selbständiger Berufe. Auch sie müssen wieder attraktiv werden, genauso wie wir neue unselbständige Berufsmöglichkeiten in Österreich brauchen.

Ein weiteres Erbe der schwarz-roten Koalition schleppt die Einparteienregierung mit. Auch diese Hypothek vermochte die Einparteienregierung nicht zu bewältigen: Es ist das Mißverhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital auf Grund jener Steuerpolitik, die die Einparteienregierung nach der großen Koalition fortgesetzt hat. Unter der Einparteienregierung — so hört man aus ÖVP-Kreisen immer wieder — sind die Steuerbelastungen noch höher geworden, als sie zur Zeit der schwarz-roten Koalition schon gewesen sind.

Wie sieht es mit der echten Hilfe für die mittelständische Wirtschaft durch die ÖVP-Alleinregierung aus? Was hat sie getan, um Gesundes zu einem besseren Wachstum zu bringen und um Bewährtes erhalten zu können? Was hat sie getan, Krankes zu bewältigen, wo Krankes nicht gesunden kann? Wo sind die neuen Wege, die die Österreichische Volkspartei nach dem 6. März 1966 versprochen hat? Diesem Versagen der Österreichischen Volkspartei muß man die Notwendigkeit entgegenstellen, alles in diesem Staate zu tun, um die Wirtschaft so gesund wie nur möglich zu gestalten.

Dazu gehört — ich möchte die dringendsten Maßnahmen in 15 Punkten zusammenfassen —:

1. Die steuerliche Entdiskriminierung der Klein- und Mittelbetriebe.

2. Die Erleichterung der betrieblichen Selbstfinanzierung.

3. Die spürbare Herabsetzung der überhöhten Steuern auf Einkommen, Ertrag und Vermögen.

4. Die Einführung einer wettbewerbsneutralen Umsatzsteuer in Form der Mehrwertsteuer, sie wurde am Anfang der Herrschaft der Einparteienregierung versprochen und ist bis heute nicht realisiert.

5. Die Vereinfachung des Abgabenrechtes.

6. Der Ausbau der Bürgschaftseinrichtungen in den Ländern.

7. Erleichterungen bei der Gewährung von Investitions- und Betriebsmittelkrediten.

8. Die längst versprochene Vereinfachung der Lohnverrechnung.

9. Die verstärkte praktische Exportberatung für Klein- und Mittelbetriebe.

10. Die Intensivierung der Betriebsberatung.

11. Die Erneuerung des Gewerberechtes. Seit Jahren von uns Freiheitlichen urgiert, seit Jahren von der Österreichischen Volkspartei versprochen, jedoch bis heute von der ÖVP-Alleinregierung nicht in die Tat umgesetzt. (Abg. Dr. Mussil: Das ist alles aus unserem Mittelstandskonzept entnommen!) Was heißt „unser“, Herr Abgeordneter Dr. Mussil? Stört Sie, daß es da und dort Gedankenähnlichkeit auf Grund des Bekenntnisses zur Privatwirtschaft gibt? (Abg. Dr. Mussil: Das war ein positives Wort!) Ich werde mich nicht scheuen, jene positiven Maßnahmen aufzuzeigen, die unter Minister Mitterer in seinem Ressort praktiziert worden sind. Wir sind nicht Verneiner. Wir sind nicht diejenigen, die alles ablehnen und nicht anzuerkennen bereit sind, wenn da und dort Fortschritte erzielt wurden.

12. Die Bereinigung des Verhältnisses gewerbliche Wirtschaft : landwirtschaftliche Genossenschaften. Auf dieses leidige Thema bin ich schon eingegangen: Es wurde von der ÖVP-Alleinregierung nicht gelöst.

13. Die ständige Aufklärung und Beratung der mittleren und kleinen Unternehmen Österreichs.

14. Die Verbesserung der Dokumentation über betriebswirtschaftliche Fakten.

15. Die Förderung und Erleichterung zwischenbetrieblicher Kooperation. (Abg. Doktor Mussil: Das ist ja alles aus unserem Mittelstandskonzept entnommen!)

Herr Abgeordneter Dr. Mussil! Auf dieser Grundlage kann es viel gemeinsame Aktionen zwischen der Freiheitlichen Partei und der Österreichischen Volkspartei geben. Allerdings mit der Einschränkung von unserer Seite: Die ÖVP hat dieses gemeinsame Gedankengut in den letzten dreieinhalb Jahren zuwenig praktiziert. Wir Freiheitlichen sind der Meinung — und dieses Gedankengut haben wir in der „Formel 70“ im Gegensatz zu Ihrem Mittelstandskonzept festgelegt —, daß eine Abgrenzung eines weiten Feldes für echte wirtschaftliche Aktivitäten

Peter

zwischen den Verbänden, den Unternehmern und der öffentlichen Hand vorgenommen werden muß. Hier bestehen nach wie vor zu viele Gegensätze. Auf dem Gebiet der Koordination hat die Einparteienregierung versagt. Diese Koordination ist im Sinne der Demokratiereform unerlässlich. Mit den in der „Formel 70“ skizzierten Wegen wollen wir Freiheitlichen zur offenen Leistungsgesellschaft in diesem Staate kommen.

Nicht zu übersehen ist, daß sich die wirtschaftspolitische Sprachregelung der Sozialistischen Partei in letzter Zeit geändert hat. Wenn ich eine Folge der „Sozialistischen Korrespondenz“ zitieren darf, so heißt es darin: „In Österreich muß es zu einer Neuorientierung der Wirtschafts- und Gewerbspolitik kommen, soll unser Land nicht hinter anderen Volkswirtschaften zurückbleiben.“

An die Adresse der sozialistischen Abgeordneten sei gesagt: Richtige Worte in später Stunde, wann aber folgt die Tat?

Wenn man die sich abzeichnenden Absichtserklärungen — ich rede bewußt von „abzeichnenden Absichtserklärungen“ — der Sozialistischen Partei der letzten Tage Revue passieren läßt, so stellt sich heraus, daß sich in all dem, was gesagt, nicht gesagt oder in bezug auf Finanzierungsprogramm nur angedeutet wurde, sehr, sehr viele Unstimmigkeiten und Unklarheiten ergeben. Gerade das Vorhandensein dieser Unklarheiten muß im Sinne einer objektiven Prüfung sozialistischer Programme, im besonderen des Wirtschaftsprogramms, bedauert werden. Der Öffentlichkeit ist nur eine Kurzfassung vorgelegt worden, leider nicht jene Langfassung, die die eigentlichen Finanzierungskriterien enthält.

Ich beziehe mich daher nur auf die Andeutungen des Abgeordneten Androsch, ohne eingehende Kenntnis des umfassenden SPO-Finanzierungsprogramms zu haben. Die Andeutungen des Abgeordneten Androsch erweckten den Eindruck, daß, was die Erhöhung der Vermögensteuer und der Erbschaftsteuer anbelangt, die österreichische Öffentlichkeit mit einer überaus eigentumsfeindlichen sozialistischen Steuerpolitik konfrontiert werden würde: einer Steuerpolitik, die noch gefährlicher ist als die der ÖVP-Einparteienregierung. Im Finanzierungsvorschlag der SPO sind derart viel leistungsfeindliche Elemente enthalten, daß sich die Sozialisten nicht wundern dürfen, wenn man dadurch einen sehr eigentumsfeindlichen Eindruck von der Sozialistischen Partei und ihren Auffassungen gewinnen mußte.

Nach dem sozialistischen Bedeckungsprogramm soll der Staat noch mehr Allmacht

über den Bürger erhalten, und soll der Bürger noch mehr der Allmacht des Staates unterworfen werden. Der Herr Abgeordnete Doktor Kreisky täte gut daran, wenn er es nicht bei der Veröffentlichung der Kurzfassung bewenden ließe, sondern wenn er mit dem umfassenden sozialistischen Finanzierungskonzept vor die Öffentlichkeit treten würde (*Abg. Dr. Mussil: Aber Sie haben ja gar keines!*), um dieser reinen Wein einzuschenken.

Bis jetzt sind drei Formen des SPO-Finanzierungskonzeptes erkennbar: die veröffentlichte Kurzfassung, die von Gerhard Weis im ORF-Interview mit der sozialistischen Führungsmannschaft erwähnte Mittelfassung und die vom Herrn Abgeordneten Androsch angedeutete, aber der Öffentlichkeit vorenthaltene Langfassung. Aus diesem „magischen Dreieck“ sollte die Sozialistische Partei heraustreten und Klarheit schaffen. Viele glaubten, Klarheit mit Hilfe des Disputes zwischen Koren und Kreisky finden zu können, aber diese Diskussion ist vertagt, verschoben oder findet in dieser Besetzung überhaupt nicht statt.

So schuf das Verhalten sozialistischer Spitzenfunktionäre Unklarheit. Durch diese Unklarheit entstand Mißtrauen und Unsicherheit in der Bevölkerung. Durch diese zwielichtige Haltung goß der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Dr. Kreisky, selbst Wasser auf die Angstmühlen der Österreichischen Volkspartei. So hat Herr Dr. Bruno Kreisky es Herrn Dr. Withalm leicht gemacht, die Angst, von der die ÖVP im kommenden Wahlkampf leben zu können glaubt, noch höher zu spielen, als sie derzeit schon spürbar ist. Man wird an den „Watschenmann“ erinnert. Und zwar an jene Stelle, wo der eine sagt: „Na, da wird sich der Chef aber freuen“, wobei in diesem Fall die „teuflische“ Schadenfreude auf Seite Dr. Withalms ist. Klarheit zu schaffen, wäre also Sache des Vorsitzenden der SPO Dr. Bruno Kreisky. Diese Klarheit könnte einen Teil jener Unsicherheit und jener Mißverständnisse beseitigen, die durch das Verhalten der SPO derzeit in der Öffentlichkeit vorhanden sind.

Mit einem sozialistischen Schlagwort muß ich mich noch auseinandersetzen. Es wird immer wieder, gerade wenn es um die verstaatlichten Unternehmungen geht, gebraucht. Es handelt sich um das Schlagwort vom sogenannten wirtschaftlichen Ausverkauf Österreichs. Dieses SPO-Schlagwort ist jüngst von Horst Knapp als wirtschaftlicher Chauvinismus bezeichnet worden. Man sollte in Hinblick damit zurückhaltender sein. Koordination, Konzentration und Fusion sind auf

Peter

dem Gebiete einer modernen Industrie- und Wirtschaftspolitik notwendig und nicht mehr wegzudenken.

Bei den Sozialisten ist eine gewisse Angst vor Kapitalüberfremdung vorhanden. Bedenkt man aber, daß der Sozialismus von Anfang an international konzipiert war, versteht man diese Angst nicht. Einen engstirnigen, überholten Wirtschaftsnationalismus kann sich eine moderne Industriegesellschaft nicht leisten.

Den Sozialisten war es vorbehalten, die verstaatlichten Unternehmungen mit der Aura der Nationalindustrie zu umgeben. Die SPÖ möge nicht vergessen, daß die verstaatlichten Unternehmungen genausowenig ein „Nationalheiligtum“ darstellen wie die Privatwirtschaft. Wo immer es möglich ist — und dazu werden sich auch die Sozialisten, wenn sie modern sein wollen, bekennen müssen —, ist die Einordnung und die Eingliederung österreichischer Firmen in internationale Mittelkonzerne und wenn möglich sogar in Weltkonzerne ein Gebot der Stunde. Wenn wir das wohlüberlegt anpacken, wird die Einordnung österreichischer Betriebe in internationale Mittelkonzerne da und dort auch in der Form möglich sein, daß diese Konzerne unter einer österreichischen Spitze stehen. Europa muß die amerikanische Herausforderung annehmen. Wir Österreicher genauso wie jedes andere Land dieses Kontinents wieder müssen die europäische Herausforderung annehmen. Das gilt für die gesamte österreichische Wirtschaft, sowohl für die verstaatlichten Unternehmungen als auch für die Privatwirtschaft ohne Rücksicht auf den Eigentümer.

In diesem Zusammenhang sind einige Initiativen begrüßenswert, die Minister Mitterer in diesem Jahr ergriffen hat. Ich begrüße seine Werbung in den USA für Investitionen in Österreich. Ich begrüße seine gleichgerichtete Aktion in der Schweiz. Ich begrüße weiter, daß Herr Mitterer konkrete Beteiligungswünsche österreichischer Firmen in den USA und in der Schweiz interpretiert hat und daß er nicht mit leeren Händen in die Vereinigten Staaten gefahren ist, sondern dort 60 konkrete Standortangebote zu machen in der Lage war. Ich begrüße ebenso, daß in seinem Ministerium eine Informationsstelle für Investoren errichtet wurde. Ich unterstreiche, daß die Zusammenarbeit derselben mit der österreichischen Industriekredit-AG. gewährleistet ist. Würde dieser Weg von der ÖVP-Alleinregierung mehr beschritten worden sein, dann hätten wir bereits bessere Erträge im Sinne der wirtschaftlichen Strukturbereinigung erzielen können. Ob eine solche Anlehnung an ausländische Firmen not-

wendig ist oder nicht, wird vornehmlich von der Forschungs- und Entwicklungsintensität bestimmt, deren wir mit unserer eigenen Wirtschaft fähig sind. Natürlich wird es eine breitgestreute Skala sein, die die Formen der Zusammenarbeit charakterisiert. Sie reicht von der bloßen Lizenznahme bis zum völligen Aufgehen österreichischer Betriebe in internationalen Mittel- und Weltkonzernen.

Diesem erbarmungslosen Gesetz der technischen Explosion sind wir nun einmal ausgesetzt. Wir müssen unsere wirtschaftspolitischen Entscheidungen danach ausrichten. Gegen dieses Gesetz der technologischen Explosion hilft nicht die Beschwörung des Nationalheiligtums „verstaatlichte Unternehmungen“, sondern nur eine moderne Wirtschaftspolitik.

Was ist von den Sozialisten die Problematik WSW — Siemens kritisiert worden! Wie politisch ist das vom Vorsitzenden der SPÖ Dr. Kreisky im Verstaatlichungsausschuß durchleuchtet worden! Aber die Frage, welches Äquivalent die WSW den 15.000 in der Forschung tätigen Siemens-Ingenieuren entgegensetzen hat, ist von den Sozialisten nicht beantwortet worden.

So wird uns das Gesetz des Handelns von außen her aufgezwungen. Wir müssen dem Gesetz des Handelns eben dadurch gerecht werden, daß wir die richtigen forschungspolitischen und entwicklungspolitischen Entscheidungen treffen, ungeachtet des Umstandes, aus welchem politischen Lager die bessere Idee kommt. (Abg. Kostroun: Das Anschmeißen wird Ihnen nichts nützen!) Das hat mit „Anschmeißen“ überhaupt nichts zu tun, Herr Kostroun. Im Gegenteil: Wir Freiheitlichen fühlen uns als das wirtschaftspolitische Gewissen der Österreichischen Volkspartei. (Abg. Kostroun: Aber allzu hörbar!) Denn die Österreichische Volkspartei gibt ja Ihnen, den Sozialisten, immer wieder nach. Die Österreichische Volkspartei fällt immer wieder um und akzeptiert marxistische Forderungen, die wir Freiheitlichen ablehnen. (Abg. Doktor Mussil: Auf Ihr Kuckucksgewissen stehen wir nicht an! — Heiterkeit.) Ich habe den Zwischenruf nicht gehört, bitte noch einmal, dann gehe ich darauf ein. (Abg. Dr. Mussil: Auf Ihr Kuckucksgewissen stehen wir wirklich nicht an, Herr Peter!) Als das bessere Gewissen der ÖVP geben wir Freiheitlichen der Erwartung Ausdruck, daß sich mit diesem besseren Gewissen der Freiheitlichen Partei Österreichs am 1. März 1970 mehr Wähler identifizieren werden, als es in der Vergangenheit der Fall war. (Abg. Machunze: Abwarten!)

14074

Nationalrat XI. GP. — 164. Sitzung — 9. Dezember 1969

Peter

Daher wird es bei den beiden alten Parteien des Nationalrates ein Umdenken geben müssen. Darum wird es notwendig sein, daß die beiden alten Parteien des Nationalrates Vorurteile abbauen. Und so werden sich die beiden alten Parteien des Nationalrates entschließen müssen, die wirtschaftspolitischen Auffassungen zu entideologisieren. Ebenso werden sich die beiden alten Parteien bequemen müssen, Vertrauen statt krankhaftes Mißtrauen in die Öffentlichkeit zu setzen. (Abg. Dr. Mussil: Wer ist die alte Partei? — Abg. Kulhanek: Sie sind ja gleich alt, aber nicht so rasch gewachsen! — Heiterkeit.) Nein, wir sind viel jünger, Herr Abgeordneter Kulhanek, als die zwei alten Parteien! Die Freiheitliche Partei Österreichs wurde 1956 geboren und ist daher viel jünger als die beiden alten Parteien dieses Hohen Hauses. Und, Herr Abgeordneter Kulhanek, die Wiege dieser jungen Freiheitlichen Partei ist in rechtlicher Hinsicht eine viel bessere als die Wiege der beiden alten Parteien, die heute verfassungsrechtlich noch immer nicht in Ordnung ist. (Zwischenrufe.)

Koordination, Konzentration und Fusion sind die Voraussetzung zur Beteiligung an ausländischen Konzernen. Zeigerechte Koordination, Konzentration und Fusion der Wirtschaft sind nach Ansicht von uns Freiheitlichen aber auch besser als Milliardendefizite, wie sie in den abgelaufenen Jahren in den verstaatlichten Unternehmungen erwirtschaftet worden sind.

Am Schlusse meiner Ausführungen komme ich zur Bilanz der monocoloren Regierung auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration Europas. Das Ergebnis der Integrationspolitik ist unbefriedigend, dürftig und armselig. Die OVP-Alleinregierung kann für sich beanspruchen, daß es vor allem die innere Krise der EWG gewesen ist, wenn sie in den letzten Jahren nicht so vorangekommen ist, wie es wünschenswert gewesen wäre. Trotzdem müssen wir Freiheitlichen einen Vorwurf gegenüber der OVP-Alleinregierung wiederholen, daß die Akzente der österreichischen Außenpolitik Jahre hindurch falsch gesetzt worden sind, daß dem UNO-Schwerpunkt viel zu spät der Europa-Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik hinzugefügt wurde.

Wir machen der OVP-Alleinregierung auch den Vorwurf, daß sie gerade in bezug auf die wirtschaftliche Integration eine falsche Personalpolitik betrieben hat und daß sie den langjährigen Botschafter Österreichs bei der EWG in Brüssel in dem Augenblick abberufen hat, da seine Erfahrungen von besonderer Bedeutung gewesen wären.

Wir machen der OVP-Alleinregierung ebenso den Vorwurf, daß sie sich in der Integrationsfrage einer Kompetenzzersplitterung schuldig gemacht hat.

Wir müssen der Einparteienregierung auf dem Gebiet der Integrationspolitik ebenso den Vorwurf machen, daß sie an geeignete Vorbereitungs- und Zwischenstufen, so wie es die Skandinavier mit der nordischen Zusammenarbeit getan haben, viel zu spät herangetreten ist. Die ersten Versuche auf dieser Linie sind anlässlich eines Besuches österreichischer Parlamentarier im Frühjahr dieses Jahres in der Schweiz gemacht worden. Das ist nachweislich jener Augenblick, in dem man auf parlamentarischer und nicht auf Regierungsebene versucht hat, eine schwierige Situation dadurch zu überbrücken, daß man im Bereiche unserer Nachbarn nach neuen Wegen Ausschau hielt.

Nunmehr dürfen wir berechnete EWG-Hoffnungen hegen. Ob sich diese Hoffnungen in der Endkonsequenz erfüllen werden, wird die Zukunft weisen.

Ich komme auf das zurück, was der Herr Außenminister zur Integration am 6. Dezember 1969 in der „Furche“ geschrieben hat — heute steht die wirtschaftliche Integration zur Debatte, daher muß ich ihn zitieren. Aus der Feder Dr. Waldheims ist dort zu lesen:

„Nun ist es gewiß nicht der Fehler Österreichs, daß es bisher nicht gelungen ist, eine befriedigende Regelung unserer Beziehungen zur EWG zu erreichen.“

Mir gefällt an dieser Diktion des Außenministers nicht, daß er alle Schuld auf die EWG abzuschieben versucht und nicht ein Selbstbekenntnis miteingeflochten hat. Es wäre mehr als am Platze gewesen.

Dr. Waldheim fährt weiter fort:

„Art und Umfang eines Arrangements mit der EWG lassen sich erst im Verhandlungsweg bestimmen.“

Auch in diesem Punkt kann ich dem Außenminister nicht folgen. Damit liegt der Außenminister auf jener Linie, die seinerzeit der Herr Altbundeskanzler Gorbach skizziert hat, als er sagte: Assoziierung ist das, was beim Verhandeln herauskommt. Mit dieser Gorbach-Formulierung finden wir heute nicht mehr das Auslangen, so berechtigt sie vor Jahren gewesen sein mag, um keine Entwicklungsmöglichkeit zu verbauen. Heute aber ist die Situation eine andere, aber auch eine ganz andere als an jenem 6. Dezember, da Doktor Waldheim den zitierten Artikel in der „Furche“ veröffentlicht hat.

Peter

Gestern sprach Klaus Emmerich in seinem Kommentar aus Brüssel vom Österreich-Tag bei der EWG. Er schilderte eindringlich, wie der Ratsvorsitzende Luns die Einstimmigkeit bezüglich der Haltung gegenüber Österreich feststellte, daß von Seite der EWG unverzüglich gegenüber Österreich die Initiative ergriffen werden soll. Symptomatisch und charakteristisch war wieder, daß Frankreich als einziges Land der Sechsergemeinschaft zu Österreichs Begehren schwieg. Jenes Frankreich, das uns vor Jahren so große Hoffnungen machte und das dann durch seine Haltung unter Beweis stellte, wie trügerisch diese Hoffnungen für uns gewesen sind.

Realität seit gestern aber ist, daß die EWG die Initiative gegenüber Wien sofort ergreifen wird, um von der österreichischen Bundesregierung zu erfahren, welche wirtschafts- und handelspolitischen Wünsche, welches Programm diese gegenüber der EWG zu vertreten beabsichtigt.

Daher scheint mir der Außenminister mit seiner Vorstellung auf dem falschen Weg zu sein, wenn er sagt: Abwarten, wir werden sehen, was beim Verhandeln herauskommt! Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß Österreich mit einem konkreten Verhandlungsprogramm nach Brüssel gehen muß. Natürlich wird es ein Maximalprogramm sein, von dem man Abstriche machen wird müssen.

Dr. Waldheim fährt in seinem „Furche“-Artikel vom 6. Dezember fort: „Ein derzeit geeignet erscheinender Weg könnte in einem präferenziellen Handelsabkommen liegen, durch dessen Bestimmungen die bestehenden Zölle linear gesenkt werden.“

Dem Außenminister muß man den Vorwurf machen, daß er, seit er im Amt ist, sich immer nur in Andeutungen ergeht. Der Außenminister hat mit mancher dieser Andeutungen die Arbeit des für die wirtschaftliche Integration zuständigen Ressortministers belastet und nicht erleichtert.

Jetzt ist es an der Zeit, auch wenn die Monocolore am Ende ihrer Herrschaft steht, daß sie dezidiert und konkret sagt, mit welchem Programm sie nach Brüssel geht.

Es wird uns Freiheitlichen unterstellt, daß wir auf die Neutralitätsverpflichtungen nicht gebührend Rücksicht nehmen und dem Vollbeitritt zur EWG das Wort reden würden. Wir bekennen uns zum wirtschaftlichen Vertrag besonderer Art, wir bekennen uns zu einem Vertrag sui generis mit der EWG, um mit unseren Neutralitätsverpflichtungen nicht in Konflikt zu geraten, erwarten aber, Herr Minister, daß Sie uns endlich sagen, welche

Vorstellungen die OVP-Alleinregierung hinsichtlich dieses wirtschaftlichen Vertrages besonderer Art hat. Wenn ein Konzept vorliegt, wird es viel leichter sein für die verantwortlichen Diplomaten bei den sechs EWG-Ländern, aber auch in Brüssel selbst, Österreichs Vorstellungen wirkungsvoll zu vertreten.

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß die Initiative durch die Bundesregierung nicht rasch genug ergriffen werden kann, um die österreichische Wirtschaft auf Europeanormen umzustellen und Österreich auf den wirtschaftlichen Großraum Europa vorzubereiten. Die Erhaltung der geistigen und wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs ist zu gewährleisten, damit wir vom europäischen Verhandlungsobjekt, das wir Jahre hindurch gewesen sind, zu einem echten europäischen Verhandlungspartner werden.

Gerade weil sich nach unserer Überzeugung die OVP-Alleinregierung auf diesem Gebiete vieler Versäumnisse schuldig gemacht hat, sind wir Freiheitlichen nicht in der Lage, diesem Budgetkapitel unsere Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Mitterer. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie **Mitterer:** Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich zwischenzeitig das Wort ergreife und vorher — ich weiß nicht, ob ich so sagen darf — eine Bitte, aber zumindest eine Klarstellung treffe.

Es ist zweifellos richtig, daß keine Bundesregierung, welcher Couleur immer, alles, was in einem Staat geschieht, verantworten beziehungsweise Schuld an allem sein kann, sondern daß es der Mithilfe aller Bürger dieses Staates bedarf, um das Gute zu schaffen, aber auch gegebenenfalls einmal nicht das Volle zu erreichen. Ich möchte mir also nicht arrogieren, daß das allein die Leistung einer Regierung oder eines Ressortministers sei. Aber wenn man auf der einen Seite so vorgeht, daß man sagt, das, was positiv erreicht wurde, haben die anderen getan, und was negativ gekommen ist, daran sei die Regierung schuld, so liegt das doch ein bißchen schief. Ich meine daher, daß man hier eine gerechte Beurteilung walten lassen sollte. *(Zustimmung bei der OVP.)*

Wenn man nun die positiven Seiten, ohne sie zu beschönigen, sehr nüchtern und sehr klar erkennen will, braucht man dazu gar nicht in die Ferne schweifen, man kann es

14076

Nationalrat XI. GP. — 164. Sitzung — 9. Dezember 1969

Bundesminister Mitterer

an Hand konkreter Taten und tatsächlicher facts vornehmen.

Ich möchte dazu zunächst sagen, daß die Frage des Strukturwandels, also das, was uns so sehr beschäftigt, ja nicht dadurch gelöst wird, daß man mit irgendwelchen nebulösen Programmen in die Welt zieht und sie überall verkündet, sondern dadurch, daß man Voraussetzungen für Strukturänderungen schafft, daß man aber auf der anderen Seite — und das scheint mir das Wesentliche zu sein — jene Kreise anspricht und mobilisiert, die dann Neuinvestitionen vornehmen sollen und müssen; denn ohne solche Neuinvestitionen und ohne den Willen zu solchen Neuinvestitionen nützt auch das schönste Programm nichts.

Ich bin sehr froh und sehr dankbar, daß man meine Bemühungen in dieser Richtung von seiten der Opposition anerkannt hat; ich kann Ihnen versichern, daß das selbstverständlich weitergeht und daß das auch noch Monate dauern wird. Ich möchte keine Ziffern nennen und Sie nicht langweilen. Es sind ein paar Betriebe, etwa zehn, bereits tätig, und es ist noch etwas festzustellen, und das möchte ich doch heute hier sehr deutlich aussprechen, nämlich daß diese Betriebe unter anderem erstens einmal mit langfristigem ausländischem Kapital gekommen sind, daß sie das Management mitbringen, das „Know how“, daß sie vor allem aber nicht Fluchtgeldanlagen sind, sondern seriöse ordentliche Betriebe, die vor allem in der Lage sein werden, in Österreich ausgebildete Menschen, die derzeit zum Teil noch im Ausland arbeiten, weil sie dort auf Grund ihrer Kenntnisse bessere Bedingungen vorfinden, wieder nach Österreich zu bringen, um damit das zu erreichen, was wir doch eigentlich haben wollen, nämlich daß das viele Geld, das wir in das Studium der jungen Menschen investieren, zumindest zum Teil auch der Wirtschaft wieder zugutekommt.

Wenn daher diese Maßnahme geschaffen worden ist, dann nicht, um eine Überfremdung — nach meiner Auffassung heute ein volkswirtschaftlich anachronistischer Begriff — auszulösen, sondern um eine sinnvolle Ergänzung der vorhandenen Industrialisierung vorzunehmen und vor allem anderen diese Industrialisierung weiter vorzutreiben. Ich werde darauf noch zurückkommen.

Es wurde eine Reihe von Fragen angeschnitten, die gar nicht in mein Ressort fallen. Ich möchte aber doch der Ordnung halber sagen, daß wir, was die Staatsverschuldung anlangt, uns durchaus sehen lassen können. Die Staatsverschuldung der Schweiz beträgt, gemessen am Bruttonationalprodukt, 7,2 Pro-

zent, in Österreich 13,5, in Schweden 20,8, in USA 32,7 und in Großbritannien 93,6 Prozent — also immerhin eine gewaltige Höhe, gegen die wir uns absolut sehen lassen können.

Wenn man über die Preise seriös diskutieren will, muß man — das wurde heute schon gesagt — dabei sowohl die Lohnerhöhungen wie auch die Preiserhöhungen in Rechnung stellen und Bilanz ziehen: Wie war die Realloohnerhöhung? Und diese läßt sich durchaus sehen. Österreich hat, was den Preisanstieg anlangt, in diesem Jahr einen solchen von 3,1 Prozent zu verzeichnen, die Schweiz 3,7 Prozent, Großbritannien 4, Schweden 4,3 und Dänemark 7,8 Prozent. Wie also diese Zahlen der mit uns vergleichbaren Länder beweisen — ich möchte hier gar nicht amerikanische Beispiele nennen —, befinden wir uns auch hier sicherlich in guter Gesellschaft.

Was nun die positiven Entwicklungen anlangt, so möchte ich nur schlagwortartig ein paar Dinge feststellen. Das Wirtschaftswachstum hat sich bedeutend verbessert. Sicherlich ausgelöst durch ausländische Entwicklungen ähnlicher Art, sicherlich ausgelöst durch einen sehr intensiven Arbeitseinsatz der österreichischen Bevölkerung und sicherlich ausgelöst durch die Dynamik und die Entwicklung auch in den Unternehmungen und durch die verschiedenen Initiativen der Unternehmungen.

Darf ich Ihnen der Ordnung halber einen Bericht zitieren, der, wie ich glaube, außerhalb jeder parteipolitischen Diskussion steht. Laut einem OECD-Bericht befinden wir uns an der Spitze vergleichbarer Länder.

Was die Steigerung des Bruttonationalproduktes anlangt, so sind wir ebenfalls in die Spitzengruppe eingerückt, sodaß wir uns auch hier in einer guten Gesellschaft befinden: das Industrieinvestitionsvolumen betrug 13 Milliarden Schilling — also immerhin eine gewaltige Ziffer; und die Steigerung der österreichischen Ausfuhren — man kann es zwar jetzt noch nicht sagen, weil wir uns erst am Anfang Dezember befinden — wird wahrscheinlich bei 25 Prozent liegen, die Einfuhr bei einer etwa zehnprozentigen Steigerung. Es ist daher das Handelsbilanzdefizit schon auf Grund der Handelsbilanzentwicklung abgebaut worden, und zwar sehr wesentlich. Ein Ausgleich der Zahlungsbilanz wird dadurch stattfinden, daß der Fremdenverkehr nahe an die 20-Milliarden-Devisen-Ablieferungsgrenze herangekommen ist und damit einen gewaltigen Beitrag geleistet hat. Das ist der Zuwachs im Fremdenverkehr, über den heute wahrscheinlich noch gesprochen werden wird.

Bundesminister Mitterer

Die Auftragslage in den Betrieben ist ausgezeichnet, die Auftragsbücher sind voll, und ich glaube, auch die Beschäftigungslage ist durchaus so, wie man es bei größtem Optimismus erwarten konnte.

Die Frage der Ausländerbeschäftigung ist heute schon angeschnitten worden; sicherlich wird sie gelöst werden müssen. Ich bitte nicht zu übersehen, daß es selbstverständlich in einem Land, das so schwierige geographische Verhältnisse hat, immer wieder vorkommen mag, daß es da und dort vorübergehend eine strukturelle Schwäche gibt, während in anderen Teilen des Bundesgebietes ein echter, notorischer Mangel an Arbeitskräften herrscht, sodaß wir dadurch die drei Schichten der Beschäftigung während des Tages und in der Nacht nicht mehr besetzen können, was sicherlich ein Nachteil gegenüber anderen Ländern ist.

Noch eines möchte ich heute ganz klar sagen: Nach der D-Mark-Aufwertung haben wir nicht nur am schnellsten von allen Ländern reagiert, sehr viele Länder haben bis zum heutigen Tag überhaupt keine Reaktion erkennen lassen. Wir haben durch die sogenannten flankierenden Maßnahmen sehr schnell reagiert, die selbstverständlich — auch das war allen klar — nicht alles auffangen können, die aber doch drei Ergebnisse zur Folge haben: Erstens werden die Lieferanten der Bundesrepublik bemüht sein, dort, wo sie in echtem Wettbewerb mit der übrigen Welt stehen, Preisnachlässe zu geben. Daß dies bereits der Fall ist, konnten wir feststellen. Zweitens soll man versuchen, gewisse Bezüge auf andere Länder umzulenken; das wird selbstverständlich nur partiell möglich sein. Drittens wurde alles getan, um die nun kommenden Erhöhungen teilweise abzufangen.

Als eine sehr große Schwierigkeit — ich möchte das hier ganz deutlich betonen —, als ein Problem, das wahrscheinlich am schwierigsten zu bewältigen sein wird, erscheint es mir, daß die Preissteigerungen in der Bundesrepublik eine derartige Rasanz angenommen haben, daß ich nicht weiß, wie wir das im nächsten Jahr werden durchstehen können, ohne es wesentlich zu spüren. Dies ist eine Sorge, die wir mit anderen Ländern, die ebenfalls eine hohe Importquote aus der Bundesrepublik aufweisen, teilen und die bereits zu sehr großen Diskussionen in den Zeitungen — denken Sie nur an die „Zürcher Zeitung“ und an andere Blätter — geführt hat. Ich muß feststellen, daß wir diese Preissteigerungen selbstverständlich durch keinerlei Maßnahmen auffangen können. Da es hier um Preissteigerungen geht, die bis zu 20 und 25 Prozent ausmachen, werden Sie sich unge-

fähr vorstellen können, welche Konsequenzen das für die europäischen Länder, die in einem starken Wirtschaftsverkehr mit der Bundesrepublik stehen, bedeutet.

Dennoch darf ich nochmals sagen: Österreich war das einzige Land, das rasch und sofort mit geeigneten Mitteln dort, wo es möglich war, den Entwicklungen der D-Mark-Aufwertung entgegengetreten ist. Heute wissen wir — es zeichnen sich ja bereits Konsequenzen ab —, daß wir damit richtig gefahren sind, weil wir durch die Beibehaltung der Relation in den Drittländern leistungsfähig geblieben und noch konkurrenzfähiger geworden sind. Schon heute hören wir, daß in der Bundesrepublik gewisse Schwierigkeiten bei den Aufträgen vorliegen, weil seit der Aufwertung der D-Mark eine ganze Reihe von Aufträgen nicht mehr in die deutsche Bundesrepublik gekommen ist. Das ist natürlich ein Prozeß, der Monate in Anspruch nimmt, man sieht aber daraus, daß sich das für eine Wirtschaft sehr schwierig auswirken kann. Ich glaube, Österreich kann sich auf diesem Gebiet keine Experimente leisten.

Ich möchte nun auf ein ganz anderes Gebiet übergehen, das ebenfalls jahrelang nicht erledigt werden konnte: es ist die Frage des Berufsausbildungsgesetzes, das für die Jugend eine sehr positive und konkrete Möglichkeit der modernen Fortbildung geschaffen hat. In dem neuen Strukturverbesserungsgesetz werden neben Zinsstützungen an keine Firmen Subventionen gegeben, sondern nur jene Institutionen, vorweg die Wirtschaftsförderungsinstitute, erhalten Förderungen, die Managementausbildung vornehmen, um unsere vielleicht etwas zurückgebliebene Entwicklung in der Managementausbildung weiter voranzutreiben.

Ich habe auch Vorsorge getroffen, daß in den Ansätzen meines Budgets Mittel vorhanden sein werden, um eine umfassende Industriestudie zu erstellen, die zweifellos notwendig ist, die wir sehr notwendig brauchen. Auch in der Forschungsförderung ist, gemessen an den Ansätzen — und nur diese kann man vergleichen: für heuer waren es 27 Millionen, für 1970 werden es 49 Millionen sein — immerhin eine gewaltige Zunahme zu verzeichnen. Ich gebe zu, daß durch ein Budgetänderungsgesetz eine De-facto-Erhöhung stattgefunden hat, es steht aber immer frei, im Laufe des Jahres durch ein Budgetänderungsgesetz entsprechende Änderungen vorzunehmen.

Bezüglich der Frage des Einflusses der Wirtschaft — ich möchte das weniger auf den Bund bezogen wissen als auf die Wirt-

Bundesminister Mitterer

schaft — mit der Zauberformel 3 2 1 hat der Herr Generalsekretär und Vizekanzler Doktor Withalm eindeutig geantwortet, und ich brauche darauf nicht weiter einzugehen.

Auch das Nettopreissystem wurde schon gestreift. Es hat sich sehr gut ausgewirkt, es herrschen aber selbstverständlich über das Nettopreissystem verschiedene Meinungen vor. Das ist eine sehr komplizierte und verzahnte Angelegenheit, ich bin aber gerne bereit, mit den Damen und Herren, die sich dafür interessieren, in eine Diskussion einzutreten. Professor Dr. Theuer hat sich hiezu geäußert und gemeint, das Nettopreissystem sei sehr zu begrüßen, aber bei jenen Vertriebsformen, wo es sich um eine Art Filialstil, um das sogenannte Depotsystem, handelt, wie zum Beispiel bei Parfümeriewaren, sei es besser, bei dem jetzigen System zu bleiben. Dagegen vertritt auch er den Standpunkt, daß das bisherige Nettopreissystem sich gut bewährt hat und richtig ist.

Ich möchte nur der Ordnung halber noch feststellen, daß die Mitteilung in der „Arbeiter-Zeitung“, wonach die PKW-Reifen zwar dem Nettopreissystem unterworfen werden, nicht aber die der Nutzfahrzeuge, insofern überholt ist, als wir nach dem Begutachtungsverfahren sämtliche Autoreifen, auch die Reifen der KFZ, also sämtliche Kraftfahrzeugreifen, der Nettopreisverordnung unterworfen haben, sodaß auch diese Frage klargestellt ist.

Ich möchte nun zu einem schon von zwei Rednern sehr ausführlich behandelten Problem, nämlich dem Problem des Gewerbe-rechtes und der Gewerbe-rechtsnovelle, kommen. Es hat etwa acht Jahre gedauert, bis die letzte große Gewerbe-rechtsnovelle unter Dach und Fach gebracht werden konnte, weil es sich um ein sehr komplexes Problem handelt, das sehr weitgehend in die Existenz-fragen der einzelnen Menschen hineinspielt und daher selbstverständlich am Anfang sehr starke Emotionen ausgelöst hat. Es ist immerhin nun gelungen — Sie werden es vielleicht als überheblich ansehen, wenn ich das hier sage, aber ich sehe das schon als einen gewaltigen Fortschritt an —, im Zusammenwirken mit der Bundeskammer den ersten Teilkammermäßig über die Bühne zu bringen. Es hat dort enorme Schwierigkeiten gegeben. Es waren dabei, weil es sich meist um ältere Menschen handelt, die auch eine Lebens-berechtigung haben, die auch leben wollen, selbstverständlich große Widerstände zu überwinden. Ich möchte auf dieses ehrende Bild, in dem man mich neben dem alten Kaiser abgebildet hat, nicht näher eingehen. Ich kann nur sagen: Ich habe mein möglichstes getan,

um die Sache weiterzubringen. Als ich in die Regierung eintrat, habe ich einen Entwurf vorgefunden, der durch die Gewerbe-rechtskommission, die im Handelsministerium tätig war, erarbeitet worden ist. Er ist gelegen und hat geruht. Ich glaube, es war notwendig, daß wir diesen Schritt gemacht haben, und es wird sicher notwendig sein, daß wir weitere Schritte tun. Wenn es an mir liegen sollte, werde ich daran zweifellos nicht verzagen, auch wenn es am Anfang Schwierigkeiten gegeben hat.

Ich möchte dazu deponieren: Nicht dem alten Zopf sollen wir uns verhaftet fühlen, aber auch nicht einer Bessermacherei oder einem Avantgardismus. Wir sollen immer bedenken, daß das, was wir hier beschließen, Menschen betrifft, Menschen mit ihrer ganzen Existenz, mit ihrer Familie und allem, was damit zusammenhängt. Daher soll man das nicht vorschnell tun, sondern man soll alles unternehmen, um hier zügig weiterzuschreiten. Ich bin überzeugt, daß es auch gelingen wird.

Präsident Sallinger hat schon angedeutet — ich bin ebenfalls seit Jahren dieser Auffassung gewesen —, daß wir neue Wege beschreiten müssen, um die leidige Auseinandersetzung zwischen Wirtschaft und Genossenschaften — ich sage Wirtschaft, weil es nicht nur den Handel betrifft — auszuräumen. Ich glaube, daß wir uns nunmehr auf einen richtigen Weg in diese Richtung begeben haben. Sicherlich gibt es Schwierigkeiten, die ich gar nicht bestreiten möchte. Sie sind ja bekannt, und es wäre lächerlich, sie zu übersehen oder zu verkleinern. Aber auch trotz dieser Schwierigkeiten müssen wir diesen Weg weitergehen, damit wir in der Gewerbeordnung in der nächsten Legislaturperiode eine brauchbare Basis bekommen. Auch ein neues Gewerbe-recht wird manche Probleme nicht automatisch lösen. Aber es wird Voraussetzungen schaffen, um in eine moderne Richtung weitergehen zu können.

Was die Frage des Freibetrages der Ehegattin anlangt — es gehört gar nicht in mein Ressort; ich war allerdings jahrlang mit diesen Fragen befaßt —, darf ich nur sagen: Es sind gewaltige Fortschritte gemacht worden, denn gerade in den Kleinkommen, die diese Fragen besonders betreffen, sind ja sehr wesentliche Aufstockungen erfolgt, die selbstverständlich Steuerausfälle zur Folge haben, und es ist gelungen, hier zweimal eine Anhebung vorzunehmen. Daß dieser Freibetrag — ich darf es noch einmal sagen, ich habe es schon im Ausschuß getan — nicht eine Bezahlung für die Ehegattin darstellt, sondern eine Bezahlung für Arbeitskräfte, die daheim beschäftigt werden müssen, weil die

Bundesminister Mitterer

Ehegattin nicht zu Hause sein kann, ist ja bekannt, da nach der österreichischen Verfassung eine Bezahlung der eigenen Ehefrau ja gar nicht möglich wäre.

Ich möchte noch bezüglich einer Frage etwas sagen, die, wie ich glaube, der Herr Abgeordnete Kostroun, aber auch der Herr Abgeordnete Meißl angeschnitten hat — ich glaube, insbesondere Kollege Meißl; das ist die Frage der Küchenbetriebe und der Umsatzsteuer. Sie wissen, daß ich selber mich damals als Abgeordneter in diesem Hause jahrelang dafür eingesetzt habe, daß man eine mehrwertsteuerkonforme Maßnahme setzt — und sie war konform —, indem man den Küchenbetrieben und dem Lebensmittelkleinhandel einen kleinen Teil dessen gibt, was ihm bisher vorenthalten war. Man hat sie dann, mit meinem Namen verbunden, die „Neidsteuer“ genannt; sie ist dann auch zu Gericht gekommen; das Gericht hat für die Beibehaltung entschieden. Ich darf aber nur sagen: Es ist gar nicht leicht, in diesem Haus etwas zu tun, damit auf der einen Seite einem Problem Rechnung getragen wird und auf der anderen Seite nicht sofort gesagt wird, das sei wieder ein falscher Weg.

Im übrigen können Sie versichert sein: Wir werden bei der Mehrwertsteuer diese Fragen dann nicht mehr behandeln müssen, weil solche Ausnahmebestimmungen bei der Mehrwertsteuer aus technischen Gründen gar nicht möglich sein werden. Die Mehrwertsteuer wird und muß kommen — das wissen wir heute alle —, schon wegen des sogenannten grenzüberschreitenden Verkehrs, und in diesem Fall werden sich dann diese Auseinandersetzungen als überflüssig erweisen.

Jedenfalls darf ich feststellen, daß in der EWG zwar der prinzipielle Beschluß der Mehrwertsteuer gefaßt wurde, daß aber noch nicht einmal alle EWG-Staaten die Mehrwertsteuer schon durchgeführt haben und ein Staat eine Prolongation zur Einführung erbeten hat.

Was nun die Frage des Fremdenverkehrskonzeptes anlangt, die auch angeschnitten wurde, möchte ich sagen: Meine Damen und Herren! Es ist nicht so, daß wir dieses Konzept erarbeitet haben und nun, weil wir am Ende der Legislaturperiode stehen, die Arbeit quasi umsonst geleistet wurde. Nein! Wir haben hier eine wertvolle Vorarbeit geleistet, die notwendig war, wenn wir in der Frage überhaupt weiterkommen wollen. Wir haben also mit dem Fremdenverkehrskonzept bewiesen, daß wir eine Konzeption erarbeiten können und erarbeitet haben, die die Basis für weitere Maßnahmen darstellt.

Und wenn man uns fragt, warum wir hier solange gebraucht hätten: Ich bin eindrei-

viertel Jahre in der Regierung. Ich habe mich sofort mit der Frage befaßt. Meine Mitarbeiter im Ministerium haben eine gute Arbeit geleistet. Die auf dem Fremdenverkehrstag konzipierte Formulierung wurde den Bundesländern zur Stellungnahme zugeleitet. Die Stellungnahmen der Bundesländer sind nunmehr da, und nun werden wir eine neue Ausarbeitung vornehmen, die für die kommende Legislaturperiode die Voraussetzungen schaffen wird, was alles in dieser Richtung noch getan werden soll. Kein Konzept kann zugleich auch die Gesetzesmaterien auf den Tisch legen; wir können damit nur Leitlinien aufstellen und Postulate formulieren, die im Interesse der gesamten Gruppe notwendig sind.

Ich glaube also, es war weder zu spät noch nicht entsprechend betrieben. Ich habe mich selber eineinhalb Tage in Baden aufgehalten, um bei diesem Fremdenverkehrstag immer mitzuwirken, ich war Vorsitzender eines Ausschusses, und ich glaube, wir haben in dieser Frage wirklich einen wesentlichen Schritt weiter getan.

Darf ich noch eines nur kurz Ihnen hier mitteilen, weil es eine Möglichkeit für mich darstellt, das Haus hier zu informieren. Es wurde zwar noch nicht angeschnitten — ich könnte mir vorstellen, daß es noch kommt —, aber man soll es sagen, damit alle Damen und Herren es wissen. In der Frage der Brennstoffversorgung haben wir nicht, wie in einigen Zeitungen stand, zuwenig vorgesorgt, zuwenig vorausgesehen, falsch disponiert und anderes mehr. Wir haben ja bei den östlichen Staaten gewisse Normkontingente aufgestellt, die nach oben und unten jederzeit von jedem Staat über- oder unterschritten werden können, weil es keine verbindlichen Kontingente sind, sondern sogenannte Leitkontingente.

Darüber hinaus darf ich feststellen: Brennstoffeinfuhren aus dem Westen sind liberalisiert und solche aus dem Osten sind automatisch lizenziert, sodaß überhaupt keine Einflußnahme des Amtes mehr vorhanden ist und es der freien Entscheidung der Importeure obliegt, hier richtig zu disponieren.

Dazu kommt, meine Damen und Herren: Auch den Firmen allein kann man nicht den Vorwurf machen, denn es hat niemand einen solchen Stahlboom voraussehen können, der enorme Mengen an Koks verschlingt, es konnte niemand voraussehen, daß Schließungen der Kokserzeugung erfolgen. Ich möchte dazu objektiverweise sagen, daß auch die Schließung der Kokserzeugung in Wien wirtschaftlich verständlich ist und durchaus nicht hier kritisiert werden soll. Aber niemand konnte auf weitem Gebiet diese Schließungs-

Bundesminister Mitterer

möglichkeiten voraussehen, es konnte niemand voraussehen, daß durch den Niedrigwasserstand der Donau Transporte von Kohle, die bereits für uns bereitliegen, nicht vorgenommen werden können, daß außerdem durch den Niedrigwasserstand auch andere Transportmittel zu Schiff ausfallen, die Öl nicht transportieren können, dadurch Waggonen notwendig werden, um die Öltransporte vorzunehmen und also sowohl auf dem Verkehrssektor als auch auf dem reinen Anbotsektor große Schwierigkeiten sind.

Dazu kommt noch, meine Damen und Herren, daß westliche Kohlenlieferanten die Verträge — also schriftliche Verträge mit den Kontrahentenfirmen —, um es schlicht und einfach zu sagen, nicht eingehalten haben, weil sie über keinen Koks verfügen — eine Klage ist zwar möglich, sie führt aber praktisch höchstens zu einem Pönale, aber nicht zu einem Erfolg, denn von nichts kann man leider auch durch Klage nicht etwas hervorzubringen —, und daß wir soeben die Informationen bekommen haben, daß angeblich auch in einem anderen, östlichen Staat nunmehr wegen der Versorgungsschwierigkeiten der Notstandsparagraph eingesetzt worden ist, nämlich hinsichtlich eines Exportverbotes von Brennstoffmaterial.

Sie sehen also, daß hier Dinge eingetreten sind, die niemand voraussehen konnte. Wie gesagt, das Handelsministerium hat gar keine Lizenzen zu geben, weil es automatisch lizenziert und nach dem Westen überhaupt frei ist.

Es hat sich gerade in dem Zusammenhang als gut erwiesen, daß wir die Gasverträge unter Dach und Fach gebracht haben. Wir sind hier wieder einmal vorangegangen — obwohl wir das gar nicht so in die Welt hinausposaunt haben —, und andere sind dann nachgekommen. Durch die zusätzliche Eigenversorgung der ÖMV sind wir nun in die Lage versetzt, eine ausreichende Gasversorgung in einem gewissen Raum sicherzustellen; vielleicht wird es, nachdem nun die Bundesrepublik Deutschland das Gas über die Tschechoslowakei bezieht — wir haben uns bemüht, daß es über Österreich geht; das wurde von dem deutschen Partner abgelehnt —, vielleicht wird es nun möglich sein, daß, wenn die italienischen Gasgespräche in Gang kommen, wir aus diesen Leitungen Abzweigungen vornehmen, wenn sie über Österreich gehen, damit wir auch andere Teile Österreichs mit Gas versorgen können.

Zum Energieplan, gegen den gesagt wurde, es gebe verschiedene Einwände hinsichtlich der Richtigkeit der Ziffern und ähnlichem mehr: Bisher wurde mir das schriftlich nicht

mitgeteilt, und das, was mitgeteilt wurde, konnte ich eindeutig entkräften. Es ist also so gewesen, daß wir hier richtige Informationen gegeben haben und auch bezüglich des Energieplanes die Voraussetzungen geschaffen haben, um nun weiter fortschreiten zu können.

Was nun die Mittelstandsstudie der Bundesregierung anlangt, so darf ich sagen — es wurde das ja von einigen Rednern erwähnt —: Selbstverständlich kommt jede Mittelstandsstudie, die sich mit den Kleinbetrieben befaßt, zu der Überlegung, daß es steuerliche Fragen sind, die den einzelnen Betrieb besonders bedrücken und betreffen. Wenn wir zum Beispiel aus der Mittelstandsstudie der Bundesregierung hören, daß man dem Gedanken der Pauschalierung Raum geben soll und auf der anderen Seite bei jeder Pauschalierung seitens der sozialistischen Opposition bisher ein Einwand gekommen ist und ein Hinweis, es sei das ein verkapptes Geschenk, dann, muß ich feststellen, ist es eben leider sehr schwer, zu konkreten Maßnahmen zu kommen. Es wurden in diesem Bericht zum Beispiel auch die Ladenschlußzeiten angeschnitten, auch ein sehr heißes Eisen, obwohl es ja mit der Beschäftigungszeit keinen direkten Kontakt hat. *(Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)*

Was nun die Kredite anlangt, die ebenfalls hier empfohlen worden sind, so gehen wir diesen Weg der Kredite eben mit dem neuen Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, und ich glaube, das wird sich sehr gut auswirken.

Dazu darf ich noch sagen, meine Damen und Herren: So ist es ja nicht, daß die Kredite bisher nicht gegeben worden sind, daß in der Sache nichts getan worden ist — im Gegenteil! Wir haben in den letzten Jahren eine gewaltige Kreditsumme durch Zinsstützungen auf die Beine stellen können, der Fremdenverkehr bekommt steigende Mittel aus dem ERP-Fonds und das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz wird zusätzliche Möglichkeiten der Kreditfinanzierung schaffen.

Was nun die Frage der Entstehung beziehungsweise der Formulierung des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes anlangt, so hat der Herr Abgeordnete Kostroun heute, glaube ich, nicht mehr seinen Vorwurf aufrechterhalten, es seien ich weiß nicht wieviel Dutzend Änderungen gemacht worden; es sind nämlich nur zwei Änderungen gemacht worden.

Aber ich darf eines sagen: Wenn konkrete gute Vorschläge von der Opposition kommen und wir diese dann aufnehmen, dann kann man doch nicht sagen, das Gesetz war mangelhaft oder schlecht vorbereitet, sondern wir haben hier einen echten demokratischen Weg

Bundesminister Mitterer

beschritten, indem wir in Gesprächen und Diskussionen eine bessere Lösung angepeilt haben.

Herr Abgeordneter Kostroun! Die Kontrolle der Ausgabe der Kredite wird sehr leichtfallen, weil wir solche Kriterien in den Richtlinien bereits in Zusammenwirkung mit dem neuen Beirat schaffen werden, sodaß auf Grund der klaren Richtlinien ein Ausleseprozeß gar nicht mehr von seiten der Bürokratie erfolgen muß, sondern durch die Richtlinien jedem schon vorher klar ist, ob er einen Kreditzuschuß bekommen wird oder nicht. Damit ist jeglicher Protektionismus von vornherein ausgeschieden. Ich glaube, daß ist ein sehr richtiger und ein sehr guter Weg.

Man sagte, wir hätten einen Anti-Koren-Plan und anderes entwickelt. Herr Abgeordneter Peter hat in seiner Rede deutlich gesagt: Nur im Zusammenwirken mit einer fortschreitenden Industrialisierung kann auch dem Kleingewerbe und dem Handel geholfen werden. — Ich teile diese Auffassung. Warum soll also dann der Koren-Plan einen Antipoden zu unserem Mittelstandskonzept darstellen? Im Gegenteil: Der Koren-Plan wird die weiteren Fortschritte der Industrialisierung sichern, und unser Mittelstandskonzept wird eine ergänzende, koordinierende Wirkung haben, indem auch den kleineren und mittleren Betrieben durch Zinsenstützung und andere Maßnahmen zusätzlich zu der Industrialisierungswelle eine neue Möglichkeit erschlossen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch auf ein zwar nicht ausgesprochenes, aber doch angeschnittenes beziehungsweise erwähntes Problem, das die Frage des Ubrigbleibens der Kleinbetriebe betrifft, hinweisen. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Meißl hat darüber gesprochen.

Sicherlich war vor Jahren noch die Entwicklung des Diskonters nicht so gravierend. Ich habe damals schon Vorschläge gemacht, was man hier tun könnte. Die Auswirkungen haben sich aber erst jetzt im vollen Ausmaße gezeigt. Wahrscheinlich wird es notwendig sein, daß in der neuen Legislaturperiode eine Maßnahme gesetzt wird, wie sie in einem Land, das nicht eines Protektionismus oder einer Ausschaltung der Konkurrenzwirtschaft verdächtigt werden kann — nämlich Amerika —, schon gang und gäbe ist, nämlich der Robinson-Patman Act, also eine Maßnahme, die diesem Überrabattsystem ein Ende setzt. Denn nur in dieser Frage liegt ja die Problematik dieser Diskonter und des sehr harten und fast unerträglichen Nicht-mehr-Wettbewerbes, sondern der Zu-Tode-Konkurrenzierung der kleinen Betriebe.

Ich darf feststellen, daß die kleinen Betriebe, wenn man das auch heute vielleicht nicht erwähnen wollte, seit jeher mein großes Anliegen waren und ich daher hier neuerlich sagen darf: Ich werde mich mit voller Macht und ganzer Kraft jetzt und auch später, wohin immer ich gestellt werde, für die Interessen der kleinen Betriebe einsetzen, deren Existenz in meinen Augen eine Wichtigkeit darstellt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das bedeutet nicht eine Zementierung veralteter Strukturen, aber eine Bewahrung des Guten und eine Förderung des Fortschrittes im Interesse einer Umstrukturierung und einer Anpassungsentwicklung.

Wenn man nun meint — der Herr Abgeordnete Meißl hat von Stiefkindern der Wirtschaft gesprochen —, das seien Stiefkinder der Wirtschaft auch bei der Kreditgewährung: Ich werde dafür Sorge tragen, daß es keine Stiefkinder in dieser Richtung gibt. Die Kriterien bei der Kreditgewährung werden so abgefaßt sein, daß niemand sagen kann: Warum hat der es bekommen und warum ich nicht? Die Richtlinien werden so formuliert sein, daß es jeder, der die Voraussetzungen erfüllt, bekommt und dadurch jegliche Diskussion ausgeschaltet sein wird.

Ich habe auch immer wieder dargelegt — und ich hoffe, daß ich den vollen Respekt vor der parlamentarischen Tätigkeit als Abgeordneter, der fast fünfzehn Jahre hier im Parlament ist, bewiesen habe —, daß ich für alle anderen Ressortfragen, die es hier geben sollte, für jedermann jederzeit sprechbereit war, bin und sein werde.

Hinsichtlich der Frage der EWG möchte ich nun doch ein paar Worte zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Peter sagen. Ich glaube, es ist notwendig, das zu sagen. Herr Abgeordneter Peter hat es ja schon zum Ausdruck gebracht: Die großen Schwierigkeiten innerhalb der EWG, die aus Gründen entstanden sind, die Sie alle zur Genüge kennen und die ich der Zeit halber hier nicht erst breit erörtern muß, waren es, die uns keinen Schritt weitergebracht haben. Nicht nur Österreich konnte in dieser Richtung nicht weiterarbeiten, es haben keine Verhandlungen stattgefunden, es hat niemand verhandeln können. Sogar innerhalb der EWG hat es große und mächtige Stimmen gegeben, die gesagt haben: Hier ist keine Integration mehr im Gange, kein Fortschritt innerhalb der EWG, wir treten leise, wir treten auf der Stelle; es gibt keinen Fortschritt.

Das waren die Äußerungen, die innerhalb der EWG gemacht wurden. Wir konnten leider nichts anderes tun, als ständig an die Türe klopfen, ständig pochen und ersuchen, die Verhandlungen neu zu beginnen.

Bundesminister Mitterer

Wir sind, obwohl damals erst sehr zarte Schwalbengröße eines Frühlings in der EWG festzustellen waren, als erster Staat wieder an die EWG-Länder, und zwar an alle Staaten der EWG, an Brüssel herantreten und haben gebeten, die Verhandlungen mit Österreich so bald wie möglich nun endlich weiterzuführen. Sie haben ja alle selbst die Initiativen kennengelernt, und ich brauche Ihnen dazu keine Details sagen. Als Präsident Rey — wieder ein unverdächtig Zeuge, der sicherlich nicht irgendwie parteipolitisch in Verdacht gebracht werden kann — in Wien war und einen Vortrag gehalten hat, hat er deutlich gesagt: Es lag nicht an der österreichischen Bundesregierung, nicht am österreichischen Parlament, nicht an der österreichischen Verwaltung, daß wir keinen Schritt weitergekommen sind, sondern es lag innerhalb der EWG. Er hat dazugesagt: Jedes EWG-Land, das mit dem Wort Österreich konfrontiert wird, sagt: Da haben wir ein schlechtes Gewissen. — Wir konnten nicht mehr tun, wir haben alles getan, was menschenmöglich war, um ununterbrochen im Gespräch zu bleiben und um ununterbrochen unseren Wunsch neu zu postulieren.

Nunmehr geht die Türe offenbar wieder ein bißchen auf. Ich sage deshalb „ein bißchen“, weil ja noch viele interne Schwierigkeiten, wie die Agrarfinanzierung der EWG und anderes mehr, zu überwinden sein werden. Aber wir haben auch diese Gelegenheit wahrgenommen, um uns sofort wieder in Erinnerung zu bringen und zu ersuchen, daß man das Gespräch mit uns wiederaufnimmt. Selbst die Schweiz, die bestimmt in handelspolitischen Fragen sehr gut geführt ist, ist unserem Schritt nachgefolgt. Wir sind auch hier zuerst am Damm gewesen und haben es getan.

Schon hat gestern und vorgestern das Ministerratskomitee getagt. Ich habe am Abend noch den Anruf unseres Botschafters bekommen, der mir die Mitteilung gemacht hat, daß die Gespräche nun wieder im Gange sind. Zweifellos wird es jetzt nicht zu der gewünschten endgültigen Lösung kommen, die wir seinerzeit deponiert haben, zu der wir nach wie vor stehen, nämlich zu einem Vertrag sui generis, der die besondere Lage Österreichs berücksichtigt, sondern man wird wahrscheinlich — so wurde es uns auch von seiten der EWG-Behörde mitgeteilt — bereit sein, uns bis dahin wenigstens die härtesten Diskriminierungen wegzunehmen, das sind ein gewisser Zollabbau und ein Abbau der Abschöpfungen bei den landwirtschaftlichen Exporten, worüber ja heute gesprochen wurde.

Wir werden heute abend schon im wirtschaftlichen Ministerkomitee, aber auch in den nächsten Tagen genau formulieren, was wir wollen, daß wir an unserem ursprünglichen Ziel festhalten, das einen umfassenden Vertrag mit der Gemeinschaft vorsieht, unter Bedachtnahme auf unsere Neutralität, daß wir aber auch selbstverständlich jeden Schritt machen werden, der uns zielkonform und als Zwischenarrangement näher zu diesem notwendigen Ziel führt, damit wir in die Lage versetzt werden, den großen Wirtschaftsraum, der noch dazu unser natürlicher Abnehmer ist, besser mit unseren Exporten bespielen zu können, als es bisher möglich war.

Ich glaube, daß wir ein solches zielkonformes Zwischenarrangement akzeptieren können und sollen und daß die Verhandlungen über die Höhe und das Ausmaß erst zeigen werden, was in den Wünschen enthalten ist, denn es ist nicht so, daß die EWG zu Österreich will, sondern daß Österreich zur EWG in ein Naheverhältnis kommen will. Wir werden daher die Wünsche unserer Partner zumindest zu respektieren haben. Wir werden sehr deutlich auch unsere Wünsche und Vorstellungen zum Vortrag bringen, damit wir sagen können, wir haben das möglichste und alles getan, um außenwirtschaftlich und binnenwirtschaftlich alles — ich kann es hier nur im Rahmen meines Ressorts sagen —, soweit es möglich und erzielbar ist, zu tun, damit die österreichische Wirtschaft weiterhin — ich betone: weiterhin — einen so exzellenten Aufschwung nehmen kann, wie sie ihn in diesem und in den vergangenen Jahren schon genommen hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Thalhammer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Thalhammer** (SPO): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Verlaufe seiner Ausführungen hat der Herr Abgeordnete Dr. Zittmayr vor zwei oder drei Stunden hier eine Feststellung getroffen, auf die einzugehen ich für notwendig halte. Er hat nämlich — sehr komprimiert zusammengefaßt — gesagt, daß der SPO der Fleischexport ein Dorn im Auge ist. Na net, müßte man fast sagen nach dem bekannten Witz. Aber, Herr Kollege Dr. Zittmayr: Nicht nur der SPO ist dieser Export ein Dorn im Auge, sondern der gesamten Konsumentenschaft, wenn man die Auswirkungen berücksichtigt. Sie haben nämlich vergessen, das dazuzusagen, ganz im Gegenteil; Sie haben im Laufe Ihrer Ausführungen den Konsumenten sozusagen gerügt, weil er das verständliche Bestreben oder den verständlichen Wunsch hat, möglichst stabile Preise zu haben. Aber

Thalhammer

Sie haben offenbar spekuliert ... (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Das habe ich nicht gesagt!*) Das haben Sie gesagt. Herr Dr. Zittmayr, das haben Sie gesagt.

Aber, Herr Dr. Zittmayr, Sie haben offenbar vielleicht damit spekuliert, daß eine große Anzahl der Damen und Herren infolge der Witterungsverhältnisse die Fernsehsendung — ich glaube, sie war vorgestern, am Sonntag — nicht gesehen haben. Es hat ein Betriebsinhaber, den ich nicht kenne, den auch die meisten Herren, wie ich mich erkundigt habe, nicht kannten, sehr dezidiert gesagt ... (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.*) Ja, Sie haben gesagt, das sei Demagogie. Aber Sie haben versucht, ein Berechnungsbeispiel aufzustellen, daß diese Mehrbelastungen nicht verkraftet werden können.

Wenn man davon ausgeht — das wird sicherlich richtig sein —, daß der Lohnanteil im Fleischergewerbe 15 Prozent ausmacht, und Ihre 15 Prozent an Kostensteigerungen wieder richtig sind, und dann genau rechnet, käme hier eine tatsächliche Kostensteigerung von $2\frac{1}{4}$ Prozent heraus. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.*) Es geht um die Fleischpreise, von denen Sie gesagt haben ... (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Es geht um die Milch- und Grundnahrungsmittelpreise!*) Herr Dr. Zittmayr, Sie haben gesagt, der Fleischexport ist uns ein Dorn im Auge. Und darüber muß man hier sprechen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Sie bringen alles durcheinander, Herr Abgeordneter!*) Nein, ich bringe nicht alles durcheinander, aber Sie haben vergessen, was Sie hier gesagt haben. Sehen Sie sich das stenographische Protokoll an.

Es wäre also im besten Fall auf Grund dieser Belastungen mit einer Erhöhung von $2\frac{1}{4}$ Prozent zu rechnen. Ich bin versucht, die Behauptung aufzustellen, daß zumindest diese $2\frac{1}{4}$ Prozent, so wie die Arbeiterkammer das behauptet hat, durch Rationalisierung hereinzubringen wären. Das möchte ich auch mit aller Deutlichkeit sagen. (*Abg. Dipl.-Ing. Doktor Zittmayr: Ich habe von der Milchwirtschaft und der Butterindustrie gesprochen!*) Sie haben nur — ich wiederhole das; sehen Sie das Protokoll an — von dem Dorn, der uns ins Auge geht, in bezug auf die Fleischexporte gesprochen. Darüber habe ich auch jetzt hier geredet. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Vergleichen Sie die Preise vor zehn Jahren und jetzt!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auch noch zu einer Behauptung, die hier im Raume steht — der Herr Kollege Peter ist nicht anwesend —, kurz Stellung

nehmen. Er hat wieder von den Milliardendefiziten der verstaatlichten Industrie gesprochen, ohne das zu beweisen, ohne Unterlagen zu haben.

Meine Damen und Herren! Das ist eine Behauptung, die dadurch nicht wahrer wird, wenn man sie umso öfter ausspricht. Ich bin weder ein Angehöriger noch ein Angestellter der verstaatlichten Industrie noch sonst in der verstaatlichten Industrie tätig. Aber das ist ein Problem, das die gesamte Volkswirtschaft angeht. Man muß daher dazu doch etwas sagen. Wie man das macht, möchte ich an einem sehr instruktiven Beispiel hier erläutern.

Es war einmal ein sehr prominenter Politiker der rechten Seite — nicht im Hause, der aber der Partei angehörte —, der ununterbrochen die Behauptung aufgestellt hat, daß die verstaatlichte Industrie keine Steuern bezahlen würde. Nun ist dieser Mann dann von seiner Partei ausersehen worden, Vorstandsdirektor eines bedeutenden oder des bedeutendsten Unternehmens der verstaatlichten Industrie in unserem Lande zu werden. Er hat nun gesehen, daß seine Behauptung, nämlich daß die verstaatlichte Industrie keine Steuern bezahlt, nicht aufrechterhalten werden kann. Aber dieser Mann hat Mut genug gehabt, in die Öffentlichkeit zu gehen und seinen Standpunkt zu revidieren. Er hat gesagt: Das, was ich früher gesagt habe, stimmt nicht; ich habe mich überzeugt, ich bin nun in dieser Stellung. Die verstaatlichte Industrie zahlt genauso Steuern wie jeder andere Betrieb auch.

Sehen Sie: Diesen Mut muß man loben und muß man haben. Es nützt gar nichts, wenn hier vom Herrn Kollegen Peter immer wieder behauptet wird, daß die verstaatlichte Industrie Milliardendefizite hätte, wenn dem überhaupt nicht so ist. Auch das muß wieder einmal gesagt werden. Vielleicht nützt es mehr, wenn das einer macht, der nicht aus der verstaatlichten Industrie kommt, als ein direkt Betroffener. Das muß hier wieder einmal festgestellt werden.

Meine Damen und Herren! Deswegen habe ich mich aber nicht zu Wort gemeldet, sondern ich möchte mich mit Problemen des Fremdenverkehrs beschäftigen, da ich — ich habe das hier schon einmal gesagt — aus einem Gebiete komme, in dem es einen sehr intensiven Fremdenverkehr gibt. Es war erst vor wenigen Tagen, daß die Zahlen über das abgelauene Fremdenverkehrsjahr veröffentlicht worden sind. Es gibt in diesem Gebiet immerhin über 4 Millionen Nächtigungen. Das bedeutet einen Gesamtanteil an den Gesamtnächtigungen in Österreich von ungefähr 6 Prozent. Ich bin daher, glaube ich, berechtigt — obwohl

Thalhammer

auch wieder nicht als ein direkt im Fremdenverkehrsgewerbe oder in Fremdenverkehrsbetrieben Beschäftigter —, einiges zu diesem Fremdenverkehr zu sagen.

Die Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges kommt ja dadurch zum Ausdruck, daß jedes Jahr bei der Debatte über das Kapitel Handel fast jeder Redner über Fremdenverkehr spricht. Es war ja auch heute so, daß zumindest mit einem Satz, zum Teil mit mehr, über Fremdenverkehr von jedem Redner gesprochen wurde. Dieser Fremdenverkehr, dieser Wirtschaftszweig, wird teilweise — und nicht unberechtigt, möchte ich sagen — als Phänomen bezeichnet, wenn in einer verhältnismäßig kurzen Zeit des Jahres, in den Sommermonaten und jetzt auch mehr in den Wintermonaten, so viele Menschen die Reiselust packt und sie, wenn auch einen vorübergehenden, mehr oder weniger langen Aufenthalt in einem anderen Orte nehmen. Es ist ein Phänomen, wenn uns fast 7½ Millionen Ausländer besuchen und auch 3½ Millionen Österreicher innerhalb dieser kurzen Zeitspanne, wie ich erwähnt habe, sich irgendwie das nähere oder auch das weitere Heimatgebiet ansehen.

Es ist auch — und das wurde vielleicht noch nicht konkret erwähnt — ein Phänomen — es wurde erwähnt, aber zumindest nicht in der Entwicklung; zuletzt auch vom Herrn Minister —, daß der Saldo der Fremdenverkehrsbilanz, also der Unterschied zwischen den Einnahmen und den Ausgaben, unser Handelsbilanzdefizit im heurigen Jahr weitgehend decken wird. Wir haben schon solche Zustände oder solche Ergebnisse gehabt, und zwar darf ich 1962 erwähnen, wo 100 Prozent des Handelsbilanzdefizits von der Fremdenverkehrsbilanz aufgewogen ist.

Ich möchte aber auch hier mit aller Deutlichkeit feststellen, daß im Gegensatz zu Aussendungen, die gemacht werden und die den Fremdenverkehr als Wirtschaftszweig, als größten Devisenbringer bezeichnen — man sollte die Akzente so setzen, wie sie sind —, der Fremdenverkehr der zweitgrößte Devisenbringer nach unserer Exportwirtschaft, die mit fast 52 Milliarden Schilling im Jahre 1968 abgeschlossen hat, ist.

Es ist ein Phänomen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß trotz dieser erfreulichen Entwicklung, ohne jetzt auf konkrete Zahlen eingehen zu wollen, vom Bund her — der Grund soll nun vorläufig außer acht gelassen werden — so wenig oder zuwenig getan wird. Die Lobpreisung der Maßnahme, daß heuer statt 38 Millionen Schilling oder fast 39 Millionen Schilling wie im Vorjahr nun

51 Millionen Schilling oder knapp 52 Millionen Schilling für die österreichische Fremdenverkehrswerbung in Anschlag gebracht worden sind, und daher um 30 Prozent mehr, ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist zuwenig, um zufrieden zu sein! Wenn wir nämlich die Ansätze im Kapitel Handel unter diesem Titel betrachten und seit 1966 verfolgen, so sehen wir, daß der Bund nicht einmal noch, möchte ich sagen, die Steigerung vorgenommen hat, die die Deviseneingänge in diesem gleichen Zeitraum ausgemacht haben.

Die Ansätze 1966 bis 1969 sind nämlich um 24 Prozent erhöht worden, die Deviseneingänge sind im gleichen Zeitraum um 20 Prozent gestiegen. Erst unter einem sehr massiven Druck des Vereines Österreichische Fremdenverkehrswerbung, und zwar des Leiters, des Geschäftsführers sind wahrscheinlich heuer diese Beträge etwas erhöht worden, weil ja der Leiter gesagt hat, daß es überhaupt nicht mehr möglich ist, mit dem Vorhandenen den Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten.

Sehr geehrter Herr Minister! Dabei müßte ich noch bei dieser Gelegenheit zum wiederholten Male die Frage stellen, die sich darauf bezieht, daß diese Ansätze nämlich im Budget überhaupt nicht ganz klar ersichtlich sind auf der Einnahmenseite; sicherlich auf der Ausgabenseite. Der Herr Präsident Sallinger und auch andere Redner haben schon erwähnt, daß auch von den Ländern und der Bundeswirtschaftskammer Beträge eingehen. Sind diese nun mit inbegriffen oder nicht? Aus dem Budget und auch aus den Erläuterungen — ich sage das sehr offen — ist der tatsächliche Zustand nicht genau ersichtlich.

Wenn wir die Erfolge oder die Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges analysieren und untersuchen, ist es daher durchaus gerechtfertigt zu sagen, daß es auch mit den 51,9 Millionen Schilling, die für die Österreichische Fremdenverkehrswerbung, aber darüber hinaus auch für Zinsenzuschüsse und Unterstützungen aus dem Titel des Fremdenverkehrs zur Verfügung stehen, nicht getan ist, daß damit in der Vergangenheit noch zuwenig getan worden ist und daß auch für das heurige Jahr das Auslangen damit nicht gefunden werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man hat nämlich das Gefühl, daß die Meinung herrscht, daß sich auf Grund verschiedener Untersuchungen, die auf OECD-Ebene auch durchgeführt worden sind, dieser Fremdenverkehr auch mehr oder weniger gut in der Zukunft entwickeln wird und daß man nicht

Thalhammer

allzu unterstützend eingreifen sollte oder eingreifen müßte. Ich komme zum Schluß meiner Ausführungen dann noch einmal auf dieses Problem zurück. Wenn das nämlich so wäre, wie das dort und da dargestellt wurde und wie man es auf Grund der sehr positiven Entwicklung in bezug auf Deviseneingänge und Ausländerübernachtungen und Übernachtungen der Fremden überhaupt erwarten könnte, dann müßte man eigentlich auch feststellen können, daß eine gewisse Zufriedenheit herrscht; ich möchte nicht sagen: eine gewisse Zufriedenheit, aber es ist genau das Gegenteil der Fall! Man hat geradezu das Gefühl, daß die Unzufriedenheit umso größer wird, je mehr sich die Zahlen positiv entwickeln.

Gerade vor acht Tagen ist bei der Verkehrstagung in der Hofburg drüben eine Feststellung getroffen worden, die hat ungefähr so gelaute: Wenn es Perfektion im Fremdenverkehr ist, daß man dem Gast im Winter das Bad und im Sommer den Skilauf näherbringt, so sind wir auf dem Wege zu dieser Perfektion schon sehr weit. Das ist dort festgestellt worden. Nun müssen wir aber sehen, daß wir auf diesem Wege der Perfektion sehr weit sind, daß aber die Unruhe in diesem Wirtschaftszweig oder das Unbehagen und die Kritik immer stärker wird.

Aber noch etwas, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das ist auch ein Grund: weil diese Kompetenzen und diese Begriffe in diesem Wirtschaftszweig so verschwommen sind. Ich habe das gemacht, Sie können mir das glauben: Wenn man mit Fremdenverkehrsfachleuten spricht und fragt, was denn eigentlich das Wichtigste ist und was gesamtösterreichisch gesehen auf diesem Gebiet geschehen sollte, so ist jeder überfordert, eine Antwort auf diese Frage zu geben. Der Betreffende sagt dann, er werde einem das schreiben oder er werde einem das mitteilen, wenn ihm etwas einfällt. Und wenn das geschieht, dann schreibt er: Meine Straße ist schlecht, die müßte verbreitert werden, und dort fehlt noch was, und eine Seilbahn würde ich brauchen! — Das sind lauter Dinge, die regional und örtlich von Bedeutung sind, die aber keine genaue Umschreibung der Notwendigkeiten des gesamtösterreichischen Fremdenverkehrs sind. Das haben alle mit Ausnahme eines Mannes getan, den ich hier nicht namentlich nennen will und der schon seit Jahren immer darauf hinweist, daß eben über diese örtlichen und regionalen Belange hinaus auch mehr von der Bundesebene her, vom Bund, also von der Regierung getan werden müßte. So kompliziert sind also nun die Verhältnisse!

Ein Grund des Unbehagens ist die mangelnde finanzielle Unterstützung der Fremdenverkehrsbetriebe, meine sehr geehrten Damen und Herren! Aber ich muß sehr deutlich sagen: Wenn man sich einen Vergleich — er wurde schon ab und zu gezogen — zwischen einer ganzen Reihe europäischer Länder und auch außereuropäischen Länder — aber die spielen hier keine solche Rolle — ansieht und dann einander gegenüberstellt, was die einzelnen Fremdenverkehrsbetriebe an Unterstützungen bekommen, so findet man, daß es nur vier Länder gibt, unter anderen auch Österreich, die sehr viel Unterstützungen erhalten. Es gibt Darlehen, Garantien für Kredite, Subventionen, Zinsereleichterungen und so weiter. Das haben nicht alle. Eine Frage ist nur, ob diese Förderung, ob diese Mittel in bezug auf Gesamtfremdenverkehrsbelange gesehen zweckmäßig eingesetzt werden. Diesbezüglich ist doch dort und da, glaube ich, ein Zweifel am Platz. Die Förderung selbst ist einigermaßen respektabel, aber sie wird doch irgendwie mehr oder weniger nach dem Gießkannenprinzip vergeben.

Damit komme ich zu einem Ansatz im heurigen Budget, der erstmalig drinnen ist und der die Gemeinden betrifft. Im Finanzausgleichsgesetz 1967 wurde im § 18 festgelegt, daß für gesamtösterreichische Fremdenverkehrsbelange Förderungen oder Zinsenzuschüsse gegeben werden können. Die Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei hat bis zum heurigen Jahr trotz Urgezen, trotz Vorstellungen von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch gemacht. Erst heuer, also für das kommende Jahr, für das Budget 1970, sind auch sehr geringe Beträge — es ist aber zumindest ein Anfang —, nämlich für die Gemeinden 2 Millionen Schilling und für die Länder 500.000 S, in Ansatz gebracht. Seit 1967 oder 1968 zumindest sind eben den Gemeinden, die ja in Wirklichkeit draußen ein Träger des Fremdenverkehrs sind, weil sie für die Errichtung von Straßen verantwortlich sind, also überhaupt für die Verbesserung der Infrastruktur in ihren Bereichen draußen, diese Beträge vorenthalten worden. Das muß mit aller Deutlichkeit hier gesagt werden, wie ich das auch im Finanz- und Budgetausschuß schon getan habe.

Es ist sicherlich nun eine kleine Linderung mit den 2 Millionen Schilling gegeben. Natürlich kann es damit nicht sein Bewenden haben, denn wenn Sie sich ausrechnen, welche Zinsenzuschüsse gegeben werden können, dann kommen Sie auf einen sehr, sehr geringen Betrag.

Es hat der Städtebund in Zusammenarbeit mit Fremdenverkehrsstellen einen Vorschlag

14086

Nationalrat XI. GP. — 164. Sitzung — 9. Dezember 1969

Thalhammer

gemacht, jährlich 350 Millionen Schilling an Krediten — nicht an Geschenken! — zur Verfügung zu stellen. (*Abg. Grundemann-Falkenberg: Nicht der Städtebund, das ist ein Irrtum!*) Das, Herr Kollege Grundemann, können Sie korrigieren! Es haben sich jedenfalls Anstalten auf dem Sparkassensektor und die Hypothekenanstalten bereit erklärt, 350 Millionen Schilling auch für die Situation einer Kreditknappheit zur Verfügung zu stellen. (*Abg. Grundemann-Falkenberg: Das ist eine einseitige Reklame, Herr Kollege!*) Ich mache überhaupt keine Reklame! Ich glaube aber, für den Fremdenverkehr kann man gar nicht genug Reklame machen! (*Abg. Grundemann-Falkenberg: Aber Sie dürfen nicht sagen: „Es hat der Städtebund ...“!*) In Zusammenarbeit mit Fremdenverkehrsstellen (*Abg. Grundemann-Falkenberg: Aha!*), das habe ich ja gesagt! Das haben Sie vielleicht nicht gehört, Herr Kollege. (*Abg. Grundemann-Falkenberg: Nein, nein! Ich habe schon gehört!*)

Ich habe gesagt: in Zusammenarbeit! Der Städtebund allein wird das nicht machen, weil er berufen ist, die Belange draußen wahrzunehmen. Das habe ich aber gesagt. Also 350 Millionen Schilling sollen für verbilligte Kredite aufgebracht werden. Dafür sollten aber vom Bund, aber auch von den Ländern Beträge für die Stützung, also für verbilligte Kredite bereitgestellt werden.

Ich habe mich erst heute erkundigt. Diese Aktion ist noch immer nicht perfekt. Es wäre sehr erfreulich, wenn sie demnächst einmal abgeschlossen werden könnte. (*Widerspruch.*) Ich weiß nicht, ich habe heute gehört, sie ist noch nicht perfekt. Das müssen die Sparkassen und Hypothekenanstalten am besten wissen. Das wäre sehr notwendig, damit man nicht nur die Anzahl der Förderungen und Unterstützungen vermehrt, sondern sie auch zweckmäßig vergibt, damit demjenigen etwas gegeben wird, der es notwendig braucht, und nicht demjenigen, der — darauf komme ich gleich zurück — am meisten schreit und die größte Beharrlichkeit beim Vorsprechen hat, denn auch daran krankt der gesamte Wirtschaftszweig des Fremdenverkehrs.

Ein weiteres Unbehagen — ich muß das wieder, wie schon früher auch, hier anbringen — ist das Unbehagen, das sozusagen aus dem Konkurrenzkomplex entsteht, es ist das Unbehagen zwischen den gewerblichen Vermietern, also dem Gast- und Beherbergungsgewerbe, und den Privatzimmervermietern. Hier gibt es immer Auseinandersetzungen. Ich habe schon einmal erklärt, die Privat-

zimmervermietung ist historisch gewachsen, und es wäre absolut verfehlt, abgesehen davon, daß es sicherlich nicht geht, nun gesetzlich eine allzu große Einschränkung auf diesem Sektor in die Wege zu leiten. Die Privatzimmervermietung hat seit Jahrzehnten ihre Existenzberechtigung, man könnte fast sagen über ein halbes Jahrhundert hinaus. Man muß sich damit eben abfinden, noch dazu, wo, wie festgestellt wurde, 70 Prozent der Übernachtungen durch das Gewerbe getätigt werden und eine größere Vermehrung der Anzahl der Privatzimmer dem Gewerbe nicht so viel an Kapazität oder besser gesagt an der Frequenz wegnimmt, wie allgemein versucht wird darzustellen.

Im Zusammenhang damit wird sicherlich berechtigterweise, das darf ich feststellen, immer wieder die Forderung erhoben, daß vor allem in der Fremdenverkehrswirtschaft eine Qualitätsverbesserung auf dem Betten-sektor und auf dem Beherbergungssektor Platz zu greifen hätte. Jawohl, das unterstreiche ich hundertprozentig. Wir haben, soweit ich die Zahlen im Kopf habe, ich habe sie nicht aufgeschrieben, ungefähr 16 Prozent A-Hotels und A-Betten von der im gesamten verfügbaren Bettenanzahl zur Verfügung, und wir haben ungefähr 24 Prozent B-Betten zur Verfügung. 60 Prozent sind C-Betten, die, an internationalen Maßstäben gemessen, mehr oder weniger nicht mehr repräsentativ sind. Aber nur eine Qualitätsverbesserung, glaube ich, wäre auch ein schlechter Weg, denn man sollte daran denken, daß gerade der Landwirtschaft, dem Bergbauern die Möglichkeit geboten werden muß, wenn der Ertrag seiner Landwirtschaft nicht ausreichend ist, auf andere Wirtschaftszweige auszuweichen. Und das ist eben das Beherbergungsgewerbe, der Fremdenverkehrsbetrieb auf dem Bauernhof. Kollege Zittmayr hat ja schon davon gesprochen. Man kann aber vom Bergbauern nicht verlangen, daß er momentan ein A-Zimmer mit allen Schikanen einrichtet, die eben von einem A-Zimmer verlangt werden. Aus diesem Grunde allein schon ist eine Qualitätsverbesserung — ich sage das noch einmal, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen — notwendig; aber eine Qualitätsverbesserung allein ist nicht ganz zielführend.

Wir sollten auch an die Struktur der Gäste denken. Es kommen nicht lauter Leute mit einer dicken Brieftasche. Es kommen ja auch Familien mit mehr Kindern, die nicht gerne in A- oder unter Umständen auch B-Betrieben untergebracht werden wollen, weil ja dadurch die Aufenthaltsdauer ganz gewaltig gekürzt werden müßte. Ich darf noch einmal sagen — im Verhältnis der Privatzimmer zu den Beherbergungsbetrieben oder umgekehrt —,

Thalhammer

daß, wie festgestellt wurde, und damit wird meine Behauptung unterstrichen, in der rückläufigen oder in der stagnierenden Fremdenverkehrssaison 1967 diese Stagnation auf Kosten der Privatzimmer gegangen ist und weniger das Beherbergungsgewerbe betroffen hat.

Darf ich in diesem Zusammenhang, sehr geehrter Herr Minister, eine Frage stellen? In einer Aussendung des Gastgewerbeverbandes ist unter anderem auch zu diesem Problem die Feststellung getroffen worden, daß der Verfassungsgerichtshof schon im Jahre 1957 der Öffentlichkeit ein Erkenntnis übermittelt hätte, daß die Privatzimmervermietung in der Kompetenz Bundessache wäre. Herr Minister! Ist auch Ihr Ministerium dieser Ansicht? Ist das richtig, was der Gastgewerbeverband hier schreibt, oder ist es nicht richtig? Wenn ja, warum ist dieses Erkenntnis dann seit 12 Jahren unberücksichtigt geblieben? Ich für meinen Teil glaube eher, daß die Schlußfolgerung, die hier gezogen worden ist, nicht den Tatsachen entspricht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Aufstellung des Zuwachses an gewerblichen Betten und Privatzimmern seit 1950, aber auch ein Vergleich seit 1925 zum Verhältnis der Übernachtungen zeigt eine sehr erstaunliche Tatsache. Ich werde hier keine sehr großen Untersuchungen anstellen, ich möchte Ihnen nur das Endprodukt dieser Untersuchungen bekanntgeben. Es zeigt die erstaunliche Tatsache, daß von 1925 bis 1968 pro Bett — das ist sicherlich eine sehr theoretische Annahme, schließlich reicht sie über einen Zeitraum von mehr als 40 Jahren — immer zwischen 75 und 80 Übernachtungen pro Jahr anfallen. Es hat sich also am Zuwachs der gewerblichen Bettenanzahl und am Zuwachs auch der privaten Zimmer und Betten, der sicher viel größer gewesen ist, in bezug auf die Belagzahl nicht sehr viel zum Schlechten für das Gewerbe geändert, sondern das Ergebnis ist mehr zum Besseren ausgefallen. Auch das wollte ich Ihnen noch sagen, um diese ununterbrochene Auseinandersetzung zwischen Beherbergungsbetrieben und Privatzimmervermietern doch nicht in die Bahnen laufen zu lassen, die sie oft annimmt.

Darf ich nun noch ein paar Worte zum Personalproblem sagen, das heute hier auch schon von der Mitte des Hauses angezogen worden ist. Die Beschäftigtenzahl im Fremdenverkehr hat sich seit 1955 verdoppelt. Die genaue Zahl brauchen wir nicht, um nicht so viele Zahlen zu erwähnen. Aber wichtig ist zu wissen, daß nur ein Drittelprozent der Betriebe über 50 Beschäftigte hat und

daß nur 3 Prozent der Betriebe mehr als 10 Beschäftigte haben. So gesehen, sind die Schwarzmalereien auch bezüglich der 40-Stunden-Woche, die im übrigen für das Gastgewerbe und für die gesamte Fremdenverkehrswirtschaft erst etwas später in Kraft tritt, doch etwas übertrieben. Wir sollen und wollen die Probleme nicht verkennen. Deswegen auch die Verschiebung des Wirksamwerdens der 40-Stunden-Woche. Aber man sollte doch nicht übersehen, daß die meisten dieser Betriebe überhaupt keine Beschäftigten oder sehr wenig Beschäftigte haben.

Ein viel größeres Problem in der Gesamtwirtschaft der Fremdenverkehrsbetriebe ist das Verhältnis zwischen den Fachkräften und den Aushilfskräften. Auf diesem Gebiete müßten Maßnahmen getroffen werden, damit dieses Verhältnis verbessert wird. Bei einer Diskussion, die erst vor kurzem in Salzburg mit maßgeblichen Fremdenverkehrsfachleuten und auch dem in der Landesregierung zuständigen Mann für den Fremdenverkehr stattgefunden hat, wurde festgestellt, daß im Fremdenverkehr — sicherlich ausgehend vom Salzburger Fremdenverkehr, aber dieser ist ja sehr wesentlich — nur 6 Prozent an Fachkräften, an Fachpersonal beschäftigt ist. Alle anderen Kräfte sind Aushilfskräfte, die mehr oder weniger fluktuieren und mehr oder weniger Schwierigkeiten nach sich ziehen. Aber in dieser Diskussion beziehungsweise bei dieser Veranstaltung wurde auch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß man nur durch eine Verbesserung der sozial- und arbeitsrechtlichen Bedingungen vor allen Dingen in den kleineren Betrieben dieses Problems Herr werden wird, weil heute der Großbetrieb natürlich attraktiver ist als der Kleinbetrieb und weil die Bedingungen im Großbetrieb wirklich besser sind. Das sind die wirklichen Probleme, nicht nur — ich verkenne die Größe des Problems nicht — die Einführung der 40-Stunden-Woche. Das wollte ich zu diesem Problem sagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun ein paar Bemerkungen zum gesamtösterreichischen Fremdenverkehrskonzept, das der Herr Minister schon erwähnt hat und das auch andere Redner bereits gestreift haben. Wie schwierig dieses Problem ist, zeigen allein zwei Stellungnahmen dazu: das schon erwähnte Memorandum beziehungsweise die bekannte Entschließung des Gastgewerbeverbandes, die einer zentralistischen Abfassung eines Konzeptes unbedingt das Wort spricht, die Kompetenzen also verbundlichen will, sowie eine Aussendung einer örtlichen Institution, die nicht unter Hinweis auf diese Entschließung,

14088

Nationalrat XI. GP. — 164. Sitzung — 9. Dezember 1969

Thalhammer

sondern von sich selbst aus eine stärkere zentralistische Führung auf diesem Gebiete ablehnt. Es gibt da sehr große Schwierigkeiten.

Ich möchte hier nur mit einem Satz auf meine Ausführungen im vergangenen Jahr hinweisen, wo ich auf den Fremdenverkehrstag 1967 Bezug genommen habe. Dort sind ja ähnliche Forderungen gestellt worden, die momentan sicherlich noch nicht verfassungskonform sind, deren Erfüllung aber nach meinem Dafürhalten in die Wege geleitet werden muß, wenn zielführende und zweckmäßige Maßnahmen getroffen werden sollen; und diese sollen ja getroffen werden.

Nach meinem Dafürhalten ist das Problem, wie wir es von der Bundesebene aus sehen sollten, organisatorischer Natur. Es geht dabei um die Vermeidung von unzweckmäßigen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Sparten der Fremdenverkehrswirtschaft, um die Vermeidung des Zustandes, daß diejenigen — ich habe es schon gesagt —, die bei ihren Vorstellungen und Interventionen in ihren Forderungen beharrlicher sind, unberechtigterweise mehr bekommen als diejenigen, denen ein echter Anspruch zustehen würde. Hier sind, glaube ich, Maßnahmen notwendig, die einen geordneten Ablauf garantieren.

Nach meinem Dafürhalten gibt es zwei Möglichkeiten für die Zukunft: Erstens man läßt den Fremdenverkehr — die Zahlen liefern zumindest eine optische Bestätigung dafür — so wie bisher. Die Zahlen werden wahrscheinlich wachsen, die Nächtigungen werden zunehmen, mehr Fremde werden kommen, die Verkehrsmittel werden verbessert, die Einkommen werden höher sein, es werden sich daher mehr Leute einen Urlaub leisten können und so einen Beitrag zur Fremdenverkehrswirtschaft leisten. Es gibt auch mehr Freizeit: siehe 40-Stunden-Woche. Die Tendenz wird, wenn auch da und dort in abgeschwächter Form, eine Aufwärtsentwicklung zeigen und positiv sein.

Man könnte also all das so wie bisher belassen, aber ich glaube, das wäre ein schlechter Weg, weil ja damit das Unbehagen, das momentan herrscht, nicht aus der Welt geschafft würde. Wir müssen daher trachten, das Geschehen auf dem Fremdenverkehrssektor, in diesem wirklich wichtigen Wirtschaftszweig, in den Griff zu bekommen. Ich habe kein Patentrezept, aber einige Punkte sind meiner Meinung nach erwähnens- beziehungsweise erwägenswert.

In erster Linie ist das ganze Problem auch eine Angelegenheit der Raumordnung, der Raumordnung auf Bundesebene, der Zusam-

menfassung in einem Raumordnungskonzept, auf das wir leider schon sehr lange warten. Es wurde angekündigt, ist aber bisher nicht erschienen. Es ist aber auch ein Problem eines Regionalkonzeptes beziehungsweise mehrerer Regionalkonzepte, weil sich die Geschehnisse ja draußen abspielen, aber auch ein Problem der örtlichen Pläne, und da bin ich bei den Hauptträgern des Fremdenverkehrs, den Gemeinden, angelangt.

Ich möchte mit aller Deutlichkeit feststellen, daß nicht jeder Ort in Österreich ein Fremdenverkehrsort sein kann und auch nicht sein wird, weil dazu verschiedene Voraussetzungen notwendig sind. Die örtliche Initiative soll aber unbestritten sein, jeder Gemeinderat und jeder Fremdenverkehrsverein sollte das machen, was er für notwendig hält. Aber es müßte doch von oben aus irgendwie beurteilt werden, ob die Maßnahmen, die diese Institutionen beziehungsweise die für den Fremdenverkehr zuständigen Ausschüsse zu setzen gedenken, wirklich zweckmäßig sind und ob da nicht Gelder verzettelt werden. Ich sage das mit aller Deutlichkeit. Wenn man sich zum Beispiel in Orten mit 600 oder 1000 Einwohnern damit beschäftigt, ein Hallenbad zu errichten, so ist das nach meinem Dafürhalten als Fehlinvestition zu betrachten. Schließlich ist nicht einmal die Errichtung einer solchen Anlage das Hauptproblem, sondern es geht um den Betrieb, die Frequenz und die Erhaltung, die dann jedes Jahr in die Hunderttausende Schilling gehen. Auch das muß einmal klar gesagt werden, damit die Weichen richtig gestellt werden.

Zweitens sollten unter Berücksichtigung des Gesagten die Subventionen, die Unterstützungen, die Zinsenzuschüsse und die anderen Zuschüsse überhaupt — ich habe das schon erwähnt — nicht nur nach der Intensität der Beharrlichkeit der vorsprechenden Funktione-näre gewährt werden, um eben diese Fehlleistungen und Fehlinvestitionen zu verhindern.

Dazu gehören eben Richtlinien, die vorschreiben, wie die Förderung zu erfolgen hat. Solche Dinge kann man nicht dem einzelnen überlassen.

Drittens brauchen wir eine wirklich verstärkte Werbung, eine verstärkte Auslandswerbung. Sie ist trotz der Erhöhungen im Budget für das kommende Jahr noch zu gering, um mehr Ausländer zu uns zu bringen. Dabei darf aber — das sage ich mit aller Deutlichkeit — der Inländer nicht unberücksichtigt bleiben, der Inländer, der unter Umständen, wie wir 1967 gesehen haben, unser treuester Gast ist. Die Rezession im Jahre 1967 wurde

Thalhammer

nicht durch die Inländer, sondern durch die Ausländer hervorgerufen.

Die örtlichen Institutionen und Vereine, die sich mit der Werbung beschäftigen, müssen vor allem auf die absolute Wahrheit der Werbung achten und dürfen nicht unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Gäste anlocken, die dann — aber nur einmal — kommen. Dazu gehört die Tatsache, daß gewisse Häuser oder Betriebe ihre Lage in sehr schönen Farben schildern, Betriebe, die „Seenähe“, „in den Bergen“ und so weiter angeben, während in Wirklichkeit von einem See oder von Bergen überhaupt nichts zu sehen ist beziehungsweise diese weit entfernt liegen. Auch diese Dinge gehören dazu, denn solche Maßnahmen der falschen Werbung tragen dazu bei, daß die Gäste nur einmal kommen und uns dann nicht wieder aufsuchen.

Zu den fremdenverkehrsbelebenden Maßnahmen gehört auch die weitere Verbesserung der Fremdenverkehrsgesinnung und der Gastfreundlichkeit. Für mich als Gemeindefunktionär ist es immer bedauerlich, wenn es am Ende des Jahres zum Beispiel darum geht, Interessentenbeiträge festzusetzen, damit der Fremdenverkehrsverein oder die Kurkommission überhaupt ihre Tätigkeit ausüben können. Dann erfolgen die Vorschreibungen an große Betriebe, die durch den Fremdenverkehr sehr viel verdienen. Ich denke da an die Getränkeindustrie und so weiter. Dann beginnt das Feilschen, das Berufen gegen die Vorschreibung, weil sie im Jahre 3000 oder 4000 S zu bezahlen haben. Das ist für mich immer unverständlich. Ich möchte nicht verallgemeinern, vielleicht ist es nicht überall so, aber es gibt eben solche Betriebe. Es wäre notwendig, daß auch auf diesem Gebiete eine bessere Fremdenverkehrsgesinnung Platz greift.

Es ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht zuletzt auch eine Frage der Ausgestaltung der Betriebe. Wenn man da oft die sanitären Anlagen bei Betrieben, die sehr gut frequentiert sind, um mich sehr vorsichtig auszudrücken — um nicht zu sagen: die sehr gut verdienen —, sieht man geradezu mittelalterliche Anlagen auf dem sanitären Sektor. Man staunt immer wieder, wenn man selbst aus einer solchen Gegend kommt, was man da oft sieht. Auf die Ausstattung der Betriebe ist also größter Wert zu legen. Das gehört auch in das Kapitel Qualitätsverbesserung, wobei, wie ich schon erwähnte, nicht nur A-Betriebe verbessert werden sollen, sondern daß hier bei dieser Verbesserung tatsächlich die Anlagen für die tagtäglichen Bedürfnisse verbessert werden müßten.

Aber noch etwas — und das nur als Aufzählung, die natürlich nicht erschöpfend sein kann —: der ERP-Fonds. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier würde insofern eine Änderung notwendig sein, als auch Gemeinden in den Genuß dieser Einrichtung kommen sollten. Das ist bisher immer noch verwehrt worden. Es gibt da und dort sehr große Schwierigkeiten. Es müssen komplizierte Konstruktionen gemacht werden. Die Gemeinde kann sich nur mit einem geringen Prozentsatz beteiligen, und dann kommen eben die Schwierigkeiten, die dann die Gemeinde selbst auszubaden hat, und das bei Anlagen, die letzten Endes nur von der Gemeinschaft geführt werden können.

Am 30. 6. 1969 war in Baden der Fremdenverkehrstag 1969, der sich wieder mit einem gesamtösterreichischen Fremdenverkehrskonzept beschäftigt hat. Der Herr Minister hat hier erwähnt, daß er eineinhalb Tage dort gewesen ist und selbst an der Diskussion und an den Beratungen teilgenommen hat. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit eineinhalb Tagen werden wir das Problem nicht bewältigen können, das bisher so lange hat nicht bewältigt werden können, um zu zielstrebenden Maßnahmen zu kommen.

Dort ist ein Konzept entworfen worden, und es teilt, so habe ich das Gefühl, das Schicksal der Gewerbeordnung. Meinem Dafürhalten nach ist es für ein Konzept doch etwas zu umfangreich und zuviel ins Detail gehend, und zwar in Dingen, die wirklich, von der Gesamtwarte der Fremdenverkehrswirtschaft aus gesehen, nicht in ein Gesamtkonzept gehören, sondern die wirklich besser — wie ich vorhin schon gesagt habe — der örtlichen Initiative überlassen werden sollen.

Auf Grund dieses sehr detaillierten Berichtes haben nun die, die kein Interesse an der Straffung und an zielführenden Maßnahmen haben, die Möglichkeit, ununterbrochen Gegenvorschläge zu erarbeiten und in Begutachtungsverfahren zu sagen: Das ist nicht gut, und andere Vorschläge wären besser. Daher wird die Verwirklichung dieses Konzeptes erschwert; wobei ich die rechtliche Konstruktion nicht zur Debatte stelle, denn das ist die nächste Frage, ob man allein auf Grund von Empfehlungen diese zielstrebig und zielführenden Maßnahmen wird einsetzen können. Aber darüber wird man vielleicht ein anderes Mal reden. Also, wie gesagt, dadurch haben diese Stellen und Institutionen die Möglichkeit, das Fremdenverkehrskonzept irgendwie zu blockieren, genauso wie manche die Gewerbeordnung blockiert haben, die nun schon jahrelang beraten worden ist.

14090

Nationalrat XI. GP. — 164. Sitzung — 9. Dezember 1969

Thalhammer

Meine Damen und Herren! In diesem Konzept ist unter anderem auch ein Satz enthalten, der als Überschrift dienen sollte; es sind dort die Ziele der Fremdenverkehrspolitik determiniert. Es heißt hier: „Das Grundziel der Fremdenverkehrspolitik ist, den Fremdenverkehr in Österreich so weiterzuentwickeln und zu gestalten, daß daraus ein optimaler Nutzen für die im Fremdenverkehr Tätigen, für alle Österreicher und für den Staat entsteht.“ Ich glaube, hier sind auch die Akzente ein bißchen durcheinander gekommen. Meines Erachtens kann es nicht das Ziel sein, den optimalen Nutzen für den im Fremdenverkehr Tätigen zu erreichen — jeder soll seinen Anteil haben —, sondern das Ziel kann doch nur sein, diesen wichtigen Wirtschaftszweig in die Gesamtwirtschaft zu integrieren und zu einem Bestandteil der Gesamtwirtschaft zu machen, nachdem ja die Grenzen sowieso nicht klar abzusehen sind. Man kann also nicht die Forderung aufstellen, einen optimalen Nutzen für den im Fremdenverkehr Tätigen zu erzielen.

Zu diesem Fremdenverkehrstag 1969 in Baden hat der Geschäftsführer der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung einbegleitende Ausführungen gemacht. Und dort heißt es zum Schluß: „Die Entwicklung des Tourismus außerhalb der österreichischen Grenzen scheint mir in mancher Hinsicht einen rascheren Gang zu nehmen, als es bei den Maßnahmen der Fall ist, welche in Österreich die positive Weiterentwicklung des österreichischen Fremdenverkehrs garantieren sollen.“ Ich möchte das als eine sehr schöne und blumenreiche Umschreibung der Tatsache bezeichnen, daß eben zuwenig geschehen ist. Der beamtete Geschäftsführer der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung hat es eben nicht so, wie er es vielleicht wollte — er hat das zwar seinerzeit auch in der Zeitung sehr drastisch dargestellt —, zum Ausdruck gebracht, daß nichts oder zuwenig geschehen ist in bezug auf koordinierte Maßnahmen für diesen wichtigen Wirtschaftszweig.

In der Regierungserklärung von 20. 4. 1966 hat der Herr Bundeskanzler dem Fremdenverkehr, ich glaube, zwei Sätze gewidmet. Der zweite Satz lautet: „Die Bundesregierung wird diesem Gesichtspunkt nicht zuletzt im Hinblick auf die Bedeutung des Fremdenverkehrs für die österreichische Zahlungsbilanz besondere Beachtung schenken.“ Der Herr Bundeskanzler muß sich ja am 20. 4. 1966 über die Kompetenzverteilung klar gewesen sein. Seit damals ist aber auf diesem Sektor nichts geschehen. Denn mit ein paar Millionen mehr für die Österreichische Fremdenverkehrswerbung, die teilweise wieder durch Kostensteigerungen im Ausland aufgehoben und aufge-

wogen werden, kann es doch nicht getan sein. Das kann doch der Bundeskanzler nicht geglaubt haben, wenn er sagt, er wird dem besondere Beachtung schenken. Das war eine Verheißung der Bundesregierung, die bisher nicht eingelöst worden ist und nicht eingehalten werden konnte.

Es wurde schon erwähnt, daß im Plan des Herrn Finanzministers, im sogenannten Koren-Plan, nicht ein Wort über die Fremdenverkehrswirtschaft gefunden worden ist. Das ist an und für sich erstaunlich bei den vielen Vorschlägen — um mich sehr vorsichtig auszudrücken —, die es auf diesem Gebiet gegeben hat. Wenn man den Koren-Plan liest, hat man fast das Gefühl, daß es in diesem wichtigen Wirtschaftszweig keine Probleme gibt, weil sie nicht einmal einer Erwähnung Wert gefunden worden sind.

Das einzige, was auf Fremdenverkehr Bezug nimmt, wäre der Entwicklungs- und Erneuerungsfonds, aber auch dort sind im Koren-Plan Zinsenzuschüsse gefordert oder in Aussicht gestellt, während es im Gesetz für den Entwicklungs- und Erneuerungsfonds nur Haftungsübernahmen auch für den Fremdenverkehr gibt. Ich glaube, das ist etwas zuwenig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben daher in unserem Programm zur Reform der österreichischen Wirtschaft sehr detaillierte Vorschläge für eine Weiterentwicklung des Fremdenverkehrs gemacht, und zwar nach einer Analyse, die sehr realistisch ist, die das Problem nicht überschätzt, sondern die es, wie ich schon gesagt habe, auf den realen Boden stellt.

Dieser Haltung hat sich auch das Zielprogramm des Freien Wirtschaftsverbandes angeschlossen, der auch im Gegensatz zum Programm des Wirtschaftsbundes einiges über den Fremdenverkehr auszusagen hat. Es ist daher höchste Zeit, daß hier etwas geschieht. Die jetzige Bundesregierung wird das nicht mehr können, ganz abgesehen davon, ob sie den Willen dazu auch aufgebracht hätte.

Ich habe voriges Jahr — und das könnte mit genau denselben Worten wiederholt werden — festgestellt, daß der Geschäftsführer der Österreichischen Hotel- und Treuhandgesellschaft bei einer Tagung im Herbst vergangenen Jahres vom Weiterwursteln, zu dem der österreichische Fremdenverkehr verurteilt wurde, gesprochen hat.

Selbst wenn man sich dieser Meinung nicht in voller Schärfe anschließen kann, muß ich doch feststellen, daß sich seit vorigem Jahr, also seit einem Jahr, praktisch nichts geändert hat, daß diese paar Millionen, die die Bundesregierung in das Budget einsetzt, zuwenig

Thalhammer

sind, daß mit ein paar Millionen das Auslangen nicht gefunden werden kann und daß diese Probleme nicht bereinigt werden können.

Das Ziel muß sein, der Fremdenverkehrswirtschaft — ich habe das schon erwähnt — im Rahmen der Gesamtwirtschaft den gebührenden Platz einzuräumen. Das kann aber nur durch zielführende Maßnahmen geschehen. Eine Änderung der Haltung in bezug auf die Initiativen ist daher gerade auf diesem Gebiet dringend geboten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Marberger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Marberger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! So wie mein Vorredner, Herr Nationalrat Thalhammer, sich mit der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft beschäftigt hat, so werde auch ich mich mit der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft beschäftigen.

Ich kann mich natürlich nicht zu der Auffassung meines Herrn Vorredners bekennen, daß das Unbehagen, das bestimmt in Kreisen der Hotellerie, des Gastgewerbes und der Fremdenverkehrswirtschaftstreibenden zum Teil zu bemerken ist, damit behoben würde, wenn die Regierung genügend Zuschüsse und genügend Stützungen für diesen Wirtschaftszweig geben würde. Ich glaube, man würde der österreichischen Volkswirtschaft keinen guten Dienst erweisen, und besonders die Sparte Fremdenverkehrswirtschaft würde der Volkswirtschaft keinen Dienst erweisen, wenn sie nur von Stützungen, Unterstützungen und Zuwendungen leben könnte. Ich bin schon der Meinung, daß auch dieser Wirtschaftszweig seine Lebensfähigkeit beweisen muß. Die Bundesregierung oder der Bund kann immer nur Hilfen zur Selbsthilfe geben. Damit, glaube ich, würde man den richtigen Weg beschreiten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In einigen Auffassungen komme ich mit meinem Herrn Vorredner auf das gleiche Ziel. Ich werde mich dazu später zu Wort melden.

In der österreichischen Wirtschaft nimmt der Fremdenverkehr einen nicht zu übersehenden Rang ein, sodaß es wirklich notwendig ist, in der Budgetdebatte die Situation der Fremdenverkehrswirtschaft zu behandeln, wenn auch die Kompetenz, und das, glaube ich, muß man unterstreichen, bei den Bundesländern liegt. Daher gibt es ja auch Förderungsmittel bei den Ländern und zum Teil bei den Gemeinden.

Darf ich, um diesen Satz zu unterstreichen, doch die letzten Nächtigungsziffern in diesem Fremdenverkehrsjahr 1968/69 sagen: Die Ge-

samtnächtigungen — und das ist immerhin eine sehr stolze Ziffer — betragen 70,539.884; das ist eine Gesamtzunahme von 5,7 Prozent. Ausländernächtigungen, die ja doch auch sehr interessant sind, sind 50,638.000; das ist eine Zunahme von 7 Prozent. Ich möchte auch die Inländernächtigungen nennen, das sind 20 Millionen; also auch die beachtliche Zunahme von 3 Prozent.

Die Deviseneinnahmen sind erwähnt worden; es sind gegen 20 Milliarden. Vielleicht darf ich aber doch darauf hinweisen, daß in diesen Deviseneinnahmen auch die Qualitätssteigerung zum Ausdruck kommt, da die Deviseneinnahmen um 13 Prozent insgesamt gestiegen sind, während die Zunahme an Nächtigungen nur 7 Prozent beträgt. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen für den richtigen Weg in der Fremdenverkehrswirtschaft.

Schon zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich feststellen, daß in dem vorliegenden Budget die Förderungsmittel für die österreichische Wirtschaft bedeutend höher sind als in den vergangenen Jahren. Die Österreichische Fremdenverkehrswerbung ist immerhin mit 16 Millionen besser dotiert, und auch für Kreditaktionen sind Zinszuschüsse vorgesehen. Mit dem Strukturverbesserungsgesetz ist ein neuer Weg geschaffen worden.

Zu Beginn des Jahres war man in den Prognosen über die zukünftige Entwicklung im österreichischen Fremdenverkehr zurückhaltend. Die Stagnation 1967/68 hat eine gewisse Unsicherheit ausgelöst, aber die erfolgreiche Wintersaison und zufriedenstellende Buchungen für den Sommer führten bald wieder zu einer optimistischen Einschätzung. Auf der Basis der guten internationalen Konjunktur, der ruhigen und stabilen Entwicklung in Österreich und begünstigt durch herrliches Sommer- und Herbstwetter entwickelte sich dann auch die Sommersaison zufriedenstellend.

Das Jahr 1969 war also ein gutes Jahr für den österreichischen Fremdenverkehr, aber auch für den internationalen Fremdenverkehr. Die Zuwachsrate — wie schon erwähnt — betrug rund 7 Prozent, und damit war ein neuer Gäste- und Nächtigungsrekord gegeben. Damit ist schon widerlegt, daß sich Österreich zuwenig um die Fremdenverkehrswirtschaft bemüht. Wir sind doch immerhin nach dem OECD-Bericht im Spitzenfeld mit den Ländern Italien, Spanien und Jugoslawien.

Auch ertragsmäßig muß man mit dem Fremdenverkehr zufrieden sein. Die Devisenbilanz ist erfreulich. Erstmals beliefen sich die Einnahmen gegen 20 Milliarden Schilling. Vielleicht muß man den Tatbestand unterstreichen, daß die Deviseneinnahmen eine zahl-

14092

Nationalrat XI. GP. — 164. Sitzung — 9. Dezember 1969

Marberger

lungsbilanzpolitische Bedeutung für Österreich haben, mit der man die Wichtigkeit des Fremdenverkehrs wirklich hervorheben kann.

So stehen wir am Beginn eines neuen Jahrzehnts. Darauf zielt in Österreich und auch international gesehen alles hin. Es wird ein Jahrzehnt des schärfsten Wettbewerbs und starker Veränderungen. Ich würde sagen, daß wir darauf nicht schlecht vorbereitet sind, wenn auch Änderungen — in den Reisegewohnheiten und Reismöglichkeiten, in den Massen von Gästen, die eine Reise antreten — wirklich schwer zu meistern sein werden und es aller Anstrengungen bedarf, daß wir uns in diesem Wettbewerb behaupten können.

Die Dynamik der Fremdenverkehrsunternehmungen in Österreich ist erfreulich groß. Auch Investitionsfreudigkeit — das kann man mit Befriedigung feststellen — ist genügend vorhanden. Diese Anstrengungen auf betrieblicher Ebene müssen — worauf ich in diesem Hause auch schon öfters hingewiesen habe — aber unbedingt durch Maßnahmen, Initiativen und Förderungen der öffentlichen Hand ergänzt werden. Hiebei befinde ich mich in guter Nachbarschaft mit meinen Herren Vorrednern.

Fremdenverkehr ist heute nicht mehr nur die Angelegenheit einiger Gastwirte und Hoteliers. Er ist in Österreich auf Grund der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges und der Fülle der Aufgaben unbestreitbar auch ein vordringliches Anliegen der Länder, Gemeinden und des Bundes. Auch in den vergangenen Jahren hat der Bund beachtliche Beiträge zur Förderung des Fremdenverkehrs geleistet. Die Frage ist nur: War die Förderung ausreichend? Die Aktivitäten des Bundes — besonders im vergangenen Jahr — verpflichten aber jedenfalls zu Dank und Anerkennung. Besonders auf dem ERP-Sektor ist viel geschehen.

Wenn man feststellen muß, daß im Jahre 1969 manche berechnete Anliegen der Fremdenverkehrswirtschaft unerfüllt blieben, muß man sagen: Leider gibt es das Traumbudget nicht, das alle Wünsche auf einmal erfüllen kann.

Die kontinuierliche Aufwärtsbewegung der Nächtigungsziffern und des Devisenertrages bestätigen aber, daß auch die Förderungsmaßnahmen des Bundes zur Verbesserung der Situation im Fremdenverkehr zielführend eingesetzt wurden. Sehr positiv war zum Beispiel der Beitrag des Bundes auf dem Kreditsektor, auf dem Sektor der Werbung, auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarktsektor und besonders auch durch die Ausarbeitung und Vorlage

des Fremdenverkehrskonzeptes durch das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie.

Schließlich dürfen wir auch den Beschluß der Bundesregierung zur Nichtaufwertung des Schillings auf die positive Liste setzen. Diesen positiven Anführungen steht natürlich eine andere Bilanzseite gegenüber, die ich vorzubringen habe.

Auf der Forderungsliste des Fremdenverkehrs steht immer noch als vordringlichstes Problem der Steuersektor. Durch Betriebsvergleiche mit dem Ausland wird die Tatsache der Rekordhöhe der Steuerbelastung der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft erhärtet. Der Fremdenverkehr ist voll integriert und durch keine Schutzzölle und keine Exportbegünstigungen bevorzugt. Die ganze Schärfe der Auslandskonkurrenz muß in Kauf genommen werden. Daher ist die Forderung berechtigt, daß zumindest die Alkoholsteuer am 31. Dezember 1971, dem Gesetz entsprechend, ausläuft. Auch bei der kommenden Mehrwertsteuer muß der geforderte halbe Steuersatz Anwendung finden, wenn die Gastronomie wettbewerbsfähig bleiben soll.

Auf der Forderungsliste des Fremdenverkehrs steht weiters das Gewererecht — heute auch schon einige Male zitiert —, und hier insbesondere die Verabschiedung des im Entwurf vorliegenden Reisebürogesetzes. Wir wünschen eine Verschärfung der Mindestausrüstungsrichtlinien und die echte Durchführung und Anwendung dieses Erlasses.

Dringend gewünscht wird auch die Einführung eines allgemeinen Befähigungsnachweises auf der Grundlage einer Fachprüfung und die Regelung der Privatzimmervermietung. Zur Privatzimmervermietung sprach mein Herr Vorredner ausführlich. Wir glauben, daß die Privatzimmervermietung doch zum großen Teil Ländersache ist und an und für sich dadurch eine gute Sache ist, daß ein großer Bevölkerungsteil an einer Existenzverbesserung teilhaben kann. Wir wünschen aber, daß die Privatzimmervermietung in den Bundesländern möglichst einheitlich geregelt wird. Zum Beispiel sind in Tirol die Kompetenzen bis jetzt den Bürgermeistern übertragen. Wir stellen fest, daß die Möglichkeiten, die ein Bürgermeister durch dieses Privatzimmervermietungsgesetz bekommt, nicht genutzt werden. Wir wären mit der Privatzimmervermietung einverstanden, wenn diesem Gesetz durch Landesgesetzgebung entsprochen würde.

Dem oft vorgetragenen Wunsch nach Aufhebung des Verbotes des Alkoholausschanks an Wahltagen ist insofern Rechnung getragen,

Marberger

daß in der Novelle zur Nationalrats-Wahlordnung die Zeit des Alkoholverbotes gekürzt wurde.

Besonders bedrückend für die Fremdenverkehrswirtschaft ist schließlich die sozialpolitische Situation, bei der für den Fremdenverkehr wenig Fortschritte erreicht wurden, aber eine enorme Mehrbelastung mit der Einführung der 40-Stunden-Woche — ich glaube, man kann das nicht so bagatellisieren — in Kauf genommen werden mußte. Wir wissen noch nicht, wie der neuen Situation bei dem schon bestehenden Mangel an Arbeitskräften, besonders während der Sommersaison, begegnet werden kann. Bis jetzt ist diese Lücke durch Gastarbeiter ein bißchen geschlossen worden. Wir müssen anerkennend feststellen, daß die liberale Handhabung der Hereinnahme von Gastarbeitern dazu beigetragen hat, den großen Bedarf an Arbeitskräften in der Hochsaison zu bewältigen. Trotzdem bleibt der Wunsch nach Schaffung eines zeitgemäßen Ausländerbeschäftigungsgesetzes vordringlich.

Ein anderes noch ungelöstes Problem ist die Schulferienregelung. In den Monaten Juli-August wird fast die Hälfte des jährlichen Reise- und Urlaubsverkehrs abgewickelt. Um diese Spitzenbelastung der Fremdenverkehrs- und Verkehrsbetriebe etwas abzubauen, wäre es von größter Wichtigkeit, die österreichischen Ferientermine stärker zu staffeln, um damit noch Teile der Monate Juni und September in die Ferienzeit einzubeziehen. Im Ausland, besonders in unserem Nachbarland Deutschland, wird diese Ferienregelung schon längst praktiziert. Das ist dort auch eine Frage der Verkehrsstauungen, der Verkehrsballungen.

Meine Damen und Herren! Darf ich jetzt zu einigen Punkten im besonderen Stellungnahmen. Ebenso erfreulich wie seit langem dringend erforderlich war die Aufstockung der Mittel für die Österreichische Fremdenverkehrswerbung von 56 Millionen auf rund 72 Millionen Schilling. Diese Aufstockung wird im Zusammenhang mit dem erstellten Schwerpunktprogramm eine Intensivierung der Werbearbeit auf den Auslandsmärkten ermöglichen, wenngleich durch die DM-Aufwertung wiederum ein Teil der Budgeterhöhung aufgebraucht werden wird.

Die zentrale Werbung durch die Österreichische Fremdenverkehrswerbung mit ihren Außenstellen erreicht eine doppelte Wirkung, einmal auf Bundesebene, aber auch auf Landesebene, sind doch in den Organen des Vereins die Fremdenverkehrsreferenten der Länder und die Leiter der Landesfremdenverkehrsstellen vertreten, sodaß auch die Bundesländer

ihre Werbemaßnahmen koordinieren können. Für besondere Gebietswerbung stehen den Ländern natürlich auch die Außenstellen der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung zur Verfügung. Ich weiß, daß davon oft Gebrauch gemacht wird. Für die Verbesserung der finanziellen Situation der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung darf ich dem Herrn Bundesminister besonders danken. Trotzdem muß die Fremdenverkehrswirtschaft hier die Forderung nach weiterer Aufstockung des Budgets der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung anmelden, um auch auf diesem wohl wichtigsten Gebiet der Fremdenverkehrsförderung Anschluß an die internationale Größenordnung zu finden.

Wenn unser Auslandswerbepudget im internationalen Vergleich immer noch sogar von Entwicklungsländern übertroffen wird, zum Beispiel Irland wendet 250 Millionen Schilling auf, Israel 130 Millionen Schilling, so zeigt dies, wie groß der finanzielle Nachholbedarf im Werbeeinsatz bei uns ist. Natürlich ist die Fremdenverkehrswerbung nicht nur eine Frage des Geldes, es gibt viele Möglichkeiten, mit Geist, Findigkeit und Ideen Eingang in Presse, Rundfunk und Fernsehen zu erlangen. Auch andere Medien wie Kunst, Kultur- und Sportveranstaltungen sind wirksame Werbefaktoren. Es ist eine Tatsache, daß Österreichs Werbefachleute diese Chance nützen, nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Länder- und Gemeindeebene.

Die Werbung für den Inländerfremdenverkehr darf ebenfalls nicht vernachlässigt werden. Aber auch hier werden große Anstrengungen gemacht. Wir müssen die Aufwendungen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und die der Österreichischen Verkehrswerbung mit Dank vermerken. Sicher wird vielleicht auch die befristete Fahrpreismäßigung für Personen über 65 Jahre durch die Bundesbahn eine Belebung des Inlandsverkehrs mit sich bringen. Im vergangenen Sommer wurde in Tirol eine erhebliche Steigerung der Inlandsgäste gezählt.

Zur Kreditsituation: Die Verschuldung der Fremdenverkehrswirtschaft bei den österreichischen Kreditinstituten ist nach dem jüngsten Ausweis der Österreichischen Nationalbank mit mehr als 6 Milliarden Schilling weiterhin sehr hoch. Sie wird trendmäßig weiter zunehmen, was im Hinblick auf die notwendigerweise gewünschten Investitionen zur Qualitätssteigerung und Rationalisierung dringend erwünscht ist. Nur sollte die Fremdenverkehrswirtschaft in stärkerem Ausmaß als bisher und ähnlich wie im Ausland in der Lage sein, betriebliche Investitionen weitgehend aus Kapitalsreserven und Gewinnen zu finanzie-

Marberger

ren. Hier, glaube ich, ist ein echtes Unbehagen zu verzeichnen. Reihenuntersuchungen im Hotel- und Gastgewerbe zeigen leider, daß dies weiterhin kaum möglich ist, vor allem wegen der hohen Besteuerung, sodaß die Fortführung und der Ausbau der Kreditaktionen dringend geboten ist.

Die Fremdenverkehrswirtschaft begrüßt es daher, daß die ERP-Quote von bisher 150 Millionen Schilling auf 170 Millionen Schilling erhöht wurde. Das ist ein schöner Erfolg, wenngleich auch dieses Volumen noch immer nicht der Nachfrage entspricht, sind doch die ERP-Kredite die Hauptquelle der verbilligten Kredite. Wir hoffen sehr, daß diese Quelle weiterhin fließen wird.

Die dringend notwendige Ergänzung der ERP-Kredite sind die Bürges- und Zinsenzuschüsse. Bis jetzt wurden für Zinsenzuschüsse für 1950 Kredite im Ausmaß von fast einer Milliarde Schilling gewährt. Wir dürfen mit Befriedigung vermerken, daß im Budget 1970 auch für weitere Dotierung Vorsorge getroffen worden ist. Neue, erstmalig zur Verfügung stehende Mittel werden durch das vor kurzem verabschiedete Strukturverbesserungsgesetz flüssiggemacht werden können. Auch die Fremdenverkehrswirtschaft erhofft sich davon einen Erfolg besonders für eine bessere Dotierung der wichtigen und notwendigen Betriebsberatungsaufgaben. Mit Hilfe des Entwicklungs- und Erneuerungsfonds, in den auch die Fremdenverkehrswirtschaft einbezogen ist, wird es möglich sein, besicherungsmäßig schwierige, aber zukunfts-trächtige Investitionsvorhaben zu realisieren. Zum Fremdenverkehrsgeschäft braucht es immer mehr nicht nur Tradition, Gemütlichkeit und Gastlichkeit, sondern auch neue Problemlösungen und risikoreiche Initiativen.

Zum Fremdenverkehrskonzept, zu dem heute schon ausführlich gesprochen wurde: Anerkennung verdient zweifellos auch die Ausarbeitung des Fremdenverkehrskonzeptes durch das Handelsministerium. Nachdem es heute allgemeine Meinung ist, daß Staat und Länder auf die Entwicklung des Fremdenverkehrs Einfluß nehmen sollen, ja müssen, erscheint es sicherlich sehr wertvoll, dafür ein Instrument an der Hand zu haben. Das vom Ressort vorgelegte Konzept ist ein solches Instrument zur Orientierungs- und Koordinierungshilfe und Grundlage für die Fremdenverkehrs- und Strukturpolitik. Die Ausarbeitung des Fremdenverkehrskonzeptes erfolgte einvernehmlich — das, glaube ich, ist wichtig — mit den Interessenvertretungen der Fremdenverkehrswirtschaft. Daher bietet es weitgehend die Gewähr für Praxisnähe und die Berücksichtigung sachlicher und regionaler Gegebenheiten.

Von den drei Kapiteln — Zielsetzung, Bestandaufnahme und fremdenverkehrspolitische Maßnahmen — stellt der Maßnahmen-Katalog das weitaus wichtigste dar. Darf ich ganz kurz darauf eingehen und vielleicht nur sagen, daß viele dieser Maßnahmen im Fremdenverkehrskonzept mit dem Mittelstandskonzept übereinstimmen, da ja die Hotellerie und die Gastronomie weitgehend in die gewerbliche Mittelstandswirtschaft einzureihen sind.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen im Bereiche der Fremdenverkehrsgrundlagen bezwecken in erster Linie die Erhaltung und bessere Nutzung der in Österreich in einmaliger Weise gegebenen Fremdenverkehrssubstanz. Dies ist angesichts der relativ geringen räumlichen Reserven unseres Landes sehr wichtig. Dem geforderten Naturschutz, Gewässerschutz und der Erstellung langfristiger Entwicklungs- und Gebietsprogramme kommt daher große Bedeutung zu.

Ebenso bedeutungsvoll ist aber auch die Erschließung und Nutzbarmachung von Heilklima und Heilvorkommen, ist doch gerade zurzeit danach eine starke Nachfrage, bedingt durch die derzeitige Gesundheitswelle. Schon jetzt ist der Nächtigungsanteil der Heilbäder und Kurorte zirka 20 Prozent. Der Ausbau des Heilbäderwesens ist daher geeignet, den österreichischen Fremdenverkehr krisensicherer und saisonunabhängiger zu machen.

Im Fremdenverkehrskonzept ist dem Bereich der Infrastruktur und dem Sektor des Verkehrswesens ein großer Raum gewidmet. Unter anderem wird festgestellt, daß bestimmte Ballungsräume mehr Mittel für den Ausbau der notwendigen Fremdenverkehrseinrichtungen benötigen. Seilbahnen und Liftanlagen, Verkehrswege und Verkehrsmittel zählen zu den wichtigsten Einrichtungen des Tourismus. Dabei muß man allerdings feststellen, daß Österreich bereits zu den führenden Ländern am Seilbahnsektor zählt. Auch für diese fremdenverkehrsnotwendigen Einrichtungen wurde durch ERP-Hilfe und zinsverbilligte Kredite seitens des Bundes viel getan.

Das umfangreichste Kapitel im Fremdenverkehrskonzept befaßt sich mit „Anliegen und Forderungen der Fremdenverkehrswirtschaft“. Ich kann es mir ersparen, darauf näher einzugehen, da ich schon zu Beginn meiner Ausführungen die Wünsche und Forderungen der Fremdenverkehrswirtschaft vielleicht nicht vollständig, aber doch ausführlich behandelt habe.

Alles in allem ist die Ausarbeitung dieses Konzeptes zweifellos zu begrüßen. Man ver-

Marberger

sucht damit, endlich Ernst zu machen mit dem Schlagwort „Koordinierung im Fremdenverkehr“.

Ich bin mir bewußt, daß der Fremdenverkehr in jedem Bundesland verschieden ist hinsichtlich seiner Grundlagen und Voraussetzungen, seiner Struktur und dem Stand der Entwicklung und daß es daher darauf ankommen wird, auch bei den Maßnahmen regionale Schwerpunkte zu setzen. Dennoch glaube ich, daß das Leitbild des Konzeptes Anspruch erheben kann, für den gesamtösterreichischen Fremdenverkehr verbindlich zu sein.

Meine Damen und Herren! Ich komme jetzt zu den Ergebnissen des Fremdenverkehrskonzeptes in komprimierter Form und habe schon einige andere Punkte als mein Herr Kollege vorher, aber es sind auch Punkte dabei, die sich vollständig decken. In komprimierter Form sind für das Fremdenverkehrskonzept vor allem folgende Schwerpunkte zu setzen und für die zukünftige Fremdenverkehrspolitik abzuleiten, für die ich die ganze Unterstützung der Regierung und des Parlaments erbitte:

1. Ermöglichung der Eigenkapitalbildung in Fremdenverkehrsbetrieben.
2. Ausbau und Verbesserung der staatlichen Fremdenverkehrswerbung.
3. Anerkennung der strukturellen Eigenheiten der Fremdenverkehrswirtschaft in der Sozialpolitik.
4. Ausbau von Raumplanung und Raumordnung und Verbesserung der Infrastruktur.
5. Bessere Dotierung der Schulung, der Forschung und der betrieblichen Beratung.

Wir alle wissen, daß im kommenden Jahrzehnt der Wettbewerb schärfer und das touristische Angebot weitaus umfangreicher sein wird. Damit die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft auch in den siebziger Jahren erfolgreich bestehen kann, wird es notwendig sein, Qualitätsverbesserungen in den bestehenden Einrichtungen zu erreichen, aber auch neue Attraktionen und Fremdenverkehrseinrichtungen zu schaffen. Man kann sich aber nicht nur damit begnügen, Verbesserungen des globalen, touristischen Angebotes zu fordern, sondern muß auch für ihre Verwirklichung Vorsorge treffen.

Abschließend darf ich feststellen: Mit der Verbesserung der Kredithilfe, der höheren Dotierung der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft und der Erstellung des Fremdenverkehrskonzeptes können im Jahre 1970 einige wichtige Forderungen des Fremdenverkehrs verwirklicht werden. Die Aussichten für die Fremdenverkehrswirtschaft im neuen Jahr

sind gut, aller Voraussicht nach wird der österreichische Fremdenverkehr an der allgemeinen Hochkonjunktur teilhaben. Es wird daher in starkem Ausmaße an uns liegen, die günstigen Vorzeichen in gute Betriebsergebnisse für die österreichische Volkswirtschaft zu verwandeln. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pay. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Pay (SPO): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Am vergangenen Wochenende haben in ganz Österreich wiederum in den Bergbaugebieten die traditionellen Barbara-Feiern stattgefunden. Man hatte dabei Gelegenheit, die Berichte der Betriebsleitungen und Betriebsvertretungen zu hören. Außerdem konnte man nach Beendigung des sogenannten feierlichen Teiles unmittelbar und direkt mit den Bergarbeitern Gespräche führen.

Es waren sehr interessante Details, die man aus diesem Bergmannsjahr hören konnte. Zuerst einmal die interessante Tatsache, daß wir jetzt in diesen Monaten einen echten Engpaß in der Versorgung der Haushalte mit Hausbrandkohle haben, und gleichzeitig auch die Feststellung, daß die Feinkohlenhalden im gesamten Bundesgebiet bei allen Bergbauen zurückgegangen sind. Wir hatten am 20. November 1968 noch 2,5 Millionen Tonnen Feinkohle, im November 1969, also ein Jahr später, waren es 1,957.000 Tonnen. Wir können also feststellen, daß die Feinkohle eine Abnahme von über 626.000 Tonnen zu verzeichnen hatte. Das hängt unmittelbar damit zusammen, daß es eine geringe Wasserführung gegeben hat und daß dadurch mehr kalorischer Strom verfahren wurde und mehr erzeugt wurde, als das sonst im allgemeinen in dieser Jahreszeit üblich ist.

Wir können feststellen, daß seit dem Herbst dieses Jahres wiederum Sonntagsschichten im Kohlenbergbau verfahren werden. Es sieht beinahe so aus, als gäbe es keine Schwierigkeiten, keine Sorgen und keine Befürchtungen. So kann man es oberflächlich sehen. Die Wirklichkeit ist trotz dieser positiven Tatsachen anders.

Wenn man eine Überschau über die Gesamtsituation des österreichischen Kohlenbergbaues vornimmt — und das möchte ich jetzt mit einigen Sätzen machen —, dann muß man vom Jahr 1945 beziehungsweise vom Jahr 1948 ausgehen. Im Österreichischen Montanhandbuch 1958 beziehungsweise 1969 sind, für jeweils ein Jahrzehnt zusammengefaßt, sehr eindrucksvolle Zahlen über die österreichische Kohlenförderung enthalten. 1945, 1946 bis 1947 wurden rund 8,2 Millionen Tonnen

Pay

Braunkohle und relativ wenig Steinkohle gefördert. Von 1948 bis einschließlich 1957 betrug die Braunkohlen- und Steinkohlenförderung 55,3 Millionen Tonnen. Von 1958 — also von dem Zeitpunkt an, wo die Kohlensituation schwieriger wurde — bis einschließlich Ende 1968 wurden 60,894.000 Tonnen Braunkohle aus den Kohlenbergwerken gefördert.

Die Steinkohlenförderung — wir hatten ja praktisch nur zwei Steinkohlenbergbaugebiete — betrug von 1948 bis zum Ende dieser Betriebe Mitte 1968 3,3 Millionen Tonnen Steinkohle. Wir haben insgesamt von 1946 bis 1968 127 Millionen Tonnen Stein- und Braunkohle in unserem Land gefördert, und man muß sagen, daß das eine unerhört große Zahl ist. Dazu kommt aber, daß gleichzeitig in diesem Zeitraum die Zahl der Beschäftigten im Kohlenbergbau großen Schwankungen unterworfen war. Wir zählten 1948 17.211 Beschäftigte, 1957, am Höhepunkt der Kohlenförderung, 18.286, 1966 bereits der erste große Rückgang auf 9912, Ende 1968 7109 und Ende 1969 nach dem letzten Personalausweis 6415 Beschäftigte.

Mit Kollegen und mit Fachleuten habe ich versucht, den Wert dieser Fördermenge von 127,7 Millionen Tonnen zu schätzen. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß der Wert dieser großen Förderung weit über 16,3 Milliarden Schilling beträgt. In dieser Summe von 16,3 Milliarden Schilling kommen die unerhörten Leistungen, die in schwierigen Zeiten und auch jetzt noch unter schwierigen Arbeitsbedingungen erbracht werden, ganz groß zum Vorschein. Es ist daher kein unbilliges Verlangen, wenn aus staatlichen Mitteln Bergbauförderung geleistet wird und aus bestimmten Gründen noch geleistet werden muß.

Nachdem jetzt Wahlen vor der Tür stehen — die Nationalratswahl, in der Steiermark die Landtagswahl und die Gemeinderatswahlen —, spricht man nicht mehr vom Zusperrn der Bergbaubetriebe. Es wird auch deshalb nicht mehr davon geredet, weil doch die Aktionen, die aus den Betrieben heraus gekommen sind, diesem Gerede Einhalt geboten haben. Es war notwendig, daß man diesem Gerede Einhalt gebietet, denn es hat tatsächlich Leute gegeben, die der Meinung waren, man soll auf jeden Fall sogenannte unrentable Kohlengruben zusperrn.

Wenn man über den heimischen Kohlenbergbau spricht, lassen sich Zahlenangaben leider nicht vermeiden. Die Gesamtschau 1957: 42 Kohlengruben mit 18.280 Beschäftigten im Braun- und Steinkohlenbergbau. Ende 1968 11 Betriebe, nur mehr Braunkohlenförderung mit 7109 Beschäftigten. Es wurden 31 Kohlengruben, große, mittlere und kleine, stillgelegt.

Auskohlungen, Grubenbrände — hier möchte ich die Katastrophe bei der Lakog erwähnen — und andere Ursachen waren für diese Stilllegungen maßgebend.

Die Teilschau umfaßt die Kohlensituation im Jahre 1969. Auch sie ist sehr aufschlußreich und sehr interessant. Bis Ende November dieses Jahres wurden insgesamt 3,5 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert, das sind um 317.900 Tonnen weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dieses Förderergebnis von 3,5 Millionen Tonnen wurde mit einem Beschäftigtenstand von 5791 Arbeitern und 624 Angestellten, zusammen 6415, erzielt. Bemerken muß man dabei, daß der mengenmäßig hohe Förderrückgang mit der Stilllegung der Lakog, die im März 1968 erfolgte, in Zusammenhang steht.

Von der eingangs erwähnten Förderung von Jänner bis November entfallen 2,5 Millionen Tonnen, das sind 71 Prozent, auf die Graz-Köflach-Bergbaugesellschaft und 667.900 Tonnen auf die WTK, 349.400 Tonnen auf die Sakog und 2300 Tonnen auf den privaten Bergbau.

In den einzelnen Gruben des österreichischen Kohlenreviers, der österreichischen Kohlenbergbaugebiete ist die Situation zurzeit folgendermaßen: In Fohnsdorf, das ist die tiefste Braunkohlengrube in Europa, ist im Herbst eine Brühung aufgetreten, das heißt, es sind Brandschäden aufgetreten. Eine Normalisierung der Förderung hat dort erst im April eingesetzt; die Brühungen erfolgten im Herbst des Vorjahres. Die Grube konnte den bis dahin entstandenen Förderrückstand aufholen und liegt Ende November mit einer Förderung von 469.700 Tonnen nur um 1,5 Prozent unter dem Plan. In Fohnsdorf sind derzeit 1400 Arbeiter und 142 Angestellte beschäftigt, das sind um 12 Arbeiter weniger als im Vorjahr.

In Pölfing-Brunn in der Weststeiermark hat sich die Förderung gut entwickelt. Hiezu muß man bemerken, daß der Abbau in Pölfing-Brunn in einer Höhe von 80 cm bis 1,20 m vollzogen wird, also eine unerhört schwierige Vorgangsweise beim Abbau. Die Grube hat bis Ende November 144.200 Tonnen gefördert, das sind um 23 Prozent mehr als im Jahre 1968 und um 15,6 Prozent mehr, als im Plan 1969 vorgesehen ist. In Pölfing sind derzeit 332 Arbeiter und 26 Angestellte beschäftigt, das sind um 16 Arbeiter weniger als im Vorjahr.

Schwierig ist die Situation im Karl-Schacht im Köflacher Revier. Die Förderung des Bergbaubetriebes der Grube und des Tagbaues I ist infolge einer im April aufgetretenen Rutschung vor allem im Tagbau stark zurückgefallen, und es konnte erst im Oktober eine

Pay

vorzeitige Inbetriebnahme des Reviers II den Förderrückstand teilweise wieder aufholen.

Bis Ende November wurden im Karl-Schacht in allen drei Gruben 1.023.100 Tonnen gefördert, das sind um rund 160.000 Tonnen weniger als im Vorjahr und um 76.300 Tonnen weniger, als im Plan für 1969 vorgesehen war. Ein Teil der geförderten Rohkohle vom Karl-Schacht, rund 380.000 Tonnen, wurde in der Trocknungsanlage veredelt und geht als Karl-schacht-Trockenkohle in den Handel. Im Karl-Schacht, in allen drei Betrieben, Tagbau I, Tagbau II und in der Grube, sind derzeit 1475 Arbeiter und 110 Angestellte beschäftigt. Das sind um 39 Arbeiter mehr als im Vorjahr und um 2 Angestellte weniger.

Die sogenannte Köflacher Kohle, das ist eine Sortenbezeichnung, eine Mischbezeichnung, wird in den Betrieben Zangtal und Oberdorf gewonnen. Bis Ende November dieses Jahres ergab sich eine Förderung von 621.300 Tonnen, das sind um 25.800 Tonnen mehr, als für 1969 geplant war. Die Mehrförderung war notwendig, damit ein Teil der ausgefallenen Förderung vom Karl-Schacht ersetzt werden konnte.

In den beiden Betrieben, in denen die Köflacher Kohle gemischt wird, in Oberdorf und Zangtal, sind 668 Arbeiter und 55 Angestellte beschäftigt; das sind um 41 Arbeiter und um 2 Angestellte weniger als im Vorjahr.

Im Franz-Schacht — das ist Biberstein —, das ist die Grube, in der der Schlammeinbruch im Jahr 1965 erfolgt ist, betrug die Förderung 281.000 Tonnen; das sind um 17.900 Tonnen mehr, als die Planung 1969 vorsieht. Beschäftigt sind im Franz-Schacht derzeit 388 Arbeiter und 38 Angestellte; das sind um 11 Arbeiter mehr; die Angestellten sind gleichgeblieben.

Im stillgelegten Bergbau St. Stefan sind für Abschlußarbeiten noch 4 Arbeiter und 10 Angestellte beschäftigt; im Vorjahr waren es 77 Arbeiter und 38 Angestellte.

Die Förderung in Wolfsegg-Traunthal war am Ende des Jahres 1968 ebenfalls durch einen Grubenbrand zunächst sehr behindert, hat aber in der zweiten Jahreshälfte den vorhandenen Förderrückstand aufholen können und liegt Ende 1969 mit einer Förderung von 667.900 Tonnen sogar um 15.800 Tonnen über dem Plansoll. Das Unternehmen war bemüht, durch Lieferung von Hausbrandkohle in die Steiermark und Kärnten wenigstens teilweise den durch Förderschwierigkeiten beim Karl-Schacht entstandenen Engpaß auf dem Hausbrandsektor zu beheben.

In Wolfsegg-Traunthal sind derzeit 991 Arbeiter — das sind um 69 weniger als im Vor-

jahr — und 161 Angestellte — das sind um 7 weniger — beschäftigt.

Das Salzach-Braunkohlenrevier in Trimmelkam hat einen Umbau der Abbaufrenten vornehmen müssen — das ist ein Vorgang, der sehr viel Zeit in Anspruch nimmt —; dadurch ist die Förderung zurückgegangen. Bis Ende dieses Jahres wurden 349.400 Tonnen gefördert, das sind um 23.500 Tonnen weniger, als für 1969 geplant war. Dieser Rückgang ist insofern bedauerlich, als vorgesehen war, daß die Braunkohle aus dem Salzburger Raum in die Steiermark und nach Kärnten verfrachtet werden solle.

Bei der Sakog sind derzeit 533 Arbeiter — das sind um 38 weniger als im Vorjahr — und 82 Angestellte — das sind um 3 weniger — beschäftigt.

Es gibt noch einen privaten Kohlenbergbau. Bis Ende 1969 wurden dort 2300 Tonnen von 7 Beschäftigten zu Tage gebracht.

Soweit die Kohlensituation in allen unseren österreichischen Kohlenrevieren.

Es gab seit 1960, seitdem die ersten Schwierigkeiten im Kohlenbergbau aufgetreten sind, viele Diskussionen und Vorschläge über die Verhinderung oder Verminderung oder über die Beendigung dieser Schwierigkeiten. Es war oft die Frage gestellt — wir haben im Hohen Haus oft darüber gesprochen —: Zusperrern oder eine sinnvolle Bergbauförderung? Um diese zwei Fragenkomplexe bewegte sich dann immer wieder die Diskussion.

Einen besonderen Diskussionsbeitrag hat ein gewisser Herr Peter Feldl in seinem Buch „Schläft Österreich?“ geliefert. Der „Kurier“ hat zusammengefaßte Auszüge in einer Serie im Oktober des heurigen Jahres veröffentlicht, allerdings mit dem Bemerkten, daß der Autor in vielen Punkten nicht die Ansicht der „Kurier“-Redaktion zum Ausdruck bringt. Der „Kurier“ hat ferner angeregt, man möge zu dieser Serie kritische Stellungnahmen abgeben.

Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten möchte ich einige kurze Passagen aus diesem Auszug zur Verlesung bringen. Es war schon die Überschrift bezeichnend, die gelautet hat: „Kohlengruben: Eine Million pro Arbeiter wäre billiger.“

Wir haben diesen Zeitungsartikel auch am vergangenen Freitag bei der Jubilarehrung in Rosenthal den Bergbaujubilaren zur Kenntnis gebracht. In diesem Artikel heißt es:

„Die politischen und ökonomischen Gegebenheiten haben sich noch niemals so schnell verändert wie in unserer Zeit. Daher ist die Anpassung der Wirtschaftsstruktur

14098

Nationalrat XI. GP. — 164. Sitzung — 9. Dezember 1969

Pay

eines Landes an die sich ändernden Bedingungen die wichtigste Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Wohlstandes.“ „Überholte Produktionen“ müssen aufgegeben, „und dafür andere entwickelt“ werden.

Es wird dann davon geschrieben, wie wenig sinnvoll die Energieversorgung und die Energiepolitik betrieben wurden, und es heißt dann weiter:

„Beginnen wir mit der ‚alten‘ Art der Energieversorgung, dem Kohlenbergbau. In den Jahren 1947 bis 1951 wurde da viel Geld investiert. Mit Recht — wegen der hohen Frachtkosten ausländischer Kohle war der bei uns selbst gewonnene Brennstoff trotz seines niedrigen Heizwertes“ — was übrigens gar nicht genau stimmt — „konkurrenzfähig. Ohne eigene Kohlenförderung wäre der Wiederaufbau der Wirtschaft viel schlechter, wenn überhaupt, gelungen.“

Aber schon 1958“, schreibt der Autor weiter, „war es völlig klar, daß der wesentliche Teil der österreichischen Kohlenförderung aufzugeben sei. Dieser Erkenntnis wurde teilweise entsprochen; man schloß einige Gruben — aber nicht alle, die geschlossen werden mußten. Als Begründung dafür wird die Schwierigkeit der Unterbringung von Bergarbeitern angegeben.“

„Man hat“, so schreibt er weiter, „um diesen Arbeitern ihren angestammten Platz zu erhalten, Milliarden an Subventionen ausgegeben. Die genaue Zahl läßt sich, da die staatliche Stützung auf verschiedenen Linien erfolgte, nicht errechnen; größenordnungsmäßig“, schreibt dieser Herr Feldl weiter, „wird es aber eine Million Schilling pro Arbeitsplatz gewesen sein.“

Demnach überstieg die Höhe der Subventionen aus Steuergeldern jene der Summe der gezahlten Löhne. Es wäre billiger gekommen, die unrentablen Gruben zu schließen und den freigestellten Arbeitern ein ganzes Jahrzehnt den Lohn weiterzuzahlen. Man hätte aber auch jeden einzelnen Arbeiter mit einer Million Schilling abfertigen können.“

Das ist die „Weisheit“, die dieser Herr in seinem Buch „Schläft Österreich?“ von sich gegeben hat. Das ist eine unsinnige Argumentation, die meiner Meinung nach von keiner Sachkenntnis getrübt ist und selbstverständlich zur Entgegnung herausfordert, obwohl ich wiederum sagen möchte, daß dieser Herr meiner Meinung nach kein Gesprächspartner über Fragen des Kohlenbergbaues ist.

Nun hat aber der „Kurier“ eine sehr große Auflage, er ist weit verbreitet in Österreich, und ich möchte im Interesse des heimischen

Kohlenbergbaues als wirtschaftlicher Faktor, im Interesse der Beschäftigten des Kohlenbergbaues und der Bevölkerung der Kohlenbergbaugebiete in der Steiermark, in Oberösterreich und in Salzburg mit aller Entschiedenheit feststellen: Die Milchmädchenrechnung des Herrn Feldl ist eine Irreführung der österreichischen Bevölkerung.

Ich muß noch einmal einige Passagen aus diesem Artikel wiederholen. Unter anderem: „1958 war es völlig klar, daß der wesentliche Teil der österreichischen Kohlenförderung aufzugeben sei.“ — Das war zu jenem Zeitpunkt, als die Kohlenförderung 7,1 Millionen Tonnen betragen hat, es keine besonderen Absatzschwierigkeiten bei Grob- und Industriekohle überhaupt gegeben hat, sondern nur die Situation auf dem Feinkohlenbergbau begonnen hat, sich zu verschlechtern. Aber er hat trotzdem geschrieben, 1958 sei es schon klar gewesen, daß man die österreichische Kohlenförderung aufgeben muß.

Man habe Milliarden an Subventionen ausgegeben, war eine weitere Behauptung in diesem Zeitungsartikel. Ich habe mir die Bergbauförderungsmittel herausgeschrieben, die der Bund dem österreichischen Kohlenbergbau seit 1953 bis 1970 zur Verfügung gestellt hat. Von 1953 bis 1962, bis zur Beschlußfassung des Bergbauförderungsgesetzes, das im Juli 1963 hier beschlossen worden ist, bis zu diesem Zeitpunkt betrug die gesamte Unterstützung durch den Bund, die gesamte Förderung sage und schreibe 20 Millionen Schilling.

Es waren teilweise Jahre darunter, in denen der Bergbau 400.000 oder 500.000 S bekommen hat. Erst ab 1963 — da waren die Schwierigkeiten schon bedeutend größer — wurden die Beträge für die Bergbauförderung nach diesem Gesetz, das wir einhellig hier beschlossen haben, erhöht. Von 1963 bis zum Ansatz 1970 — zusammen 53 bis 62 — beträgt die Gesamtsumme 679 Millionen Schilling, wovon 34,7 Millionen Schilling für den Buntmetallbergbau verwendet wurden.

Man kann also wirklich nicht davon sprechen, wie es dieser Mann getan hat, daß Milliarden Schilling an Subventionen für den österreichischen Kohlenbergbau ausgegeben wurden.

Man hätte — hat er dann weiter geschrieben — jeden einzelnen Arbeiter mit einer Million Schilling abfertigen können. Das hätte, wenn man die Zahl von 7109 Beschäftigten Ende 1968 nimmt, eine Abfertigung in der Höhe von 7,1 Milliarden Schilling bedeutet. Auch wieder eine — ich will mich sehr vorsichtig ausdrücken — volkswirtschaftlich sehr gewagte Behauptung. Oder, was er als Alter-

Pay

native angeregt hat, eine Lohnfortzahlung ein Jahrzehnt hindurch an die freigestellten Arbeiter.

Ich habe mich aus zwei Gründen mit dieser sogenannten Wirtschaftsauffassung beschäftigt. Zuerst deshalb, weil es im Zuge der langjährigen Diskussionen immer wieder bestimmte Kreise gegeben hat, die die Meinung vertreten hatten, man könnte doch zusperrern. Das wäre, wie es auch in der „Presse“ einmal gestanden ist, sinnvoller und finanziell tragbarer als die Weiterführung der Kohlenbetriebe.

Zweitens möchte ich jetzt an den Herrn Bundesminister die Frage stellen: Warum hat eigentlich Ihr Ministerium, Herr Bundesminister, und warum hat die Oberste Bergbehörde dem „Kurier“ keine Informationen über den tatsächlichen Sachverhalt des Kohlenbergbaues zur Verfügung gestellt? Der Artikel ist am 10. Oktober erschienen. Meiner Meinung nach wäre es richtig und sinnvoll gewesen, von der für den Kohlenbergbau zuständigen Stelle eine Antwort zu erteilen. Ich glaube kaum, daß Sie keine Pressestelle in Ihrem Ministerium haben. Ich glaube auch, daß Ihnen so wie jedem anderen Minister Mittel für solche Aufklärungsarbeiten zur Verfügung stehen.

Von diesem Pult aus hat der Herr Bundeskanzler immer wieder erklärt, wenn wir ihn über die Herausgabe von Zeitschriften und Zeitungen gefragt haben, man müsse die Bevölkerung informieren. Hier wäre wirklich Anlaß gewesen, die österreichische Bevölkerung über den tatsächlichen Stand des Kohlenbergbaues zu informieren. Das ist nicht geschehen. Wir wissen: Wenn Sie an Informationen denken, denken Sie hauptsächlich an Propaganda und an Wahlwerbung, die diese Regierung schon seit geraumer Zeit immer wieder vornimmt. Wir Sozialisten haben dies in diesem Haus schon in der Fragestunde bei anderen Anlässen aufgedeckt.

Bei der Durchsicht des Teilheftes zu dem Kapitel, das wir jetzt behandeln, bin ich auf einige sehr interessante Ausgabenposten gestoßen. Diese Ausgabenposten müßten eigentlich dafür da sein, auch solche Informationen herauszugeben, die der Richtigstellung eines Sachverhaltes dienen. Ich habe gefunden auf Seite 8, Post Nr. 4570, Ausgaben: Druckwerke 1969: 650.000 S, 1970: 850.000 S, auf Seite 11 1969: 35.000, 1970: 50.000. Auf Seite 19 fand ich unter der gleichen Post 1969: 20.000 S, 1970: 360.000 S. Auf Seite 21 fand ich 1969: 12.000, 1970: 26.000 S. Auf Seite 16 fand ich unter Post 7280 unter „Werbemaßnahmen“ im Jahre 1968 überhaupt keinen Betrag, im

Jahre 1969 1000 S und 1970: 350.000 S. Vergleicht man diese beiden Zahlen, nämlich die Erinnerungspost von 1000 S und den tatsächlich eingesetzten Betrag von 350.000 S, dann muß man sich wirklich sagen: Bei diesen 1000 S im Vorjahr scheint unsichtbar eine Fußnote angebracht gewesen zu sein: 1970 muß man für Werbemaßnahmen mehr Geld ausgeben, weil es ja schließlich das Jahr der Nationalratswahlen ist.

Weitere interessante Posten: Unter „Druckaufträge an Dritte“ sind auf den Seiten 9, 11, 19, 21 und 23 wiederum große Beträge. Eine Erhöhung von 126.000 S im Jahre 1969 auf 630.000 S im Jahre 1970 beziehungsweise von 2000 auf 3000 S und von 20.000 auf 60.000 S. Faßt man die Ausgabenposten „Druckaufträge an Dritte“, „Druckwerke“ und „Werbemaßnahmen“ zusammen, dann wurden dafür 1969 1.081.000 S und für 1970 2.544.000 S eingesetzt.

Ich glaube, daß in diesen Beträgen schon genug enthalten gewesen wäre, daß man dem „Kurier“ oder der österreichischen Bevölkerung in anderer Form auf die Ausführungen, von denen ich vorher gesprochen habe, hätte Antwort geben können.

Wie sieht es nun mit der Bergbauförderung im Bundesvoranschlag für 1970 aus? Die Kreditansätze wurden nur für den Buntmetallbergbau leicht erhöht, und zwar um 300.000 S. Die Ansätze für die Förderung des Kohlenbergbaues wurden gegenüber dem Jahr 1969 um 25 Millionen Schilling verringert! Diese Kürzung ist deshalb unverständlich, Herr Minister, weil es sich doch bis nach Wien schon durchgesprochen haben muß, wie schwierig die Situation seit Frühjahr beim Karl-Schacht-Tagbau I ist. Es ist als Abgeordneter dieses Gebietes meine Aufgabe, hier im Hohen Hause darauf einzugehen.

Der Betriebsrat, die Markscheiderei und alle Kollegen, die sich in diesem Revier befinden, haben sich mit der Situation des Karl-Schachtes I sehr eindringlich beschäftigt. Sie haben ein Memorandum ausgearbeitet und es den verschiedenen Stellen zugeschickt. Ich will es nur ganz kurz und auszugsweise zitieren. Hier heißt es:

„Infolge der dauernden Rutschungen des Abraumes ist der Tagbau in eine Lage geraten, die eine grundlegende Entscheidung in bezug auf die weitere Gestaltung des Betriebsgeschehens fordert. Derzeit werden Untersuchungen von Sachverständigen durchgeführt, deren Zweck es ist, die Größe des Böschungswinkels zu finden, bei welchem ein Stillstand der Rutschungen angenommen werden kann.“

„... das Hauptaugenmerk muß darauf gerichtet werden, daß die Rutschmassen im Westen

Pay

schnellstens weggebaggert werden, um eine Gewichtsentlastung zu erreichen.“

Diese Gewichtsentlastung ist nicht nur für den Abraum im Tagbau notwendig, sondern vor allem für den Abbau in der Grube. Der Tagbau Karlschacht befindet sich genau über der Grube Karlschacht. Das heißt: Je größer die Rutschungen sind, die in diesen Trichter hineinkommen, umso größer wird der Druck, der auf die Grubenförderung ausgeübt wird. Deshalb ist es auch notwendig, daß man sich über diese Fragen Gedanken macht und Abhilfe schafft. Denn in diesem Trichter des Tagbaues Karlschacht sind noch 2,2 Millionen Tonnen sehr guter Kohle vorhanden mit einem ungefähren Heizwert von 3600 Kalorien. Es ist also eine wirklich große Substanz, und es wäre schade — das schreiben auch die Betriebsräte, die das Memorandum ausgearbeitet haben —, dieses Vermögen nicht abzubauen oder, wie man daran denkt, unter Umständen den Abbau grubenmäßig durchzuführen. Das würde aber bedeuten, daß man diese Substanz von 2,2 Millionen Tonnen nicht herausbringt, sondern höchstensfalls 1,5 bis 1,6 Millionen Tonnen, während bei einer echten Tagbauförderung die gesamte Kohle bis zu 96 oder 98 Prozent herausgeholt werden kann. Dabei muß man auch wieder sagen, daß die Gesteungskosten im Abbau über Tag bei ungefähr 130 S liegen, im Abbau unter Tag bei ungefähr 190 S. Es ist schon von Vorteil, wenn es gelingen könnte, diese Rutschungen zu stabilisieren und abzuräumen, um eine echte Förderung dann im Tagbauwege fortsetzen zu können. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Ich habe im Finanz- und Budgetausschuß auch an den Herrn Minister Dr. Weiß in diesem Zusammenhang eine Anfrage gerichtet. Ich habe den Herrn Minister gebeten, mir schriftlich seine Stellungnahme bekanntzugeben. Ich habe diese Stellungnahme erhalten und danke dafür. Ich möchte davon einiges hier kurz zur Kenntnis bringen. Es heißt:

„Im Tagbau ‚Karl-Schacht I‘ der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft kam es zu gefährlichen Rutschungen, die ein solches Ausmaß annahmen, daß seitens der Firmenleitung Sachverständige zur Untersuchung beigezogen werden mußten. Sollten die Gutachter zu dem Ergebnis kommen, daß der tagmäßige Abbau infolge einer akuten Gefahr für die Sicherheit der dort Beschäftigten nicht mehr weitergeführt werden kann, so müßte diese Substanz im Tiefbau gewonnen werden. Es besteht auch die Möglichkeit“ — diese Möglichkeit vertreten wir und vertreten auch die Belegschaftsvertreter — „daß die Sachverständigen zu dem Ergebnis kommen, daß die Rutschungen dann zum Stillstand kommen

beziehungsweise mit Sicherheit beherrscht werden können, wenn der Böschungswinkel flacher gestaltet wird. Dies hätte jedoch eine Mehrkubatur an Abraummenge zur Folge, wobei in den ersten beiden Jahren das taube Material relativ größer werden würde. In diesem Falle wäre für die erste Zeit eine Vorfinanzierung in der Größenordnung zwischen 50 und 80 Millionen Schilling erforderlich, die im dritten und vierten Jahr wieder ausgeglichen werden könnte.“

Es wäre also hier eine echte Übergangslösung in Form einer echten Bergbauförderung oder einer Kreditgewährung notwendig, damit man imstande ist, im Verlaufe von zwei oder drei Jahren das Problem endgültig aus der Welt zu schaffen.

Ich möchte nochmals darauf aufmerksam machen — das muß man immer wieder erklären, weil es den Zusammenhang besser aufscheinen läßt —, daß der Tagbau wesentlich geringere Gesteungskosten aufweist als jeder Untertagabbau. Wir alle im Revier wissen, das haben wir bei den Barbara-Feiern, bei den Ansprachen und bei den Berichten aller Betriebsleitungen, und zwar auch bei den Berichten der Grubenbetriebe, gehört, daß es notwendig ist, den Tagbau doch wieder in die Höhe zu bringen, weil dieser Tagbau „Karl-Schacht I“ durch lange Jahre hindurch immer dazu beigetragen hat, die Gesteungskosten im ganzen Revier auf einer Linie zu halten, die es ermöglicht hat, daß es im Graz-Köflacher Kohlenrevier keine roten Zahlen in der Bilanz gegeben hat. Wir haben die roten Zahlen in der GKB erst seit dem Zeitpunkt, als der Bergbau Fohnsdorf zur GKB dazugekommen ist. Aber auch die Defizitzahlen des Bergbaues Fohnsdorf — mein Parteifreund Kollege Schlager hat das hier angeführt — waren nie ganz echte Zahlen, weil sie zwischen 23, 32 und 48 Millionen geschwankt haben. Bei Durchsicht dieser Bilanzen ist man daraufgekommen, daß man in diese Zahlen Dinge hineingenommen hatte, die alles andere als korrekt und richtig waren. Das möchte ich so nebenbei gesagt haben.

Es ist also eine wirtschaftliche Notwendigkeit, wenn wir für das Köflacher Revier in dieser Form vorsorgen, daß dieser Abraum getätigt wird. Es hängen immerhin am Tagbau

Karl-Schacht nicht nur die dort beschäftigten Tagbauarbeiter, das sind an die 180 Arbeiter, sondern es sind auch 120 Beschäftigte der Firma Bau-AG Negrelli, die in diesem Revier die Abraumarbeiten durchführen. Auch für diese Menschen bedeutet die Weiterführung des Abraumes eine Sicherung der Beschäftigung auf Jahre hinaus.

Pay

Abschließend möchte ich für das Graz-Köflacher Kohlenrevier noch etwas verlangen — ich habe schon davon gesprochen —, und das ist die Inangriffnahme der Aufschließungsarbeiten des Unterflözes im Bergbau Zangtal. Hier liegen noch große Kohlenmengen, die gutemäßig weit über den Stromkalorienwert hinausgehen. Auch hier wird man an eine Förderung denken müssen. Es ist daher notwendig, hierfür Bergbauförderungsmittel in Anspruch zu nehmen, beziehungsweise wir brauchen sie dazu. Ebenso sind notwendige Voruntersuchungen in der Piberer-Mulde vorzunehmen, weil auch dort ein abbaufähiger Kohlenstock in der Größenordnung von ungefähr 3 Millionen Tonnen vorhanden sein soll.

Das sind die Gründe, warum Bergbauförderungsmittel bereitgestellt werden müssen. Ich bedaure es, daß im Bundesvoranschlag für 1970 diese Bergbauförderungsmittel nicht hinauf-, sondern heruntergesetzt worden sind.

Zum Schluß möchte ich einige Sätze zum Preis und zur Gedingesituation im Kohlenbergbau vorbringen. Das eine hängt unmittelbar mit dem anderen zusammen. Der Kohlenpreis war für sehr lange Zeit ein auf der politischen Ebene ausgehandelter Preis. Das wissen wir alle. Es hat jahrelang, ich möchte sagen, fast über ein Jahrzehnt, überhaupt keine Erhöhung des Kohlenpreises gegeben. Erst später sind geringe Preiskorrekturen vorgenommen worden. Diese günstige Preislage hat es nach 1945, 1948, 1950 und um 1953 ermöglicht, unsere Wirtschaft mit Kohlen so zu beliefern, daß der Wiederaufbau richtig forciert werden konnte. Es hat sich also um eine Preissituation gehandelt, die auf Grund volkswirtschaftlicher Überlegungen in dieser damaligen Höhe festgelegt wurde. Auch das muß man sagen und in Erinnerung bringen, wenn man über den österreichischen Kohlenbergbau spricht.

Es hat vor kurzem eine Koordinierungsbesprechung, eine Besprechung, die zwischen den Bergbaugesellschaften, dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, der Obersten Bergbaubehörde und dem Fachverband der Bergwerke und der ÖIG jeweils stattfindet, wiederum gegeben. Diese Koordinierungsbesprechung hat sich in Punkt 6 dieser Aussprache mit der Frage des Preisantrages auf eine durchschnittliche Erhöhung von 20 S pro Tonne beschäftigt. Sie hat diese Frage diskutiert und wird sie wahrscheinlich der Paritätischen Kommission übergeben. Bei dieser Diskussion wurde gleichzeitig die Frage eines Winter- und Sommerpreises zur Diskussion gestellt und behandelt, ohne daß dabei etwas Greifbares herausgekommen wäre. Man kann also feststellen, daß die Preisfrage beim

Kohlenabsatz sehr lange stabil war und daß hier auch die großen Leistungen für die österreichische Volkswirtschaft zum Ausdruck gekommen sind.

Wie sieht es nun im Gedinge der Kohlenbergarbeiter aus? Auch dazu möchte ich ein ernstes Wort sagen, weil es am vergangenen Samstag und Sonntag bei den Jubilarehrungen und bei den Barbara-Feiern ausgesprochen wurde: die Produktivität im österreichischen Kohlenbergbau ist wesentlich gestiegen. Die Mechanisierung spielt dabei sicherlich eine große Rolle. Das ist uns bekannt. Ich habe bei Grubenbefahrungen kennengelernt, wie der moderne Abbau jetzt vor sich geht. Ich weiß, welche Maschinen, Schremmaschinen, Panzerketten und so weiter, da verwendet werden und daß der Einsatz dieser modernen Maschinen sicherlich eine große Rolle spielt. Aber die Bedienung dieser Maschinen und dieser Förderanlagen im Strebabbau verlangt mehr Leistung und eine konzentriertere Leistung, als sie früher von dem einzelnen Bergmann gefordert wurde. Das verlangt eine Teamleistung; das heißt, jeder muß mitziehen, da kann keiner auf der Seite stehen. Es ist daher mit diesen Maschinen beim Abbau eine bedeutende Anstrengung und Leistung verbunden.

Man soll nicht übersehen, daß diese Produktivität auch durch Zahlen untermauert werden kann. 1957 — ich habe es bereits einmal erwähnt — waren es 18.226 Beschäftigte mit einer Förderung von 7,1 Millionen Tonnen. 1969, also für die heurigen elf Monate nur, 6415 Beschäftigte mit einer Förderung von 3,5 Millionen Tonnen. Das heißt also zwei Drittel weniger Beschäftigte und ein Rückgang der Förderung nur um die Hälfte. Eine echte Leistung im Kohlenbergbau!

Aus dem dritten ÖIG-Bericht des heurigen Jahres auf Seite 14 möchte ich nur drei Zahlen entnehmen. Umsatz je Beschäftigten in 1000 S: im ersten Halbjahr 1967 im Kohlenbergbau insgesamt 50,8 und im ersten Halbjahr 1968 56,5. Auch wieder zwei Zahlen, die beweisen, daß eine echte Produktivitätssteigerung im Kohlenbergbau vorhanden ist.

Nicht gleich ist aber die Entwicklung der Gedingelöhne. Es gibt heute im Kohlenbergbau Gedingelöhne, die anzuheben wären. Wenn man die Situation am Preissektor anschaut, wenn man die Entwicklung der Preisschere betrachtet, dann muß man sehr deutlich und sehr genau feststellen, daß dieses Gedinge geändert werden muß. Man soll nachher, wenn die Bergarbeiter mit dieser berechtigten Forderung und mit diesem berechtigten Verlangen kommen, nicht wieder das gleiche sagen, was man immer wieder hört, daß durch die Ent-

Pay

wicklung der Löhne die Preise steigen werden. In diesem Fall, das möchte ich sehr deutlich zum Ausdruck bringen, ist das umgekehrt; das ist auf jeden Fall bewiesen.

Ich möchte hier auch sagen, daß es eine Unruhe in den Kohlenrevieren über die Steigerung der Lebenshaltungskosten gibt. Diese Unruhe ist berechtigt und sie wird immer mehr zunehmen, wenn nicht Möglichkeiten der Abhilfe geschaffen werden.

Als Sprecher der sozialistischen Parlamentsfraktion habe ich hier für den österreichischen Kohlenbergbau keinen unerfüllbaren Forderungskatalog aufgestellt. Ich habe von den Sorgen und Problemen dieser Menschen gesprochen, die so viel für unser Land getan haben, und ich kann im Namen dieser österreichischen Kohlenbergarbeiter sagen, daß die Bergbauförderung zu gering ist, daß diese Regierung ihre Aufgabe auch auf diesem Gebiet nicht erfüllt hat und daß das auch ein Grund ist, weshalb wir Sozialisten dieses Kapitel des Bundesvoranschlages ablehnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grundemann-Falkenberg. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Grundemann-Falkenberg (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Es war auffallend, daß schon in den Beratungen im Finanz- und Budgetausschuß, aber auch heute beinahe jeder Redner die Angelegenheit und die Fragen des Fremdenverkehrs erwähnt hat, ja zwei Redner haben sich ausschließlich mit diesen Fragen befaßt. Ich glaube, es war auch im Finanzausschuß der Kollege Pay der einzige, der nicht über das sprach. Erlauben Sie mir daher, daß ich auch als Vertreter der Gemeinden auf diese Frage noch einmal zurückkomme und zu dem auch noch ein bißchen etwas zu sagen habe.

Wie interessant die Ziffern aus dem Fremdenverkehr sind, sehen Sie aus den Statistiken und aus den Prognosen der OECD. Wenn man dort zum Beispiel lesen kann — und mir stehen die Unterlagen der Jahre 1967, 1968 und zum Teil auch das Jahre 1969 zur Verfügung —, daß 138 Millionen Menschen jährlich in der Welt auf Urlaub in andere Länder gehen, wenn es dort heißt, daß allein 50 Millionen in Europa in anderen Ländern Erholung suchen, und wenn man dort auch hört, daß dieser Fremdenverkehr von Jahr zu Jahr um 10 Prozent zunimmt und daß er daher wahrscheinlich im Jahre 1979 allein in Europa 100 Millionen Menschen in Bewegung bringen wird, dann glaube ich, ist es verständlich, wenn man sich sagt, daß der

Fremdenverkehr besondere Beachtung verdient.

Es ist aber auch begreiflich und verständlich, wenn wir uns als Österreicher sagen, daß sich auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs für uns eine Reihe von Konsequenzen und vor allen Dingen eine Reihe von Fragen von besonderer Bedeutung ergeben.

Ich möchte noch eine Zahl aus dem Jahr 1967 erwähnen, ebenfalls dem OECD-Bericht entnommen. In diesem Jahre wurden die Einnahmen des Fremdenverkehrs in Europa allein mit 8,5 Milliarden Dollar berechnet, also eine gewaltige Ziffer, die wir fast nicht umrechnen können, und das nur im internationalen Verkehr. Der Binnentourismus war darin nicht eingerechnet.

Es bestehen in Europa natürlich große Unterschiede in der touristischen Wertigkeit. Klima, Topographie, Geographie spielen hier eine Rolle und bringen immer mehr und mehr eine Selektion in Touristenabgabe- und Touristenaufnahmeländer. Unter den mitteleuropäischen Ländern zählen die Beneluxstaaten und Schweden eindeutig zu den Abgabeländern. Innerhalb der Aufnahmeländer ist ein Unterschied zu machen zwischen jenen des Sommertourismus und jenen des Wintertourismus. Sommertourismus haben begreiflicherweise diejenigen Länder, die ein Meer an ihren Grenzen haben. Beim Wintertourismus — und das ist für Österreich von einer ganz besonderen Bedeutung — haben wir die Konkurrenz anderer Länder, wie etwa von Bayern, der Schweiz und Frankreich.

Wie stark aber diese Urlaubsentwicklung ist, möchte ich vielleicht mit noch einer Ziffer illustrieren: Im Rezessionsjahr 1967 betrug die Zunahme am Tourismus hier in Österreich allein wieder 5 bis 7 Prozent.

Immerhin ist es aber auch interessant, die Entwicklung in anderen Ländern anzusehen. Hier liegen mir die Ziffern für 1968, teilweise auch für 1969 vor. Hier sehen wir, daß in fast allen Fremdenverkehrsländern Europas der Tourismus zunahm, Ausnahmen bildeten lediglich Frankreich und begreiflicherweise die Tschechoslowakei.

In Deutschland allein stieg die Zunahme an Touristen von 27 Prozent im Jahre 1962 auf über 50 Prozent im Jahre 1968. Der Urlaub im Ausland gehört dort praktisch schon zum Normalverbrauch. Im Februar 1969 hatten bereits 42 Prozent der Deutschen ihren Urlaub fertig geplant. Das gibt natürlich für Österreich auch eine Reihe von Konsequenzen, schon gar, da Österreich ja immer schon zu den bevorzugten Reiseländern der Deutschen gehört hat.

Grundemann-Falkenberg

Und wieder eine Ziffer — verzeihen Sie mir die vielen Zahlen, aber sie sind immerhin instruktiv —: Die Deutschen haben im vergangenen Jahre 876 D-Mark pro Kopf nur für die Touristik ausgegeben. Und das steigt und wächst von Jahr zu Jahr.

Die Reiseausgaben im Verhältnis zum Einkommen sind ebenso bemerkenswert. Sie liegen zwischen 4 Prozent in Belgien und 7 Prozent in der Schweiz. In Österreich betragen sie 4,9 Prozent.

Und jetzt noch eine Bemerkung dazu: Es ist eine Tatsache, daß die von den Amerikanern bevorzugten Länder Frankreich, Deutschland und Irland waren. Und warum? Weil dort — und daran ist der Amerikaner gewöhnt — die Möglichkeit der Zureise mit dem Flugzeug am ehesten gegeben ist. Sie sehen das aber auch daraus, daß eine wesentliche Zunahme des Fremdenverkehrs in den letzten Jahren nach Spanien und Portugal stattgefunden hat, also in jene Länder, die leicht mit einem Flugzeug zu erreichen sind.

Meine Damen und Herren! Ich will Sie nicht mit allzu vielen Ziffern langweilen, aber wenn man all diese Ziffern hört oder liest, so begreift man die Sorgen der Verantwortlichen auf diesem Gebiet. Ich kann Ihnen aber noch eine Ziffer nicht ersparen, nämlich jene der Devisenein- und -ausgänge. Das ist zwar schon erwähnt worden, aber von dem Saldo war keine Rede. Ich glaube, einer meiner Vorredner hat gesagt, daß sie im Jahre 1968 in unserem Land als Eingänge beinahe 18 Milliarden Schilling betragen haben, der Ausgang 6688 Millionen, also das, was die Österreicher nach dem Ausland getragen haben. Der Saldo beträgt demnach über 11 Milliarden Schilling. Wie man hörte, wurde heute vom Herrn Handelsminister die Ziffer für 1969 von 18 Milliarden genannt. Das sind aber nur Ziffern der gegenwärtigen Tatsachen, nicht die Ziffern der Erwartung. Die Ziffer der Erwartung dürfte wirklich bei etwa 20 Milliarden Schilling liegen.

In diesem klassischen Reiseland Österreich verdienen eine Reihe von Branchen am Fremdenverkehr. Abgesehen vom Eingang ausländischer Zahlungsmittel werden Teile der Erträge via Steuern an den Staat abgeliefert. Hören Sie die Ziffern des Jahres 1967. Da sind allein 17.633 Millionen Schilling an Steuern bezahlt worden — nur vom Fremdenverkehr her! Nach der OECD-Statistik, noch einmal für dieses gleiche Jahr, es war ein Rezessionsjahr, stand Österreich mit einem Saldozuwachs in Dollar gerechnet an dritter Stelle der europäischen Länder nach Italien und nach Spanien. Es besteht daher gar kein Zweifel, daß

Österreich zur Spitzengruppe der Fremdenverkehrsländer gehört. Nebenbei: Die Abdeckung des Handelspassivums durch den Fremdenverkehr betrug im Jahre 1968 84 Prozent.

In der Entwicklung hat naturgemäß der Winterreiseverkehr die größere Bedeutung für die Ausländer. Man soll aber auch nicht vergessen, daß sich unter den Ausländern nicht nur lauter Millionäre befinden, sondern eine erkleckliche Zahl solcher Menschen, die genau rechnen müssen, so wie wir. Ich möchte aber auch behaupten, daß der Sommerreiseverkehr für Inländer von Jahr zu Jahr mehr an Bedeutung gewinnt. Hier ist es nicht nur das finanzielle Ergebnis, das diesen Sommerreiseverkehr interessant macht, sondern auch der Umstand, daß wir doch bemüht sein sollen, insbesondere der minderbemittelten Stadtbevölkerung Möglichkeiten zu schaffen, die auch ihr Erholung von der zunehmenden Hektik des Lebens in der Stadt bringen können.

Welche Entwicklungsmöglichkeiten der Wintertourismus nehmen kann, wenn man es versteht, die Probleme richtig zu steuern, zeigt eine Aussendung der Region Zell am See-Kaprun. Das sind zwei Gemeinden, die sich zusammengeschlossen haben. Es ist interessant, daraus zu ersehen, wie hoch die Einnahmen, wie hoch aber auch die Leistungen von seiten dieser beiden Gemeinden in diesen letzten Jahren waren. Ich darf Ihnen nur diese Ergebnisziffern sagen. Die mit dem Fremdenverkehr zusammenhängenden direkten Einnahmen der Gemeinden ohne die Ertragsanteile aus dem Finanzausgleich betrugen in den letzten Jahren allein 21.406.000 S. Die Ausgaben, die diese beiden Gemeinden leisteten — und nun hören Sie da diese Ziffern — stehen gegenüber diesen Einnahmen von über 21.000.000 S mit 53.304.000 S zu Buch. Das sind natürlich Ausgaben für die Wasserversorgung, für die Kanalisation, für den Wegebau, für Lawinenbauten, für Schneefräsen, für Schwimmbäder, für Grundkäufe zur Erhaltung von Skiabfahrten, für die Ortsverschönerung und dergleichen mehr. Wenn man diese Ziffern sieht, dann darf man sich nicht wundern, wenn den Gemeinden eine riesige Aufgabe erwächst. Allein diese Region Zell am See-Kaprun hat in den letzten Jahren für Neuanlagen und Umbauten 91.000.000 S und noch dazu 5.000.000 S für die Pistenverbesserung und Pistenmaschinen ausgegeben. Das sind Leistungen, die sich zweifellos sehen lassen können.

Und nun gestatten Sie ein Wort zum Sommertourismus. Immer wieder geistert die Frage der Industrialisierung durch die Gemeinden, aber auch durch die Reden der politischen Vertreter. Wo die Möglichkeiten einer Indu-

Grundemann-Falkenberg

ustrialisierung gegeben sind — bitte, richtig, dort soll man jede Möglichkeit ausschöpfen, um zusätzliche Arbeitsplätze durch die Industrialisierung zu schaffen. Aber mit Gewalt versuchen, Gegenden, die absolut dafür nicht geeignet sind, industrialisieren zu wollen, das, meine Damen und Herren, erweckt leider sehr stark den Verdacht, daß nur Hoffnungen genährt werden, die absolut unreal sind.

Ich frage mich nun: Würden Sie es wünschen, oder würde es die österreichische Bevölkerung wünschen, wenn unsere schönsten landwirtschaftlichen Gebiete, die Hoffungsgebiete des Fremdenverkehrs, plötzlich vom Rauch der Fabriken, der Kamine beherrscht werden? Wohin soll dann unsere Bevölkerung eigentlich — und das frage ich Sie — in Urlaub gehen? Da werden sie dann wahrscheinlich in das Ausland fahren. Hier beim Ausbau des Fremdenverkehrs und seiner Einrichtungen liegen aber eine Menge Zukunftsaussichten in teilweise kaum erschlossenen Gegenden, wobei allerdings das dringende Erfordernis der Unterstützung der Gemeinden und selbstverständlich der privaten Unternehmer in erster Linie, unbedingt aber auch der Einschulung der Beherbergungsbetriebsinhaber, besteht.

Unter Hinweis auf die Ziffern der Region Zell am See-Kaprun darf ich hier wohl besonders betonen, wie wichtig die Unterstützung der Gemeinden erscheint, die Unterstützung in der Errichtung der Voraussetzungen für den Fremdenverkehr, die es erst dann ermöglichen, die private Initiative richtig zu mobilisieren.

Sehen Sie doch bitte einmal, meine Damen und Herren, den Erfolg der Aktion „Erholungsdörfer“ an, die erfreulicherweise von Nachfragen überflutet werden, auch aus dem Ausland. Weitere ähnliche Aktionen sind zum Teil schon erfüllt. Kollege Zittmayr hat heute vom „Urlaub auf dem Bauernhof“ gesprochen. Es ist eine Aktion im Werden für diejenigen Gemeinden, die bereit sind, kinderreiche Familien aufzunehmen; oder die Aktion des sogenannten Hobby-Urlaubs, wo die Möglichkeiten der Jagd, der Fischerei, des Reitens, des Wanderns und so weiter gegeben sind.

Eine bewegte Klage, die mein Vorredner Marberger schon ausführlich geschildert hat, kann ich nicht unerwähnt lassen: Das ist leider die Besteuerung der Beherbergungsbetriebe.

In diesem Zusammenhang aber auch ein kurzes Wort über die Gewerbepolitik. Es steht außer Frage, daß die Fremdenverkehrsunternehmen mit ihren Überstundenerfordernissen in eine schwierige Lage geraten sind. Dasselbe gilt für die Einführung der 40-Stunden-Woche, die ja jetzt ab 1. Jänner kommen soll. Es wird notwendig sein, Ausnahmerege-

lungen mit den Arbeitnehmervertretungen zu erzielen, obwohl auch hier die Frage der Gastarbeiter, so wie dies in anderen Ländern längst der Fall ist, großzügig zu behandeln ist.

Die erforderlichen Kredite im privaten und auch im öffentlichen Sektor — die sind heute schon wiederholt erwähnt worden, hier wohl ausschließlich für die Gemeinden — muß ich natürlich auch besonders berühren.

Ich darf hier vielleicht zur Rede des Herrn Abgeordneten Thalhammer ein paar Ziffern nennen, weil er auch einige dabei verwendet hat. Sie haben, Herr Kollege, davon gesprochen, daß der Verein zur Förderung des Fremdenverkehrs 51,9 Millionen Schilling im Jahr 1970 bekommen soll. Ich darf aufmerksam machen: Im Jahr 1968 waren es 37,2, im Jahr 1969 38,8 und heute sind es 51,9 Millionen. Aber etwas haben Sie vergessen zu sagen: Zu diesen 51,9 Millionen kommen noch 13 Prozent Länderbeitrag und 13 Prozent Kammerbeitrag. Wenn Sie das erwähnen, dann kommen sie auf etwas über 70 Millionen Schilling hinaus. Die Zinsenzuschüsse, die für private Unternehmen im Laufe der letzten zwei Jahre gegeben wurden und im nächsten Jahr vorgesehen sind, steigen von 15,4 Millionen Schilling im Jahr 1968 über 24,2 im Jahr 1969 auf 30,2 Millionen im Jahr 1970. Also eine Verdoppelung im Jahr 1970 gegenüber dem Jahr 1968.

Es ist auch schon erwähnt worden, daß die ERP-Mittel nunmehr im heurigen Jahr bis auf 170 Millionen Schilling angestiegen sind. Ich glaube da wohl sagen zu können: Ganz leicht hat sich der Herr Handelsminister die Geschichte nicht gemacht. Er hat sich einigermaßen raufen und darum kämpfen müssen, daß er eine so bedeutende Erhöhung bekommt. Wir werden in den nächsten Jahren hoffentlich noch etwas mehr bekommen können und werden auch dafür eintreten.

Mir wurde mitgeteilt, daß die Höhe der Kreditsumme der bewilligten Ansuchen seit 1960 992 Millionen Schilling betrug, davon für Beherbergungsbetriebe allein 652 Millionen. Auf Gewährung von Zinsenzuschüssen wurden bisher 2364 Ansuchen eingebracht, von denen 1952 Anträge erledigt wurden. Also immerhin eine Leistung, die sich einigermaßen sehen lassen kann.

Und nun hat — ich glaube, auch wieder der Kollege Thalhammer — über die Zinsenzuschüsse der Gemeinden gesprochen. Im Finanzausgleich 1967/68 war im § 18 eine Vorsorge dafür getroffen worden, daß der Finanzminister die Ermächtigung bekommt — ich sage ausdrücklich „die Ermächtigung bekommt“ —, die er bis dorthin nicht gehabt hat, solche

Grundemann-Falkenberg

Zuschüsse für einige Zwecke verwenden zu dürfen. Darunter zählt der Luftschutz, darunter zählt der Sport und darunter zählt auch der Fremdenverkehr in den Gemeinden.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß der heuer vom Finanzministerium dem Handelsministerium überwiesene Betrag nicht sehr groß ist. 2 Millionen Schilling, dazu 500.000 S für die Länder. Allerdings auch 800.000 S an Zinsenzuschüssen für die Gemeinden, die eigens ausgeworfen sind. Dieser Betrag ist nicht sehr bedeutend. Aber immerhin: Mit etwa 2 bis 3 Millionen Schilling läßt sich ein Volumen von etwa 100 Millionen Schilling mobilisieren. Das ist der erste Anfang dafür. Ich bin dankbar, daß dieser erste Anfang gemacht werden konnte, und ich bin auch überzeugt, daß er nicht der letzte sein wird, sondern daß wir in den kommenden Jahren immer mehr und mehr mit dem Ausbau dieser Zinsenzuschüsse erreichen können.

Meine Damen und Herren! Meiner Befriedigung darf ich aber ebenso auch Ausdruck verleihen über die Bereitwilligkeit einiger Banken, vor allen Dingen des Sparkassenverbandes und des Verbandes der Landeshypothekenanstalten, zur Bereitstellung beträchtlicher Kreditmittel.

Herr Kollege Thalhammer! Ich habe Ihnen einen Zwischenruf gemacht, als Sie erwähnten, daß der Städtebund das erreicht hat. Ich habe gesagt: Nicht allein der Städtebund! Ich möchte sagen, daß wir peinlich genau darauf bedacht sind, die Verdienste des einen oder anderen Partners nicht zu schmälern. Das war eine gemeinschaftliche Aktion des Städtebundes und des Gemeindebundes bei diesen drei Bankinstituten. Bei der Vorsprache mit den Bankinstituten im Finanzministerium bin ich — wenn Sie erlauben — allein dageigewesen. Da war niemand von der Gegenseite. Aber trotzdem weiß ich die Verdienste des Gegenpartners hier zu schätzen und weiß, daß wir eine Unterstützung bekommen haben.

Meine Damen und Herren! Natürlich richtet sich der Markt auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs wie überall nach Angebot und Nachfrage. Wenn man auch sagen muß, daß die Bereitwilligkeit für die Inanspruchnahme von Fremdenverkehrsleistungen von einer Reihe irrationaler Faktoren abhängig ist, wie etwa Meinung, Laune, Mode, das Klima, und vor allem auch der politischen Situation — siehe Tschechoslowakei —, nicht zuletzt aber den finanziellen Möglichkeiten. Dahingegen aber ist das Angebot von Einsatz großer Kapitalien bedingt, und — was man bedenken muß — es ist standortgebunden.

Das darf man wohl auch sagen: Jede Familie deckt in erster Linie den Bedarf an Ge-

brauchs- und Verbrauchsgütern, ehe Einkommensteile für den Urlaub abgezweigt werden können. Es wird daher das preisgünstigste Angebot gesucht, wobei die Unternehmen selbstverständlich der Konkurrenz des Auslandes gegenüberstehen. Da, höre ich, gibt es Weise auch in unserem Lande, die dafür eintreten, nur die Luxusorte zu unterstützen, damit die reichen Fremden daherkommen. Daß es nicht nur im eigenen Land, sondern auch im Ausland weniger Bemittelte gibt, daran denken diese Herrschaften scheinbar nicht. Ich bin der Auffassung und der Meinung, und das werde ich auch vertreten, daß man natürlicherweise die Luxusorte auch unterstützen soll, wo die reichen Fremden hinkommen, daß wir aber einen sehr großen Bereich vor uns haben, den Urlaub für die minderbemittelten Schichten des eigenen Landes und auch des Auslandes zu ermöglichen.

Jetzt darf ich auch noch ein Wort zu der bereits heute mehrfach erwähnten Werbung sagen: So wie es bei Produktionsbetrieben und auch im Ausland längst üblich ist, sollte der Fremdenverkehr eigentlich vier bis fünf Prozent des Umsatzes für Werbung aufwenden. Wenn auch heuer die staatlichen Mittel bedeutend erhöht und vergrößert wurden, scheint es mir, als ob in unserem Lande der Aufwand für die Werbung immer noch $\frac{1}{2}$ bis 1 Prozent des Umsatzes beträgt.

Dringend erforderlich scheint mir auch die Koordinierung der Werbung, wobei einige Grundregeln besonders beachtet werden müssen. Eine davon hat auch Kollege Thalhammer heute schon erwähnt: die Notwendigkeit der Wahrheit und die Notwendigkeit der Klarheit in der Werbung.

Ich weiß nicht, wer von Ihnen die Berichte über Mallorca gelesen hat, in denen es geheißen hat, daß die Deutschen hingefahren sind und dort vor die Situation gestellt waren, daß die längst bestellten Hotelzimmer einfach nicht frei waren, weil die Hoteliers in Mallorca die Vermietung zwei- und dreimal vorgenommen haben. Das, meine Damen und Herren, muß unweigerlich dazu führen, daß das Renomee eines solchen Fremdenverkehrsgebietes mit einem Schlage aufhört. Das können wir in Österreich bei Gott nicht riskieren. Nach dem Muster von Zell am See, das ich schon mehrmals erwähnt habe, kann ich mir durchaus auch einen Zusammenschluß von Gemeinden oder Interessenten in der Werbung vorstellen. Die Mundpropaganda erscheint mir aber von besonderer Bedeutung.

Und hier, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir ein vielleicht etwas böses Wort zu sagen: Wenn man sich fragt: Warum kommen denn die Fremden in unser Land herein?

Grundemann-Falkenberg

Wenn man sich fragt: Warum gehen die Fremden in die Gebirgsländer? — Weil sie schlafen wollen! Warum gehen sie ans Meer? — Weil sie baden wollen! Warum gehen sie nach Salzburg? — Weil sie die Festspiele und die Schönheit dieser prachtvollen Stadt sehen wollen! Warum gehen sie nach Rom? — Weil sie dort die alten Bauten besichtigen! — Warum nach Athen? — Weil sie dort dasselbe tun! Warum gehen sie nach Paris? — Weil sie dort den Louvre und die schönen Gebäude haben! (*Zwischenrufe bei der SPO. — Abg. Peter: Nicht ein paar Kostbarkeiten vergessen!*) — Warten Sie nur, auf was ich komme. Das wird Ihnen gar nicht so angenehm sein. — Warum gehen sie nach Madrid? — Und warum gehen sie nach Wien? (*Neuerliche Zwischenrufe.*) Na ja, ich frage mich das: Warum gehen sie nach Wien? — Sie wollen die Sehenswürdigkeiten dieser Stadt sehen. Sie wollen die Liebenswürdigkeit der Menschen dort in Wien genießen. Sie wollen den Heurigen in Grinzing sehen und sie wollen zweifellos — das zieht eine ganze Menge von Menschen und Fremden hier in diese Stadt Wien — die Attraktionen, die diese Stadt einzig zu bieten hat, genießen: die Spanische Reitschule und die Oper. Deswegen kann ich es nicht ganz verstehen, daß man gerade bei den Ziffern für die Dotierung der Oper immer wieder darauf hinweist: Das ist ein Defizitunternehmen! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Pittermann.*) So habe ich das vom Herrn Vorsitzenden der Sozialistischen Partei beim Linzer Gespräch im Fernsehen gehört: Andere Länder haben auch Opern, und die sind billiger!

Ja, meine Damen und Herren, sind wir uns nicht im klaren darüber, daß die Wiener Oper nicht nur eine europäische Attraktion, sondern eine Weltattraktion ist? Es gibt, das glaube ich mit Recht behaupten zu können, keine bessere Oper in der Welt überhaupt als die Oper von Wien!

Ich darf Ihnen hier ein Wort vor Augen halten, das mir der sozialistische Bürgermeister Defferre von Marseille einmal gesagt hat, und zwar nach einer Vorstellung in der Wiener Oper von Carmen. Er sagte mir: Ich habe Carmen in Madrid gesehen und in Paris, ich habe sie in der Metropolitan in New York gesehen und in der Scala in Mailand; aber eine derart großartige Carmenaufführung wie hier in Wien — das habe ich noch nicht gesehen!

Meine Damen und Herren! Ich glaube, das ist die Mundpropaganda, die wir brauchen. Dieser Bürgermeister Defferre, sollte er gefragt werden: Was haben sie in Wien Schönes gesehen?, wird wahrscheinlich die Vorstellung

in der Wiener Oper zweifellos einer besonderen Erwähnung unterziehen.

Eine Amerikanerin, die bei demselben Kongreß hier war, hat mir gesagt: Wenn es nur um die Damenspende gewesen wäre — das war ein Maria-Theresien-Taler — und um die Spanische Reitschule, hätte sich der Flug von Amerika nach Österreich schon rentiert!

Ja, meine Damen und Herren, das ist die Reklame, die wir brauchen. Das ist auch die Mundpropaganda, die wir drüben in den Vereinigten Staaten brauchen, damit Österreich in der Zukunft ein besseres Fremdenverkehrsland auch für die Amerikaner wird als etwa Island oder Frankreich oder Deutschland.

Ich möchte aber noch ein Wort anfügen über die Pflege der Kultur in Österreich. Der Erholungssuchende kommt bekanntlich nicht nur in das Land, um gut zu essen und um gut zu schlafen, er will auch den Menschen und das Brauchtum kennenlernen. Er sieht sehr genau das in die Landschaft harmonisch eingefügte Ortsbild. Seit Jahren sind wir hier bemüht, dieses Ortsbild in Österreich zu verschönern.

Sicher ist unser Land durch seine Geschichte und seine Kultur ganz besonders befähigt, hier etwas zu zeigen. Ich trete daher auch dafür ein, daß die zuständigen Stellen die Gemeinden in ihren diesbezüglichen Bemühungen unterstützen. Sicher ist, daß der Fremde neben guten Straßen auch die Schönheit der Landschaft und die Kulturstätten Österreichs sehen möchte.

Um dieses Bild abzurunden, möchte ich noch ein paar Worte über die Stellung und die Verantwortlichkeit der Gemeinden sagen. (*Abg. Peter: Von den Schneeberwehungen von heute sagen Sie nichts?*) Sie ist so groß, daß es wesentlich davon abhängt, ob sich eine Planung positiv oder negativ auswirkt. Der Ausbau des Fremdenverkehrs, insbesondere in den Entwicklungsgebieten, erfordert einen sehr hohen Aufwand an Investitionen zur Bereitstellung der Infra- und der Suprastruktur, also der Grundausrüstung und der spezifischen Fremdenverkehrsausstattung.

Es hat schon einer meiner Vorredner heute erwähnt, daß er es begrüßen würde, wenn für die Gemeinden auch ERP-Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Ja, ich würde es wohl auch begrüßen, muß aber leider sagen, daß im Statut über die Vergabe der ERP-Mittel die Gemeinden ausgenommen sind. Vielleicht findet man in der Zukunft einen Weg. Mit solchen Mitteln könnten wir eine Reihe von Hoffungsgebieten im Bereich des Fremdenverkehrs erschließen.

Grundemann-Falkenberg

Hohes Haus! Es könnte durchaus die Möglichkeit bestehen, daß eines schönen Tages ein europäisches Fremdenverkehrskonzept erstellt wird und dann die Möglichkeit offensteht, daß Österreich in dem Vereinten Europa an die Spitze dieser Fremdenverkehrsländer gestellt wird.

Ebenfalls ein Wort zum Fremdenverkehrstag in Baden und zu dem Fremdenverkehrskonzept. Ich glaube, es wird oft mißverstanden, welchem Zweck dieses Fremdenverkehrskonzept dient. Der Katalog enthält keine Vorschriften, aber eine Reihe von Empfehlungen für Maßnahmen, die dem österreichischen Fremdenverkehr bei der Möglichkeit der Anpassung an die Wünsche des Gastes von morgen helfen sollen.

Nur ein paar grundsätzliche Forderungen seien erwähnt: die Erstellung eines Inventars der Erholungslandschaften, mehr Naturschutzgebiete, Schutz der Wasser- und Luftreinheit, Ausweitung der Kurorte, Pflege und Förderung der kulturellen Veranstaltungen und Präsentation der in Österreich vorhandenen Kunstschatze.

Obwohl ein klares Programm vorliegt, stellt es keinen Versuch einer Planifizierung dar. Es ist eben ein Konzept als Leitbild, und es soll Anreize geben, aber nicht unternehmerische Initiative ersetzen. Und dies scheint meiner Meinung nach in Zukunft notwendiger zu sein als die staatliche Lenkung.

Wenn man die Zukunftsaussichten des Fremdenverkehrs zeichnen will, so ist dieser zweifellos durch das Massenhafte gekennzeichnet, und ebenso sicher ist, daß ein Teil der Touristen auf Pauschalkonsumation ausgerichtet und bestrebt ist, möglichst viele Erlebnisse in möglichst kurzer Zeit serviert zu bekommen. Es nimmt aber auch jener Teil der Touristen ständig zu, die von einem Fremdenverkehrsort alljährlich Besseres und Schöneres erwarten.

Vor allem aber scheint mir in hohem Maße der Trend dahin ausgerichtet zu sein, Ruhe und wieder Ruhe und Bequemlichkeit zu finden. Dazu gehört selbstverständlich auch entsprechend geschultes Personal — Kollege Marberger hat diese Frage heute schon einmal angezogen —, das eine wertvolle Kapitalanlage für die Betriebe bilden würde.

Wenn man nun die Probleme des Fremdenverkehrs kurz in ein paar Worte zusammenfassen will, so heißt das, daß wir eine Aufgabe vor uns sehen, die heute erst zum Teil erfüllt ist und jedes Jahr größerer Anstrengungen bedarf. Dies geht selbstverständlich in erster Linie die Unternehmer der Betriebe an, die beispielsweise in der Organisation der Hote-

liervereinigung schon Bedeutendes geleistet haben, nicht minder aber jene Stellen, die die Voraussetzungen zu schaffen haben. Dazu zähle ich nicht nur den Bund, nicht nur die Länder und die Gemeinden, sondern ebenso die mit Fremdenverkehrsfragen befaßten Kammern und die Arbeitnehmerorganisationen.

Was wir im Jahre 1970 dafür tun wollen, betrachte ich als einen Ansatz zu den erforderlichen Bemühungen. Möge sich jedermann darüber klarwerden, daß dieser Zweig unserer österreichischen Wirtschaft heute schon und in Zukunft wohl noch mehr von einer Bedeutung sein wird, die unter Umständen jene des Handels übersteigen kann. Und diese Chance unseres Landes sollten wir wahrnehmen und sollten wir pflegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie **Mitterer:** Hohes Haus! Ich möchte nur kurz einige an mich gerichtete Anfragen beantworten. Der Ansatz für Bergbauförderung betrug heuer wesentlich mehr, als verbraucht wurde. Es wurden alle berechtigten Forderungen mit 40,6 Millionen Schilling erfüllt. Für nächstes Jahr sind 40,7 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Frage des Karl-Schachtes kann erst entschieden werden, bis die einschlägigen Gutachten da sind. Dann erst wird man sehen, wie und in welcher Weise wir weiterkommen.

Antwort auf den Artikel im „Kurier“, von dem sich die Redaktion selbst distanziert hat. Das ist deshalb nicht möglich, weil ich dazu ein Buch schreiben müßte. Jeder dieser Artikel fordert eigentlich zu einer Richtigstellung und Gegenäußerung heraus. Dazu bin ich aber nicht in der Lage, jedesmal zu antworten, wenn solche Äußerungen dort erfolgen. Ich glaube, es hat sich schon durch die ständige Art der Schreibweise ad absurdum geführt.

Das dritte ist die Frage der Privatzimmervermietung. Dazu ist zwar — das ist richtig, wie Sie gesagt haben — ein Urteil vorgelegen. Es ist bisher aus rein verfassungsrechtlichen Gründen einfach nicht gelungen, die Frage der Privatzimmervermietung insofern zu klären, ob dafür die Landes- oder die Bundeskompetenz zuständig sei. Die Sache wird von uns weiterverfolgt.

Die vierte Frage betrifft das Fremdenverkehrskonzept. Dazu hat der Abgeordnete Grundemann schon gesagt, daß das nicht eine Relevanz der Rechtlichkeit ist; denn das Konzept stellt Leitbilder, und es ist dann Aufgabe des Bundes, der Länder und der Gemeinden, aus diesem Konzept die entsprechenden Konse-

Bundesminister Mitterer

quenzen zu ziehen, sodaß es sich dabei nicht um eine Angelegenheit handelt, in der wir allein zuständig sein könnten.

Das letzte ist die Frage der Raumordnung. Wir werden in Kürze die Raumordnungsberatungen abschließen und Ihnen die Raumordnung vorlegen, sodaß auch das, wie Sie richtig gesagt haben, als notwendige Koordinate für die Frage der Fremdenverkehrswirtschaft und der weiteren Entwicklung vorliegen wird. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Weikhart. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Weikhart** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich bei diesem Kapitel zum Wort gemeldet, um einiges zu einem sehr ernststen Problem zu sagen, das uns alle ohne Unterschied der Parteirichtung angeht oder angehen soll. Schon vor sieben Jahren wurden vom damaligen Sozialminister Anton Proksch Aufklärungswochen über die Gefahren des Alkohols eingeführt und abgehalten. In diesem Jahr stand die Aufklärungswoche, die vom Bundesministerium für soziale Verwaltung veranstaltet wurde, unter der Devise „Alkohol und Straße“.

Wir alle wissen, daß der Alkoholismus im steigenden Maße seine Auswirkungen auf das Unfallgeschehen im allgemeinen und auf jenes der Straße im besonderen aufzuweisen hat. Es ist einfach unfassbar, daß die Straße heute manchmal einem Schlachtfeld gleichzukommen scheint. Jahr für Jahr hören und lesen wir Berichte von Zehntausenden Verunglückten und einigen Hunderten von Toten, wobei festgestellt werden muß, daß menschliches Versagen sehr oft die Hauptursache darstellt.

Der Verbrauch an alkoholischen Getränken in Österreich ist erschreckend hoch. Aus einer Statistik aus dem Jahre 1967 ist ersichtlich, daß in diesem Jahre, also 1967, insgesamt 12 Milliarden Schilling für Alkohol ausgegeben wurden. Der Verbrauch an alkoholischen Getränken betrug im Jahre 1967 7472 Hektoliter Bier, 2032 Hektoliter Wein und 340 Hektoliter Spirituosen.

1967 ereigneten sich 4632 Verkehrsunfälle, an denen alkoholisierte Personen beteiligt waren.

Bei diesen von mir genannten 4632 Verkehrsunfällen mit Alkoholbeteiligung gab es 6922 Verletzte, davon 363 Tote. 1968 gab es durch Alkoholeinwirkung Verkehrsunfälle mit 6739 Verletzten, davon über 400 Tote. 1969, den monatlichen statistischen Nachrichten ent-

nommen, gab es von Jänner bis einschließlich September auf den Straßen insgesamt 53.179 Verunglückte, davon 1512 Tote.

3436 Verkehrsunfälle wurden durch Trunkenheit hervorgerufen. Wenn man ermessen kann, welches Unglück, welche Verzweiflung und welche Not oft über Nacht durch solche Unfälle über Familien hereinbrechen, dann muß man den Mut haben, hierfür energisch rasche Abhilfe zu verlangen.

Als wir in den Jahren 1958 bis 1960 das Straßenverkehrsordnungsgesetz beraten und beschlossen haben, war die Frage Alkohol auch eines der wichtigen Probleme. Nach langen Verhandlungen einigten wir uns damals auf die bekannte 0,8-Promille-Grenze, obwohl die Forderung der Sozialisten in diesem Haus beziehungsweise im Ausschuß 0,5 Promille gewesen war.

In der Zwischenzeit ist der Kraftfahrzeugbestand gewaltig angestiegen. Es wird bis zum Jahre 1980 mit der Zahl von 2 Millionen Personenkraftwagen zu rechnen sein. Das heißt, der Personenkraftwagenbestand wird sich innerhalb dieses Zeitraumes im Vergleich zum Jahre 1968 verdoppeln. Das bedeutet aber auch, daß die Gefahren des Straßenverkehrs wesentlich größer werden, als sie heute ohnehin schon sind.

Mit Recht hat unser Herr Bundespräsident vor kurzem bei der Eröffnung der Aufklärungswoche „Kampf dem Alkohol“ erklärt, eine sogenannte besoffene Geschichte, bei der ein tödlicher Verkehrsunfall verschuldet wurde, ist kein Kavaliersdelikt, sondern Mord. Ich bin der Meinung, daß die derzeitige 0,8-Promille-Grenze revidiert gehört, weil sie gemessen am Verkehrsvolumen und an den Verkehrsgefahren heute viel zu hoch ist. Ich bin außerdem der Meinung, daß die ununterbrochene Propaganda für Alkohol im Fernsehen und Rundfunk eine ernste Gefahr für unsere Jugend bedeutet und eingestellt gehört.

Wenn Herr Universitätsdozent Dr. Kryspin-Exner kürzlich in einer Pressekonferenz erklärte, die derzeitige gesetzliche Promillengrenze mit 0,8 sei zu hoch angesetzt, weil bereits bei einem Blutalkoholspiegel von 0,3 Promille die optische Wahrnehmungsleistung um die Hälfte herabgesetzt ist, soll das für alle Verantwortlichen in diesem Staate eine deutliche Warnung sein.

Ich habe hier ein Schreiben des Genesungsheimes Kalksburg von Herrn Universitätsdozenten Dr. Kryspin-Exner, in dem er mir unter anderem schreibt:

Weikhart

„Nach Untersuchungen in einzelnen Bevölkerungsgruppen gibt es in Österreich zirka 3,5 bis 5 Prozent Alkoholiker unter der männlichen Bevölkerung über dem 20. Lebensjahr. Das bedeutet, daß wir mindestens 80.000 bis 100.000 Alkoholiker im Lande haben. Da das Verhältnis, Männer zu Frauen derzeit schon 5:1 beträgt und sich in den letzten Jahren auch schon sehr viel Jugendliche unter den Alkoholikern befinden, müßte man noch zirka 20.000 Personen zu dieser Zahl hinzurechnen. Dementsprechend auch die Aufnahmezahlen an der Psychiatrischen Universitätsklinik in Wien. Mehr als 50 Prozent der Aufnahmen an der Psychiatrie und 10 bis 15 Prozent der weiblichen Aufnahmen sind Alkoholiker. Es kommen jährlich zirka 2000 Alkoholiker in der Wiener Klinik zur Aufnahme, davon 1500 bis 1700 alkoholranke Männer und 300 bis 400 alkoholranke Frauen.

Unter den in Österreich leider sehr häufigen Selbstmorden und Selbstmordversuchen findet man eine Beteiligung des Alkohols in 25 Prozent der Fälle.

Es gibt unter den Tuberkulösen zirka 1000 alkoholranke Tuberkulöse, und von diesen wieder sind 400 bis 500 Offen-Tuberkulöse, für die es keine geeigneten Heilstätten gibt, die immer wieder disziplinar entlassen werden und eine große seuchenhygienische Gefahr darstellen.

Das Genesungsheim Kalksburg hat bisher 4500 Fälle behandelt, jährlich kommen zirka 900 Alkoholranke freiwillig zur Entwöhnungskur. Das heißt, daß im gesamten Bereich der Wiener Kliniken jährlich zirka 3000 Alkoholiker stationär aufgenommen werden!“

Herr Bundesminister, es wäre angesichts der wachsenden Zahl an Alkoholikern und angesichts der Zahl an Verkehrsunfällen, die durch Alkoholeinwirkungen verursacht werden, höchst an der Zeit, den Rat unserer Mediziner zu befolgen, die Alkoholpromillengrenze für die Verkehrsteilnehmer stark zu reduzieren und dem Hohen Hause eine entsprechende Gesetzesabänderung vorzulegen. Ich will der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieser menschliche Appell hier im Hohen Hause nicht umsonst getan worden ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Staudinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Staudinger** (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Große Krähen gehen miteinander höflich um. Darum ist die Vorstellung so beklemmend, daß die sogenannte Flurbereinigung in der Wirtschaft unter dem angeblichen Zwang zur Größe bis zu einem Punkt gehen könnte, an dem nur mehr einige Großkonzerne übrig sind. Was

auf der Strecke bliebe, das wären Tausende und Zehntausende gewerbliche Betriebe, was sich daraus ergeben würde, wären die daraus resultierenden sozialen Probleme, aber mehr noch, es wäre der Verlust des großen Leistungspotentials, das in dieser mittelständischen Wirtschaft enthalten ist.

Wenn der Herr Abgeordnete Kostroun heute zu Fragen der Mittelstandspolitik sprach, und wenn der Herr Abgeordnete Peter sich in seinen Ausführungen mit Fragen der Mittelstandspolitik befaßte, dann ist meinen beiden Vorrednern in diesem Punkte meine volle Sympathie sicher, und es wäre sicher verdient, daß unser aller Sympathien diesem Problem und den Referenten dazu zukäme.

Im Hinblick auf das Zielprogramm für die gewerbliche Wirtschaft, das Herr Präsident Kostroun seinen Ausführungen auch zugrunde legte, habe ich mir eine gewaltige Rede erwartet; denn es steht etliches drinnen, was durchaus attraktiv ist, und worüber zu reden sich zweifellos sehr lohnte.

Der Herr Abgeordnete Kostroun, den wir — ich sage das in vollem Ernst — sehr hoch schätzen und dessen Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit wir auch schätzen, hat sich hier gerade wegen dieser Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit offenbar sehr schwer getan. Er hat zwar aus den Präambeln dieses Wirtschaftskonzeptes einige gut klingende Sätze verlesen, er ist auch auf einige Details, aber sehr oberflächlich, eingegangen. Ich habe mir jedoch erwartet, daß er die Seiten 29 und 30 dieses Zielprogramms aufschlagen und vorlesen würde, was da alles Schöne drinnen steht: das Splitting-Verfahren betreffend, die betriebliche Mitarbeit des Ehepartners mit einer besseren steuerlichen Anerkennung, die Wegmassierung des „Mittelstandsbauches“, das Problem der vorzeitigen Abschreibung, allerdings mit dem Steckenpferd der elastischen Handhabung der vorzeitigen Abschreibung, dann das Problem der Steuerpauschalierung auch für die Kleinbetriebe, Erweiterung der Freigrenzen des Gewerbeertrages und Gewerbekapitals, Neuregelungen bei der Lohnsummensteuer, gleiche Startbedingungen für alle Betriebe, Verbesserungen bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer mit einer Verteilung der Steuerbelastung bis auf zehn Jahresraten und so weiter, und so weiter. — Von dem allen ist im Detail nichts gekommen. Kein Wunder!

Schon am 11. Oktober 1969 stand in der „Neuen Wochenausgabe“ ein Zitat des SPÖ-Wirtschaftsexperten Dr. Veselsky, des angeblichen Kandidaten für einen sozialistischen Finanzminister. Dieses Zitat lautete: Der

14110

Nationalrat XI. GP. — 164. Sitzung — 9. Dezember 1969

Staudinger

nächste sozialistische Finanzminister kann keine Steuern senken. Er kann es nicht einmal im Wahlkampf versprechen. — Das ist ein offenes Wort. Diese Offenheit muß man anerkennen.

In der Pressekonferenz am 1. Dezember 1969 hat auch Dr. Kreisky gesagt: Es wäre blanke Demagogie zu sagen, wir könnten die Steuern senken. — Das ist, wenn man es allein betrachtet, auch ein offenes und ehrliches Wort.

Die Sache wird jedoch höchst interessant, wenn etwa dann ein Journalist im Hinblick auf diese Aussage und unter Hinweis auf die Seiten 29 und 30 des Zielprogramms der gewerblichen Wirtschaft aufzeigt, daß die Sozialisten offenbar für die mittelständische Wirtschaft ganz anderes im Auge haben und hier Steuersenkungen vor Augen stellen.

Herr Abgeordneter Kostoun! Wenn Sie sagen, daß dieses Zielprogramm in Zusammenarbeit entstanden ist, dann verstehe ich das so, daß es in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsexperten entstanden ist. Das halte ich durchaus für möglich. Aber offenbar ist es doch nicht in Zusammenarbeit mit Ihrem Parteivorstand entstanden. Denn dieser Parteivorsitzende hat darauf gesagt: Das ist gar nicht mehr unser Programm! (*Abg. Doktor Staribacher: Das stimmt ja nicht!*) Nein? (*Abg. Dr. Staribacher: Nein!*) Dann muß das Fernsehen etwas herausgeschnitten haben, denn dann hat es dieser Äußerung eine sinnstörende Bedeutung gegeben. (*Abg. Dr. Staribacher: Der Vorsitzende Doktor Kreisky hat bei dieser Pressekonferenz erklärt: Das ist das Programm des Freien Wirtschaftsverbandes!, aber er hat nie gesagt, daß das Programm! — Weitere Zwischenrufe.*)

Ein Symptom mehr für die sozialistische Schizophrenie, Herr Abgeordneter Dr. Staribacher! (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Wir haben solche Symptome im Laufe der Budgetdebatte schon mehrfach aufzeigen können. Das ist ja lustig. Wenn der Abgeordnete Dr. Pittermann hier im Hause gerne die Wiener Klassiker zitiert und sagt: Jetzt möchte ich wissen, wer der Stärkere ist: Ich oder ich?, dann können wir diese Frage in diesem Zusammenhang hier mit ganz besonderer Deutlichkeit stellen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Was bedeutet das dann, wenn man dieses Programm einer sozialistischen Organisation herausgeben läßt, wenn der Abgeordnete Dr. Kreisky sagt: Das ist nicht unser Programm, damit identifizieren wir uns nicht!, und ferner: Es ist keine Rede davon, daß wir Steuern senken können!? — Dazu muß ich sagen: Herr Präsident Kostoun!

Hier sind Sie offenbar auf das Glatteis geführt worden. Hier müssen wir Ihnen nicht nur Sympathie, sondern auch Bedauern entgegenbringen, oder aber — bitte, das wäre auch denkbar — Dr. Kreisky hat von diesem Programm gar nichts gewußt.

Auf das SPO-Finanzierungskonzept angesprochen, hat Dr. Kreisky auch im Fernsehen gesagt: Davon weiß ich nichts!, während die „Salzburger Nachrichten“ geschrieben haben, daß das SPO-Finanzierungskonzept am Tage vorher im sozialistischen Parteivorstand behandelt wurde.

Nachdem ich aber doch nicht annehme, daß er davon nichts weiß, müssen wir an Doktor Kreisky, der allerdings wieder einmal nicht im Hause ist (*Ruf bei der SPO: Das geht Sie aber gar nichts an!*), die Frage richten, ob er nicht auch die Auffassung teilt, daß Versprechungen, die man nicht eine Sekunde halten will — und das Programm enthält ja diese Versprechungen —, eigentlich ein infamer Schwindel sind, daß also das sozialistische Gewerbeprogramm, wie es hier ist, ein glatter Wahlschwindel ist, und, Herr Präsident Kostoun, daß dieser Schwindel mit Ihrem Namen gemacht wird. (*Zwischenrufe bei der SPO. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Die nächste Frage, die wir an Dr. Kreisky stellen müssen, ist die, ob er sich zu dieser Methode der Stimmenpirsch bekennt, und zwar der Methode unwahrer Angaben, die er selbst widerruft. Kreisky ist nicht anwesend, ich habe aber heute hier im Hause Herrn Dr. Pittermann schon gesehen. Vielleicht ist die Frage richtigerweise an Herrn Doktor Pittermann zu stellen, weil es heißt, daß er der Chef der SPO im Hause ist und daß Kreisky eigentlich ohnehin nur eine gefällige Attrappe ist. (*Zwischenrufe bei der SPO.*) Relata refero! Ich rede, was ich höre. (*Abg. Horr: Dreieinhalb Jahre schwindelt ihr hier schon! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Wenn hier Steuerwünsche vorgetragen werden, was wird dann zu der bewegten Klage gesagt, die hier in Fragestunden immer wieder auftönt? Auch der Herr Dr. Kreisky hat es in der 153. Sitzung erwähnt, daß die Erträge aus der Einkommensteuer und der Lohnsteuer auseinanderklaffen. Warum haben Sie sich dazu nicht geäußert, wenn etwa die Frau Abgeordnete Dr. Firnberg in einem Zwischenruf zum Problem Steuerpauschalierung auch erwähnte, daß hier eine Reserve für den Staat in der Höhe von 1 bis 2 Milliarden Schilling drinnen ist?

Staudinger

Herr Abgeordneter Kostroun! Ich meine, das erfordert eine Äußerung von Ihnen, wenn wir zum Problem der Mittelstandspolitik reden. Denn wenn das auch — ich möchte schier sagen — eine irrsinnige Annahme ist, daß in der Steuerpauschalierung 1 bis 2 Milliarden Schilling drinnen sind, ist kein Mensch sicher, daß nicht jemand versucht, diese 1 bis 2 Milliarden Schilling herauszupressen, und das solange versucht, bis in diesem Körper kein Leben mehr drinnen ist.

Herr Präsident Kostroun! Wie stellt sich Ihre Partei dazu? Was sagen Sie etwa, wenn Herr Abgeordneter Benya hier im Hause geäußert hat:

Seit Jahren versucht die ÖVP Wirtschaftspolitik dadurch zu machen, daß sie jenen Unternehmungen Steuersenkungen gewährt, deren wirtschaftliches Verhalten mit den Absichten der Regierung übereinstimmt, jener Teil der Unternehmer, der sich gegen eine moderne Industrie-, Gewerbe- und Handelspolitik wehrt.

Es ist hier nicht ausdrücklich gesagt, wer damit gemeint ist, Herr Präsident Kostroun. Aber bitte, das kann man doch mit Händen greifen, daß nicht etwa die verstaatlichte Industrie gemeint ist, sondern, wie das in Ihren Termini heißt, die subventionsverhättselte Landwirtschaft auf der einen Seite und das pauschalierungsverhättselte mittelständische Gewerbe auf der anderen Seite. Oder sind etwa nur ÖVP-Unternehmer gemeint, zum Unterschied von braven SPÖ-Unternehmern?

Sie haben gesagt, Herr Präsident Kostroun, unter einer kommenden — was Gott verhüten möge — sozialistischen Regierung wird alles anders. Das fürchten wir tatsächlich auch. Sie haben die Wirtschaftswachstumsgesetze in etwa angezogen, und wohl offenbar aus Sorge darum, daß wir Ihnen, wenn Sie auf das Zielprogramm eingehen, gewisse Ungereimtheiten bei Ihrer Rede vorhalten müssen, sind Sie wieder auf die Abschreibungsmöglichkeiten bei den Portalen gekommen. (Abg. Se k a n i n a: Haben Sie Ihre Ungereimtheiten auch festgestellt?) Ich erinnere mich noch sehr wohl an Ihre Ausführungen seinerzeit, als wir die Wirtschaftswachstumsgesetze hier gegen Ihre Stimmen verabschiedeten, daß Sie gesagt haben: Hier kommt den Großunternehmen, die riesige Portale bauen können, ein ungerechtfertigter Vorteil zu. Wissen Sie, ich meine: Was der Mittelstand braucht, das ist absolute Steuergerechtigkeit und Gerechtigkeit auch auf allen anderen Linien. Was wir aber keineswegs brauchen, das sind Vorteile im Vergleich zu anderen Wirtschaftsformen und Wirtschaftseinheiten. Und die einzige Frage, die

sich stellt, ist etwa, ob die Portale für Geschäfte eine betriebliche Aufwendung sind oder nicht. Wenn das zutrifft, Herr Abgeordneter Kostroun, dann muß man sagen, daß die volle vorzeitige Abschreibungsmöglichkeit, also auch die Bewertungsfreiheit für diese Portale, gerechtfertigt ist.

Nun könnte ich mir aber vorstellen: Es gibt verschiedene Dinge, die einfach über das Formale hinausgehen, die man eben nur moralisch fassen kann, sodaß man hier tatsächlich eine ungerechtfertigte Bevorteilung von Großunternehmen sieht.

Herr Abgeordneter Kostroun, bei aller Hochschätzung, ich kann Ihnen die Frage nicht ersparen: Wo waren Sie, als wir hier im Hause die Umsatzsteuer novellierten und als wir für Küchenumsätze bis 700.000 S und Einzelhandelsumsätze die Umsatzsteuer auf 3,65 Prozent senkten, als Preis dafür allerdings den mehrwertkonformen Schritt getan haben, daß wir auf 6,1 Prozent für die ... (Abg. Dr. A n d r o s c h: Kollege Staudinger! Wieso ist das mehrwertkonform?) Das ist deswegen mehrwertkonform ... (Abg. Dr. A n d r o s c h: Entschuldigen Sie, das ist ein blanker Unsinn, wenn Sie behaupten, daß das mehrwertkonform ist!) Herr Abgeordneter Androsch! Wenn heute ein Produktionsunternehmen, das Eigenmarken produziert, diese Eigenmarken über den eigenen Großhandel vertreibt und über den Großhandel die eigenen Filialen beliefert, ein einziges Mal Umsatzsteuer bezahlt, während etwa bei einer nichtverschränkten Vertriebsform der Produzent Umsatzsteuer zahlt, der Großhandel Umsatzsteuer zahlt und der Einzelhandel Umsatzsteuer zahlt, dann werden Sie mir doch zugeben, daß, wenn wir einmal die Mehrwertsteuer haben, die ja auch Ihr Anliegen ist in diesem Zielprogramm, dann eine Gleichheit bei der Umsatzsteuer durch die Mehrwertsteuerbelastung insofern besteht, daß die mehrstufig organisierten Betriebe eben nicht mehr mit 6,1 Prozent Umsatzsteuer auskommen, sondern daß sie den vollen Umsatzsteuersatz zahlen werden. Stimmt das, oder stimmt das nicht? (Abg. Doktor A n d r o s c h: Kollege Staudinger! Wo steht das im Gesetz, daß dies nur mehrstufig organisierte Betriebe betrifft? — Abg. Dr. S t a r i b a c h e r: Es ist ja die 20-Millionen-Grenze genommen worden! Das ist ja ganz willkürlich!) Ich weiß. Und dennoch ist es mehrwertsteuerkonform. Es tut mir leid, wenn ich meine Zeit dadurch etwas überschreite. Und dennoch ist es deswegen mehrwertsteuerkonform, weil man immerhin von der Annahme ausgehen kann (Abg. Dr. S t a r i b a c h e r: Wieso? Weil Sie es sagen?) — o ja, von dieser Annahme kann man gerecht-

Staudinger

fertigterweise ausgehen —, daß bei Einzelhandelsumsätzen mit 20 Millionen Schilling beziehungsweise darüber eine Organschaft gegeben ist, meinetwegen ein Großhandel oder teilweise auch eine Produktion mit dabei ist. (*Abg. Dr. Androsch: Reden wir von der Mehrstufigkeit oder von der Organschaft?*) Nein, wir gehen hier von der Mehrstufigkeit aus, von der wir annehmen, daß sie automatisch involviert ist, wenn Einzelhandelsumsätze von mehr als 20 Millionen Schilling erzielt werden.

So, und nun genug der Zwischenrede. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte keine mehrstufige Debatte!

Abg. Staudinger (*fortsetzend*): Herr Abgeordneter Dr. Androsch, ich ziehe Sie in die Fragestellung mit ein, und ich frage Sie, ob die Umsatzsteuerermäßigung für die Kleinbetriebe in der Fremdenverkehrswirtschaft und im Handel Berechtigung hat oder nicht, und ich frage Sie ferner, ob Sie tatsächlich glauben, daß bei einer Mehrwertsteuergesetzgebung diese Einzelhandelsbetriebe, die wir hier erfaßt haben, mit einem Zuschlag von einem halben Prozent etwa mehr oder weniger Umsatzsteuer bezahlen müssen.

Damals — Herr Abgeordneter Präsident Kostroun, nun zu Ihnen zurück —, damals sind also die Schlagworte geprägt worden von der Ungerechtigkeit. Daß das derzeitige Umsatzsteuerrecht eine Ungerechtigkeit ist und daß das derzeitige Umsatzsteuerrecht Wettbewerbsnachteile schafft, die existenzentscheidend sein können und es tatsächlich auch sind, davon ist nicht die Rede gewesen.

Ernster wäre schon der Vorwurf zu nehmen über die „Strukturversteinerung“, weniger ernst die „Strafe für die Tüchtigen“ oder ganz besonders die „Neidsteuer“. Wenn es um Gerechtigkeit geht — und der gewerbliche Mittelstand braucht Gerechtigkeit, wenn er leben soll —, so war das ein Versuch, vielleicht, ja sogar sicher ein unzulänglicher Versuch — denn der volltaugliche Versuch wird die Mehrwertsteuer sein —, Gerechtigkeit zu schaffen. Es ist tatsächlich für die Kleinbetriebe, deren man sich mit so großem Nachdruck annimmt, etwas geschehen.

Herr Abgeordneter Kostroun, Ihnen will ich gerne zumuten, daß Sie im SPÖ-Klub ohnehin dafür geredet haben, daß man dem zustimmt und daß man die wütende Aktion gegen diese Steuersenkung unterläßt, ganz abgesehen davon, daß alle die Prognosen nicht eingetroffen sind, daß es ungeheure wirtschaftliche Auswirkungen haben wird.

Die Wiener Konsumgenossenschaft hat von den „schlimmsten Folgen“ gesprochen. Die „schlimmsten Folgen“ haben sich erfreulicherweise — ohne Neid — dadurch dargestellt, daß die Konsumgenossenschaft Wien im Geschäftsbericht 1968 eine Erhöhung der Umsätze in der Eigenproduktion von 24 Prozent ausweisen konnte, weiters einen Aufschwung der neuen Fleischfabrik mit einer Schlachtung von 300 Schweinen, 40 Rindern und 30 Kälbern, und schließlich 73 Millionen Schilling, die 1968 investiert wurden, und 100 Millionen Schilling, die man 1969 zu investieren gedenkt. Kein Wunder bei der Ersparnis, die noch immer besteht! Aus der Umsatzsteuerungleichheit kann man selbstverständlich leicht investieren!

Der Herr Abgeordnete Kostroun hat natürlich — wenn ich Opposition wäre, hätte ich das auch getan — über die ausgebliebene Gewerbeordnung geklagt, und auch der Herr Abgeordnete Peter hat das zum Gegenstand seiner Ausführungen gemacht. (*Abg. Doktor Hertha Firnberg: Sie selber klagen nicht darüber? Nur wenn Sie Opposition wären, würden Sie klagen? Aus sachlichen Gründen bedauern Sie es nicht?*) Na ja, wissen Sie, es gibt verschiedene Dinge, die man dann daheim im Kämmerlein macht. Wir hätten alle eine Gewerbeberechtsreform gewollt. No na, sonst hätte der Herr Minister wohl nicht den Entwurf dazu vorgelegt und die Verhandlungen so weit getrieben, daß er von ihnen mit Recht sagen konnte: Wir haben hier eine Ausgangsbasis, die eigentlich ohnehin schon komplett ist, daß nur mehr ein kleines Stück draufzusetzen ist, und wir werden die Gewerbeberechtsreform bekommen. (*Abg. Doktor Staribacher: Nur der Mussil sagt nein! — Abg. Pansi: Wer hat Sie daran gehindert?*) Darüber ist heute schon mehrfach gesprochen worden, Herr Kollege Pansi. Wissen Sie, ich könnte natürlich schon noch darüber reden, nur ehrlich gesagt — ich sage es ganz ehrlich —, dieses Thema ist mir nicht so angenehm, daß ich länger dabei verweilen möchte. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Ich möchte das mit aller Deutlichkeit und mit aller Offenheit sagen, und was notwendig ist, wurde ja bereits gesagt.

Herr Abgeordneter Kostroun ist dann in die Forderung nach dem Mittelstandsbericht geflüchtet. Es blieb ihm ja nichts anderes übrig.

Nun meinen wir auch, Herr Abgeordneter Kostroun, je mehr ausgesagt wird über den gewerblichen Mittelstand, umso besser. Selbstverständlich. Nur, wir kennen die Materie, Herr Präsident. Wir wissen, wie unerhört kompliziert das ist. Wir wissen, daß es dazu

Staudinger

wirklich modernster Voraussetzungen bedarf, etwa meinetwegen der Datenbank bei der Bundeshandelskammer. Aber etwas muß man noch dazu sagen: Es wird hier irgendwie impliziert, daß wir nur den Mittelstandsbericht brauchten. Sie haben es nicht gesagt, und ich behaupte auch nicht, daß Sie es so gemeint haben, daß wir nur den Mittelstandsbericht brauchten, daß wir nur die Gewerberechtsreform brauchten und daß das Problem der Umsatzsteuer gelöst werden müßte und auch das Problem mit den landwirtschaftlichen Lagerhausgenossenschaften gelöst sein müßte. Dann, Mittelstand, ist deine Existenz gerettet, dann ist sie gesichert.

Herr Präsident! Wir sind uns sicherlich einig darüber. Aber nach meiner Meinung gehört hier auch gesagt: Die mittelständische Situation wird am Markt entschieden — am Markt! — und nicht in irgendeinem Mittelstandsausschuß. Ich gebe Ihnen allerdings recht — und das ist unsere Meinung seit eh und je —: Sie wird nur dann wettbewerbsneutral und im besten Sinne der Gesetze des Marktes entschieden, wenn die Voraussetzungen zur Gestaltung des Marktes so wettbewerbsneutral wie nur irgendwie möglich sind.

Warum wird dann dem Mittelstandsbericht eine solche Faszination zugemessen? Einverstanden! Wenn die technischen Voraussetzungen dafür da sind — o ja, selbstverständlich.

Eine populäre Methode ist es selbstverständlich, über die überhöhte Steuerbelastung loszuziehen und sie dieser Regierung anzulasten. Selbstverständlich. Nur, Herr Präsident Kostroun, mich hat gewundert, daß Sie Ihre Ausführungen bei der Steuer allein aufgehängt haben. Wenn wir nämlich von Mittelstandspolitik reden und uns die letzte zur Verfügung stehende Einkommensteuerstatistik anschauen, dann sehen wir etwa, daß 23,5 Prozent aller Gewerbebetriebe unter 24.000 S Ertrag im Jahr geschaffen haben, daß 61,5 Prozent unter 50.000 S lagen und 83,2 Prozent unter 100.000 S. Dann muß doch, glaube ich, klar sein, daß von der Steuerseite her allein Mittelstandspolitik nicht gemacht werden kann. Das heißt also nicht — bitte, legen Sie mir das ja nicht in den Mund —, daß der Herr Abgeordnete Staudinger gegen eine steuerliche Entlastung ist, nein, nein! Nichts natürlich auch gegen Steuergerechtigkeit, und selbstverständlich insbesondere nichts gegen eine steuerliche Entlastung etwa der kleinen und mittleren Einkommen.

Auch der Herr Abgeordnete Peter hat von dem Mißverhältnis Eigenkapital—Fremdkapital geredet. Er hat in einer früheren Rede auch

von der „brutalen, unerbittlichen Steuerpolitik dieser ÖVP-Alleinregierung“ gesprochen. Nun, wenn der Herr Abgeordnete Peter den Professor Dr. Knapp sehr gerne zitiert, so möchte ich auf folgendes hinweisen: Knapp schreibt zum Beispiel in „Arbeit und Wirtschaft“, es betrifft das Juli/August-Heft 1969, einen Satz, der einen ein wenig nachdenklich machen kann. Zuerst führt er aus, daß die Gefahr nicht auszuschließen sei, es müsse vom Staat in die Infrastruktur, in die Straßen, in die Verkehrswege überhaupt, in die Schulen, in die Industrie und so weiter so viel Geld hineingepumpt werden, daß er einfach mit der bisherigen Steuerbelastung, etwa 38 Prozent, gemessen am Bruttonationalprodukt, nicht das Auslangen finden würde. Er selbst weist auf die Möglichkeit hin, daß auf der einen Seite, um die Wirtschaft anzukurbeln, die Infrastruktur zu verbessern ist und noch mehr Steuern genommen werden müßten, auf der anderen Seite dadurch das Wirtschaftswachstum gehemmt werden könnte. Dieser Professor Knapp sagt dabei: „Und ebenso wenig ist die jetzige Steuerbelastung von 38 Prozent eine Schranke, wie es die 13 Prozent vor dem ersten Weltkrieg waren.“ — Daß wir uns wieder richtig verstehen, daß also niemand sagt, der Staudinger ist etwa der Meinung, man könne unbedenklich größere Steuern nehmen. Nein, Nein! Das geht aus dem ganz deutlich hervor, und Gott bewahre vor höheren Steuern. Wenn aber der Herr Abgeordnete Peter ein dankbares Objekt oder Motiv sucht, der Regierung eins auszuwischen und Dinge zu fordern, die einfach — zumindest im gegenwärtigen Zeitpunkt — nicht erfüllbar sind, dann ist es das einfachste, etwa die Höhe der Steuern aufzugreifen. Das ist allerdings ein Kampf gegen Windmühlenflügel. Und wiewohl der Abgeordnete Peter in der Figur keineswegs mit Sancho Pansa eine Ähnlichkeit hat, kann ich mir vorstellen, daß er im Urlaub wie hier im „Mann von La Mancha“ gesungen hat: „Keine Windmühl mehr habe ich bekämpft seit Wochen, daß ich schon die Lust am Leben schier verlier.“ — Wenn aber die Notwendigkeit anerkannt wird, daß in die Infrastruktur investiert wird, in die Industrie, in die soziale Absicherung auch investiert wird, wenn das also unbestritten ist, wie könnte man dann also, wenn man das Wirtschaftswachstum fordert, im gleichen Zeitpunkt eine entscheidende steuerliche Entlastung fordern und vom „unerbittlichen, brutalen Steuersystem“ reden?

Meinetwegen müßte man etwa dann den Abgeordneten Peter und auch Sie, Herr Kollege Weikhart, fragen, warum Sie dann nicht zugestimmt haben, als wir hier die Sonderabgabe auf Alkohol beschlossen haben. Vom

Staudinger

Standpunkt der freien Wirtschaft war sie sehr wohl richtig, weil selbstverständlich Ertragsbesteuerung oder Vermögensbesteuerung in einem viel größeren Maße konjunkturrehemmend gewesen wären, als es etwa die Sonderabgabe auf Kraftfahrzeuge war. Ganz abgesehen davon, Kollege Meißl, weil wir uns gerade so schön in die Augen blicken: All die Prophezeiungen, die Sie gemacht haben, die der Abgeordnete Zeillinger gemacht hat, die der Abgeordnete Peter machte, der etwa sich erwartete, daß die Annahmen des Finanzministers ... (*Abg. Meißl: Die Einnahmen sind größer geworden! Das wissen wir schon! Aber den betroffenen Berufsstand, den schauen Sie sich an!*) Herr Kollege Meißl! Nehmen wir diesen Zwischenruf ernst. Und wie etwa wäre der Beruf betroffen worden, wie etwa wäre die mittelständische Wirtschaft betroffen worden, wenn man diese 1,5 Milliarden Schilling, um die es sich hier konkret handelt, etwa auf dem Wege der Ertragsbesteuerung oder der Vermögensbesteuerung hereingenommen hätte? (*Abg. Meißl: In 3 Jahren hätte man das in einer konsequent durchgeführten Verwaltungsreform hereinbringen können!*) Nein, Nein! Wissen Sie, Kollege Meißl, das ist die nächste Windmühle. Sie dürfen mir nicht zutrauen, daß ich jetzt auf die Verwaltungsreform eingehe, obwohl ich einiges statistisches Material zur Verfügung hätte. Nur sind wir hier mit Erfolgsnachweisen immerhin bei der Hand. Selbstverständlich wollen wir Steuergerechtigkeit, Mehrwertsteuer. Und etliches — daß wir das aufzählen — ist geschehen — es ist hier vom Herrn Minister schon erwähnt worden —: die zweimalige Erhöhung des Steuerfreibetrages für die mittätige Ehegattin, die Erhöhung des Steuerfreibetrages bei der Gewerbesteuer, die Steuerfreiheit — bescheiden, ich gebe zu — des nicht entnommenen Gewinnes, die Möglichkeit einer Investitionsrücklagenbildung, insbesondere für die mittelständische Wirtschaft von Bedeutung. Der Abgeordnete Kostroun hat seinerzeit, als wir die Wirtschaftswachstumsgesetze verabschiedeten, die Verdoppelung der Rücklagenbildung aus dem nicht entnommenen Gewinn gefordert, der Herr Abgeordnete Weihs hat ihm allerdings widersprochen — früher Beginn der sozialistischen Schizophrenie damals schon. Die Bewertungsfreiheit, die Erhöhung der Buchführungsfreigrenzen, dann die bereits erwähnte Senkung der Umsatzsteuer bei den Küchenbetrieben und bei den Kleinhandelsbetrieben und — ich meine, das ist auch ein positiver Schritt — der Zuschlag für die Einzelhandelsumsätze von mehr als 20 Millionen Schilling.

Nicht erreicht wurde — selbstverständlich müssen wir das zugeben — das Steuersplitting, und wird wohl einer besseren Zeit vorbehalten werden müssen.

Der Abgeordnete Peter hat zum Wettbewerb gesprochen. Das ist, glaube ich, richtig begriffen. Wenn aufgezeigt wird, daß von der Steuerpolitik allein die mittelständische Situation nicht entscheidend geändert werden kann, dann wundert es mich, daß der Abgeordnete Kostroun nicht dazu redete. Peter redete natürlich wegen des Problems der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Er hat die ganz richtige Frage gestellt: Wer denn als die Österreichische Volkspartei sollte dieses Problem lösen, und wann denn sollte dieses Problem gelöst werden als etwa zu der Zeit, wo die Österreichische Volkspartei die Alleinregierung ausübt? Die Fragestellung ist absolut richtig. Da gebe ich ihm hundertprozentig recht. Ich antworte darauf: Wer etwa wäre nicht nur willens, sondern auch in der Lage, oder nicht nur in der Lage, sondern auch willens, dieses Problem tatsächlich zu lösen? Und wenn es gelöst wird, dann wird es von der Österreichischen Volkspartei gelöst. Aber Sie müssen uns zugestehen, daß dieses zweifellos sehr schwierige Problem auch in der Behandlung unter einigen sehr dunklen Schatten gestanden ist. Es war, um nur ein Beispiel zu nennen, der Tod des niederösterreichischen Landeshauptmannes Dr. Hartmann.

Wir haben noch zu wenig Zeit gehabt, und das ist hier heute schon mehrmals im Haus gesagt worden. Natürlich können wir nicht alle Probleme auf einmal lösen, aber daß man über das Problem ... (*Abg. Zeillinger: Geben Sie noch vier Jahre Zeit dazu!*) Herr Kollege Zeillinger, wir halten die Möglichkeit durchaus für gegeben. (*Beifall bei der ÖVP.*) Seien Sie gewiß, Glaser hat es hier schon zitiert: Wir werden das Wort Kreiskys erfüllen (*Abg. Weikhart: Das hat schon einmal einer gesagt in Österreich!*): Wenn die ÖVP noch einmal die Mehrheit kriegen sollte, dann wird das, was in den vergangenen dreieinhalb Jahren — ich füge bei: an Positivem — geschehen ist, nichts sein im Vergleich zu dem, was in Zukunft geschehen wird. (*Ruf bei der SPÖ: Dann geht es uns so wie in England nach 13 Jahren konservativer Wirtschaftsführung!*) Wollen Sie von England reden? Da hätte ich einige interessante wirtschaftspolitische Daten. Aber man kommt hier im Hause damit nicht gut an, da wird nämlich gesagt, reden wir von Österreich und reden wir nicht von England. Aber wenn Sie wollen, ich steige gerne darauf ein.

Staudinger

Das Mittelstandskonzept des Österreichischen Wirtschaftsbundes, das Mittelstandskonzept der ÖVP ist ganz bestimmt nicht etwas, von dem man dann sagen kann, das ist kleinkariertes Denken, hier wird die kleinbetriebliche Struktur gewaltsam erhalten. Hier steht vor allem drinnen — und das ist auch Mut zur Wahrheit —, daß vor allem die Hilfe zur Selbsthilfe maßgebend sein muß, daß die Wettbewerbssituation zu verbessern ist in der mittelständischen gewerblichen Wirtschaft, sowohl im Gewerbe — wie es im Handel vielfach auch geschehen ist —, aber auch im Gaststättenwesen durch die zwischenbetriebliche Kooperation.

Die Kartellgesetznovelle hat Voraussetzungen dafür geschaffen, Kooperationsbörsen werden angekündigt und entstehen auch. Eine Kooperationsfibel mit konkreten Anweisungen, das Problem der Bildung auch in der Wirtschaft, der verstärkten Ausbildung und Weiterbildung bildet also eine unerläßliche Voraussetzung. Im Gewerbestrukturverbesserungsgesetz haben wir auch bereits die entsprechende gesetzliche Maßnahme, damit die Bildungsinstrumente für die gewerbliche Wirtschaft aus dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz entsprechend dotiert werden können. Es gibt das Problem der Betriebsberatung, der Standortberatung.

Und wenn ich gesagt habe, große Krähen gehen höflich miteinander um, dann ist das keine Absage an eine wachsende, sich vergrößernde Wirtschaft gewesen, an ein Entstehen von größeren Wirtschaftseinheiten. Ganz bestimmt nicht. Im Gegenteil. Es geht uns nämlich um die Wachstumsmöglichkeit auch für Klein- und Mittelbetriebe, es geht uns durchaus darum, die notwendige Konzentration der Wirtschaft in Österreich herbeizuführen und dennoch die Eigentumsverhältnisse und die Selbstständigkeitsverhältnisse in der Kooperation unberührt zu lassen.

Das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, das wir heute hier in den Mittelpunkt dieser Beratung stellen, ist deswegen so zu begrüßen, weil es eben nicht der Konservierung eines ertraglosen Status quo dient und dienen soll, sondern weil es nichts anderes darstellt als eine Anpassungsintervention. Die finanziellen Ansätze dafür sind im Voranschlag enthalten und sollen als Hilfe zur Selbsthilfe eingesetzt werden.

Herr Abgeordneter Kostroun! Es tut mir leid, daß ich Sie noch einmal anreden muß. Ich verstehe nicht die wiederholte Kritik, die Sie heute wieder an diesem Gesetz vorgebracht haben. Wir haben das letzte Mal schon darüber geredet, das Gesetz ist keines-

wegs von vorne nach hinten umgekrempelt worden, wiewohl der Abgeordnete Dr. Staribacher zuerst einmal glaubte, man müsse in einem Unterausschuß einen Tag lang darüber beraten, um ein taugliches Instrument daraus zu machen. Es ist eigentlich nur der Beirat hineingekommen, und von unserer Seite ist noch die Möglichkeit der Finanzierung von Schulungsinstrumenten hineingekommen. Ihre Kritik ist also nicht ganz verständlich.

Dieses Gewerbestrukturverbesserungsgesetz ist aber sozusagen kein Einspänner. Abgesehen von den mittelstandspolitischen Maßnahmen, die ich bereits aufgezählt habe, ist etliches vorausgegangen, auch auf dem Finanzierungsssektor: die Erhöhung der Beträge aus dem Bürgschaftsfonds. Von wem ist das ausgegangen? Die Bildung von Kreditgarantiegemeinschaften; in einigen Bundesländern bestehen sie noch nicht, sie werden auch dort noch Wirklichkeit werden. Die ERP-Vereinfachung gehört mit dazu, ein unerfüllter Wunsch einstweilen, aber er wird sich sicher erfüllen lassen. Es handelt sich darum, Wege zur besseren Wettbewerbsfähigkeit, zur höheren Wettbewerbstüchtigkeit zu finden.

Und hier gestatten Sie mir bitte noch ein Wort zum Problem des Wettbewerbs im Handel. Herr Abgeordneter Dr. Staribacher, der Herr Abgeordnete Mussil ist heute nicht gut beisammen und wird bedauerlicherweise — es tut mir wirklich leid — zu diesem Problem nicht reden. Aber darf ich einige Gemeinplätze hervorheben: Sie führen in Ihrem Wirtschaftsreformprogramm die Notwendigkeit der Wettbewerbswirtschaft an. Da gehen wir durchaus einen Weg! Da sind wir mit Ihnen einer Meinung. Wir glauben auch, daß die Wettbewerbswirtschaft zur höchsten Entfaltung aller wirtschaftlichen Kräfte führt, und wir meinen auch, daß das eigentliche Pathos des Unternehmers das Messen mit der Konkurrenz ist. Und wir wollen auch von dort her den Wettbewerb weiter haben. Aber andererseits entstand gerade aus dem Wettbewerb der Laissez-faire-Kapitalismus und damit die Aufhebung des Wettbewerbs selber, die rücksichtslos ausgenützte, unkontrollierte private Macht, die Erringung von Marktmacht, wie man das nennen kann. Und die Folge in den höher entwickelten oder durch Krieg nicht so berührten Industriestaaten ist dann die Antitrust-Gesetzgebung — wie etwa in den Vereinigten Staaten — als eine institutionelle Freiheitsgarantie. Wettbewerbsbeschränkungen gibt es nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in den anderen Ländern, und das hört sich natürlich schon grauslich an. Wir glauben aber, daß der Wettbewerb vom Staat veranstaltet werden muß und daß

Staudinger

wir nicht zuschauen sollen, wie etwa aus einem schrankenlosen Wettbewerb der Wettbewerb sich selbst aufhebt, und wir dann vielleicht noch glauben sollten, daß hier die Verbraucher den Vorteil daraus zögen.

Wenn es wahr ist — das ist eine Hypothese —, daß etwa Produzenten an gewisse Vertriebsformen des Handels Ware billiger abgeben — wenn es wahr ist! —, dann müssen diese Produzenten selbstverständlich ihre Kosten bei Abgabe an andere Abnehmer wieder hereinbringen. Dann heißt das also, global gesehen, das zahlt ja doch der Verbraucher. Wir waren mit Ihnen einer Meinung, wie es etwa darum gegangen ist, die Nettopreise einzuführen. (*Abg. Dr. Staribacher: Lange hat es gedauert, aber es kam dann!*) Und ich sage Ihnen gleich, warum es so lange gedauert hat. Sie werden mir vielleicht zugeben, daß diese Vorbehalte ernst genug sind. Es war wegen der Preisdurchsichtigkeit, und weil wir eine Situation insbesondere auf dem Gebiet der Elektrowaren hatten, die tatsächlich unerträglich war.

Aber nun richte ich die Frage auch noch an den Abgeordneten Kostroun: Ich persönlich — ich rede ein persönliches Wort jetzt — bin der Meinung: Wenn etwa die Nettopreiswelle weiterrollen sollte, dann bedarf das der Novellierung des Kartellgesetzes. Denn, Herr Abgeordneter Dr. Staribacher, Sie werden mir doch zugeben, daß dann die gesamte mittelständische Wirtschaft nicht mehr in der Lage wäre, die Verbraucher über ihr Preisangebot zu informieren; daß etwa im Fernsehen, in den großen Tageszeitungen wirklich nur mehr die Konzerne die Möglichkeit hätten, den Verbraucher auf ihre Preiswürdigkeit aufmerksam zu machen.

Herr Präsident Kostroun! Ich glaube, da müssen wir die Augen aufmachen, nicht etwa, um als Dunkelmänner unserer Zeit das Rad der Geschichte zurückzudrehen — nein! —, sondern um hier gerechte Voraussetzungen auch beizubehalten. Ich bin heute schon fest überzeugt, daß wir hier Ihrer Unterstützung sicher sein können.

Nur, Herr Abgeordneter Dr. Staribacher, verstehen Sie, daß von dorthor ganz gerechtfertigte mittelständische Bedenken dagegen bestehen; wenn etwa durch das Kartellgesetz verboten ist, daß den in Handelsketten organisierten Handelsbetrieben, den Betrieben, die die Kooperation also bereits wahrgemacht haben, ein Mittel der Kooperation, der Gemeinschaftswerbung, der Gemeinschaftsinformation ... (*Abg. Dr. Staribacher: Das haben doch Sie verlangt, daß das so aufgenommen worden ist, da müssen Sie sich doch erkundigen!*)

Herr Abgeordneter Dr. Staribacher! Die Genese dieser Sache ist mir keineswegs so bekannt. Ich kritisiere jetzt auch nicht Sie, sondern ich habe den Abgeordneten Präsidenten Kostroun in dem Sinn angeredet (*Abg. Dr. Staribacher: Den dürfen Sie auch nicht kritisieren! Die Bundeskammer müssen Sie kritisieren, die hat es verlangt!*): Wir müssen hier wachsam sein und müssen auch Sie fragen, wenn etwa in einer offenen Zuschrift von einem sozialistischen mittelständischen Unternehmer an Sie, Herr Präsident Kostroun — ich habe die Zeitung gestern oder heute erst gesehen — davon die Rede ist: Wollt ihr dem zusehen, wie etwa meinetwegen mit Mondpreisangeboten, mit Preisen, die es überhaupt nicht gibt, übermächtige Konkurrenten uns in Grund und Boden konkurrenzieren? Darum meinen wir, daß es marktwirtschaftskonform ist, zu verlangen, daß nicht geflissentlich unter dem Einstandpreis verkauft werden sollte. Darum meinen wir, wenn uns etwa die Amerikaner vorgehen mit dem Robinson-Patman-Act, Ihnen ja zweifellos bekannt, daß das ein Thema ist, das wir überdenken sollten. Denn wir glauben, daß es nicht so ist, daß also nur in den Großbetriebsformen die größere Leistungskraft steckt, sondern daß, organisch zusammengefaßt, auch die mittelständischen Betriebe sehr wohl in der Lage sind, Leistungen für die Volkswirtschaft zu erbringen. Unser Mittelstandskonzept trägt dem Rechnung.

Das ist kein Anti-Koren-Plan. Der Abgeordnete Peter ist leider nicht da. Ich wollte ihn fragen, wer gesagt hat, daß es ein Anti-Koren-Plan sei. Wenn er auf der einen Seite von der Notwendigkeit der Industriepolitik redet und wenn er dann diese Ausführung noch ergänzt damit, daß sich das widerspruchslös ineinander fügen müsse, widerspruchslös etwa ein Mittelstandskonzept zum industriepolitischen Konzept, dann müßte man ihn fragen — wäre er da, so wenigstens theoretisch —, wo liegen etwa die Widersprüche? Und bejaht er nicht das industriepolitische Konzept Korens auch, wenn er Industriepolitik bejaht? Koren führt ganz deutlich aus, daß man Strukturpolitik allüberall vorwiegend einmal als eine Industriepolitik versteht. Und wenn Peter sagt, ohne Mittelstand gibt es keine moderne Industriepolitik, dann hat er recht. Aber dann hat man auch recht, wenn man dieses Wort umdreht und sagt, ohne gesunde moderne Industrie gibt es selbstverständlich auch keinen Mittelstand. Früher hat man Selbständigkeit verstanden als eine Selbstgenügsamkeit. Heute versteht man Selbständigkeit als eine vielfältige Beziehung, als ein Eingebettetsein in viele, viele Beziehungen, selbstverständlich auch in die Bezie-

Staudinger

hungen zur Industrie. Widersprüche sind hier meiner Meinung nach nicht zu entdecken, und wenn, dann mögen sie uns nachgewiesen werden.

Blühender Mittelstand in einer blühenden Wirtschaft! Und wenn Sie uns auch nicht verzeihen können, daß das Wirtschaftswachstum 1969 so erfreulich ausgefallen ist, allen Prognosen zum Trotz. Der Abgeordnete Peter hat in der Budgetrede 1969 geredet, die Annahme von 5 bis 6 Prozent, die hier vom Minister gestellt wird, hallo, da schaut die Sache nicht gut aus. (*Abg. Meller: Das war Glück!*) Natürlich, Glück hat auf die Dauer nur der Tüchtige, das ist eine selbstverständliche Angelegenheit. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*) Wenn er also davon geredet hat und wenn Sie uns nicht verzeihen können, daß wir etwa 1967 die Investitionen des Staates nicht gekürzt haben, wie es damals der Abgeordnete Dr. Weihs prophezeit hatte, wir würden, weil die Einnahmen zurückblieben, die Investitionen kürzen und damit die Sicherheit der Arbeitsplätze gefährden, weil wir genau das Gegenteil davon getan haben... (*Abg. Dr. Androsch: 1966 auch?*) 1966 ist immerhin die Rezession von 1967 vorerst einmal nur im Anzug gewesen.

Herr Abgeordneter Dr. Androsch! Gestatten Sie mir bitte nur einen kleinen Exkurs. Wenn Sie etwa sagen — und bei jeder Rede kommt das vor —, daß die Politik der Bundesregierung und der Mehrheit dieses Hauses praktisch nichts zum Wirtschaftswachstum beigetragen hätte, zur Erholung aus der Rezession, dann dürfen Sie uns heuer nicht mit dem Argument kommen, daß 1 Milliarde inlands-wirksamer Zahlungsüberhang in diesem Budget zu einer Konjunkturüberhitzung führen würde, also zu einem Preisanstieg — Koren hat ohnehin schon darauf Bedacht genommen und hat gesagt, er hält die Zügel in dieser Sache in der Hand —, dann müssen Sie nämlich zugeben, daß auch die 4 Milliarden von 1967 und die 4,2 Milliarden von 1968 mit den zusätzlichen Maßnahmen, die insbesondere auf dem Geldsektor erfolgt sind, ihre Auswirkungen gehabt haben. Ihnen ist ganz bestimmt die Chikagoer Schule bekannt, die mit Keynes' Philosophie abfährt und sagt, daß letzten Endes nur die Menge des zur Verfügung stehenden Geldes konjunkturpolitisch wirksam ist. Das bringe ich ganz bestimmt viel zu laienhaft, Sie wissen das sicher viel besser, aber Sie wissen sicher ganz bestimmt, was ich meine. Dann sollen Sie aber nicht sagen, daß wir nichts getan haben dazu. (*Abg. Dr. Androsch: Der Hinweis auf 1970 ist nur der Beweis dafür, daß Sie jeweils prozyklisch budgetiert haben, sowohl 1966 als auch 1970!*)

Herr Dr. Androsch! Ich möchte jetzt mit Ihnen nicht darüber philosophieren. (*Abg. Lanc: Das hat mit Philosophie gar nichts zu tun!*) Ich möchte jetzt mit Ihnen nicht darüber philosophieren; aber das sollte man vielleicht einmal. Man sollte die Budgets anderer Länder, etwa das der Bundesrepublik Deutschland, anschauen und auch unsere vergangenen Budgets — aber das tun wir nicht hier — und sollte dann ehrlich die Frage beantworten, wann jemals überhaupt antizyklisch budgetiert werden konnte, weil wir eben in Zwangsjacken stecken, die wir nicht ablegen können. Sie können uns nicht sagen, daß wir etwa 1967 nicht antizyklische Konjunkturpolitik und Budgetpolitik gemacht haben! Das können Sie uns nicht nachsagen! Oder 1968: 1968 haben Sie noch gejeijert darüber, daß wir nicht die zweite Hälfte des Eventualbudgets freigegeben haben. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Androsch.*) Herr Dr. Androsch! Ich habe meinen Kollegen versprochen, nur 25 Minuten zu reden. Ich glaube, es geht schon drüber.

Wenn es also um einen blühenden Mittelstand in einer blühenden Wirtschaft geht, dann muß ich auch noch darauf zu reden kommen, was auch der Abgeordnete Peter sogar hier dankbar anerkannt hat, auf die Investorenwerbung, die der Herr Handelsminister Mitterer ins Leben gerufen hat. Ich kann hier einige Ziffern nennen, daß bis zum November 1963 13 Industrieerfindungen bereits fixiert sind, etwa meinetwegen für Computer-Bestandteile, elektronische Meßinstrumente, und Bauteile, Magnetspeichergeräte, Maschinenerzeugung, Feinmechanik, Elektrochemie, Kondensatoren, Jersey-meterware, und daß diese Betriebe, die jetzt schon fixiert sind, etwa 4000 Beschäftigten Arbeit geben werden. Es dreht sich hier darum, eben dem Arbeitskräftepotential produktionsfähiges Kapital gegenüberzustellen, und das gehört auch mit dazu, und das ist ein Aspekt, der uns viel für die Zukunft erwarten läßt, umsomehr, als viel mehr Kontakte hergestellt wurden, als bisher bereits Fixierungen erreicht wurden: 86 Kontakte aus USA, keineswegs unverbindlicher Natur, 32 aus der Bundesrepublik Deutschland, 4 aus Schweden, 3 aus Kanada, 2 aus der Schweiz, 1 aus Großbritannien. Inländische Interessenten haben 82 Standardangebote gemacht, 34 inländische Beteiligungswerber sind aufgetreten und drei Kooperationswerber.

Nun, wir haben allen Grund, zu diesem Budget ja zu sagen, mehr als jemals zuvor haben wir deswegen Grund, weil wir hier in diesem Hause das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz verabschiedet haben und

Staudinger

die Mittel dafür bereits eingeplant sind. Wir werden der mittelständischen Wirtschaft die kommenden Heiß- und Kaltluftbäder nicht ersparen können. Aber wir haben auch mit diesem Budget und mit dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die mittelständische Wirtschaft auch in Zukunft in einer freien Wirtschaft existieren kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Kostroun. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Kostroun (SPÖ):** Meine Damen und Herren! Fürchten Sie nicht eine langatmige Antwortrede auf die Ausführungen des Kollegen Staudinger. Ich danke ihm nur für die Propagierung unseres Zielprogramms. Weil er mir Komplimente gemacht hat, so will ich sie zurückgeben in der Formulierung: Ich bedaure es, daß Sie sich so engagieren für diese abtretende Regierung.

Aber ich glaube, es war auch nicht klug von Ihnen, Kollege Staudinger, daß Sie mich geradezu zur Antwort gereizt haben. Ich will sie Ihnen auf einige aufgeworfene Fragen geben.

Ich verspreche Ihnen: Im Sinne unseres Zielprogramms werden wir unablässig auch nach dem 1. März, bei welcher Veränderung immer die Drängenden sein, daß ein Unrecht in der Steuergesetzgebung wenigstens etappenweise beseitigt wird.

Angeichts der Schulden und der Defizite, die diese Regierung unserer Wirtschaft und unserem Volke gebracht hat, werden die Selbständigen froh sein, wenn sie bei einer Wende am 1. März wissen, daß sie nicht generelle Steuererhöhungen zu erwarten haben, die sie von Ihnen bekommen haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an eines, Kollege Staudinger. Ab 1. Jänner 1969 ist der Gesetzesbeschluß, von Ihnen initiiert und als Regierungsvorlage vorgelegt, wirksam geworden, die Einkommensteuer um 10 Prozent zu erhöhen. Ab 1. Jänner 1969 ist wirksam geworden eine 30prozentige Erhöhung der Beförderungsteuer. Ab 1. Jänner 1969 ist die 50prozentige Erhöhung der Vermögensteuer wirksam geworden. Die einkommensteuerpflichtigen Wirtschaftstreibenden werden froh sein, zu wissen und die Sicherheit zu haben, daß es vielleicht bei einer Wende, die wir am 1. März erwarten, keine Steuererhöhungen genereller Art geben wird.

Nun haben Sie die Frage aufgeworfen: Einkommensteuer — wieso diese große Kluft? Ich habe schon in meiner Rede angedeutet,

ich will es jetzt klarer sagen: Eine der entscheidenden Ursachen des Rückganges der Einkommensteuer war die von Ihnen mit Mehrheit gegen unsere Warnung beschlossene Steuergesetzgebung, die die vorzeitige steuerliche Abschreibung von Kosten in unbegrenzter Höhe von Portalbauten möglich gemacht hat. Meine Damen und Herren! Wenn einer es nicht baut, dann muß er Steuer zahlen, aber wenn er es baut, dann erspart er sich die Steuer. Und die Großen der Wirtschaft, gleichgültig, welcher Eigentumsordnung und Rechtsform, haben Ihnen gedankt. Sie zahlen jetzt vielfach keine Steuer. Das haben Sie ihnen ermöglicht. Aber ob das mit einer Mittelstandspolitik zu vereinbaren ist, das werden Ihnen die Gewerbetreibenden, die nicht die Möglichkeit haben, Portale zu bauen, die froh sind, wenn sie aus ihrem Ertrag halbwegs menschenwürdig leben können, nicht vergessen.

Ich erinnere bei dieser Gelegenheit auch daran: Wir waren keineswegs der Meinung, daß wir nicht die vorzeitige Abschreibung für Portalbauten ermöglichen sollten. Wir haben gegenüber der Gesetzgebung, die bis zu diesem Zeitpunkt der Reform gegolten hat, die Möglichkeit der Abschreibung von Portalbaukosten von 50.000 S gehabt. Wir haben Ihnen 200.000 S vorgeschlagen, um den mittelständischen Betrieben Möglichkeiten zu schaffen. Sie haben gesagt, unbegrenzt. Ich weiß, daß es viele in Ihren Reihen, vielleicht auch den Herrn Finanzminister gibt, die das längst bereuen. Aber das ist wirksam. Und dieser Fehler war einer der entscheidendsten Ursachen des Rückganges an Einkommensteuer.

Darum sage ich Ihnen zum Schluß. *(Zwischenruf des Abg. Staudinger.)* Jetzt unterbrechen Sie mich nicht. Reden Sie nach mir. Es wird alles anders werden mit der Wende des 1. März. Wir hoffen, daß wir wieder zur Mitbestimmung und Mitverantwortung berufen werden. Es wird vieles anders werden, besser werden, auch für die gewerbliche Wirtschaft. Denn mit dieser Regierung und ihren Ergebnissen ist kein Staat zu machen und — ich sage es nochmals — sind die Aufgaben der Zukunft nicht zu meistern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Androsch. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Androsch (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Kollege Staudinger, Sie haben viele Budgetdebatten lang nach den Alternativen gerufen. Nun präsentieren wir nicht Ihnen, sondern dem österreichischen Volk, der österreichischen Wählerschaft eine umfassende Alternative. Angesichts dieser haben Sie offenbar eine schlechte Position,

Dr. Androsch

Kollege Staudinger, weil Sie dem nichts Gleichwertiges gegenüberzusetzen haben. Daher greifen Sie in die unterste Tischlade, sprechen von infamem Schwindel, Methoden der Stimmenpirsch, unwahrer Angaben.

Ich darf Ihnen nun dazu im einzelnen folgendes sagen: Wir haben in unseren Programmen als erstes ein Wirtschaftsprogramm erarbeitet, weil wir der Meinung waren, daß diese Fragen Vorrang haben müssen. Das Zielprogramm des Freien Wirtschaftsverbandes stellt eine sinnvolle Ergänzung dieses industriell ausgerichteten Programms dar, womit Sie erkennen können, daß uns voll bewußt ist, daß natürlich bei der Betriebsstruktur in Österreich die Betriebe des gewerblichen Bereiches ihre Bedeutung haben und ihre entsprechende Berücksichtigung finden müssen. (Abg. Staudinger: Gestatten Sie, eine Frage: Was halten Sie von...?)

Und nun gestatten Sie mir, zu den einzelnen Punkten... (Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Am Wort ist Dr. Androsch.

Abgeordneter Dr. **Androsch** (fortsetzend): Kollege Staudinger! Sie haben von den Wachstumsgesetzen gesprochen. Nun, untersuchen wir die Wachstumsgesetze. Sie haben darin die Bewertungsfreiheit, eine nicht neue Einführung, sondern eine fast seit Jahrzehnten bereits aus den Ausfuhrförderungsgesetzen der fünfziger Jahre praktizierte Einrichtung, wo Sie nur einen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung gebracht haben, indem Sie den Satz von 50 auf 45 Prozent heruntersetzt haben, offenbar, weil Sie meinen, daß sich das leichter rechnen läßt.

Nun aber zum Problem der Bewertungsfreiheit. Kollege Staudinger. In einer wachsenden Wirtschaft — (Zwischenruf des Abg. Staudinger) Kollege Staudinger, hören Sie zu! —, in der ständig investiert wird, können Sie feststellen — und das ist jetzt nicht eine Behauptung von mir, sondern das finden Sie in einem Gutachten Professor Streislars —, daß es sich nicht nur um eine Steuerstundung mit einem entsprechenden Zinsgewinn handelt, sondern daß es auch eine echte Steuerreduktion zur Folge hat; aber mit folgender Konsequenz: Erstens, daß die ganze Einrichtung prozyklisch wirkt, also dann, wenn man ein Incentiv, wenn man einen Impuls braucht, das Instrument nicht wirkt, und in einem Zeitpunkt, wo eher eine Dämpfung wünschenswert wäre, das Institut ganz besonders zum Tragen kommt; daß es außerdem den Newcomers, die natürlich in der Anfangsperiode kaum Gewinne haben, nicht hilft; und daß es den Betrieben, die die

Notwendigkeit vor sich sehen, sich anzupassen, sich umzustellen, auch nichts bringt.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas: Es bringt auch vergleichsweise den Klein- und Mittelbetrieben wenig, weil diese natürlich keinen kontinuierlichen Investitionsstrom haben. (Abg. Staudinger: Dazu haben wir die Investitionsrücklage! — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.)

Und nun kommen Sie und sagen, wir haben die Investitionsrücklage, den nicht entnommenen Gewinn und die Investitionsrücklage. Nun wissen Sie, daß die Investitionsrücklage nur alternativ Anwendung finden kann, daß sie außerdem zeitlich von einem Fallbeil bedroht ist, das mit einer Steuermehrbelastung verbunden ist und — jetzt kommt das Entscheidende — es an die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung gebunden ist, zum Unterschied von der vorzeitigen Abschreibung.

Das hat folgende Konsequenz: Für den kontinuierlich investierenden Industriebetrieb kommt das kaum in Frage. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Industriebetrieb von der Investitionsrücklage Gebrauch macht, weil er dauernd die vorzeitige Abschreibung in irgendeiner Form in Anspruch nehmen wird. Für den Klein- und Mittelbetrieb ist nicht nur dieses Fallbeil, sondern auch das Fallbeil der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung, das erst viele Jahre später hinunterfällt, wenn eine Betriebsprüfung kommt. Dasselbe gilt für den nicht entnommenen Gewinn. (Abg. Staudinger: Wir haben doch das Instrument, früher haben wir es gar nicht gehabt!) Aber, Kollege Staudinger, in einer Form, wo es dem, den Sie vorgeben zu vertreten, nicht hilft, und der andere es in der Form nicht brauchen kann! (Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Zittmayr.) Mein Gott, Kollege Zittmayr! Erzählen Sie mir nicht, was wir wollen! Entschuldigen Sie, das weiß ich schon besser als Sie.

Nun sage ich Ihnen noch etwas zur Umsatzsteuer. Sie machen eine Umsatzsteuererhöhung und die Differenzierung. Ich habe mir schon erlaubt, Ihnen in einem Zwischenruf zu sagen, daß das alles andere als Mehrwertsteuerkonform ist. Nun werden Sie sagen: Es hat ja vor dem Verfassungsgerichtshof gehalten! Aber mit welcher Begründung? Man hat gesagt, die Differenzierung sei keine exzessive Ungleichheit, und daher hat man nicht aufgehoben. Was die Mehrstufigkeit betrifft, Kollege Staudinger, so können Sie nicht an dem Kriterium der 20 Millionen die Mehrstufigkeit ablesen.

Ihre Arbeitshypothese ist durch nichts belegt. Im Gegenteil: Durch die Praxis ist sie an Beispielen widerlegbar.

Dr. Androsch

Nun kommt folgendes, Kollege Staudinger: Sie machen den Klein- und Mittelbetrieben Hoffnungen und sagen: Ja, bis zu einem Gesamtjahresumsatz sind gewisse Produkte, bei Gastwirtschaften der Küchenanteil mit dem Satz von 3,75, begünstigt, und das ist schon mehrwertsteuerkonform.

Wissen Sie, was passieren wird? Eine große Enttäuschung wird Platz greifen, wenn die Mehrwertsteuer eingeführt wird, weil sich diese Erwartungen nie erfüllen können und nicht erfüllen werden. (*Abg. Staudinger: Sie schieben mir etwas in den Mund, was ich nicht gesagt habe!*)

Kollege Staudinger! Sie haben folgende Situation: Wenn ein Lebensmitteleinzelhandelsbetrieb einen Jahresumsatz von nicht mehr als 850.000 S hat, dann werden Sie dieses Problem nicht durch die Umsatzsteuer lösen. Daher glaube ich, daß in diesem Bereich, Kollege Staudinger, die Sozialpolitik, die etwa im Zielprogramm ein wichtiger Bestandteil ist, ein viel wichtigerer Beitrag zu einer Strukturverbesserung ist als irgendwelche Umsatzsteuerdifferenzierungen mit dem Zweck, sich ein Alibi zu verschaffen. (*Anhaltende Zwischenrufe des Abg. Staudinger.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Meine Herren! Sie wissen ... (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Staudinger.*) Herr Abgeordneter Staudinger! Ich spreche!

Meine Herren! Sie wissen, ich bin kein Freund von solchen Zwiesgesprächen. Es ist in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen. Zwischenrufe in Ehren, aber daß sich zwei Herren von der Bank zum Rednerpult dauernd unterhalten, ist nicht vorgesehen. Sie können sich ja ein zweites Mal zum Wort melden. Dem Herrn Abgeordneten Androsch sage ich auch, er soll nicht Zwiesgespräche mit Ihnen führen. Das gilt ein für allemal.

Abgeordneter Dr. **Androsch** (*fortsetzend*): Hohes Haus! Zur Frage der Umsatzsteuer noch ein Widerspruch. Sie haben hier mit der Einführung der 6,1 Prozent für Einzelhandelsbetriebe über 20 Millionen Jahresumsatz eine konzentrationshemmende Maßnahme gesetzt und andererseits mit dem Strukturverbesserungsgesetz versucht — und ich hoffe, zum Teil mit Erfolg versucht; wir haben diesem Gesetz ja unsere Zustimmung gegeben — Konzentrationshemmnisse abzubauen. Sie sehen also, daß in diesen steuerpolitischen Maßnahmen in der Konzeption ein Widerspruch ist, daß sie in sich kontradiktorisch sind.

Nun zu den Fragen der Einkommensteuer, weil Sie hier auf das Zielprogramm bezug genommen haben. Hier ist die Rede davon,

daß der Steuertarif konstruktiver Verbesserungen bedarf, nämlich zum Unterschied vom Wirtschaftsbundprogramm, auf das ich noch zu sprechen kommen werde.

Sie haben im Einkommensteuergesetz den Grundsatz der Haushaltsbesteuerung, und darauf ist der Tarif aufgebaut. Nur: In der Praxis ist das durch eine ganze Reihe von Maßnahmen durchbrochen, sodaß Sie in manchen Bereichen eine Individualbesteuerung haben, in anderen eine Haushaltsbesteuerung, daß nach wie vor der Haushaltstarif gilt, allerdings mit einer ganzen Fülle von Korrekturen, etwa der hier mehrmals besprochene Absetzbetrag für die mittätige Ehegattin, der Alleinverdienerfreibetrag, aber auch der Absetzbetrag, die Tarifbestimmung des 32 a, wenn eine Zusammenveranlagung stattfindet, oder 93/4, wo vorgesehen ist, daß 5000 S steuerfrei bleiben können.

Das beweist, daß das ganze Einkommensteuergesetz nicht mehr systemgerecht ist und daß es natürlich einer Neuregelung bedarf. Angesichts dieser Situation ist eben hier die entsprechende Forderung erhoben worden.

Aber bei all diesen Überlegungen ist zu berücksichtigen, daß in den künftigen Jahren eine äußerst prekäre Budgetsituation zu erwarten ist. Unsere Schätzungen gehen dahin, daß für 1971 eine Deckungslücke von 16,5, im Jahre 1972 von 20 und 1973 von 18 Milliarden bei sehr vorsichtiger Einschätzung zu erwarten ist. Diese Zahlen sind nicht widerlegt, im Gegenteil, der Herr Finanzminister seinerseits ist nicht bereit, seine Orientierungsgrößen oder Marksteine oder Wegsteine, wie er sie nennt, zu veröffentlichen.

Angesichts dieser Situation frage ich Sie aber, wie Sie sich dann Ihre Forderung im Mittelstandsprogramm des Wirtschaftsbundes auf Seite 72, etwa eine ersatzlose Beseitigung der befristeten Sonderabgaben durchzuführen, vorstellen? Im Institutsbericht Nr. 11 des Wirtschaftsforschungsinstitutes können Sie lesen, daß allein durch das ersatzlose Auslaufen all der Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem „Paukenschlag“ im vergangenen Jahr gesetzt wurden, 5 Milliarden Deckungslücke entstehen.

Ich frage Sie weiter, wie Sie sich angesichts dieser Situation eine Korrektur der Steuerprogression vorstellen. Sie haben in Ihrem Programm, das Sie auf Ihrem Parteitag vorgelegt haben, wieder versprochen, daß Sie Steuersenkungen durchführen wollen. Angesichts dieser Situation, Kollege Staudinger, nämlich daß uns derart riesige Deckungslücken im Budget ab 1971 erwarten, frage ich Sie, wo der infame Schwindel, wo die Methode der

Dr. Androsch

Stimmenpirsch und wo die unwahren Angaben liegen. Bei uns, wo wir eine umfassende Alternative mit Finanzierungsüberlegungen vorlegen, oder bei Ihnen, wo es nur leere Versprechungen gibt? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ströer das Wort.

Abgeordneter **Ströer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur ein Teilgebiet des Kapitels 63 behandeln und möchte mich mit den Beträgen, mit der Verteilung der Beträge für Förderungsmaßnahmen beschäftigen. Ich möchte aufzeigen, daß unserer Meinung nach die Verteilung dieser Beträge nicht immer gerecht vorgenommen wird. An Hand von einigen Beispielen möchte ich das klarstellen.

Hier gibt es zum Beispiel im Teilheft eine Aufstellung über die Vergabe von Förderungsmitteln für alpine Vereinigungen. 1968 waren es noch 1,215.000 S, 1970 wird es eine Million Schilling sein. Wie werden diese Mittel verteilt?

Für den Österreichischen Alpenverein sind 800.000 S vorgesehen. Ich nehme an, 1970 wird sich daran nichts ändern. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ soll 280.000 S bekommen, und der Österreichische Touristenklub 115.000 S. Herr Minister! Wenn Sie sich die Mitgliedszahlen dieser Organisationen ansehen, finden Sie, daß die Zahl der Mitglieder des Alpenvereins, der ein Vielfaches von den Naturfreunden bekommt, einen nicht sehr großen Unterschied aufweist. Der Alpenverein weist 190.000 Mitglieder aus, und die Naturfreunde weisen 110.000 Mitglieder aus. Der Touristenklub hingegen, der immerhin 115.000 S bekommt, zählt nur 17.000 Mitglieder. Dieser Vergleich zeigt sehr deutlich, daß hier Organisationen benachteiligt werden, die der Arbeiterbewegung und den Sozialisten nahestehen.

Aber ich habe noch ein Beispiel. Es gibt zwei Jugendherbergsorganisationen. Den Damen und Herren ist bekannt, daß sich das Jugendherbergswesen leider auf zwei Ebenen abspielt. Es gibt das Jugendherbergswerk, in dem katholische, bürgerliche und ÖVP-Jugendorganisationen tätig sind, und dann gibt es den Jugendherbergsverband. Für beide Verbände sind insgesamt 500.000 S vorgesehen. Aber wie erfolgt die Verteilung dieser Mittel? — Das Herbergswerk bekommt 400.000 S von diesen 500.000 S und der Jugendherbergsverband bekommt nur 100.000 S. Dabei ist auch hier festzustellen, daß beide Organisationen annähernd gleich stark sind und daß — das bestätigten uns die Kenner dieser Organisa-

tionen — der Jugendherbergsverband sogar über mehr Herbergen verfügt als das Jugendherbergswerk. Wir sehen auch hier eine Benachteiligung und meinen, das sollte doch vermieden werden.

Aber ich kann noch andere Institutionen anführen, und zwar gibt es da Einrichtungen, die die berufliche Weiterbildung fördern: die Wirtschaftsförderungsinstitute, die den Kammern der gewerblichen Wirtschaft nahestehen; und das Berufsförderungsinstitut, das von den Arbeiterkammern und von den Gewerkschaften getragen wird.

Wir haben aus der Beantwortung mehrerer parlamentarischer Anfragen erfahren müssen, daß die Wirtschaftsförderungsinstitute jedes Jahr, man kann ruhig sagen, einige Millionen Schilling an Förderungsmitteln bekommen, daß das Berufsförderungsinstitut des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammern jedoch bis heute keinen Schilling an Förderungsmitteln vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie erhalten hat.

Erst vor kurzem richtete das Berufsförderungsinstitut ein Ansuchen an das zuständige Bundesministerium. In diesem Ansuchen wird gesagt, daß das Berufsförderungsinstitut allein im Jahre 1968 in mehr als 2000 Kursen über 60.000 Personen betreute. Wenn man auch hier die Zahl der Kurse und die Zahl der Personen betrachtet, die an diesen Kursen teilnehmen, die vom Wirtschaftsförderungsinstitut organisiert und veranstaltet werden, findet man, daß auch hier der Unterschied nicht sehr groß ist. Das Berufsförderungsinstitut betreute 60.000 Personen und das Wirtschaftsförderungsinstitut 70.000. Es wäre sehr naheliegend und sehr gerecht, Herr Bundesminister, wenn das Ministerium auch einmal dem Berufsförderungsinstitut Mittel zur Verfügung stellte.

Und nun noch zu einer Einrichtung, die Ihnen, Herr Bundesminister, sehr gut bekannt ist, das ist die Einrichtung, die für die Konsumenten zuständig ist, der Verein für Konsumenteninformation. Von diesem möchte ich vor allem reden.

Auch dieser Verein — das wird allgemein zugegeben — leistet Arbeit im Interesse der Gesamtbevölkerung. Ich brauche Ihnen das nicht zu sagen, Herr Bundesminister, aber ich möchte doch festhalten, daß dieser Verein seit Jahren sehr aktiv tätig ist und sich durch eine Reihe von Arbeiten auszeichnet, auf die wir eigentlich heute nicht mehr verzichten können. Der Verein für Konsumenteninformation führt Erhebungen für den Wirtschaftsbeirat und die Paritätische Preiskommission durch, und zwar Erhebungen über die Rabatt-Situation. Durch diese Unterlagen beziehungsweise durch die

Ströer

gemachten Empfehlungen ist es gelungen, manches durchzusetzen, und auf Grund dieser Vorschläge wurde auch der Übergang zu den Nettopreisen gefunden.

Dieser Verein informiert die Verbraucher durch eine Reihe von Maßnahmen, die vor allem in der Zeitschrift „Konsument“ ihren Niederschlag finden. Die Aufklärung über Qualitäts- und Preisverhältnisse ist sicher geeignet, die Marktübersichtlichkeit zu verbessern, und das wieder ist eine Voraussetzung, damit von Konsumentenseite her durch Bevorzugung der jeweils preiswerten Erzeugnisse ein stabilisierender Einfluß ausgeht; eine volkswirtschaftlich sicher wichtige Funktion.

Noch etwas leistet der Verein für Konsumenteninformation: Durch seine Reklamations-tätigkeit stellt er ein, man kann sagen, außergerichtliches Schlichtungsverfahren bei Streitigkeiten zwischen Konsumenten und Händlern dar. Auf diese Weise wird in kurzem Wege meist eine Regelung gefunden, wodurch sich eine bemerkenswerte Entlastung der Gerichte ergibt, die sich mit dem Großteil dieser Fälle nicht mehr befassen müssen. Er liefert aber auch Erhebungen für das Innenministerium, und seine Untersuchungen und Informationsarbeit dienen der Volksgesundheit vor allem dadurch, daß er regelmäßige Aufrufe bezüglich Alkoholkonsumtests, über das Rauchen und so weiter bringt. Er leistet auch eine systematische Aufklärungsarbeit hinsichtlich richtiger Ernährung. Bekanntlich drohen von der Ernährungsseite her der Volksgesundheit sehr große Gefahren.

Dieser Verein für Konsumenteninformation — das ist ausdrücklich festzustellen — wurde von der öffentlichen Hand bis heute sehr stiefmütterlich behandelt. Das ist sehr zu bedauern, weil dieser Verein, wie ich schon gesagt habe, heute Arbeiten leistet, die für alle Konsumenten überaus wichtig sind. Dieser Verein hat ein Budget von rund 9 Millionen; dieses Budget wird zum größten Teil von den Mitgliedern dieses Vereines getragen, das sind die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, die Arbeiterkammer, der ÖGB und die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern. Diese Organisationen tragen den größten Teil aller zu tätigen Ausgaben. Und was leistet die öffentliche Hand, was leisten öffentliche Stellen, was leistet insbesondere das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie? — 400.000 S — das möchte ich Ihnen auch nicht vorenthalten — gibt die Gemeinde Wien, 85.000 S das Sozialministerium, 10.000 S das Innenministerium, und 150.000 S bekommt der Verein vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie.

Wir sind der Meinung, meine Damen und Herren, dieser Verein verdiente größere Aufmerksamkeit und mehr Mittel von der öffentlichen Hand. Vielleicht wird sich das etwas bessern, weil sich für den Verein und für seine Tätigkeit vor kurzem auch der Herr Vizekanzler interessierte. Er hat vor dem Wiener Wirtschaftsrat auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der DM-Aufwertung verwiesen und gemeint, daß es für die Verbraucher wichtig sei, zur Preisstabilisierung beizutragen, und daß es wichtig sei, wenn auf andere qualitativ gleichwertige, jedoch billigere Produkte ausgewichen werde. Sie, Herr Vizekanzler, haben unterstrichen, daß es wichtig sei, die Konsumenten auf alle Möglichkeiten aufmerksam zu machen.

Der Verein für Konsumenteninformation hat Ihnen sofort einen Brief geschrieben, sich für Ihr großes Interesse bedankt und Sie auch um eine Unterstützung gebeten. Leider haben Sie dem Verein mitteilen müssen, daß Sie dazu außerstande sind. Da Sie ja kein Ministerium führen und über keine Budgetmittel verfügen, mußten Sie dem Verein mitteilen (*Abg. Dr. Withalm: Zu meinem Bedauern!*), daß Sie nicht mehr tun können, als gelegentlich diesem Verein Schützenhilfe zu gewähren.

Ich glaube, es wird Ihnen, Herr Vizekanzler, nicht sehr schwer fallen, auf die zuständigen Ministerkollegen, die über Mittel für diesen Verein oder für diesen Zweck verfügen, Ihren Einfluß geltend zu machen, damit mehr geschieht.

Aber Sie, Herr Vizekanzler, sind nicht allein für eine Verbraucherinformation. Auch der Herr Bundeskanzler spricht ja fallweise vor dem Konsumentenrat über Verbraucherfragen und verweist immer wieder auf ein Konsumentenbewußtsein und darauf, wie wichtig es sei, daß die Leute mit ihrem Geld gut haushalten.

Wir meinen: Mit Empfehlungen und mit guten Wünschen allein ist der Sache nicht gedient, sondern wir meinen, daß die öffentliche Hand mehr für diesen Verein und für diese Tätigkeit ausgeben sollte. Wir sind Optimisten und nehmen an, daß sich auch in dieser Beziehung am 1. März etwas ändern wird und nach dem 1. März auch für den Verein für Konsumenteninformation mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe IX beendet.

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner

Wir kommen zur Abstimmung über die Beratungsgruppe IX. Diese umfaßt Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit.
A n g e n o m m e n.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Mittwoch, den 10. Dezember, 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

1. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Absatz 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1970) (1430 der Beilagen);

2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1388 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970 (1462 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VIII. Diese umfaßt Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 25 Minuten